

LETTLAND UNTER DER HERRSCHAFT  
DER SOWJETUNION UND DES  
NATIONALSOZIALISTISCHEN  
DEUTSCHLAND

1940–1991

LETTISCHES OKKUPATIONSMUSEUM



LETTLAND UNTER DER HERRSCHAFT  
DER SOWJETUNION UND DES  
NATIONALSOZIALISTISCHEN  
DEUTSCHLAND

**1940–1991**

LETTISCHES OKKUPATIONSMUSEUM



LETTLAND UNTER DER HERRSCHAFT  
DER SOWJETUNION UND  
DES NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND  
1940–1991  
LETTISCHES OKKUPATIONSMUSEUM

Lettische Unterlage  
LATVIJA PADOMJU SAVIENĪBAS UN  
NACIONĀLSOCIĀLISTISKĀS VĀCIJAS VARĀ  
1940–1991  
LATVIJAS OKUPĀCIJAS MUZEJS

Verfasser und Herausgeber:  
Valters Nollendorfs

Auswahl der Illustrationen:  
Ieva Gundare

Übersetzung:  
Maik Habermann

Lektorat:  
Stephanie von Harrach

Computersatz:  
Oskars Stalidzāns

Umschlag:  
Bruchstücke einer Geige, angefertigt 1952/53 aus dünnen  
Brettern und Suppenknochen von Voldemārs Sproģis (geb.  
1921) im Invalidengefängnis von Wologda/Workut (Lettisches  
Okkupationsmuseum).

Die Übersetzung und Internet-Ausgabe dieses Buches wurde finanziell  
gefördert durch die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland  
in Lettland.

Die Internet-Ausgabe des Buches enthält wegen rechtlicher Vorbehalte  
nur einen Teil der für den Druck vorgesehenen Illustrationen. Das  
Lettische Okkupationsmuseum wird mit Dank Spenden für den Druck  
des vollständigen Buches entgegennehmen.

Latvijas Okupācijas muzeja biedrība  
Reg. Nr. 40008018848  
SEB banka, Rīdzenes filiāle, UNLALV2X  
LVL-Konto: LV67UNLA0002400700517  
EUR-Konto: LV24UNLA0002058469771  
USD-Konto: LV76UNLA0002000758006

© Latvijas Okupācijas muzeja biedrība (OMB) 2010.  
Alle Rechte vorbehalten.  
Verein des Lettischen Okkupationsmuseums  
Strēlnieku laukums 1, Rīga LV-1050, Lettland  
Tel.: +371-67 212 715; Fax.: +371-67 229 255  
omf@latnet.lv; www.occupationmuseum.lv

## INHALT

<p style="text-align: center;">VOR DER OKKUPATION</p> <p style="text-align: center;">OUVERTÜRE ZUR OKKUPATION</p> <p style="text-align: center;">Partner in der Aggression</p> <p>Die Schlinge legt sich um die baltischen Staaten</p> <p style="text-align: center;">Bevor sich die Schlinge zuzieht</p> <p style="text-align: center;">DIE ERSTE SOWJETISCHE OKKUPATION</p> <p style="text-align: center;">Hitler in Paris, Stalin in Riga</p> <p style="text-align: center;">Moskaus Regisseur in Lettland</p> <p style="text-align: center;">Die Inszenierung einer Revolution</p> <p>Ein Lehrstück in sowjetischer „Demokratie“</p> <p style="text-align: center;">Letzter Akt für die Demokratie</p> <p style="text-align: center;">Der Vorhang fällt</p> <p>Ausbleibender Beifall aus dem Ausland</p> <p style="text-align: center;">Ohne einen Schuß</p> <p style="text-align: center;">Legalisierte Ausplünderung</p> <p style="text-align: center;">Macht gegen Geist</p> <p style="text-align: center;">Atheismus als Glaube</p> <p style="text-align: center;">Bildung als Waffe</p> <p style="text-align: center;">Der Unmut wächst</p> <p style="text-align: center;">Unter der Knute der Willkür</p> <p style="text-align: center;">Mit der Wurzel ausreißen</p> <p>„Ein Mensch – ein Problem, kein Mensch – kein Problem“</p> <p style="text-align: center;">DIE OKKUPATION DURCH DAS</p> <p style="text-align: center;">NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND</p> <p style="text-align: center;">Das Ende der Freundschaft</p> <p style="text-align: center;">Mein Feind als mein Befreier</p> <p style="text-align: center;">„Besetztes Territorium der UdSSR“</p> <p>Die Mörder verschleiern ihr Verbrechen</p> <p style="text-align: center;">Alle Macht dem Eroberer</p> <p style="text-align: center;">Kriegsbeute Lettlands</p> <p style="text-align: center;">Das Baltikum wird wieder deutsch</p> <p style="text-align: center;">Herrenvolk – Herrenkultur</p> <p>Kein eigener Staat – keine eigene Regierung</p> <p style="text-align: center;">Gratwanderung</p> <p style="text-align: center;">Mobilisierung für den Krieg</p> <p>„Verteidigt Lettland gegen den Bolschewismus!“</p> <p style="text-align: center;">„Befreit Lettland von den Hitlerfaschisten!“</p> <p style="text-align: center;">„Nein, danke!“</p> <p style="text-align: center;">Die Hoffnung stirbt zuletzt</p> <p>Wohin, wie, warum und wie lange?</p> <p style="text-align: center;">Geschichte wiederholt sich nicht</p>	<p>7</p> <p>18</p> <p>19</p> <p>21</p> <p>22</p> <p>23</p> <p>24</p> <p>26</p> <p>27</p> <p>28</p> <p>29</p> <p>31</p> <p>32</p> <p>33</p> <p>35</p> <p>36</p> <p>36</p> <p>37</p> <p>38</p> <p>40</p> <p>42</p> <p>45</p> <p>49</p> <p>50</p> <p>51</p> <p>53</p> <p>54</p> <p>57</p> <p>57</p> <p>58</p> <p>59</p> <p>60</p> <p>60</p> <p>62</p> <p>62</p> <p>66</p> <p>68</p> <p>69</p> <p>71</p> <p>72</p>	<p>EINFÜHRUNG IN DIE WECHSELVOLLE GESCHICHTE LETTLANDS</p> <p>1939–1940</p> <p>Hitler und Stalin teilen Europa</p> <p>Sowjetische Militärverbände und politische Vorherrschaft</p> <p>Hitler ruft die Deutschbalten „heim ins Reich“</p> <p>1940–1941</p> <p>Provokation, Ultimatum und Besetzung Lettlands durch die UdSSR</p> <p>Das Szenario Wyschinskis, des Organisators von Stalins Schauprozessen</p> <p>Die Bevölkerung übt Demonstrationen und Meetings</p> <p>Die einzige Partei erreicht bei den Wahlen nahezu 100 Prozent der Stimmen</p> <p>Die Volks-Saeima bittet einmütig um Aufnahme Lettlands in die UdSSR</p> <p>Die baltischen Staaten werden widerspruchslos in die UdSSR „aufgenommen“</p> <p>Die Republik Lettland existierte für den Westen weiterhin <i>de jure</i></p> <p>Liquidierung der lettischen Armee</p> <p>Konfiszierung, Währungsabwertung, Kollektivierung</p> <p>Das gesellschaftliche und kulturelle Leben im Dienste des Kommunismus</p> <p>Die Religion unter dem Joch des Kommunismus</p> <p>Erziehung der Jugend im kommunistischen Geiste</p> <p>Widerstand gegen das Besatzungsregime</p> <p>Die unumschränkte Macht des NKWD – verhaften und liquidieren</p> <p>Die erste Massendepotatation in die UdSSR</p> <p>Verschleppungen und Erschießungen politischer Gefangener</p> <p>1941–1945</p> <p>Hitlers Wehrmacht überfällt die Sowjetunion</p> <p>Erleichterung und rasche Ernüchterung in Lettland</p> <p>Die Deutschen übernehmen die Macht</p> <p>Der Holocaust im deutsch besetzten Lettland</p> <p>Die deutsche Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland</p> <p>Wirtschaft im Dienste Großdeutschlands</p> <p>Nationalsozialistische Pläne für das Baltikum</p> <p>Germanisierungs- und Koloniesierungspolitik</p> <p>Die ohnmächtige „Landesselbstverwaltung“</p> <p>Bewußtwerden der Opfer der Kommunisten und Wohlfahrtspflege</p> <p>Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst</p> <p>Letten im deutschen Militärdienst</p> <p>Letten in der Roten Armee</p> <p>Der nationale Widerstand</p> <p>Vergebliches Vertrauen auf Hilfe aus dem Westen</p> <p>Die Bevölkerung Lettlands auf der Flucht durch das eigene Land und in die Ferne</p> <p>Verheerendes Kriegsende für Lettland</p>
--	--	--

ZWEITE SOWJETISCHE OKKUPATION:	74	DER STALINISTISCHE TERROR 1944–1953
Grabesfrieden	75	Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Lettland
Mit Waffengewalt	75	Militärische Besetzung Lettlands durch die Sowjetunion
Sieger des verlorenen Krieges	77	Lettische Legionäre im Westen
„Kleine Lettländchen“	78	Lettische Flüchtlinge in Westeuropa
Zwischen den Fronten des Kalten Krieges	81	Die westliche Politik der Nichtanerkennung und Nichteinmischung
Krieg folgt auf den Krieg	82	Nationale Widerstandskämpfe der „Waldbrüder“
„Die Kulaken als Klasse sind zu vernichten“	83	Sowjetisierung und Proletarisierung auf dem Lande
„Verbannt auf Lebenszeit“	84	25. März 1949: Beginn der zweiten Massendeportation
Kollektive Mißernten	87	Intensive Kolchosgründungen
Verteidiger des Freiheitsgeistes	88	Gewaltloser Widerstand
Völkerwanderung	89	Die Kolonisierung Lettlands beginnt
Auf dem Weg zum „homo sovieticus“	90	Die Vereinnahmung der lettischen Sprache und Literatur
Die Kultur im Gleichschritt	93	Kunst und Musik am Zügel der Ideologie
Im Zeichen des Marxismus-Leninismus	93	Einführung des sowjetischen Bildungssystems
„Das Recht auf antireligiöse Propaganda“	94	Unterdrückung der Religion
Stalin ist tot – es lebe die Partei	95	Vom Personenkult zur kollektiven Führungsspitze
ZWEITE SOWJETISCHE OKKUPATION	96	KOLONISIERUNG LETTLANDS 1953–1985
Heimwärts, aber nicht nach Hause	97	Schwierige Rückkehr aus Haft und Zwangsverschickung
Das Gespenst des Nationalkommunismus	98	Widerstand gegen die Moskauer Politik
Die Herausforderung wagen	100	„Tauwetter“ im Kulturleben
Risse im Eisernen Vorhang	101	Kontrollierte Kontakte mit der Außenwelt
Unter der Knute Moskaus	102	Absetzung der Nationalkommunisten
Moskau schafft Ordnung	103	Zentralisierung und Restalinisierung
Eine Welle der Kolonisierung	104	„Internationalisierung“ der Industrie und massive Zuwanderung von Ausländern
Ein Land, das nicht ernährt	105	Ruin der Landwirtschaft durch Sowjetisierung
Trister Sowjetalltag	106	Das Leben in der Kommune und im Kollektiv
Entfremdung vom Land	107	„Internationalisierung“ der Kulturlandschaft und der Natur
Das Gespenst des „bourgeois Nationalismus“	107	Kampf der Kommunistischen Partei gegen alles Nationale
Gärender Unmut und Proteste	109	Vom Prager Frühling zur <i>Solidarność</i> -Bewegung
„Zwischen dem Steifel und der Erde“	110	Bildung, Wissenschaft und Kultur
Widerstand und Trotz	111	Die Überlebensfähigkeit des Volkes
Die Religion am Boden	113	Der scheinbare Siegeszug des Atheismus
Verstreut auf die weite Welt	114	Gesellschaftliches und kulturelles Leben der Letten im Exil
Für die Unabhängigkeit	116	Politische Aktivitäten der Exilletten
Wer wen?	117	Sowjetische Maßnahmen gegen das Exil
AUF DEM WEG ZUR NATIONALEN WIEDERGEBORENE STAAT	119	1985–1991
Schwache Staatsmacht	120	Gorbatschows Halbreformen
Das Volk begehrt auf	121	Lettland nutzt die Gelegenheit
Verbindende Bande	122	Das Exil schließt sich der Unabhängigkeitsbewegung an
Im Namen der Menschenrechte	123	Die Organisation Helsinki-86 fordert das Regime heraus
Singende Revolution	124	Nationale Wiedergeburt Lettlands
Auf dem Baltischen Weg	126	Die unterdrückten Völker halten zusammen
Volkes Stimme	126	Die Lettische Volksfront
Rechte für lettische Staatsbürger	127	Radikale nationale Bewegungen
Moskautreu bis zuletzt	128	Die Kommunistische Partei Lettlands und die „Interfront“+
Auf die Barrikaden	129	Die sowjetische Taktik des politischen Drucks
Endlich frei	130	Bestätigung und Anerkennung der Unabhängigkeit
DER WIEDERGEBORENE STAAT	133	

## EIN LICHTSTREIF ZWISCHEN ZWEI SCHATTEN



Dies ist die Geschichte der lettischen Nation und ihres Staates im 20. Jahrhundert. Der lettische Staat erstand aus den Trümmern der Imperien des Ersten Weltkriegs, erlebte eine kurze, fruchtbare Zeit der Unabhängigkeit und fiel der Machtgier zweier totalitärer Großmächte zum Opfer.

Dies ist die Geschichte der dreifachen Okkupation Lettlands durch die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland, die die lettische Nation im Lauf eines halben Jahrhunderts bis an die Grenze der physischen und geistigen Vernichtung führte.

Dies ist eine Geschichte über Unterdrückung, Terror und Gewalt, über Ungehorsam, Widerstand und Heldentum, aber auch über Ohnmacht, Angst, Feigheit und Verrat.

Vor allem jedoch ist dies eine Geschichte über die Ausdauer und Geistesstärke, die der Nation das Überleben ermöglichten -- und über die Wiederherstellung eines souveränen Staates und dessen Reintegration in die Gemeinschaft der unabhängigen Staaten Europas und der Welt.

## VOR DER OKKUPATION: EINFÜHRUNG IN DIE WECHSELVOLLE GESCHICHTE LETTLANDS

*Seltsam, sich zu erheben von beinahe unbekanntem Ufern  
im überforschten Europa, wo noch immer im Baltikum sich  
versteckt*

*des Mondes dunkle Seite, unbeleuchtet,  
iznemot bis auf Unterdrückung, gewaltsame Aneignung,  
fortgesetzt unaufhörlich über Jahrhunderte.*

Ivar Ivask, *Baltische Elegien*

Das Baltikum wird noch immer häufig mit dem Balkan verwechselt ebenso wie Lettland mit Litauen. Das ist auch nicht verwunderlich. Verborgen in den Gewandfalten großer Imperien, sind die baltischen Völkerschaften – mit Ausnahme der Litauer – bis zum Ende des Ersten Weltkriegs auf der politischen Weltbühne nicht in Erscheinung getreten. Mit dem Zerfall der europäischen Großmächte 1918 gründeten Esten, Letten und Litauer ihre eigenen Nationalstaaten.

Die baltischen Staaten sind relativ wenig bekannt in der Welt. Aber jeder von ihnen hat seine eigene Geschichte zu erzählen. Die Wurzeln der Okkupationen des zwanzigsten Jahrhunderts reichen tief, und noch tiefer reichen die Wurzeln der baltischen Länder selbst. Von diesen Wurzeln handelt diese Einführung.

### Ursprünge

Archäologische Ausgrabungen belegen, daß die Vorfahren der heutigen Balten sich bereits lang vor unserer Zeitrechnung an den Küsten der östlichen Ostsee niedergelassen haben. Ihre Sprachen zeugen bis heute davon, daß hier zwei unterschiedliche Volksgruppen zusammentrafen. Esten und die wenigen verbliebenen lettischen Liven sprechen zur uralischen Sprachfamilie gehörende finnougri-sche Sprachen; Lettisch und Litauisch dagegen stellen den baltischen Zweig der indogermanischen Sprachenfamilie dar

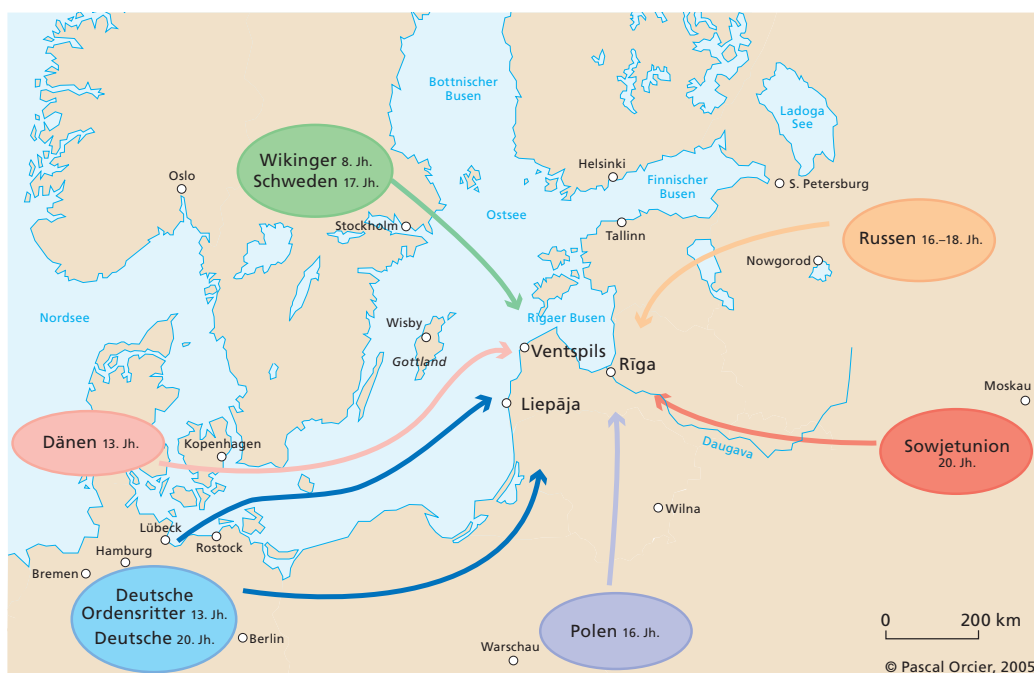
und sind Linguisten als deren älteste, noch lebende Sprachen bekannt.

Die ersten, allerdings recht vagen schriftlichen Zeugnisse über die baltischen Völker finden sich in der vor fast 2.000 Jahren vom römischen Historiker Tacitus aufgeschriebenen *Germania*. Er erwähnt ein Bauernvolk der „Aestii“ – das einzige Volk, das Bernstein sammelte. Dies deutet darauf hin, daß besagter Volksstamm an der Ostküste der Ostsee siedelte – wo sich bis heute die weltweit größten Bernsteinvorkommen befinden und von wo aus zur Zeit des Römischen Reichs Bernsteinstraßen nach Griechenland und Rom führten. Als sie die Anziehungskräfte des Bernsteins bemerkten, nannten die Griechen ihn „elektron.“

Erst tausend Jahre später erfahren wir mehr – in den Chroniken über die Raubzüge der Wikinger, die altrussischen Fürstentümer und die deutschen Eroberungen. Trotz der spärlichen Hinweise können wir schlußfolgern, daß auf dem Gebiet des heutigen Lettland sowohl Seefahrer als auch Bauern lebten, die den Bewohnern des westlichen Europas hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung kaum nachstanden. Wir wissen, daß es mehrere kleine Länder mit eigener sozialer und politischer Ordnung gab, die einheimischen Herrschern unterstanden – die Vorfahren sowohl der heutigen Letten als auch der inzwischen beinahe gänzlich assimilierten Liven. Es gab befestigte Siedlungen und Holzburgen. Die Herrscher waren in der Lage, zur Verteidigung wie auch für Kriegszüge Heere aufzustellen. Man unterhielt sowohl politische als auch Handelsbeziehungen zu anderen Ländern und Völkern.

### Entstehung eines Volkes unter fremder Treuhandschaft

Nach zähen Kämpfen gelang es deutschen Kreuzrittern im 13. Jahrhundert, die von den einheimischen Fürsten beherrschten Länder und deren Einwohner auf dem Gebiet des heutigen Estland und Lettland zu unterwerfen. Sie etablierten eigene Herrschaftsstrukturen, die in der Livländischen Konföderation gebündelt waren. Parallel dazu baute der Hansebund im Ostseeraum Handelsnetzwerke und Städte



Das Territorium Lettlands und seine Eroberer im Lauf der Jahrhunderte.

## Die Entwicklung des Territoriums Lettlands.

- Grenzen der Gebiete des Livländischen Ordens im 13. Jh.
- Das Königreich Polen im Jahr 1629.
- Nordgrenze des polnischen Einflußgebiets bis 1629.
- Größte Ausdehnung des schwedischen Staates (1629–1700).
- Herzogtum Kurland und Semgallen (polnisches Lehen 1558–1795).
- 1944 von der Russischen Föderation annektiertes lettisches Territorium
- Gegenwärtige Grenzen Lettlands



auf. Auf diese Weise wurden die Deutschen zu den Herren der lettischen und estnischen Länder und Städte, obgleich sie nicht immer die souveräne Macht innehatten. Den Litauern gelang es, das Vordringen der Deutschen abzuwehren und einen eigenen Staat zu errichten, der später im Bund mit Polen zu einer europäischen Großmacht avancierte.

Gelegen an einer Schnittstelle großer ost-westlicher und nord-südlicher Handelswege, wurde das Land in der Mitte – das erst seit 1918 als Lettland bekannt ist – zum Ziel vieler Eroberer und zum Schauplatz verheerender Kriege. Im Lauf der Jahrhunderte unterstand das Territorium des heutigen Lettland ganz oder teilweise dänischen, schwedischen und polnischen Herrschern. Die „Schwedenzeit“ bzw. das 17. Jahrhundert hat sich im historischen Gedächtnis der Letten als besonders positiv eingepreßt. Während des 18. Jahrhunderts wurde das gesamte Gebiet Lettlands dem russischen Zarenreich einverleibt. Alle Herrscher haben Spuren ihrer Regierungszeit hinterlassen, vor allem Rußland als letzter Beherrscher. Die dauerhafte und stabile deutsche Präsenz jedoch – als höhere Ritterschaft, Adel, Patriziat, ferner als Mittel- und Bildungsschicht – übten den größten Einfluß aus, vor allem die deutsche Mittelschicht und der Klerus. Das moderne lettische Geistesleben wuchs auf dem Boden, den die Kultur der deutschen Mittelschicht des 18. und 19. Jahrhunderts bereitet hatte.

Die große Mehrheit der Bevölkerung im lettischen Raum – in dem es neben den Deutschen nicht an weiteren Minderheiten fehlte – stellten die Letten im heutigen Sinne dar. Sie bestellten das Land und brachten die Ernte ein, waren jedoch allmählich in Abhängigkeit von ihren Herren geraten; seit dem 17. Jahrhundert blieb ihnen die Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben nahezu gänzlich verwehrt. Zugleich war dies jedoch eine Phase, da sich die Letten nicht nur ihrer gemeinsamen Sprache und kulturellen Bindungen in vollem Umfang bewußt wurden, sondern auch ihres Status‘ als wirtschaftlich und kulturell unterdrückte Mehrheit im eigenen Land. Eingezwängt in

den Schraubstock der deutschbaltischen Oberschicht und der russischen Bürokratie, begannen sich die Letten allmählich zu einer dritten – immer hartnäckigeren und gefestigteren – Kraft zu entwickeln.

### *Das Ende der Abhängigkeit – das nationale Erwachen*

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist als das nationale Erwachen in die Geschichte Lettlands eingegangen. Dieses Erwachen (lettisch *atmoda*) war ein von innen heraus vorangetriebener und geführter Prozeß, in dessen Verlauf sich für eine moderne Nation unabdingbare Qualitäten wie Selbstverständnis, Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit entwickelten. Das nationale Erwachen der Letten erhielt Impulse von ähnlichen Bewegungen in Europa, insbesondere von der deutschen Romantik und dem Nationalliberalismus.

Das nationale Erwachen zeichnete sich durch die kulturelle und wirtschaftliche Befreiung von der herrschenden Klasse aus. Befördert wurde dies sowohl durch die zunehmende Ineffizienz der feudalen Agrarverfassung als auch durch die Entstehung der modernen Industrie und der damit verbundenen Entwicklung der Städte. Die lettischen Bauern hatten die Möglichkeit, wirtschaftlich unabhängig zu werden, indem sie das Recht zum Kauf von Grundbesitz erwarben und die Gutsherren begannen, Land zu veräußern. Gleichzeitig ermöglichte die wirtschaftliche Entwicklung der Städte es der Landbevölkerung, besser bezahlte Arbeit zu finden, und es setzte eine massive Migration von ländlichen in städtische Gebiete ein. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war Riga zum drittgrößten Industriezentrum, Hafen und Bahnknotenpunkt des Zarenreiches aufgestiegen; seine Einwohnerzahl hatte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts auf mehr als 500.000 fast verzehnfacht. Im Zuge wandelte sich Riga von einer deutschen zu einer lettischen Stadt.

Dieser Prozeß verlief weder problemlos noch einvernehmlich. Weder die herrschende deutschbaltische Klasse noch die russischen Machthaber und Bürokraten



wünschten eine starke, intellektuell und wirtschaftlich unabhängige nationale Kraft in ihrer Mitte. Die Bestrebungen der Deutschen, gebildete Letten zu assimilieren, insbesondere diejenigen, die eine deutsche Schulbildung genossen hatten, blieben fruchtlos. Die lettische Intelligenz bildete sich außerhalb Lettlands an der deutschen, jedoch liberalen Universität von Dorpat (heute Tartu) in Estland aus sowie in St. Petersburg und Moskau; bald allerdings zeichnete sich ab, daß auch die russische Regierung bestrebt war, nationale Unterschiede zu beseitigen: die Russifizierung begann im vom Polnischen Aufstand 1863/64 betroffenen Lettgallen, wo vier Jahrzehnte lang Druckverbot herrschte. Ab 1880 nahm die Russifizierung auch im Rest des Landes zu, vor allem durch die Einführung des Russischen als Unterrichtssprache an den Schulen.

Neben den nationalen Bestrebungen betrachteten die russische Regierung und der privilegierte deutschbaltische Adel auch die Verbreitung der sozialistischen Ideen, die Lettland gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts erreichten, als Bedrohung. Viele Letten sahen im Sozialismus eine andersgeartete Möglichkeit, sich aus der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit zu befreien. So hatte die Revolution von 1905 in Lettland einen ambivalenten Charakter: Zum einen stellte sie einen Aufstand des gesamten lettischen Volkes gegen zwei Tyrannen dar, der am zerstörerischsten in der Niederbrennung der Güter der verhaßten deutschen Barone zum Ausdruck kam. Die brutale Niederschlagung der Revolution und das Vorgehen der Strafexpedition, die kurzen Prozeß machte oder gänzlich auf Gerichte verzichtete, war für die Letten – sowohl für die Sozialisten wie auch für alle anderen – ein Beweis dafür, daß der russische Zar und die deutschen Barone gemeinsame Sache machten. Die Wurzeln des späteren Radikalismus der Letten sind mit Sicherheit in den Erfahrungen von 1905 zu suchen. Zum anderen jedoch hat die Revolution von 1905 auch das Vertrauen der Letten in ihre eigene Kraft gestärkt und sie erste konkrete Erfahrungen bei der Organisation von Selbstverwaltungsinstitutionen machen lassen.

### *Feind und Freund an der Wiege des Nationalstaates*

Der Erste Weltkrieg verlangte Lettland schwere menschliche und materielle Opfer ab, als Kriegsfolge erhielt Lettland allerdings seine Unabhängigkeit. Die Geburt des Nationalstaates aus dem menschlichen und politischen Trümmerfeld des Ersten Weltkrieges war jedoch nicht einfach und sollte noch weitere Opfer fordern. Im Krieg zerbrachen zwar sowohl das russische wie auch das deutsche Kaiserreich, die beide danach gestrebt hatten, Lettland und das gesamte Baltikum zu beherrschen, damit waren aber die Begehrlichkeiten nach der Macht im Baltikum noch nicht beendet. Die offene Aggression wurde zu einem Zeichen der Zeit. Hinter Zusagen und Verträgen lauerten häufig verborgene Absichten. Feind und Freund waren zuweilen nicht voneinander zu unterscheiden. Die Vertreter des angehenden Nationalstaates waren hin- und hergerissen von irreführenden ideologischen und politischen Versprechungen.

Von Anfang 1915 bis Ende 1917 war Lettland Kriegsschauplatz und Schlachtfeld deutscher und russischer Truppen. Daugava (Düna) bildete dabei für lange Zeit die Frontlinie. Hunderttausende Einwohner Lettlands begaben sich auf die Flucht nach Rußland. Im Sommer 1915, als die

deutschen Truppen vor den Toren der Stadt standen, wurden die Rigaer Fabriken mitsamt ihren Belegschaften und deren Familien (etwa 200.000 Menschen) evakuiert. Nur ein Teil von ihnen kehrte nach Kriegsende nach Lettland zurück.

Im Jahr 1915 wurden innerhalb der russischen Armee Lettische Schützenregimenter aus Freiwilligen aufgestellt, die von lettischen Offizieren befehligt wurden. Die Schützenregimenter trugen bis September 1917 nicht nur im Kampf gegen die deutschen Truppen zur Verteidigung Rigas bei, sie zahlten zuweilen auch einen hohen Blutzoll für die sinnlosen, ja, rücksichtslosen Entscheidungen des Oberkommandos der russischen Armee.

Diesen rücksichtslosen Verrat machte sich die bolschewistische Propaganda nach dem Sturz der Zarenherrschaft Anfang 1917 erfolgreich zunutze. Die Lettischen Schützen, die zu den wenigen noch kampffähigen Einheiten zählten, wurden nach dem Umsturz im Oktober 1917 zur Leibgarde Lenins und trugen zur Stabilisierung des kommunistischen Regimes in Rußland bei. Lenin seinerseits sagte den Letten wie den anderen Völkern des Imperiums Selbstbestimmungsrecht zu.

Ein Paradoxon der Geschichte Lettlands – es ist sehr wahrscheinlich, daß die Unabhängigkeit ohne den völligen Untergang des russischen Imperiums, für den wiederum maßgeblich die Kommunisten verantwortlich sind, niemals möglich gewesen wäre. Sie wäre ebenso unmöglich gewesen, wenn es den Kommunisten bereits zu Beginn gelungen wäre, ihre Herrschaft zu stabilisieren. In der Zwischenzeit wurde Lettland zum Spielball fremder Mächte.

Da Lenin Frieden mit Deutschland brauchte, um gegen Feinde im Innern vorzugehen, und da Deutschland wiederum Frieden mit Rußland anstrebte, um den Krieg im Westen zu entscheiden, wurde Anfang 1918 ein Waffenstillstandsabkommen zwischen beiden Mächten abgeschlossen. Damit überließen die Kommunisten das Baltikum praktisch den Deutschen, die unverzüglich mit der Verwirklichung ihres alten Traumes begannen – das Baltikum zu einer deutschen Provinz zu machen. Natürlich dachten die Kommunisten nicht daran, den Deutschen das Baltikum tatsächlich zu überlassen. So wurden die baltischen Länder und Völker zu Geiseln zynischer machtpolitischer Spiele, genauso wie 1939 und in der ersten Hälfte der vierziger Jahre, während der Zeit der Besetzung durch die Sowjets und die Nationalsozialisten.

Das kaiserliche Deutschland unterlag schließlich im Ersten Weltkrieg. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstand unterzeichnet, und die westlichen Alliierten begannen ihre Forderungen zu diktieren. In Rußland ging es ihnen darum, den Kommunismus aufzuhalten, um ihre finanziellen Interessen und Einlagen zu sichern, doch wollten sie nicht selbst involviert werden. Die deutschen Militärverbände bekamen von den Alliierten daher den Auftrag, die Frontlinie gegen die Kommunisten zu halten.

Am 18. November 1918 erklärte sich Lettland für unabhängig. Doch der Übergangsregierung von Kārlis Ulmanis gelang es nur mit Mühe, die Macht zu übernehmen. Nach wie vor standen deutsche Militäreinheiten in Lettland. Die Einwohner waren mißtrauisch und müde von Krieg, Besetzung und ideologischen Widersprüchen.

Die potentiell stärkste militärische Kraft der lettischen Übergangsregierung, die Lettischen Schützen, setzte nach wie vor auf Lenin. Im Vertrauen auf das von ihm abgegebene Autonomieversprechen unterstützten sie die am 17. Dezember

1918 gebildete sowjetlettische Regierung und marschierten in Lettland ein. Da die verbliebenen deutschen Soldaten keinen Sinn darin sahen, weiterzukämpfen, stießen die roten Truppen auf nur sehr geringen Widerstand, und die lettische Übergangsregierung zog sich mit ihren einigen hundert schlecht ausgerüsteten Soldaten bis an die Küste der Ostsee zurück. So sah sich die Übergangsregierung gezwungen, ein Bündnis mit dem historischen Erzfeind des lettischen Volkes einzugehen – mit den verbliebenen einheimischen Deutschbalten, die dem kaiserlichen Deutschland treu ergeben gewesen waren, obwohl von vornherein klar war, daß die Interessen und Ziele des lettischen Volkes mit denen der Deutschbalten schon im Ansatz unvereinbar sind.

### Freiheitskämpfe

Die Befreiungskämpfe und die Sicherung der realen Unabhängigkeit schienen Anfang 1919 nahezu aussichtslos. Fast ganz Lettland wurde von der Roten Armee und der von ihr gestützten Regierung der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik unter Pēteris Stučka kontrolliert, die sich mit brutalen Terrormethoden an die Verwirklichung ihres revolutionären Programms machte.

Das von der Übergangsregierung kontrollierte Territorium bestand lediglich aus dem südwestlichen Winkel Lettlands um die Hafenstadt Liepāja (Libau). Bei den von Oberst Oskars Kalpaks kommandierten, eilig aufgestellten militärischen Verbänden handelte es sich noch nicht um eine Armee. Kalpaks fiel, noch bevor eine richtige Armee entstehen konnte, doch sein Tod war Ansporn für eine stetig wachsende Zahl von jungen Männern, sich den Kämpfern für Lettland anzuschließen.

Die bewaffneten Verbände der aus Deutschbalten gebildeten Baltischen Landwehr vertraten ihre Privilegien und ihre eigenen Interessen. Die aus Freikorps und Abenteurern bestehende Eiserne Division unter General Rüdiger von der Goltz kämpfte für die Wiederherstellung des kaiserlichen Deutschland. Diesen Kräften war einzig die Überzeugung gemein, daß man die eigenen Ziele erst verwirklichen könne, wenn die Kommunisten zurückgeschlagen wären. Das gleiche Ziel verfolgten zunächst die westlichen Entente-Mächte – Briten, Franzosen und Amerikaner.

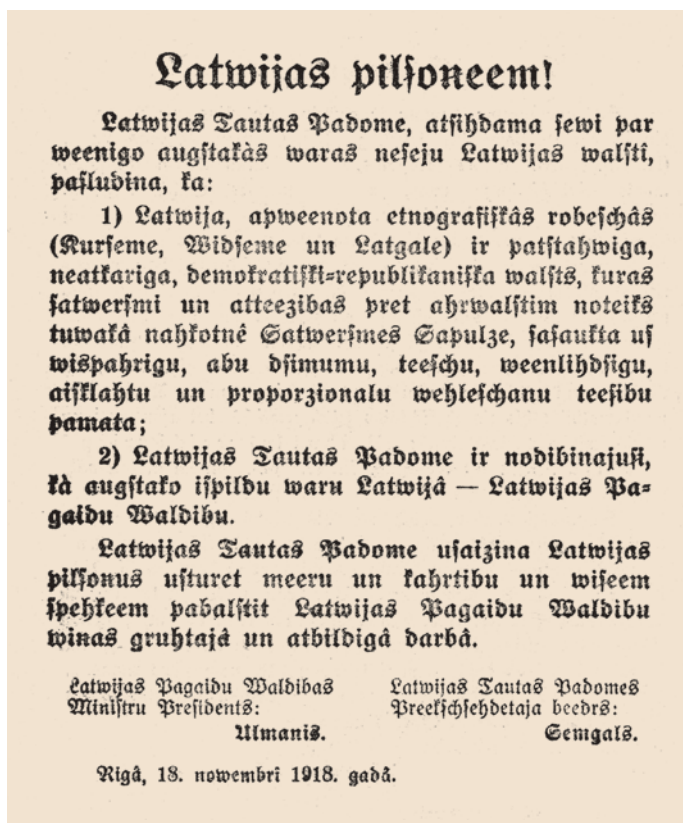
Die Rückeroberung des ersten Teils von Lettland bis zur Einnahme von Riga am 22. Mai war hauptsächlich ein Verdienst der deutschen militärischen Verbände. Doch die lettischen Einheiten gewannen an Stärke und Kampfkraft. In Nordlettland, das von nationalen estnischen Truppen kontrolliert wurde, kam es zur Aufstellung einer lettischen Brigade, die gemeinsam mit den Esten mit der Befreiung von Vidzeme (Nordlettland) begann.

Bereits im April wurde die Absicht der Deutschen, die Macht im Baltikum zu übernehmen, offensichtlich. Zu ihrer Unterstützung kam es in Liepāja (Libau) zu einem Umsturzversuch. Obwohl es nicht gelang, die Ulmanis-Regierung zu stürzen, bildete sich eine deutschfreundliche Regierung. Nach der Einnahme Rigas und blutiger Abrechnung mit den Kommunisten und vermeintlichen Mitläufern stoppten die deutschen Militärkräfte ihre Kampfhandlungen gegen die Bolschewiken und rückten nicht weiter in den Osten Lettlands vor, sondern wandten sich in Nordlettland gegen die nationalen Streitkräfte der Esten und Letten.

Nach ihrer Niederlage in der Schlacht von Cēsis (Wenden) im Juni 1919 zogen sich die deutschen Militärkräfte nicht aus Lettland zurück, vielmehr verbündeten sie sich mit in Deutschland rekrutierten russischen Kriegsgefangenen, unter der Führung des russischen Monarchisten Pavel Bermond-Avaloff, und griffen am 8. Oktober 1919 mit einer großen militärischen Übermacht Riga an. Es gelang der immer noch im Aufbau befindlichen lettischen Armee, das rechte Ufer der Daugava (Düna) zu halten. Einen Monat lang bildete der Fluß die Frontlinie. Am 11. November 1919 befreite die lettische Armee mit Artillerieunterstützung durch Schlachtschiffe der westlichen Entente-Mächte das linke Dünaufer. Bis Ende November waren die Bermond-Einheiten aus Lettland vertrieben. Mit Hilfe der polnischen Armee wurde bis Ende Januar 1920 das Territorium Lettlands auch von bolschewistischen Truppen befreit.

Gerade die Zeit der Befreiungskämpfe 1919 hatte das gemeinschaftliche nationale Selbstvertrauen gestärkt und die Bereitschaft für ein Leben in einem eigenen unabhängigen Staat reifen lassen, auch gestärkt durch die Siege der Armee und das Bewußtsein, das Land sei nun frei von seinen historischen Feinden.

In Anbetracht ihrer komplizierten innen- und außenpolitischen Lage schloß Lenins Sowjetrußland zur Verwirklichung seiner Nahziele am 11. August 1920 einen Friedensvertrag mit der Republik Lettland ab. Darin erkennt Sowjetrußland die Souveränität Lettlands *de jure* an und erklärt, daß es „die Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Souveränität des lettischen Staates vorbehaltlos anerkennt und freiwillig und für alle Zeiten auf alle souveränen Rechte verzichtet, die Rußland in Bezug auf das lettische Volk und lettische Land ausgeübt hatte.“



Unabhängigkeitserklärung des Lettischen Volkstrates und der Übergangsregierung. „Lettland [...] ist eine eigenständige, unabhängige demokratische Republik.“

Die Grenzen der baltischen Staaten in den ersten Jahren ihrer staatlichen Unabhängigkeit (1920–1923).

-  Die Grenzen Lettlands im Jahr 1923
-  Die Grenzen Estlands im Jahr 1923
-  Die Grenzen Litauens im Jahr 1923
-  Das 1923 von Litauen annektierte und bis dahin vom Völkerbund verwaltete Memelgebiet
-  Das von Polen 1923 annektierte zwischen Litauen und Polen bestrittene Territorium
-  Das nach dem Referendum von 1920 bei Deutschland verbliebene Gebiet um Allenstein



Letzte Seite des Friedensvertrages zwischen Sowjetrußland und Lettland vom 11. August 1920. Darin verzichtete Sowjetrußland „auf ewige Zeiten auf alle souveränen Rechte, über die [das zaristische] Rußland in Bezug auf das lettische Volk und Land verfügt hatte.“

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß Sowjetrußland der erste Staat war, der die Unabhängigkeit Lettlands *de jure* anerkannte. Die diplomatischen Aktivitäten Lettlands, die bereits vor der Proklamation der Unabhängigkeit aufgenommen und hinter den Kulissen der Pariser Friedenskonferenz fortgesetzt worden waren, trugen bald Früchte. Von außerordentlicher Bedeutung war der Antrag des französischen Außenministers Aristide Briand vor dem Obersten Rat der Entente, die Unabhängigkeit Lettlands *de jure* anzuerkennen. Diesem wurde am 26. Januar 1921 einstimmig entsprochen. Am 22. September 1921 wurde Lettland in den Völkerbund aufgenommen.

Frieden hatte sich eingestellt. Lettland war frei und international anerkannt. Das Wiederaufbauwerk konnte beginnen, doch blieb dazu nicht viel Zeit. Das Versprechen der sowjetrussischen Rechtsnachfolgerin, der Sowjetunion, „für alle Zeiten“ auf Lettland zu verzichten, hatte kaum zwanzig Jahre – bis zum 17. Juni 1940 – Bestand.



Die lettisch-sowjetische Grenze bei Masjenki, wo am 15. Juni 1940 sowjetische Truppen Lettland überfielen.

## Im eigenen Staat

Es ist außerordentlich erstaunlich, was der junge lettische Staat in den beiden Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit zu erreichen vermochte – vor allem angesichts des politischen und wirtschaftlichen Erbes, das er 1918 angetreten hatte.

- Die Kämpfe der fünf Kriegsjahre und die wiederholten Machtwechsel hatten Lettland unsagbare menschliche Opfer gekostet und riesige materielle Schäden hinterlassen: die Bevölkerung war um rund ein Drittel geschrumpft, nahezu die gesamte Industrie war vernichtet, die Felder verwüstet, unbewirtschaftet und verlassen. Nur ein Teil der im Krieg Geflüchteten kehrte in die Heimat zurück.
- Nicht alle glaubten an einen demokratischen Nationalstaat, der in der Lage wäre, sich selbst zu verwalten und zu unterhalten. Feinde bedrohten den Staat von innen und von außen, besonders die Kommunisten im eigenen Land und sowjetische Agenten, die versuchten, die staatlichen Institutionen zu schwächen und zu zerstören.
- Den Führern des jungen demokratischen Staates fehlte es an Erfahrung beim Aufbau und bei der Führung staatlicher Institutionen. Die Politik vermochte kaum tragfähige Koalitionen zustande zu bringen, um politische Stabilität zu garantieren.
- Es fehlte an Finanzmitteln für das Wiederaufbauwerk. Potentielle ausländische Investoren vertrauten nicht auf die Überlebensfähigkeit des Staates. Die Weltwirtschaftskrise traf auch die Wirtschaft Lettlands, in dem Moment, in dem sie sich gerade zu erholen begann.

Und dennoch. Es fehlte der lettischen Nation nicht an Weitsicht und Geschick, um allen Schwierigkeiten zum Trotz zu beweisen, daß sie ihrer Unabhängigkeit würdig war und das verwüstete Land wiederaufbauen, aus eigener Kraft im eigenen Staat regieren und zu einem verantwortungsbewußten und respektierten Mitglied in der Staatengemeinschaft der Welt werden konnte. Als wichtigste Errungenschaften der kurzen Unabhängigkeitsperiode seien erwähnt:

- Schaffung einer demokratischen Verfassung und Gesetzgebung. Die 1922 verabschiedete Verfassung machte die Republik Lettland zu einer parlamentarischen Demokratie mit direkten, geheimen Wahlen, basierend auf dem proportionalen Wahlsystem, was die bürgerlichen Mitbestimmungsrechte beider Geschlechter garantierte. Ein großer Meilenstein war die Ausarbeitung eines neuen Bürgerlichen Gesetzbuches, welches 1937 das Zivilgesetzbuch des zaristischen Rußland ablöste. Sowohl die Verfassung als auch das Bürgerliche Gesetzbuch sind bis heute im wiedererstandenen Lettland in Kraft.



Lettlands „grünes Gold“ auf dem Weg in einen Exporthafen.



In der staatlichen Elektronikfabrik VEF hergestellte Minox-Kamera. Die Technologie wurde später zur deutschen Kriegsbeute.

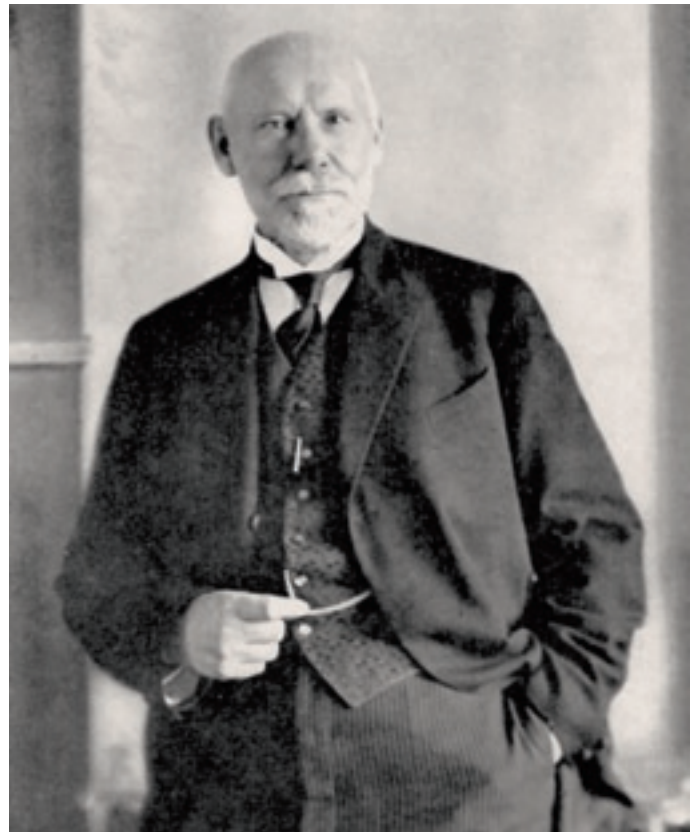
- Eine grundlegende Agrarreform, die einen Schlußstrich zog unter die Herrschaft der deutschbaltischen Ritterschaften und des Gutsadels und die von ihnen geschaffene soziale Ungerechtigkeit in Lettland. Sie entsprach dem Wunsch der landlosen Kleinbauern und sorgte dafür, daß das Volk nach dem Krieg nicht in Arbeitslosigkeit verfiel und sich selbst versorgen konnte. Mag die Kritik daran, daß die den Kleinbauern zugeteilte Landfläche von durchschnittlich 10–20 ha für ein effektives Wirtschaften zu klein war und die Landverteilung nicht immer gerecht zugelegt, auch berechtigt gewesen sein, so gelang es Lettland bald schon, sich nicht nur selbst zu versorgen, sondern auch zu einer Lebensmittelexportnation aufzusteigen. Darüber hinaus stärkte die Landreform die Loyalität dem Staat gegenüber.
- Stärkung der internationalen Beziehungen. In Anbetracht der geopolitischen Lage Lettlands zwischen zwei Großmächten – Deutschland und der Sowjetunion als Rechtsnachfolgerin Rußlands – und in dem Bewußtsein, daß das unabhängige Lettland nur in einer Schwächephase beider Mächte hatte entstehen können, war die lettische Diplomatie um eine Stärkung des Staates durch seine Einbindung in internationale Abkommen und Allianzen bemüht. Sowohl Deutschland wie auch die Sowjetunion brachen die bestehenden Nichtangriffspakte. Der Völkerbund erwies sich als machtlos gegen die Aggression, doch Lettland blieb bis zu seiner Auflösung 1946 gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes.
- Wiederaufbau der Industrie. Die während des Krieges nach Rußland evakuierte Schwerindustrie war unersetzbar und konnte nicht wiederbelebt werden. Da es an Kapital und Rohstoffen zur Schaffung und zum Betrieb großer Industrieunternehmen fehlte, kam es zur Gründung zahlreicher kleiner und mittelständischer Unternehmen. Sie konzentrierten sich auf die Herstellung von Waren, die den effektiven Einsatz von einheimischen Facharbeitskräften und Rohstoffen zuließ. Die wichtigsten Industriezweige waren die Holz-, Lebensmittel-, Textil-, Metall- und die Chemieindustrie. Die Weltwirtschaftskrise überstand die lettische Industrie verhältnismäßig gut. Ökonomen kritisieren die staatliche Einmischung in den industriellen Sektor besonders in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Außerordentlich wichtig waren der Bau des ersten Wasserkraftwerkes in Ķegums bei Riga und die Fortschritte der Staatlichen Elektrotechnischen Fabrik (VEF), insbesondere die Herstellung von Rundfunkempfängern und der berühmten Minox-Kameras.
- Währung und Außenhandel. Es gelang Lettland, seine Währung stabil zu halten, zunächst hauptsächlich durch das sogenannte „grüne Gold“ – den Export von Rohholz aus den

großen staatseigenen Forsten. Wichtigste Handelspartner waren Großbritannien und Deutschland. Die Außenhandelsbilanz, in den Anfangsjahren zunächst negativ, erreichte trotz der Weltwirtschaftskrise Ende der dreißiger Jahre positive Werte.

- Bildung und Kultur ließ der junge Staat besondere Aufmerksamkeit und finanzielle Förderung angedeihen. Neue Schulen wurden gebaut und alte repariert. Hochschulen wurden gegründet. Die Grundschulausbildung war Pflicht und kostenlos. Die Zahl der Schüler und Studenten stieg stetig an und erreichte in den Jahren der Unabhängigkeit Spitzenplätze im europäischen Vergleich. Besonders stolz war man auf den schon 1920 gegründeten Kulturfond, der die Schaffung von Bibliotheken und den Bau von Kulturhäusern förderte, Museen, Theater und das Musikleben unterstützte sowie Stipendien für Auslandsstudien an Künstler und Wissenschaftler vergab. Die Kunstakademie und das Musikkonservatorium wurden gegründet. Die Theater, die Staatsoper und das Musikleben insgesamt erlebten eine Blüte. In den Anfangsjahren der Unabhängigkeit beförderten europäische Kontakte eine vielseitige und moderne Kulturentwicklung. Mit der Zahl der erschienenen Bücher im Verhältnis zur Einwohnerzahl belegte Lettland einen Spitzenplatz in Europa.
- Die Minderheitenpolitik Lettlands war eine der liberalsten in Europa. Die Letten machten 75% der Gesamtbevölkerung aus. Die nationalen Minderheiten wie unter anderem Russen, Juden, Deutsche, Polen und Weißrussen verfügten über weitgehende Schulautonomierechte. Auch ihre Schulen wurden vom Staat und den Kommunen unterhalten. Lettisch gehörte zu den Pflichtfächern. Die Lehrer der Minderheitenschulen hatten sich einer Sprachprüfung im Lettischen zu unterziehen. Jede Volksgruppe gründete ihre eigene Schulverwaltung. In den dreißiger Jahren gab es insgesamt über 600 Minderheitenschulen und -mittelschulen, so im Schuljahr 1933/34 246 russische, 114 jüdische und 97 deutsche Schulen. Aus der Bildungsautonomie ergab sich eine breite Kulturautonomie. Mehrere Parteien der nationalen Minderheiten waren im Parlament vertreten. Nach dem Staatsstreich vom 15. Mai 1934 wurden die Minderheitenrechte eingeschränkt, aber nicht aufgehoben.

Die Bildung der Nation und einer bürgerlichen Gesellschaft war kein einfacher und schneller Prozeß. Die Begründer des jungen Staates waren sich darüber im klaren, daß seine Existenz nicht nur von seiner Fähigkeit abhing, die eigene Unabhängigkeit nach außen zu stärken, sondern auch vom Vermögen, nach innen zusammenzuwachsen. Drei staatstragende und bis in die Gegenwart wichtige Politiker beeinflussten den Gründungsprozeß des Staates entscheidend.

*Zigfrīds Meierovics (1887–1925)* gilt als der Begründer der lettischen Außenpolitik. Als Repräsentant des vorläufigen Nationalrates von Lettland, der 1917 als erste demokratische Vertretung der Bevölkerung Lettlands zusammentrat, hatte Meierovics bereits eine Woche vor der Proklamation der Unabhängigkeit Lettlands die vom britischen Außenminister Lord Arthur Balfour unterzeichnete Anerkennung Lettlands *de facto* erhalten. Als Außenminister repräsentierte Meierovics Lettland auf der Pariser Friedenskonferenz. Seine Bemühungen wurden durch die Anerkennung Lettlands *de jure* und die Aufnahme Lettlands in den Völkerbund belohnt. Meierovics schwebte eine große baltische Entente vor, die neben den drei baltischen Staaten auch Finnland und Polen einbeziehen sollte. Doch unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Staaten verhinderten eine solche Allianz. Meierovics' früher Tod durch einen Autounfall brachte entsprechende Anstrengungen zum Erliegen. Nach Ansicht zahlreicher Historiker trug das Unvermögen, eine Allianz



Jānis Čakste

mit gemeinsamer Verteidigungs- und Außenpolitik zustande zu bringen, erheblich dazu bei, daß Deutschland und die Sowjetunion über das Schicksal Lettlands und der übrigen potentiellen Allianzpartner entscheiden und sie einzeln mit brutaler Gewalt überfallen konnten. Meierovics wird bis heute als der herausragendste und erfolgreichste Vertreter der Interessen Lettlands im Ausland angesehen.

*Jānis Čakste (1859–1927)* stand sowohl dem Lettischen Volksrat vor, der den Staat Lettland proklamierte und als sein erstes gesetzgebendes Organ fungierte, wie auch der Verfassungsgebenden Versammlung, die eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzen auf den Weg brachte, darunter die Gesetzgebung zur Agrarreform. 1922 wurde er von der Saeima zum ersten und 1925 erneut zum Staatpräsidenten der Republik Lettland gewählt. Čakste war ein überzeugter Demokrat. Seine ausgeglichene Persönlichkeit und sein prinzipieller, kontinuierlicher Führungsstil legten den Grundstein für ein demokratisches Staatswesen und die gesellschaftliche Integration. Seine Grabstätte wurde in den Besatzungsjahren einer der Orte, an dem die Bevölkerung trotz Verbots durch das Niederlegen von Blumen und Entzünden von Kerzen seine Verbundenheit mit dem unabhängigen lettischen Staat bekundete.

*Kārlis Ulmanis (1877–1942)* dominierte zwischen den Weltkriegen in der Anfangsphase der Unabhängigkeit Lettlands die Politik, spielte aber gleichzeitig eine kontroverse und tragische Rolle. Er erklärte am 18. November 1918 bei der Übernahme der Amtspflichten als Ministerpräsident der vorläufigen Regierung: „[Lettland] wird ein demokratischer Rechtsstaat sein, in dem es weder Unterdrückung noch Ungerechtigkeit geben darf.“ Die Verdienste von Kārlis Ulmanis bei der Staatsgründung sind unbestreitbar. Seine



Kārlis Ulmanis. Postkartengruß zum Tag der Arbeit.

Energie, sein Fleiß und seine Zielstrebigkeit in scheinbar ausweglosen Situationen waren Eigenschaften, die sich im Krisenjahr 1919 mehr als einmal entscheidend bewährten. Ebenso unstrittig ist seine dominierende politische Rolle. Bis 1934 stand er sieben Regierungen vor und führte wiederholt die Ministerien für Äußeres, Verteidigung, Versorgung und Landwirtschaft. Er war Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, Abgeordneter aller vier Legislaturperioden der Saeima und führte die zweitstärkste politische Partei Lettlands, die Bauernunion.

#### *Der autoritäre Staat*

Die historische Rolle von Kārlis Ulmanis wurde entscheidend geprägt durch den Staatsstreich vom 15. Mai 1934. Ulmanis, damals Ministerpräsident, übernahm mit seinen Leuten die Macht, das Kriegsrecht wurde verkündet, die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Saeima aufgelöst und alle politischen Parteien verboten. Die gesamte Lenkung des Staates lag nun in den Händen von Ulmanis und des von ihm geführten Ministerkabinetts. Die Chiefs der Kommunen wurden nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung eingesetzt. 1936 übernahm Ulmanis auch das Amt des Staatspräsidenten und bekleidete nunmehr die beiden höchsten Ämter im Staate.

Der Staatsstreich von Ulmanis und die Zeit seiner autoritären Regierung sind bis heute stark umstritten. Ulmanis begründete den Umsturz mit der politischen Zersplitterung der Saeima und den Schwierigkeiten, politische Stabilität zu garantieren: „Unser Handeln ist nicht

gegen die Demokratie in Lettland gerichtet, sondern zielt darauf ab, daß die Streitereien der Parteien dem gesunden Geist und dem Willen des Volkes nicht länger im Wege stehen.“ Ein Großteil der Kritik an der Saeima und den politischen Parteien war durchaus begründet.

Doch Ulmanis' weitere Schritte deuteten nicht auf eine Erneuerung und Stärkung der Demokratie hin. Der „Wille des Volkes“ zeigte sich vor allem in Glückwünschen und anderen organisierten Ehren- und Treuebezeugungen gegenüber dem „Führer“, wie sich Ulmanis nennen ließ. Eine immer wieder versprochene neue Verfassung wurde letztendlich nicht eingeführt. Er sah sich selbst als Hauswirt des lettischen Hofes, als Patriarchen, der weise seine ihm ergebenden Leute führt und ihnen Arbeiten aufträgt. Das Ulmanisregime war keine totalitäre Diktatur, doch es war weit entfernt von einer Demokratie. Der Umsturz durch Ulmanis war einer der letzten Staatsstreichs im Europa zwischen den Weltkriegen. Verglichen mit anderen Diktaturen war Ulmanis' Herrschaft vergleichsweise liberal. Ulmanis rechnete durchaus mit seinen politischen Gegnern ab, besonders mit den Sozialdemokraten, doch die Verfolgungen beschränkten sich hauptsächlich auf Inhaftierungen und Verbote. Etwa 2.000 Sozialdemokraten und Mitglieder anderer Parteien wurden verhaftet, darunter Angehörige der radikalnationalistischen Organisation Pērkonkrusts („Donnerkreuz“). Etwa 400 Verhaftete wurden ein Jahr lang in einem Konzentrationslager interniert. Tatsächlich gab es während des Staatsstreiches selbst und in der Zeit der Ulmanisdiktatur kein Blutvergießen. Nicht ein einziger politischer Gegner wurde zum Tode verurteilt.

Die bürgerlichen Grundfreiheiten wurden eingeschränkt, aber nicht gänzlich aufgehoben. Radikale rechte und linke Organisationen wurden aufgelöst, ihre Publikationen verboten. Die Ulmanisregierung war durch die Begründung von Kammern, die den Ministerien unterstellt waren und die Entwicklung ihres Bereichs im Sinne der Regierungspolitik sicherstellen sollten, darum bemüht, das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben zentral zu organisieren und zu lenken. Die Presse unterlag der staatlichen Kontrolle. Für Übertretungen der Pressebestimmungen drohten Strafen. Bis auf in den ersten Monaten nach dem Umsturz gab es keine Zensur, doch hatte die Presse die Regierung und die Ideologie des 15. Mai zu stützen.

Ulmanis' Ideologie basierte auf der Idee des lettischen Nationalstaates und dem lettischen Patriotismus. Sein politisches Programm sah eine Stärkung der Basisbevölkerung



Menschen aus Lettland – die Familie Aivars.

des Staates – der Letten –, ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie eine Unterstützung und Stärkung der lettischen Bildung und Kultur vor. Die Minderheitenrechte des demokratischen lettischen Staates wurden zwar nicht aufgehoben, aber doch eingeschränkt, und die Letten, die lettische Sprache und Kultur hatten Priorität. Die Ulmanis-Regierung förderte insbesondere die Entwicklung der Landwirtschaft, die zum überwiegenden Teil in lettischen Händen lag. In der Industrie war man um eine Vergrößerung des staatlichen Kapitalanteils bemüht, indem Ausländern und Nichtletten gehörende Unternehmen aufgekauft und diese in größere und rationaler wirtschaftende Staatsbetriebe umgewandelt wurden.

Die sogenannte Ulmaniszeit wurde im Gedächtnis vieler zu einer Zeit des Aufblühens, der nationalen Einigkeit und des Patriotismus verklärt, die durch die Einmischung fremder Mächte und die Okkupation mit blanker Gewalt jäh beendet wurde. Wegen der auf die Ulmaniszeit folgenden Aggressionen fremder Mächte blieben der Bevölkerung die vorausgegangenen Jahre als gute Zeiten in Erinnerung. Bei einer Bewertung ihrer Erfolge bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 muß man anerkennen, daß diese tatsächlich vorhanden waren. Doch war der wirtschaftliche Aufschwung nicht allein ein Verdienst der Ulmanis-Regierung, sondern teilweise auch der Überwindung der Wirtschaftskrise in Europa zuzuschreiben. Nationale Geschlossenheit sollte nicht durch Integration der Minderheiten erreicht werden, sondern durch eine Förderung des Selbstbewußtseins des lettischen Volkes sowie dessen zunehmende Privilegierung. Eine solche Politik förderte nicht gerade die Loyalität der Minderheiten gegenüber dem lettischen Staat. Besonders unzufrieden waren die in Lettland lebenden Deutschbalten. Politische Einmütigkeit sollte vielmehr durch die Unterordnung aller politischen Meinungen unter die herrschende politische Ideologie erreicht werden, indem politische Debatten im privaten Sektor eingeschränkt wurden und die freie Entfaltung eines staatsbürgerlichen Denkens und Bewußtseins nicht zugelassen wurde.

Ulmanis' Handeln am Vorabend des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der sowjetischen Okkupation ist beinahe ebenso umstritten wie seine Rolle im Umsturzjahr 1934. Es ist kaum anzunehmen, daß ein anderer Staatsführer oder eine andere Regierung in der Lage gewesen wäre, die Besetzung Lettlands im Jahr 1940 zu verhindern. Doch im Fall von Ulmanis bleibt die Frage, ob seine Führerrolle in dieser Zeit wichtigster Entscheidungen nicht eher hinderlich war. Mit der Abschaffung der Demokratie und der Errichtung seiner Alleinherrschaft hatte er einen Teil der Nation dazu gebracht, seiner Führung zu folgen, dem anderen Teil dagegen hatte er sich entfremdet. Auf ein gemeinschaftliches Handeln in der tiefsten Krise des lettischen Staates hatte er das Volk nicht vorbereitet. Seine letzte Botschaft an das Volk am 17. Juni 1940 steht symbolisch dafür: „Ich bleibe an meinem Platz, und ihr bleibt an eurem Platz!“ Im Rückblick gesehen hätte die Bevölkerung andere Ratschläge nötig gehabt, oder besser gar keine.

Nach der Besetzung unterzeichnete Ulmanis mehrere Dekrete, die praktisch den von ihm aufgebauten Staat beseitigten. Nach der Niederlegung seiner Vollmachten als Staatspräsident am 21. Juni 1940, als die aus den Scheinwahlen hervorgegangene Volks-Saeima Lettland zur Sowjetrepublik erklärte und die Sowjetunion um die Aufnahme Lettlands in die UdSSR ersuchte, verließ er



Menschen aus Lettland – die Familie Straume.



Menschen aus Lettland – die Familie Sipovics.

seinen Platz. Als Gefangener der Sowjetmacht überlebte er die Zerschlagung seines Staates nur um etwas mehr als ein Jahr. Sein Beisetzungsort in Krasnowodsk, dem heutigen Türkmenbaşi in Turkmenistan, ist unbekannt. Ebenso ungeklärt ist eine abschließende Bewertung seiner historischen Rolle in den Anfangsjahren der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands.

Zur Zeit der Alleinherrschaft von Kārlis Ulmanis und insbesondere zur Schlußphase bleiben viele Fragen offen, weniger was ihre historischen Wechselwirkungen betrifft, als vielmehr ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft des wiedererstandenen lettischen Staates. Waren die Außerkraftsetzung der Verfassung und die Etablierung des autoritären Regimes 1934 zu rechtfertigen? Konnten die Besatzer dadurch nicht, wenn auch nur zum Schein, argumentieren, 1940 die Demokratie wiederhergestellt zu haben? Warum hatten Ulmanis und seine Regierung das Ultimatum der UdSSR vom 16. Juni 1940 ohne internationalen Protest hinnehmen und die Rote Armee als „Streitkräfte eines befreundeten Staates“ betrachten müssen, was die Nachfahren der Besatzer noch heute argumentieren läßt, es habe überhaupt keine Okkupation stattgefunden? Hätte Ulmanis nach der Besetzung weiter im Amt des Staatspräsidenten bleiben sollen, und wenn ja, aus welchem Grund? Hätte er Dekrete unterzeichnen sollen, die die Fundamente des von ihm etablierten Staates nach und nach abtrugen und gleichzeitig die Bevölkerung über die damalige Normalität der Lage täuschen?

Ulmanis' Handeln wird von Zeit zu Zeit auch als verräterisch angesehen. Betrachtet man seine Rolle in der Geschichte Lettlands im Rückblick, so wird ihm eine solche Einstufung nicht gerecht. Aus dem Blickwinkel des lettischen Staates läßt sich eins jedoch nicht leugnen: So entscheidend Ulmanis' Rolle in der Aufbauphase des unabhängigen lettischen Staates gewesen war, so maßgeblich war letztendlich auch sein Beitrag zur Beseitigung Lettlands als Staat. Darin liegt die Tragik für Ulmanis als Persönlichkeit und für Lettland als Staat.

Bei der Bewertung der kurzen aber intensiven ersten Unabhängigkeitsperiode Lettlands und seiner Bevölkerung wiegt dennoch der Glaube der großen Mehrheit der Bevölkerung an ihren Staat als wichtigster Faktor mehr als Erfolge oder Mißerfolge der Staatsführung. Ohne den Glauben und das Vertrauen der Bevölkerung hätten



**Menschen aus Lettland – die Familie Roze.**



**Menschen aus Lettland – die Familie Alainis.**

der Staat nicht entstehen, die langen Besatzungsjahre nicht überwunden und der Staat nicht wiederhergestellt werden können. Im Rückblick auf diese Zeit ist besonders auffällig, welche große Bedeutung im besetzten Lettland, in der Zwangsverschickung und im Exil den Symbolen der Staatlichkeit als Bekenntnis der Hoffnung und des Widerstandes zukam: am wichtigsten die rot-weiß-rote Flagge. Dazu gehörten nicht minder der 18. November – der Tag der Proklamation der Unabhängigkeit – ebenso wie die vom Bildhauer Kārlis Zāle geschaffenen, der staatlichen Unabhängigkeit gewidmeten Erinnerungsorte: der Bruderfriedhof, auf dem die Kämpfer für die Unabhängigkeit Lettlands beigesetzt worden waren und wo ihrer in Hochachtung gedacht wurde sowie das aus Spenden der Bevölkerung errichtete und am 18. November 1935 eröffnete Freiheitsdenkmal. Die im Denkmal eingravierten Worte des Dichters Kārlis Skalbe „Für Vaterland und Freiheit“ bezeugten ihre unvergessene Bedeutung Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, als sich die Menschen mit Fahnen um das Denkmal versammelten und die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit feierten.

Die Folgen beider Weltkriege und der dreifachen Okkupation werfen noch immer ihre Schatten auf Lettland und seine Bevölkerung, doch die Rückkehr Lettlands und des Baltikums in das demokratische Europa und die Welt geben Anlaß zur Hoffnung, daß weder Lettland noch das Baltikum in den Augen der Welt jemals wieder die Schattenseite des Mondes in Europa einnehmen wird.

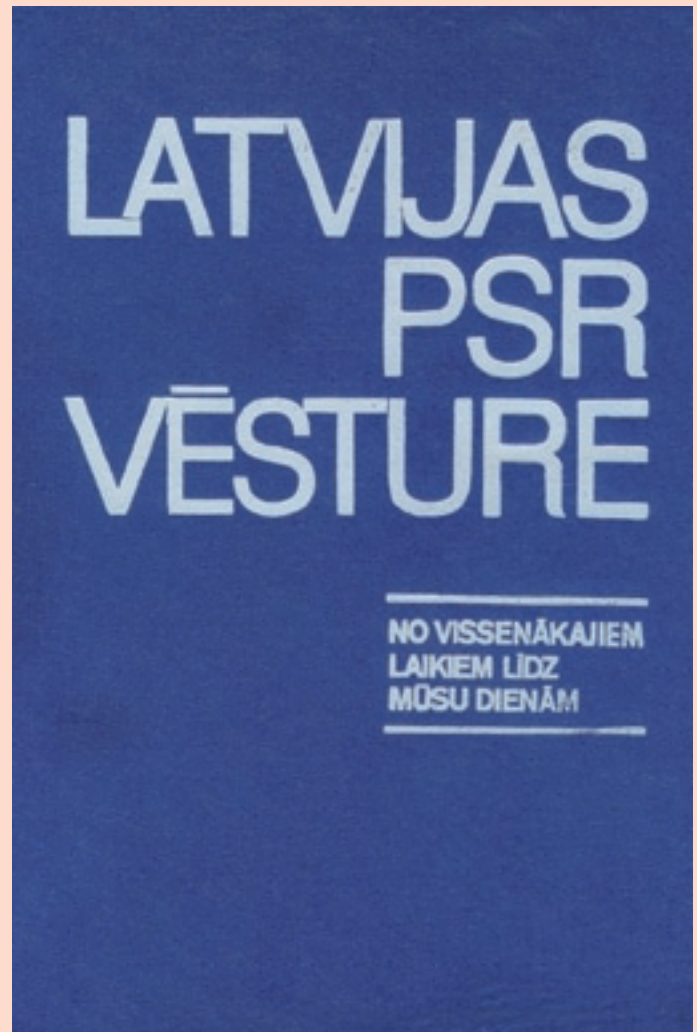


**Menschen aus Lettland – die Familie Gerasimovs.**



## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 1

Die Interpretation sowjetischer – und leider noch immer auch einiger russischer – Historiker der jüngsten Geschichte unterscheidet sich grundlegend von derjenigen, die in diesem Buch zum Ausdruck kommt und die vom überwiegenden Teil der westlichen Historiker vertreten wird. Die sowjetische Historiographie beschreibt im Sinne des „Marxismus-Leninismus“ historische Ereignisse als determinierte Wegmarken zur Vervollkommnung des Kommunismus. Sie markiert Etappen im revolutionären Klassenkampf, der unter Führung der Kommunistischen Partei unweigerlich zum Sieg des Proletariats über die kapitalistische Bourgeoisie führt. Um die Geschichte in diesem Sinne interpretieren zu können, hatten die sowjetischen Historiker zu verfälschen, zu verschweigen sowie Fakten und Ereignisse zu verdrehen. Damit dies deutlich wird, geben wir „Sowjetische Geschichtsstunden“ über wichtige historische Ereignisse. Die Zitate sind dem von A. Drīzulis redigierten und vom Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR herausgegebenen Buch *Latvijas PSR vēsture* [Die Geschichte der Lettischen SSR], Verlag Zinātne, Riga 1986, Band 2, entnommen. Zum jungen Staat ist darin zu lesen: „Der reaktionäre Staat und die reaktionäre Gesellschaftsordnung, eine dem Volk feindlich gesinnte Politik, wie sie auf ausländische Anweisungen hin von der bürgerlichen Regierung betrieben wurde, verwandelten Lettland in eine willige Waffe der imperialistischen Staaten. Die Staatsführung Lettlands machte das Land wirtschaftlich von den imperialistischen Staaten abhängig, und ihre Politik war maßgeblich von deren Interessen bestimmt. Gegen die Werktätigen ging die Bourgeoisie mit Terror und Verfolgung vor.“ (Band 2, S. 79)



Buchdeckel der 1986 erschienenen Geschichte der Lettischen SSR, *Latvijas PSR vēsture*, von Geschichtslehrern häufig wegen der Farbe des Deckels auch als „das blaue Wunder“ bezeichnet.

## DAS SCHICKSAL DER LETTEN IN DER SOWJETUNION

Während des Ersten Weltkriegs verließen rund 850.000 Einwohner bzw. ein Drittel der damaligen Bevölkerung das Gebiet des heutigen Lettland. Viele von ihnen wurden 1915 aus Kurland und Riga zwangsevakuert, als die deutschen Truppen näherrückten. Die russische Regierung kümmerte sich so gut wie gar nicht um die Flüchtlinge; für ihre Versorgung wurden freiwillige Versorgungskomitees gegründet. Obwohl der Friedensvertrag zwischen der Republik Lettland und Sowjetrußland von 1920 die Repatriierung der Flüchtlinge vorsah, kehrten viele von ihnen nicht zurück. Manche blieben wegen ihrer kommunistischen Überzeugung in Rußland, andere aus familiären Gründen, viele jedoch erfuhren schlichtweg nicht von der Möglichkeit zurückzukehren – oder sie wurden daran gehindert. Verschiedene Quellen belegen, daß in der Zwischenkriegszeit rund 150.000 Letten in der Sowjetunion lebten. Einige, die aus den Reihen der Lettischen Roten Schützen hervorgegangen waren, wurden zu herausragenden Befehlshabern der Roten Armee. Letten waren sowohl in der staatlichen Verwaltung der UdSSR aktiv wie im staatlichen Repressionsapparat. Lettische Vereine entstanden. An die 200 lettisch- bzw. lettgallischsprachige Schulen nahmen den Betrieb auf. Es gab rege kulturelle Aktivitäten. In Moskau gab es ein lettisches Theater und einen lettischen Verlag.

Wie andere Einwohner der Sowjetunion waren Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre auch die auf dem Land lebenden Letten von der Kollektivierungswelle betroffen. Doch entscheidend für das Schicksal der lettischen Diaspora in Rußland war der stalinsche Terror von 1937/38. Die großen Schauprozesse in Moskau wurden vom Generalstaatsanwalt der UdSSR, Andrej Wischinski, geleitet, der 1940 die Machtübernahme in Lettland organisierte. Der stalinsche Terror richtete sich nicht nur gegen kommunistische Veteranen, sondern auch gegen nichtrussische Bevölkerungsteile wie Deutsche, Polen, Letten, Esten, indem man sie als Konterrevolutionäre, Nationalisten, Spione und Saboteure bezichtigte. Der Terror traf auch die in Lettland im Untergrund agierenden Kommunisten. Viele von ihnen wurden in die Sowjetunion beordert, verhaftet und liquidiert. Rund 14.000 (9,3 Prozent) der in der Sowjetunion lebenden Letten, mehrheitlich Männer, wurden erschossen. Ihre Angehörigen wurden deportiert und in entlegenen Gebieten Rußlands zwangsangesiedelt. Die Gesamtzahl der Menschen, die politischen Repressionen ausgesetzt waren, wird mit rund 70.000 beziffert, was etwa der Hälfte der seinerzeit in Rußland lebenden Letten entspricht. Lettische Organisationen wurden aufgelöst, Schulen und Kultureinrichtungen geschlossen. Das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Letten kam zum Erliegen. Dies bedeutete praktisch das Ende der ethnischen Gemeinschaft der Letten in Rußland.

# OUVERTÜRE ZUR OKKUPATION

# 1939–1940

- Hitler und Stalin teilen Europa • Sowjetische Militärverbände und politische Vorherrschaft
- Hitler ruft die Deutschbalten „heim ins Reich“



**01.09.1939:** Deutschland überfällt Polen. • **03.09.1939:** Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg; Beginn des Zweiten Weltkrieges. • **17.09.1939:** Die Sowjetunion überfällt Polen. • **30.10.1939:** Die Sowjetunion überfällt Finnland. • **13.03.1940:** Waffenstillstandsabkommen zwischen Finnland und der UdSSR. • **09.04.1940:** Deutschland überfällt Dänemark und Norwegen. • **10.05.1940:** Mit dem Überfall auf die Niederlande und Belgien beginnt die deutsche Offensive gegen Frankreich. • **26.05.–02.06.1940:** Rund 300.000 britische und französische Soldaten werden vom Strand von Dunkirchen (Dunkerque) evakuiert.

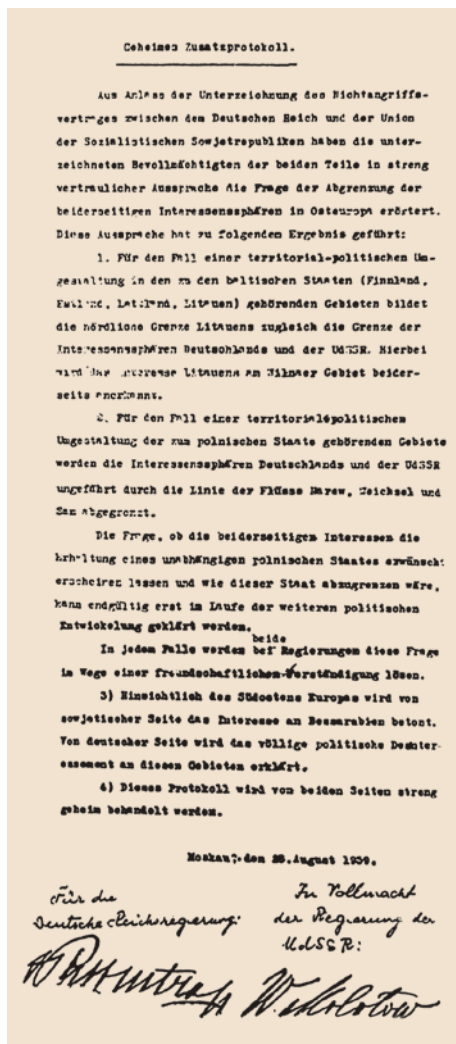
# PARTNER IN DER AGGRESSION: HITLER UND STALIN TEILEN OSTEUROPA

Mit dem Abschluß des Vertragswerkes und seiner geheimen Zusatzprotokolle zwischen der kommunistischen Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland am 23. August und 28. September 1939 war das Schicksal der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen für die nächsten fünfzig Jahre besiegelt. Der Abschluß des Paktes und die gegenseitigen Absprachen machten beide totalitären Mächte faktisch zu Partnern in der Aggression und zu Hauptverantwortlichen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Um das sowjetische Einverständnis für seine Pläne bezüglich eines Angriffs auf Polen zu erlangen, schickte Reichskanzler Adolf Hitler seinen Außenminister Joachim von Ribbentrop nach Moskau. Am 23. August 1939 unterzeichneten er und sein sowjetischer Amtskollege Wjatscheslaw Molotow in Gegenwart von Jossif Stalin einen Nichtangriffspakt, der auch als Molotow-Ribbentrop- oder Hitler-Stalin-Pakt bekannt ist.



Teilungskarte Polens vom 28. September 1939 mit den Unterschriften Stalins und Ribbentrops.



Deutschsprachiges Exemplar des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939.

In einem dem Vertrag beigefügten geheimen Zusatzprotokoll verständigten sich die Partner darauf, Polen zu teilen, und bestimmten die Nordgrenze Litauens als die Grenze der Interessensphären zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Damit wurde die Unterordnung Lettlands, Estlands und Finnlands unter den Einfluß und die Willkür der Sowjetunion anerkannt.

Am 1. September überfiel Hitlers Armee Polen. Großbritannien und Frankreich, die die Unantastbarkeit der Grenzen Polens garantiert hatten, erklärten Deutschland am 3. September den Krieg, nahmen aber trotz ihrer Zusagen keine aktiven Kampfhandlungen gegen Deutschland auf. Am 17. September fiel die Sowjetunion in Polen ein. Innerhalb eines Monats hatten beide Großmächte Polen vollständig besetzt.

Am 28. September 1939 unterzeichneten Deutschland und die Sowjetunion einen Grenz- und Freundschaftsvertrag, der die genaue Grenze zwischen den von Deutschland und der Sowjetunion besetzten Gebieten Polens festschrieb. Der Vertrag wurde ergänzt durch ein weiteres geheimes Zusatzprotokoll, in welchem nun auch Litauen der „Interessensphäre“ der Sowjetunion zugeschlagen und den deutschstämmigen Einwohnern die Möglichkeit zur Ausreise aus der sowjetischen „Interessensphäre“ sowie den besetzten ostpolnischen Gebieten gegeben wurde.

Ohne ihr Wissen und ohne ihre Zustimmung wurden die baltischen Staaten zu Geiseln der Sowjetunion. Die Sowjetunion hielt ihrerseits Deutschland den Rücken frei und lieferte wichtige Rohstoffe für Hitlers Westfeldzug 1940.



Molotov bei der Unterzeichnung des Vertrags am 28. September 1939 in Stalins Arbeitszimmer im Kreml. Hinter ihm Ribbentrop.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 2

*Die Geschichte der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik* erwähnt mit keinem Wort die zwischen Hitler und Stalin geschlossenen Pakte sowie die geheimen Zusatzprotokolle über die Aufteilung Osteuropas und die wirtschaftliche Hilfeleistung der Sowjetunion für Deutschland. Über den Kriegsausbruch ist zu lesen: „Schon lange vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland dabei unterstützt, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen und aufzurüsten. Imperialistische Kreise in den USA, Großbritannien und Frankreich schickten sich an, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln. Doch der Zweite Weltkrieg brach zunächst zwischen den kapitalistischen Ländern aus. Kriegsauslöser waren aggressive faschistische Staaten wie Deutschland, Italien und Japan [...]. Hitlerdeutschland besetzte gewaltsam Österreich und riß anschließend die Tschechoslowakei an sich. Von Litauen holte sich Deutschland Klaipeda und schickte sich an, auch das Baltikum an sich zu reißen. Am 1. September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen. Daraufhin erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. [...] Unter diesen Umständen war es Aufgabe der Sowjetregierung, den Schutz der sowjetischen Grenzen gegen einen Angriff von Seiten Hitlerdeutschlands zu organisieren.“ (Band 2, S. 126) Als der Wortlaut der geheimen Zusatzprotokolle im Westen veröffentlicht wurde, bezeichnete die Sowjetunion diese als Fälschung. Ihre Existenz wurde erst 1989 von den sowjetischen Behörden bestätigt, als der Oberste Sowjet die Zusatzprotokolle als „ungültig vom Augenblick ihrer Unterzeichnung an“ deklarierte.

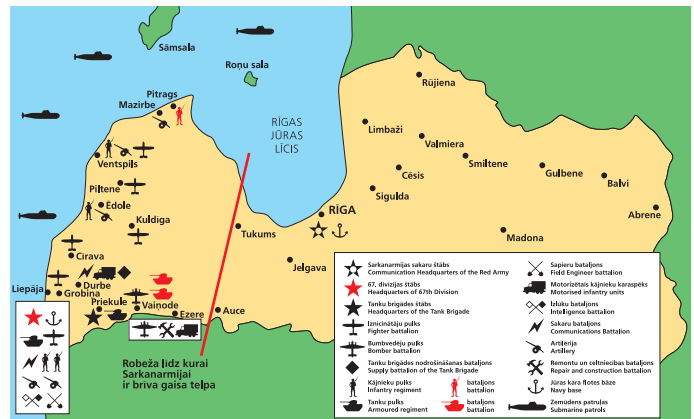
## DIE ABKOMMEN VON MÜNCHEN UND MOSKAU

Am frühen Morgen des 30. September 1938 unterzeichneten Adolf Hitler, der britische Premier Neville Chamberlain, der französische Premierminister Édouard Daladier und der italienische Diktator Benito Mussolini ohne Einbeziehung der Tschechoslowakei in München ein Abkommen, welches Deutschland gestattete, das zur Tschechoslowakei gehörende, von Deutschen bewohnte und in Grenznähe zu Deutschland gelegene Sudetenland zu besetzen. Mit ihrem Nachgeben gegenüber den Forderungen und Beteuerungen Hitlers hofften die westlichen Staatsmänner, den Frieden zu retten. Tschechoslowakische Vertreter blieben von der Konferenz ausgeschlossen. Am 1. Oktober begann die Besetzung des Sudetenlandes, die am 15. Oktober abgeschlossen war. Die Tschechoslowakei blieb ihrem Schicksal überlassen und war gezwungen, sich dem Diktat zu beugen. Als sich im März 1939 die Slowakei abspaltete und Tschechien von Deutschland besetzt wurde, hörte die Tschechoslowakei bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf, als Staat zu existieren.

Das in München unterzeichnete Abkommen wird zuweilen als Vorgänger des in Moskau abgeschlossenen Hitler-Stalin-

Paktes angesehen. Nach einer häufig in Rußland vertretenen Geschichtsinterpretation wird es sogar als wichtigste Kriegsursache betrachtet. Zwischen dem Münchner und dem Moskauer Abkommen bestehen jedoch wesentliche Unterschiede, die an dieser Interpretation Zweifel lassen. Das Münchner Abkommen war in seiner Tragweite begrenzt. Obwohl es die Souveränität der Tschechoslowakei einschränkte, war eine Beseitigung des Staates nicht vorgesehen. Dazu kam es erst durch die aggressive Politik Hitlers unter dem Bruch der Münchner Vereinbarungen. Die Münchner Dokumente enthielten keine geheimen Zusatzprotokolle zur Aufteilung Europas in Interessensphären. Weder Großbritannien noch Frankreich handelten in eigenem Interesse. Sie hofften vielmehr, durch das Münchner Abkommen den Frieden zu retten. Das Wesen des Hitler-Stalin-Paktes und seiner geheimen Zusatzprotokolle hingegen liegt in einer aggressiven, gegen die Souveränität anderer Staaten gerichteten Hinterhältigkeit, die allein den Interessen der beiden Vertragspartner zuträglich war. Wenn das Münchner Abkommen auch unbestreitbar den aggressiven Absichten Hitlers nützte, so steht ebenfalls außer Zweifel, daß der Moskauer Vertrag die direkte Ursache für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges darstellt.

# DIE SCHLINGE LEGT SICH UM DIE BALTISCHEN STAATEN: SOWJETISCHE MILITÄRVERBÄNDE UND POLITISCHE VORHERRSCHAFT



**1939 eingerichtete Militärstützpunkte der Roten Armee in Lettland. Damit befanden sich mehr Rotarmisten und Waffen in Lettland, als die Truppen- und Ausrüstungsstärke der lettischen Armee in Friedenszeiten umfaßte.**

Nachdem sie sich der Nichteinmischung von Seiten Deutschlands versichert hatte, zögerte die Sowjetunion nicht, ihre Vorherrschaft in ihrer „Interessensphäre“ zu sichern, indem sie die baltischen Staaten zum Abschluß von sogenannten „gegenseitigen Beistandspakten“ zwang. Damit gerieten die baltischen Staaten faktisch in völlige militärische und politische Abhängigkeit der Sowjetunion.

Bereits am 27. September 1939 informierte Stalin Ribbentrop über seine Pläne bezüglich Estland und Lettland hinsichtlich der Übereinkunft vom 23. August. Sie sahen ein allmähliches Eindringen in beide Staaten vor. Mit der Umsetzung dieser Pläne wurde unverzüglich begonnen.

Die Flucht eines internierten polnischen Unterseebootes aus dem Tallinner Hafen nahm die Sowjetunion zum Anlaß, an der estnischen Grenze Truppen zusammenzuziehen und mit der Blockade der estnischen Häfen zu beginnen. Am 27. September wurde Estlands Außenminister Karl Selter nach Moskau beordert und gezwungen, einen Pakt über „gegenseitigen Beistand“ zu unterzeichnen, der unter anderem Militärbasen der Roten Armee auf dem Territorium Estlands vorsah.

Lettland und Litauen sahen sich gezwungen, am 5. bzw. 10. Oktober ebenfalls entsprechende Verträge abzuschließen. Sowjetische Militärverbände strömten nach Lettland.

Nachdem Finnland ähnliche sowjetische Forderungen abgelehnt hatte, fiel die Rote Armee am 30. November im Nachbarland ein. Trotz des heldenhaften Widerstandes gegen die erdrückende Übermacht, sah sich Finnland am 13. März 1940 gezwungen, einen Waffenstillstandsvertrag mit der Sowjetunion zu unterzeichnen. Das Land verlor einen Teil seines Territoriums, bewahrte aber seine Unabhängigkeit.

Die Einrichtung von Militärbasen wird oft auch als der eigentliche Beginn der militärischen Besetzung angesehen. Von jener Zeit an bis zum 31. August 1994 – dem Abzug der russischen Truppen – standen ununterbrochen starke Truppenkontingente fremder Staaten auf dem Territorium Lettlands.

## DIE ZUSAMMENARBEIT VON HITLER UND STALIN

Als Sowjetrußland 1918 unter Lenins Führung in der polnischen Stadt Brest-Litowsk einen Friedensvertrag mit dem kaiserlichen Deutschland und seinen Verbündeten schloß, überließ es den Deutschen einen großen Teil des russischen Imperiums, darunter das Territorium der heutigen baltischen Staaten. Am 22. September 1939 hielten die Rote Armee und die Wehrmacht in Brest-Litowsk eine gemeinsame Parade ab, um so die militärische Macht der neuen Allianz und das im Hitler-Stalin-Pakt erreichte Übereinkommen über die territoriale Neuordnung zu betonen. Die enge Kooperation zwischen beiden Staaten setzte sich bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 fort. Wie im geheimen Zusatzprotokoll vereinbart, kooperierten beide Geheimdienste besonders bei der Zerschlagung des polnischen Widerstandes gegen das Okkupationsregime. Auf der Grundlage eines Handelsvertrages lieferte die Sowjetunion beträchtliche Mengen an Rohstoffen an Deutschland, u.a. Erdöl, Gummi und Manganerz sowie Getreide. Dies half Deutschland, sich trotz der britischen Blockade vorzubereiten auf seine Offensiven in Westeuropa im Frühjahr 1940, in Südeuropa im Frühjahr 1941 und auf den Überfall auf die Sowjetunion selbst am 22. Juni 1941.



**Politaausbildung von Rotarmisten an einer politischen Landkarte, auf der Lettland noch nicht Teil der UdSSR ist. Seit Herbst 1939 befanden sich sowjetische Militärstützpunkte in Lettland.**

## BEVOR SICH DIE SCHLINGE ZUZIEHT: HITLER RUFT DIE DEUTSCHBALTEN „HEIM INS REICH“

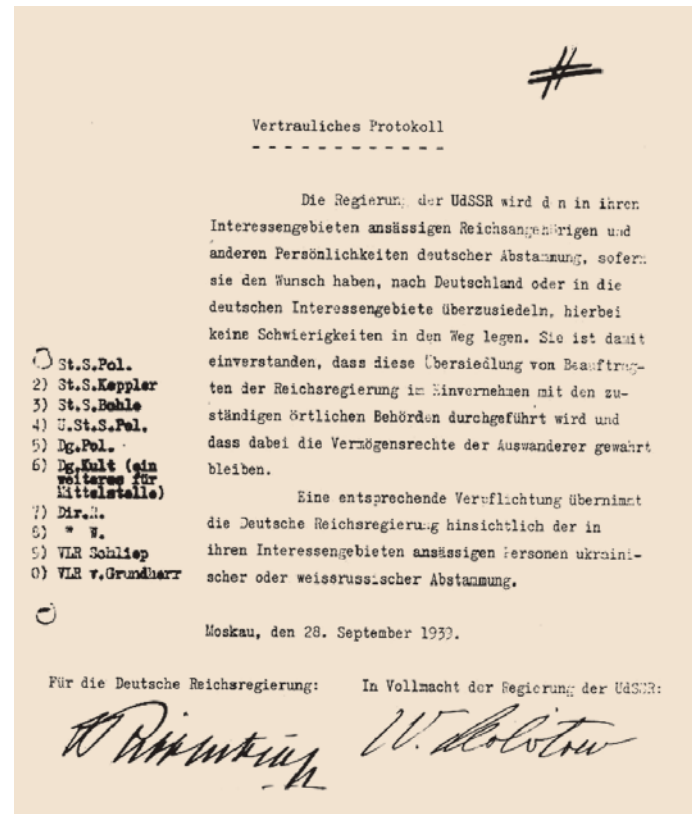
Die Deutschbalten in Lettland und Estland wurden mit Zustimmung der Sowjetunion zum Pfand für die nationalsozialistische Politik im Osten. Ihre Umsiedlung war die erste von den totalitären Mächten durchgeführte Massenumsiedlung von Menschen und bewirkte eine Veränderung der ethnischen Bevölkerungsstruktur im Baltikum. Mehr als 50.000 Deutschbalten verließen Lettland.

Das am 28. September 1939 von Molotow und Ribbentrop unterzeichnete geheime Zusatzprotokoll „erlaubte“ den Deutschbalten aus der sowjetischen Interessensphäre „heim ins Reich“ umzusiedeln, wie es die Nazi-propaganda formulierte. In Wirklichkeit gingen sie weder heim noch ins Reich. Seit Jahrhunderten hatten die Deutschbalten ihre Heimat in Lettland. Sie wurden nicht in Deutschland angesiedelt, sondern als Kolonisten in den von Deutschland besetzten westpolnischen Gebieten, aus denen die polnische Bevölkerung ihrerseits vertrieben wurde. Für die meisten Umsiedler verschlechterten sich damit ihre Lebensbedingungen im Vergleich zu denen, die sie in Lettland hatten.

Unverzüglich wurden Verhandlungen mit der Regierung Lettlands über die Umsiedlung der Deutschbalten aufgenommen. Die Umsiedler selbst hatten keine große Wahl. Unter ihnen agitierten Nazi-Propagandisten. Immobilien und Gewerbe waren unter großen materiellen Verlusten in aller Eile und unverzüglich aufzulösen.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 3

Ohne den mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag und seine geheimen Zusatzprotokolle zu erwähnen, beschreibt die *Die Geschichte der Lettischen SSR* die Verträge mit den baltischen Staaten über „gegenseitigen Beistand“ als eine Maßnahme der Sowjetregierung, die baltischen Grenzen zum Schutz vor einem Angriff des mit ihr verbündeten Deutschland zu sichern: „Neben anderen Bemühungen forderte die Sowjetregierung aus diesem Grund die Regierungen der baltischen Staaten zum Abschluß von gegenseitigen Beistandspakten mit der UdSSR auf. Dieser Vorschlag fiel mit den schon lange vertretenen Forderungen der Werktätigen Lettlands, Litauens und Estlands zusammen. Die Volksmassen



Vertrauliche Vereinbarung vom 28. September 1939 zwischen UdSSR und Deutschland über die Umsiedlung der Deutschbalten aus der Interessensphäre der UdSSR.

Als am 30. Oktober der entsprechende Vertrag zwischen Deutschland und Lettland abgeschlossen wurde, warteten deutsche Schiffe bereits in den Häfen. Innerhalb von 90 Tagen verließen etwa 47.000 Umsiedler Lettland. Die Umsiedlungen endeten im Frühjahr 1941 bereits unter sowjetischer Besatzung. Auch Letten, die sich deutsche Dokumente verschaffen konnten, nutzten diese Chance zur Ausreise.

Staatspräsident Kārlis Ulmanis bedauerte den Weggang der Deutschbalten nicht. Sein zweideutiger, sowohl an die Deutschbalten als auch an die ausreisenden Letten gerichteter Nachruf ging in Erfüllung: „Sollen sie fahren! Auf Nimmerwiedersehen!“

Der Verlust dieser kleinen, historisch, intellektuell und kulturell jedoch bedeutsamen ethnischen Minderheit ist im gesellschaftlichen Leben Lettlands bis heute spürbar.

hatten verstanden: Wenn die Sowjetunion die baltischen Staaten unter ihren Schutz nimmt, bleiben sie vor der Gefahr bewahrt, in den Krieg hineingerissen zu werden. [...] Um diesen Beistand real leisten zu können, durfte die Sowjetunion [...] entlang der Ostseeküste ein bestimmtes Truppenkontingent stationieren. Der Pakt betraf lediglich die gegenseitige Verteidigung. Die souveränen Rechte Lettlands blieben davon unberührt. [...] Diese Beistandspakte waren die Garantie der nationalen Souveränität der baltischen Staaten.“ (Band 2, S. 126) Unerwähnt bleibt, daß „ein bestimmtes Truppenkontingent“ ein Minimum von 25.000 Soldaten meinte – mehr Soldaten als in Friedenszeiten je in der lettischen Armee standen. Ebenso bleibt unklar, von wem und auf welche Weise die Forderungen der Werktätigen gestellt worden waren.

# DIE ERSTE SOWJETISCHE OKKUPATION

# 1940–1941

Provokation, Ultimatum und Besetzung Lettlands durch die UdSSR • Das Szenario Wyschinskis, des Organisators von Stalins Schauprozessen • Die Bevölkerung übt Demonstrationen und Meetings • Die einzige Partei erreicht bei den Wahlen nahezu 100 Prozent der Stimmen • Die Volks-Saeima bittet einmütig um Aufnahme Lettlands in die UdSSR • Die baltischen Staaten werden widerspruchslos in die UdSSR „aufgenommen“ • Die Republik Lettland existierte für den Westen weiterhin *de jure* • Liquidierung der lettischen Armee • Konfiszierung, Währungsabwertung, Kollektivierung • Das gesellschaftliche und kulturelle Leben im Dienste des Kommunismus • Die Religion unter dem Joch des Kommunismus • Erziehung der Jugend im kommunistischen Geiste • Widerstand gegen das Besatzungsregime • Die unumschränkte Macht des NKWD – verhaften und liquidieren • Die erste Massendeportation in die UdSSR • Verschleppungen und Erschießungen politischer Gefangener

14.06.1940: Die deutsche Wehrmacht marschiert in Paris ein. • 15.–17.06.1940: Sowjetische Truppen besetzen die baltischen Staaten. • 22.06.1940: Waffenstillstandsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich. • 27.09.1940: Dreimächtepakt über wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Deutschland, Italien und Japan. • 28.10.1940: Italien überfällt Griechenland. • 14.11.1940: Mit einem schweren Luftangriff auf Coventry beginnt der deutsche Luftkrieg gegen England. • 11.03.1941: Der US-Kongress verabschiedet das Leih- und Pachtgesetz zur Lieferung von kriegswichtigen Gütern an Großbritannien. • 24.03.1941: Deutsch-italienische Offensive gegen die britischen Truppen in Nordafrika. • 06.–18.04.1941: Besetzung Jugoslawiens durch Deutschland und seine Verbündeten. • 06.–30.04.1941: Besetzung des griechischen Festlands durch die deutsche Wehrmacht.



Militärische Operationen zur Besetzung der baltischen Staaten 15.–17. Juni 1940.

## HITLER IN PARIS, STALIN IN RIGA: PROVOKATION, ULTIMATUM UND BESETZUNG LETTLANDS DURCH DIE UDSSR

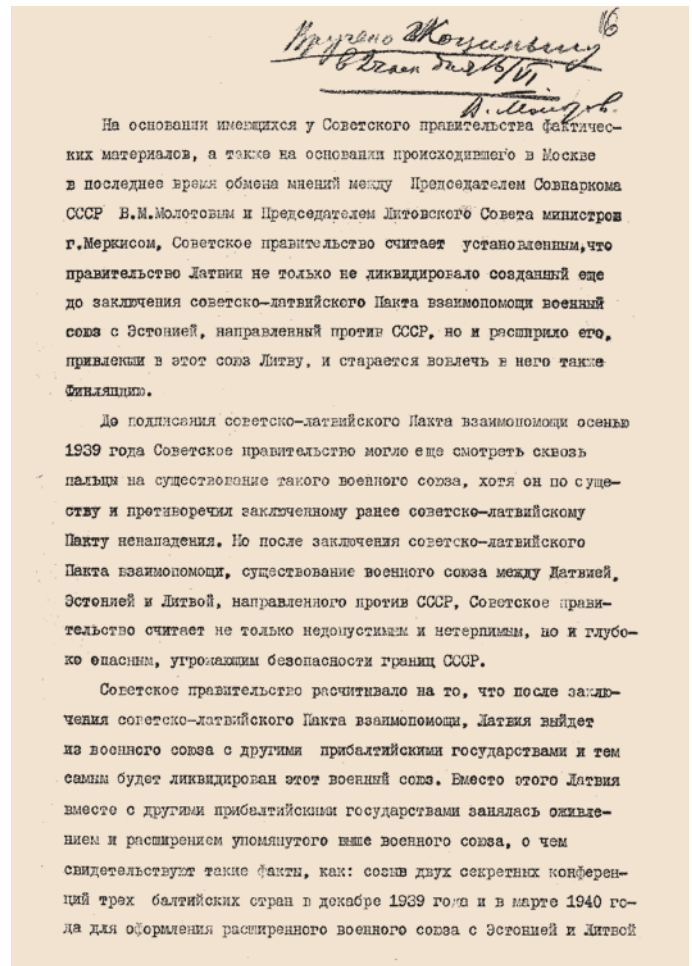
Während Hitler im Begriff war, die Besetzung Frankreichs abzuschließen, machte Stalin von der Möglichkeit Gebrauch, die ihm in den geheimen Absprachen eingeräumt worden war, und besetzte die baltischen Staaten. Die Okkupation begann mit Provokationen und Ultimaten und endete mit einem massiven Einmarsch der Roten Armee. Dabei handelte es sich um einen nicht provozierten Akt einer Großmacht gegen kleine souveräne Nachbarstaaten unter Bruch internationaler Konventionen und bilateraler Verträge.

Im Morgengrauen des 15. Juni 1940 – zeitgleich mit der Besetzung Litauens – überfielen Sondereinheiten des sowjetischen Innenministeriums drei Grenzstationen im Osten Lettlands. Dabei wurden drei Grenzposten sowie die Frau und der Sohn eines Grenzers getötet. Zehn Grenzsoldaten und 27 Zivilisten wurden in die Sowjetunion verschleppt.

Am 16. Juni, Sonntagnachmittag, stellte die UdSSR der lettischen Regierung ein sechsständiges Ultimatum. Sie bezichtigte Lettland der Verletzung des 1939 abgeschlossenen gegenseitigen Beistandspaktes und forderte die sofortige Bildung einer neuen Regierung sowie den Einmarsch sowjetischer Truppen in Lettland ohne jegliche Einschränkung, um die Erfüllung des Paktes zu gewährleisten.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 4

Im Buch *Die Geschichte der Lettischen SSR* wird erklärt: „Die Sowjetregierung erfüllte die Bestimmungen der gegenseitigen Beistandspakte mit den baltischen Staaten anständig und fair. Doch ähnlich wie die Regierungen Estlands und Litauens sabotierte auch die faschistische Regierung Lettlands nicht nur den gegenseitigen Beistandspakt, sondern bereitete sich auf einen Krieg gegen die UdSSR vor. [...] Mit falschen Freundschafts- und Kooperationsbekundungen gegenüber der Sowjetunion betrieb die Regierung Ulmanis in Wirklichkeit eine antisowjetische Politik und schürte in der Bevölkerung den Haß gegen die Rote Armee und den Sowjetstaat. [...] Vor dem Hintergrund, daß Hitler in Westeuropa in blitzkriegsartigen Feldzügen bereits die meisten seiner Gegner besiegt und sich freie Hand für seine Abenteuer im Osten geschaffen hatte, wurde die Politik der Regierung Ulmanis allzu gefährlich. Am 16. Juni 1940 sandte ihr die Sowjetregierung deshalb eine Note mit der Aufforderung, eine neue Regierung zu bilden, die den Bestimmungen des gegenseitigen Beistandspaktes tatsächlich nachkommen würde. Als Garantie für die Einhaltung des Paktes forderte die Sowjetregierung den Einmarsch von zusätzlichen Truppen der Roten Armee in Lettland. [...] Ulmanis sah ebenso wie die faschistischen Cliquen Litauens und Estlands keinen anderen Ausweg, als die sowjetischen Forderungen zu erfüllen.“ (Band 2, S. 128–129) Die Aussage, daß die baltischen Staaten einen Angriff gegen die UdSSR vorbereitet hätten, läßt das völlige Mißverhältnis zwischen den Truppenstärken der baltischen Staaten und der UdSSR sowie die Existenz des Hitler-Stalin-Pakts völlig außer acht.



Erste Seite des sowjetischen Ultimatus an Lettland. Oben eine russischsprachige Notiz Molotows: „[Botschafter] Kociņš übergeben um zwei Uhr am 16.VI.“ Am Ende des Dokuments heißt es: „Die Sowjetregierung erwartet eine Reaktion bis 16. VI. 11 Uhr nachts.“

In Anbetracht der militärischen Überlegenheit der sowjetischen Truppen an der Grenze, der brutalen Überfälle auf die Grenzstationen, des tags zuvor erfolgten sowjetischen Einmarsches in Litauen und angesichts der Ereignisse in Polen sowie der seit Herbst 1939 im Westen Lettlands stationierten Einheiten der Roten Armee, hoffte die lettische Regierung, ein Blutbad verhindern zu können, indem sie den lettischen Streitkräften Befehl gab, die Rote Armee als Truppen eines befreundeten Staates zu betrachten. Am 17. Juni besetzte die Rote Armee Lettland und Estland. Am Abend wendete sich Staatspräsident Kārlis Ulmanis an die Bevölkerung: „Ich bleibe auf meinem Platz, und ihr bleibt an eurem Platz!“

Bis heute wird in Lettland über die Frage diskutiert, ob die damaligen Entscheidungen der Regierung und Ulmanis richtig waren. Hätte man nicht bewaffneten Widerstand leisten müssen, obwohl dies aus militärischer Sicht wohl nur einige Tage lang möglich gewesen wäre? Hätte man nicht einen völkerrechtlichen Protest erklären oder wenigstens der Weltöffentlichkeit kundtun müssen, daß die Regierung unter Zwang gehandelt habe? Unter Berufung auf die Anordnungen der lettischen Regierung und der später von Ulmanis unterzeichneten Dekrete, die den Ereignissen einen gewissen Anstrich von Legalität gaben, leugnet die Regierung Rußlands bis heute den Tatumstand einer Okkupation.



Kārlis Ulmanis durfte „auf seinem Platz“ lediglich Gesetze und Verordnungen der Republik Lettland bestätigen, die die von ihm geformten und am Ende auf seine Alleinherrschaft ausgerichteten Fundamente des Staates zerstörten. Am 21. Juli hatte er die letzte Verordnung zu unterzeichnen – seine Amtsenthebung als Staatspräsident.

Über die Geschehnisse in Lettland und seinen Nachbarstaaten erfuhr die Welt wenig. Ihr Augenmerk war in jenen Tagen vielmehr mit Sorge auf die Ereignisse in Frankreich und auf den nächsten Schlag des nationalsozialistischen Deutschland gerichtet. Großbritannien rüstete sich gegen eine mögliche deutsche Invasion.

## OKKUPATION

In Artikel 42 im vierten Teil des Haager Abkommens von 1907 (Landkriegsordnung) wird eine Besetzung wie folgt definiert: „Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.“ Die Artikel dieser Haager Konvention regeln auch die Pflichten einer Besatzungsmacht im besetzten Gebiet. So hat nach Artikel 43 der Besetzende „alle [...] Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar [...] unter Beachtung der Landesgesetze.“ In Artikel 45 heißt es: „Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten“ und weiter in Artikel 46: „Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.“ Artikel 52 wiederum schreibt vor, daß Beschlagnahmungen „im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein [müssen], daß sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1949 die Haager Konvention um das Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und damit um wichtige Bestimmungen ergänzt. In Artikel 49 heißt es dort: „Zwangswise Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund verboten.“ Artikel 51 verbietet einer Besatzungsmacht, geschützte Personen zum Dienst in ihren bewaffneten Kräften oder zum Hilfsdienst zu zwingen sowie Druck oder Propaganda auszuüben, die auf einen freiwilligen Eintritt in den Kriegsdienst abzielen.

In beiden Konventionen ist die Rede von „Besetzung in Kriegszeiten“ und den Pflichten einer Besatzungsmacht im besetzten Gebiet. Auch sollte man in Betracht ziehen, daß die Haager Konvention aus einer Zeit stammt, als Kriegsführung und Besatzungsgebiet sich von den späteren Realitäten stark unterschieden. Gerade der Zweite Weltkrieg war angesichts der Gewalttaten der totalitären Regime gekennzeichnet durch seine Brutalität und das Nichtfunktionieren fast aller internationaler Konventionen. In vielerlei Hinsicht ist die Genfer Konvention von 1949 als Verurteilung der im Zweiten Weltkrieg praktizierten Kriegsführung zu verstehen.

Rein formell könnte argumentiert werden, daß weder die Haager noch die nach dem Krieg verabschiedete Genfer Konvention vollständig auf den Fall der baltischen Staaten anwendbar ist. Die Haager Konvention sah einen solchen Fall nicht vor, in dem eine Großmacht einen anderen Staat ohne Kriegshandlungen besetzen und allein durch die Drohung mit ihrer militärischen

Überlegenheit die Herrschaft in diesem Staat übernehmen könnte. Der 1929 sowohl von Lettland als auch von der UdSSR ratifizierte Briand-Kellogg-Pakt, der Krieg als Mittel der internationalen Politik verurteilte und in Artikel 2 vorschrieb, Streitigkeiten ausschließlich gewaltfrei zu lösen, hätte hier eigentlich greifen müssen. Eine Okkupation im klassischen Sinne war weder die Besetzung des Baltikums durch die Sowjetunion noch die durch das nationalsozialistische Deutschland. Weder die eine noch die andere Besatzungsmacht hielt sich an die ihr in den besetzten Ländern auferlegten Pflichten wie die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, die Nicht-Heranziehung der Bevölkerung zu gegen ihr Vaterland gerichteten Maßnahmen und den Schutz von Leben sowie Hab und Gut.

Die baltischen Staaten sind dem Wesen nach dennoch vom 17. Juni 1940 bis zur Wiedererlangung ihrer vollen Unabhängigkeit am 21. August 1991 als besetzte Territorien zu betrachten, denn:

- Die Forderungen des am 16. Juni 1940 an die lettische Regierung gerichteten Ultimatums kamen einer indirekten Kriegserklärung gleich, angesichts derer sich die Regierung zur Kapitulation gezwungen sah. In Lettland bestanden zu jener Zeit schon sowjetische Militärstützpunkte, die Rote Armee hatte tags zuvor Litauen besetzt; an der Ostgrenze standen große sowjetische Truppenkontingente kampfbereit.
- Die sowjetischen Truppen übernahmen unverzüglich die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet Lettlands. Obwohl keine Militärverwaltung in Lettland aufgebaut wurde, sicherten die Truppen die Machtübernahme, die Schaffung von pseudodemokratischen Staats- und Verwaltungsstrukturen sowie die Angliederung Lettlands zur Sowjetunion ab.
- Sowjetische Truppen kontrollierten das Territorium Lettlands 1940–1941, im Laufe des Krieges abgelöst von der deutschen Besatzung. 1944/45 besetzten sowjetische Truppen erneut das Staatsgebiet Lettlands und sicherten der Sowjetmacht bis zur vollständigen Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 die Vorherrschaft. Die Kommunistische Partei Lettlands, in der Letten immer eine Minderheit darstellten, kontrollierte nach den Anordnungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion während der gesamten Besatzungszeit sowohl den Staat als auch seine Verwaltungsstrukturen.
- Deutschland stellte nach der Eroberung und Besetzung des lettischen Territoriums die Souveränität nicht wieder her, sondern verwaltete das Staatsgebiet Lettlands mit seinen militärischen und zivilen Institutionen sowie diesen unterstellten lettischen Selbstverwaltungseinrichtungen.
- Zahlreiche Staaten der Welt haben die Besetzung und Einverleibung Lettlands durch die Sowjetunion niemals offiziell anerkannt. In vielen Staaten setzten die vom lettischen Staat eingesetzten Diplomaten ihre Arbeit fort. Die von ihnen ausgestellten lettischen Auslandspässe wurden anerkannt. Der Oberste Sowjet der Lettischen SSR stellte mit seinen Entscheidungen von 1990 und 1991 den 1918 gegründeten, auf der Grundlage der Verfassung von 1922 stehenden lettischen Staat formell wieder her.

## MOSKAUS REGISSEUR IN LETTLAND: DAS SZENARIO WYSCHINSKIS, DES ORGANISATORS VON STALINS SCHAUPROZESSEN

### **Das politische Ziel der Sowjetunion war eine gewaltsame, scheinbar jedoch mit demokratischen Mitteln herbeigeführte Zerschlagung der Souveränität Lettlands und seine Einverleibung in die Sowjetunion.**

Zur Liquidierung des lettischen Staates nach einem in Moskau sorgfältig vorbereiteten Szenario fand sich schon am 18. Juni der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR (Regierung), Andrej J. Wyschinski, in Lettland ein. Er war im Jahr 1937/38 Chefankläger in Stalins Schauprozessen gewesen. In Litauen übernahm Wladimir Dekanosow, Stellvertretender Volkskommissar für Äußeres, diese Rolle, in Estland Andrej Schdanow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).

Bereits am Abend des 19. Juni ließ Wyschinski den lettischen Staatspräsidenten Kārlis Ulmanis eine von Moskau erstellte Kabinettsliste unterzeichnen, die hauptsächlich nichtkommunistische Kandidaten mit

dem politisch unerfahrenen Mikrobiologieprofessor Augusts Kirchenšteins an der Spitze enthielt. Die neue „Volksregierung“ machte sich gestützt auf die Vorgaben Wyschinskis sofort an den Umbau bzw. die Auflösung von Institutionen des unabhängigen Lettland und bereitete so das Feld für eine totale Sowjetisierung. Gleiches taten die nach demselben Szenario gebildeten „Volksregierungen“ in den beiden anderen baltischen Staaten.

Über ihre wahren Absichten hielten sich die Besatzer anfangs bedeckt. Am 21. Juni versprach Wyschinski in einer auf russisch gehaltenen Rede vom Balkon der Sowjetischen Gesandtschaft in Riga, die Unabhängigkeit Lettlands zu respektieren. Wyschinski beendete seine Rede mit den auf lettisch ausgerufenen Worten: „Es lebe das freie Lettland! Es lebe die Freundschaft zwischen der Republik Lettland und der Sowjetunion!“ Einige Tage flatterten sie noch – die Flaggen des unabhängigen Lettland.

Die Kommunistische Partei Lettlands, die nach sowjetischer Geschichtsauffassung den Machtwechsel herbeigeführt hatte, verfügte seinerzeit über nur etwa 400 Mitglieder. Ihr Einfluß auf die Bevölkerung war äußerst gering. Sie hatte unter den Säuberungen Stalins im Jahr 1937/38 gelitten. Ihre Tätigkeit bestand zunächst aus der Abhaltung von Demonstrationen. Erst später wurden ihre Mitglieder Dank des Diktats der UdSSR, der Anwesenheit des sowjetischen Militärs, subversiver Aktivitäten und politischer Manipulationen zu den wichtigsten Kollaborateuren.

Es fanden sich auch Menschen, die nicht der Kommunistischen Partei angehörten, aber aus persönlichen oder politischen Gründen bereit zur Kollaboration waren, oder die durch List bzw. aufgrund von Drohungen mit Vertretern der Besatzungsmacht zusammenarbeiteten. Viele von ihnen wurden später verhaftet, wie der Wohlstandsminister der Volksregierung Jūlijs Lācis.



Andrej Wischinski auf dem Balkon der Sowjetischen Gesandtschaft in Riga.

"All the News That's Fit to Print."

# The New York Times

LATE CITY EDITION  
Partly cloudy today and tomorrow.  
Little change in temperature.  
Temperature today, 64-70, 70-72.

NEW YORK, MONDAY, JUNE 17, 1940.

THREE CENTS PER COPY

## REYNAUD RESIGNS, PETAIN IS NOW PREMIER; NEW CABINET CONSIDERS FATE OF FRANCE; GERMAN TROOPS GAINING ON ALL FRONTS

### CONGRESS IS FACING FIGHT OVER ENDING SESSION THIS WEEK

Leaders Hopeful of Passing  
AB Most Bills in Time to  
Adjourn Saturday

### CHIEF OPPOSITION IN HOUSE

Issues Names Committee to Cut  
"Red Tape" to Speed Defense  
in Interior Department

By HENRY W. ROBBIN  
WASHINGTON, June 16.—With  
hope of bringing a substantial  
amount of legislation to a  
close by the end of the week,  
the House today began its  
debate on a bill to speed  
defense in the interior depart-  
ment.

### The International Situation

#### The Flight of France

Paul Reynaud, who had said  
that he would withdraw as pre-  
mier before he would go back on  
the word that France must fight  
to the end, resigned today. His  
cabinet resigned with him.  
The flight of France was  
the last of an urgent series of  
events from President Chamberlain  
to end of President Roosevelt's  
offer of increased aid, the new  
Ministry discussed whether to  
continue the war. (Page 1,  
Column 1.)

### 2 SOVIET INVASIONS

Red Army Marches Into  
Latvia and Estonia as  
They Bow to Claims

### NEW REGIMES ASKED

Baltic States Violated  
Pacts, Moscow Says—  
Nazis Hold Smetona

By OTTO B. VON GUERICHT  
MOSCOW, June 16.—(Special  
Telegram.)—Following up the occupa-  
tion of Lithuania, Russia today  
began to invade both Latvia  
and Estonia. The new invasions  
followed Russian violation of the  
two countries' treaties to the soviet  
union. There will be a new  
regime in each of the three  
countries. The Baltic States had  
been invaded by the Germans  
in 1940. The Soviet Union had  
occupied them in 1941. The  
Soviet Union had occupied  
them in 1941. The Soviet Union  
had occupied them in 1941.

### BRITISH RESOLUTE

Determined to Go On—  
Note French Navy  
Still Exists

### CABINET MAPS AID

London Thinks It May  
Yet Count as Nazis  
Use Up Resources

By RAYMOND DANIEL  
LONDON, June 16.—(Special  
Telegram.)—The British cabinet  
today decided to continue the  
war. The cabinet decided to  
continue the war. The cabinet  
decided to continue the war.  
The cabinet decided to continue  
the war. The cabinet decided to  
continue the war. The cabinet  
decided to continue the war.

### MINISTERS DEBATE

Fall of Government Is  
Ascribed to Refusal  
to Compromise

### POLICY IS UNCERTAIN

Some Elements in New  
Regime Incline to  
Appeasement

By The Associated Press  
BRUSSELS, France, June 16.—  
The fall of the French govern-  
ment today was ascribed to the  
refusal of the cabinet to com-  
promise. The cabinet decided to  
continue the war. The cabinet  
decided to continue the war.

### French Quit Maginot Line; Nazis 90 Miles Beyond Paris

Invasors Nearing the Swiss Border After  
Pouring In Through Fortifications—  
Situation 'Grave,' Defenders Say

By The Associated Press  
PARIS, June 16.—(Special Telegram.)—The French army today  
abandoned the Maginot line and  
retreated to the Swiss border. The  
Nazis were 90 miles beyond Paris.  
The situation was grave. The  
defenders said that the situation  
was grave. The defenders said  
that the situation was grave.

The New York Times  
berichtet über die Besetzung  
Lettlands und Estlands am  
17. Juni 1940.

## DIE INSZENIERUNG EINER REVOLUTION: DIE BEVÖLKERUNG ÜBT DEMONSTRATIONEN UND MEETINGS

Mit den Rotarmisten ins Land gekommene, bereits  
im Vorfeld auf die Militärstützpunkte geschickte und  
aus dem Untergrund auftauchende kommunistische  
Provokateure organisierten bereits in den ersten Tagen  
nach der Besetzung Massendemonstrationen, auf denen  
der Rücktritt von Staatspräsident Ulmanis und die  
Wiederinkraftsetzung der Verfassung gefordert wurden.

## Von Anfang an wurden dabei Porträts sowjetischer Führer gezeigt, erst später kam die Forderung nach einem Beitritt Lettlands zur UdSSR hinzu.

Die Volksregierung verabschiedete eine Amnestie für  
politische Gefangene. Mit einer großen Massenkundgebung  
in Riga wurden am 21. Juni 253 politische Gefangene  
aus Haftanstalten in ganz Lettland entlassen, die sich in  
Häftlingskleidung in einem Marsch zur Gesandtschaft  
der UdSSR, zur Regierungsgebäude und zum Rigar  
Schloß (Sitz des Staatspräsidenten) begaben. Das Verbot der  
Kommunistischen Partei wurde aufgehoben.

Die Massenmanifestationen waren sorgfältig einstudiert  
und liefen unter strenger Kontrolle ab. Behörden und  
Industrieunternehmen nahmen organisiert teil. Die  
„Volksregierung“ stellte aus ihr treu ergebenden Zivilisten  
bewaffnete Arbeitergarden zusammen, die teilweise  
Polizeifunktionen übernahmen.

An der Organisation von Demonstrationen beteiligte sich  
außerdem ein beträchtlicher Teil politisch links orientierter  
Lettinnen, Russen, Juden und anderer in Lettland lebender  
Nationalitäten. Jüdische Quellen bestreiten diese Tatsache  
nicht, weisen aber darauf hin, daß die jüdischen Teilnehmer  
eine Minderheit innerhalb der jüdischen Bevölkerung  
Lettlands darstellten, während viele Juden selbst schwer  
unter den sowjetischen Repressionen zu leiden hatten. Die  
Nazis schlachteten später die Beteiligung von Juden an  
diesen Demonstrationen propagandistisch aus, indem sie die  
lettischen Juden als Gruppe generell mit den Bolschewiken  
gleichsetzten.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 5

Über die Rolle Andrej Wyschinskis in Lettland verliert  
*Die Geschichte der Lettischen SSR* kein Wort. Sämtliche Verdienste  
werden der Kommunistischen Partei Lettlands zugeschrieben,  
die in den Jahren des Stalinschen Terrors 1937/38 praktisch  
zugrunde gerichtet worden war: „Das Proletariat Lettlands stürzte  
unter Führung der Kommunistischen Partei die faschistische  
Ulmanis-Diktatur. Der Sturz des faschistischen Regimes und  
der Aufbau einer demokratischen Volksregierung bildeten den  
Beginn der sozialistischen Revolution. [...] Die Kommunistische  
Partei Lettlands war Organisator und Anführer der Werkstätigen  
Lettlands im Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution.“  
(Band 2, S. 151–152) Die neue Rolle der „Volksregierung“ in  
der Geschichte wird hingegen so beschrieben: „Das Proletariat  
mußte nun die errungene Rolle sichern und die sozialistische  
Revolution zum Ziele führen. Um diese Aufgabe schultern zu  
können, machte das Proletariat reichlich Gebrauch von den  
gesetzlich festgeschriebenen Rechten und Möglichkeiten der  
Volksregierung Lettlands. Diese stützte sich auf zwei wichtige  
Dokumente – die Regierungserklärung vom 21. Juni und die  
Forderungen der Lettischen KP an die neue Regierung. [...] In  
dieser Situation erfüllte die Volksregierung Lettlands, stark  
gestützt auf das ländliche und städtische Proletariat, praktisch die  
Funktionen eines Organs der proletarischen Revolution. Mittels  
Dekreten der Volksregierung, von oben also, wurden zahlreiche  
wichtige Veränderungen mit ungeheurer revolutionärer Tragkraft  
auf den Weg gebracht.“ (Band 2, S. 152–153) Es handelte sich  
also um eine „eine Revolution von oben.“

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 6

In der *Geschichte der Lettischen SSR* heißt es: „Der Lettischen  
KP kommt ein großer Verdienst bei der politischen  
Aktivierung der Volksmassen zu. [...] Der Demokratisierungs-  
prozeß des Staates fand im Interesse der Volksmassen  
unter Ausnutzung geltenden Rechts statt. Die in Lettland  
stehenden Truppen der Roten Armee hinderten die Bourgeoisie  
an einer Niederhaltung der revolutionären Massenbewegung  
mit Waffengewalt und einem Eingreifen der westlichen imperia-  
listischen Großmächte.“ (Band 2, S. 153)

# EIN LEHRSTÜCK IN SOWJETISCHER „DEMOKRATIE“: DIE EINZIGE PARTEI ERREICHT BEI DEN WAHLEN NAHEZU 100 PROZENT DER STIMMEN

Vorgeblich um die Demokratie wiederherzustellen und auf die organisierten Demonstrationen und den „Volkswillen“ zu reagieren, kündigte die von der Besatzungsmacht gebildete Regierung überstürzt und unter Mißachtung des Wahlgesetzes der Republik Lettland Neuwahlen zum Parlament, der Saeima, an. Dabei wurden sämtliche Grundprinzipien demokratischer Wahlen verletzt.

Die Ausschreibung der Wahl erfolgte 10 Tage vor dem festgesetzten Wahltermin. Kandidatenlisten waren innerhalb von 4 Tagen einzureichen. Eine Änderung des Wahlgesetzes machte alternativen Parteien die Teilnahme an der Wahl unmöglich. Die von der Besatzungsmacht erstellte Kandidatenliste des „Blocks der Werktätigen Lettlands“ wurde als einzige, den „Anforderungen des Gesetzes“ genügende Liste genehmigt.

Dem ehemaligen Bildungs- und Justizminister der Republik Lettland, Atis Ķeniņš, gelang es nach Überwindung einiger Hindernisse zwar eine alternative „Wählerliste demokratischer Letten“ zusammenzustellen, doch sie wurde nicht zugelassen.

Ķeniņš und die meisten der oppositionellen Kandidaten wurden später verhaftet. Viele kamen in GULAG-Lager in der Sowjetunion.

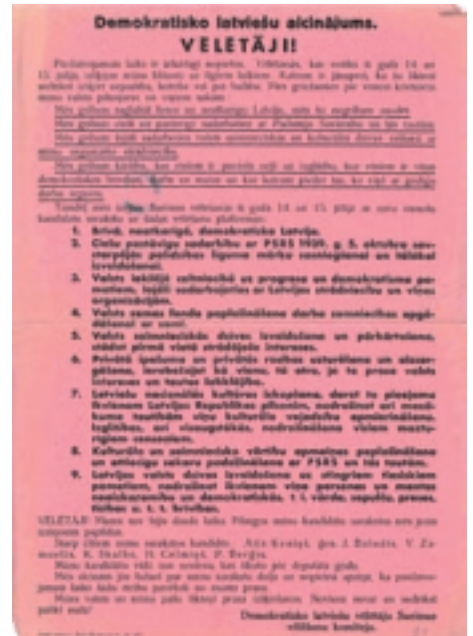
Die Wahlen zur sogenannten Volks-Saeima fanden am 14. und 15. Juli unter strenger Aufsicht der zivilen und militärischen Besatzungsbehörden statt. Um später

Hauptthema der Zeitung der KP Lettlands Čīņa (Der Kampf) am 13. Juli 1940: „Morgen und übermorgen Saeima-Wahlen – Alle für den Block der Werktätigen Lettlands! Für Frieden, Brot und Freiheit“ Linke Schlagzeile: „Kein Grund zur Sorge um euer Eigentum.“ Rechte Schlagzeile: „Wähler, beachte: [...] 8. Nur die Kandidatenliste des Blocks der Werktätigen Lettlands, die den Wählern am Wahltag im Wahllokal ausgehändigt wird, in die Wahlurne werfen. 9. Auf der Liste dürfen weder Kandidaten gestrichen noch neue hinzugefügt werden. Die Liste darf nur unverändert abgegeben werden.“

Aufruf des „Wählerblocks Demokratischer Letten“: „Wir wollen ein freies, demokratisches Lettland bewahren [...] Wir wollen eng und kontinuierlich mit der Sowjetunion zusammenarbeiten.“

kontrollieren zu können, wer für den „Block der Werktätigen Lettlands“ gestimmt hatte, bekam jeder Wähler einen Stempel über die Wahlteilnahme in seinen Paß. Solche Stempel hatte es auch früher bei demokratischen Wahlen gegeben. Doch seinerzeit hatten mehrere Parteien zur Wahl gestanden und der Stempel hatte lediglich die Funktion sicherzustellen, daß jeder Wähler nur einmal abstimmt.

Moskau verkündete die Ergebnisse: in Lettland lag die Wahlbeteiligung bei 94,8 % der Stimmberechtigten; für die einzige Wählerliste hätten sich 97,8% der Wähler ausgesprochen. Da es kein Wählerverzeichnis gab, ist die Wahlbeteiligung stark anzuzweifeln. In Estland stimmten 92,8 % für die einzige Liste, in Litauen sogar 99,2%.



ČIŅA

**Visu zemju proletariāti, savienojieties! • Bez cīņas nav uzvaras!**

Redakcijas un ekspedīcijas adrese: Rīgā, Blaumaņa ielā 38-40. Redakcijas tālrunis: 24128. Ieņemšanas tālrunis: 24837. Redakcijas runas stundas no 13-14. Abonēšanas maksas ar pirmslietu par 1 mēnesi 2 lit., 3 mēn. 3.50, 6 mēn. 10 lit.

**LATVIJAS KOMUNISTISKĀS PARTIJAS (KOMINTERNES SEKCIJA) CENTRALORGANS.**

**NUMURS 26 - SESTDIEN, 1940. G. 13. JŪLIJĀ - 37 G. GĀJUMS - MAKSĀ 10 SANT.**

## Rit un parit Saeimas vēlēšanas Visi par Latvijas Darba Tautas Bloku!

Par mieru, par maizi, par tautas brīvību!

### Nav iemesla bažīties par saviem ipašumiem

Daudzi sīkie un vidējie privātipašnieki, kā: jaunsaimnieki, sīkrunnieki un amatnieki, amatnieki, tirgotāji, ģimenes māju īpašnieki u. t. t. pibētas vēl ļāva negrib tiecēt jaunās varas stabilitātei un Komunistiskās partijas deklarācijām uzskatīt par privāto ipašumu neaizkaramību demokrātiskā republikā. Vieni nobažījies jautā: kā būs ar mūsu ipašumiem? Vai jauna Saeima, jauna valdība mums tos neatņems? Kāpēc lai vēlām jaunu Saeimu, kura ierēš, tādā valdībā, kas atņems mums mūsu privātos ipašumus, ko esam krājuši visu mūžu. Tad jau labāk nemaz nevēlēt!

Tādi uzskati ir pilnīgi nedabīgi un nepareizi! Latvijas Komunistiskā partija ir deklarējusi, ka nevienam viņa privāto ipašumu neatņems, sevišķi sīkiem un vidējiem ipašniekiem neko neatņems, bet jauna valdība viņus gan atbalstīs. Līdzšinējā valdība ar diezgan dārgu roku sūbstēja gan lauku un oļētņu turīgās aprindas, turpināt savu darbu un dzīvot, Sarkanās Armijas atrašanās Latvijā nodrošina mums mieru, darbu, maizi un brīvību. Viena drošība arī privātiem ipašniekiem viņu ipašumus, sevišķi sīkajiem un vidējiem ipašniekiem. Tāpēc nevienam nav jāraugās ar bažīm, nākotnē, bet katrs gan var raudzīties nākotnē ar daudz lielāku paaļuvību un drošību, nekā līdz šim, jo agrākās valdības laikā tūkstos drausības un parlicības nebija.

Saeimas vēlēšanās tomēr katram jāpiedalās, lai nākotnē Saeima un valdība būtu visas tautas vēlēta pārstāvēniecība, kas stipri cels viņas autoritāti. Tāpēc visas tautas vēlēta Saeima vislabāk varēs nodrošināt ne tikai visas darba tautas intereses un tiesības, bet arī privāto ipašnieku ipašumus. Bet ja Saeima nebūs stipra, ja atņemas nestāvēs visa tauta, tad var notikt nevēlami pārsteigumi, kuri patiesi var apdraudēt ne tikai tautas labklājību, bet arī privātos ipašumus, jo mūsu ienaidnieki nesauz, bet gan turpina strādāt savu kaitēšanas darbu.

Tāpēc neklausiet mudinājumus un nelieciet baumu izplatītājiem, jo viņu nolūks ir kaitēt jaunajai iekārtai un līdz ar to visas tautas interesēm. Viņi strādā tautai naidīgas varas uzdevumā, kura grīb mūs atkal lekalāt važās un apdraudēt mūsu nacionālo patstāvību. Piedaloties š. g. 14. un 15. jūlijā Saeimas vēlēšanās un balsojot par Latvijas darba tautas bloku, mēs veicināsim pašas tautas uzturav, izjaucēsim mūsu ienaidnieku planus un nodrošināsim ne tikai sevi, tautai brīvību ceļu uz laimīgāku dzīvi, bet arī sīkajiem un vidējiem ipašniekiem viņu ipašumus.

### VELETĀJ, IEVERO:

1. Vēlēšanas notiek 14. un 15. jūlijā — rit un parit.
2. Balss jānodod vēlēšanu iecirkņos vai apakšiecirkņos laikā no plkst. 8 rītā līdz 10 vakarā. Vēlēšanu iecirkņi ieslodzināti iekārto.
3. Neatliec savas balss nododu un pēdējo brīdī, — atiej uz vēlēšanu iecirkni laikā.
4. Gādā par to, lai arī visi Tavi ģimenes locekļi, pazīes vai svēstāns, pārliecinti un uzsmidri loas. Pēdēndi, vai viņi lapdijūti sava pilsētas pilsētā.
5. Partijpīles, lai visi sīmie un stogēt nespējīgie tiklu novesti vēlēšanu iecirkņos, vai arī izsauc pie viņiem mājās ceļojot vēlēšanu iecirkni.
6. Balsoj ar līkai personīgi un vienu reizi — jebkurā vēlēšanu iecirknī vai apakšiecirknī.
7. Neatmirsti paņemt līdā post.
8. Urdā jāiemet vienīgi Latvijas darba tautas bloka kandidātu sarakstis, ko saņēmsi vēlēšanu teļpā vēlēšanu dienā.
9. Sarakstā nedrīkst stripot kandidātu vārdus, ne arī pierokātīt jaunus. Sarakstis jānodod negrozīti.
10. Nekļūsi provokatoriem, kas aicinātu nepēdēdāties vēlēšanās vai stripot un bojāt kandidātu sarakstus.

**PSRS Sūtniecības pateicība**  
Padomju Socialistisko Republiku Savienības sūtniecībai

## LETZTER AKT FÜR DIE DEMOKRATIE: DIE VOLKS-SAEIMA BITTET EINMÜTIG UM AUFNAHME LETTLANDS IN DIE UDSSR



Demonstration für die Aufnahme Lettlands in die UdSSR:  
„Es lebe Sowjetlettland als 14. Unionsrepublik“ – kleiner  
Fehler: Lettland wurde 15. Sowjetrepublik.

Die der Besatzungsmacht hörige Volks-Saeima erklärte unter Bruch geltenden Rechts in ihrer ersten Sitzung am 21. Juli 1940 Lettland einstimmig zu einer „sozialistischen Sowjetrepublik“ und ersuchte den Obersten Sowjet der UdSSR um Aufnahme Lettlands in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Entscheidung der Volks-Saeima war ungesetzlich, da sie gegen die Verfassung der Republik Lettland von 1922 verstieß. Diese schreibt fest, daß Lettland eine unabhängige, demokratische Republik ist (Artikel 1); Lettlands souveräne Staatsgewalt vom lettischen Volke ausgeht (Artikel 2); es einer Volksabstimmung bedarf, um diese Artikel rechtskräftig zu ändern (Artikel 77).

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 7

Zu den Wahlen heißt es in der *Geschichte der Lettischen SSR*: „Den reaktionären Kräften gelang es nicht, die Wahlen zu vereiteln und dem Volk ihren Willen aufzudrängen. Obwohl sie es mit Wählerbeeinflussung versuchten, Flugblätter verteilten und drohten, mit jenen abzurechnen, die für die Kandidaten des Blocks der Werktätigen Lettlands stimmten. Sie versuchten, eine eigene Kandidatenliste unter der irreführenden Bezeichnung ‚Wählerliste demokratischer Letten‘ aufzustellen. [...] Doch der reaktionäre Versuch scheiterte kläglich.“ (Band 2, S. 157)

Staatspräsident Kārlis Ulmanis legte noch am selben Tag sein Amt nieder und wurde von Augusts Kirhenšteins abgelöst. Einige Quellen sprechen dafür, daß Ulmanis in die Schweiz zu gehen beabsichtigte. Er wurde jedoch nach Woroschilowsk in der UdSSR verbannt, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion verhaftet und starb am 20. September 1942 im Gefängnis von Krasnowodsk (heute Türkmenbaşı in Turkmenistan). Trotz umfangreicher Nachforschungen konnte sein Grab bisher nicht gefunden werden.

Bereits vor der formellen Annexion Lettlands hatten die Besatzungsbehörden den Außenminister der Ulmanis-Regierung, Vilhelms Munters, verhaftet und in die UdSSR verschickt, ebenso Kriegsminister Krišjānis Berkis, den ehemaligen Kriegsminister Jānis Balodis sowie fast alle führenden Vertreter des gesellschaftlichen Lebens des unabhängigen lettischen Staates. Sie waren die ersten Opfer der Besatzungsmacht.

Am Abend des 21. Juli wandte sich Andrej Wyschinski auf einer Kundgebung an die Menge: „Ich beglückwünsche euch zu diesem großen historischen Tag, an dem ihr der UdSSR beigetreten seid!“ Dies war Wyschinskis letzter öffentlicher Auftritt in Lettland. Seine Arbeit war getan.

## DAS KOMMUNISTISCHE DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Kommunistische Diktaturen beanspruchen den Begriff Demokratie in einer eigenen Interpretation für ihre Zwecke.

Mögen die Vorwürfe von Kommunisten im 19. und noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts wegen des Ausschluβes eines großen Teils der Bevölkerung von der parlamentarischen demokratischen Mitbestimmung und der idealistische Wunsch nach einer grundlegenden Demokratisierung auf diesem Gebiet durch die Bildung eines Systems von sogenannten Arbeiterräten auch begründet gewesen sein, so hat doch die von den Kommunisten etablierte Demokratie in der Praxis nie funktioniert und konnte auch nicht funktionieren. In der Sowjetunion mutierte die Demokratie bereits 1923 zu einem sogenannten „demokratischen Zentralismus“ bzw. einer „Diktatur des Proletariats.“ In Wahrheit

jedoch war sie eine Diktatur der Eliten der Kommunistischen Partei. Die Arbeiterräte erfüllten unter Anleitung von Parteiorganistoren und -propagandisten Weisungen und Vorschriften des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunisten Partei. Wahlen mit phänomenaler Beteiligung und fast einstimmigen Ergebnissen hatten keinerlei Einfluß auf die bestehenden Machtstrukturen. In jedem Wahlbezirk kandidierte nur eine Person, meist ein Mitglied der Kommunistischen Partei. Wahlen erschienen eher als Gewährung einer Loyalitätsbekundung der Bevölkerung ohne eine Aus-Wahl aus realistischen Alternativen. Die gewählten obersten Räte bzw. Sowjets bestätigten die bereits vom Zentralkomitee oder vom Politbüro der Kommunistischen Partei fertig ausgearbeiteten Gesetze und Resolutionen. Trotz des anfänglichen Slogans der Kommunistischen Partei „Alle Macht den Räten!“ lag bereits unter Lenin die gesamte Macht allein bei der Partei und ihren Machtstrukturen.

## DAS BEITRITTSERSUCHEN DER LETTISCHEN VOLKS-SAEIMA

Viele Jahre hat die Bevölkerung Lettlands unter dem Joch der Ausbeuter zu leiden gehabt, war Ausplünderung und Sklaverei ausgesetzt und zu Armut und Niedergang verurteilt.

[...]

Mit ihrer gegen das Volk gerichteten Politik hat die alte plutokratische Regierung Lettland ins Verderben geführt.

Durch die verbrecherische und verräterische Politik der bisherigen reaktionären Führungsclique drohte Lettland zu einem Raub der Imperialisten zu werden.

Diese verbrecherische Führungsclique Lettlands hat mit widernatürlichen Mitteln versucht, die Bevölkerung von den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abzugrenzen und in jeder Hinsicht eine brüderliche Annäherung zwischen uns und den Sowjetvölkern, unsere Freundschaft und unseren engen und untrennbaren Bund mit unserem großen Nachbarn, der unbesiegbaren Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zu verhindern.

[...]

Die hier zusammengekommene Volks-Saeima ist der festen Überzeugung, daß allein der Eintritt in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unserem Staate wahre Souveränität garantiert – unserer Industrie und unserer Landwirtschaft und unserer Nationalkultur ein wahres Aufblühen, einen glänzenden und gewaltigen Anstieg des materiellen und kulturellen Wohlstandes der Bevölkerung Lettlands, Entwicklung und Aufstieg unseres geliebten Vaterlandes.

[...]

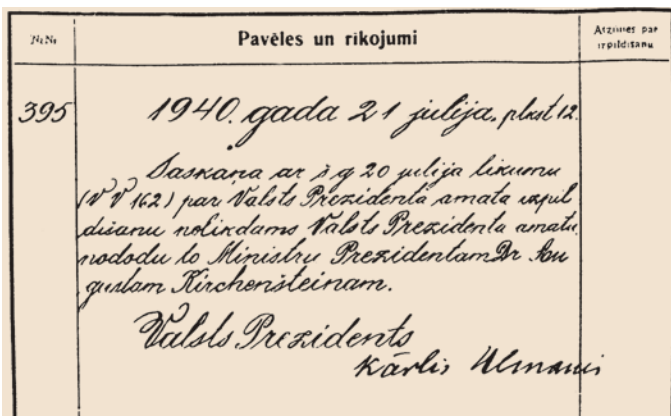
Getützt auf den einmütig bekundeten Willen des lettischen Volkes beschließt die Saeima folgendes:



den Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu ersuchen, die Lettische Sozialistische Sowjetrepublik als Unionsrepublik in den Bund aufzunehmen, unter den gleichen Bedingungen, zu denen die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik und andere Unionsrepubliken in den Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgenommen worden sind.

Es lebe Sowjetlettland!

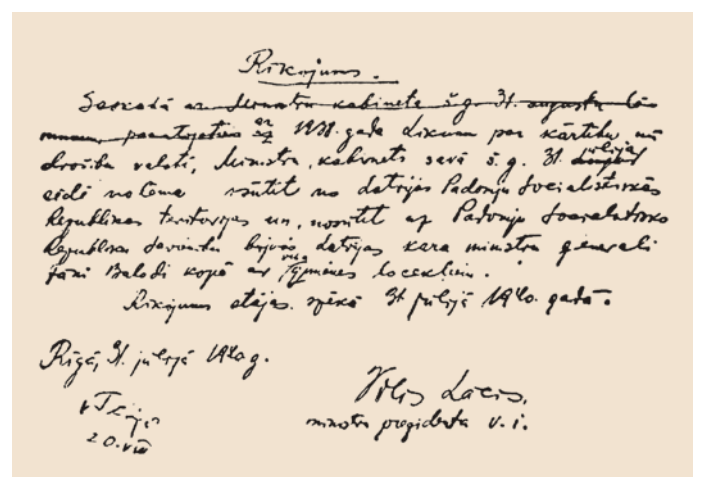
Es lebe die große Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!



Als letzte Amtshandlung übergibt Präsident Kārlis Ulmanis sein Amt dem neuen lettischen Präsidenten Augusts Kirhenšteins am 21. Juli 1940.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 8

In der *Geschichte der Lettischen SSR* ist zu lesen: „Mit der am 21. Juli 1940 durch die Volks-Saeima verkündeten Wiederherstellung der Sowjetmacht nahm der Wille des werktätigen lettischen Volkes endgültig juristische Gestalt an. Der 21. Juli 1940 war ein Etappenziel der sozialistischen Revolution.“ (Band 2, S. 159)



Anordnung des kommissarischen Ministerpräsidenten Vilis Lācis vom 31. Juli 1940, auf Grundlage „des Gesetzes von 1938 über Ordnung und Sicherheit im Staat“ den ehemaligen Verteidigungsminister, General Jānis Balodis, „zusammen mit seinen Familienangehörigen aus der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik in die UdSSR zu verschicken.“

## DER VORHANG FÄLLT: DIE BALTISCHEN STAATEN WERDEN WIDERSPRUCHSLOS IN DIE UDSSR „AUFGENOMMEN“

**Die Aufnahme in die Sowjetunion ist der letzte Akt der Machtübernahme, der dem lettischen Volk die noch verbliebenen Reste von Souveränität raubte und vollständig dem Diktat und der Ideologie der kommunistischen UdSSR unterwarf.**

Die Vertreter der besetzten baltischen Staaten wurden in Moskau auf organisierten Demonstrationen von jubelnden Gratulanten willkommen geheißen. Der Oberste Sowjet der UdSSR stimmte am 5. August 1940 ohne Gegenstimme für die Aufnahme Lettlands als 15. Sowjetrepublik in die UdSSR. Bereits am 3. August war Litauen als 14. Sowjetrepublik aufgenommen worden. Estland folgte am 6. August als 16. Sowjetrepublik.

## ANKLAGE GEGEN JUSTIZMINISTER HERMANIS APSĪTIS

Hermanis Apsītis (1893–1942), der letzte Justizminister der Regierung des unabhängigen Lettland, wurde am 19. Oktober 1940 verhaftet und am 13./14. Oktober 1941 von einem Gerichtskollegium des Bezirksgerichts von Astrachan nach Artikel 58, Punkt 4 und 13 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – verurteilt. Am 17. Oktober 1941 richtete Apsītis eine Kassationsklage an das Gerichtskollegium des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, in der er auf die Unrechtmäßigkeit seiner Verurteilung hinwies. Die Kassationsklage befindet sich im Lettischen Staatsarchiv (*LVA 1986. f., 1. apr., 37194. l., 242.–244. Handschrift*). Auszüge aus der Klage, übersetzt aus dem Russischen:

Ich bekenne mich der mir laut Anklageschrift zur Last gelegten Verbrechen für nicht schuldig und kann mich ihrer auch nicht für schuldig bekennen.

Meine Tätigkeit in unterschiedlichen Ämtern der Republik Lettland kann nicht als kriminell eingestuft werden, da ich als Amtsträger eines unabhängigen Staates agiere, dessen Souveränität die Sowjetunion mehrfach anerkannt hat. Nach der Gründung der UdSSR haben die Sowjetmacht und die Kommunistische Partei das Selbstbestimmungsrecht der Völker deklariert. Entsprechend hatte Lettland nach dem 18. November 1918 als selbstständiger Staat seine eigene Gesetzgebung, und für keinen Amtsträger dieses Staates hätten Gesetze eines fremden Staates, darunter die Gesetze der Russischen SFSR, Gültigkeit haben noch hätte er diese kennen und befolgen müssen.

Darauf habe ich auch das Gericht hingewiesen, unter anderem bezugnehmend auf zwei wichtige internationale Rechtsakte: den Friedensvertrag [Lettlands] mit Sowjetrußland vom 11. August 1920 und das Abkommen über [die Einrichtung sowjetischer] Militärstützpunkte in Lettland vom 5. Oktober 1939. [...] Außerdem habe ich auf die Tatsache hingewiesen, daß sowohl Lettland als auch die UdSSR gleichberechtigte Mitglieder des Völkerbundes waren. All dies belegt, daß Lettland nicht nur nach den Prinzipien des Völkerrechts im Allgemeinen, sondern auch nach seinen [bilateralen] Beziehungen und konkreten Rechtsakten mit der UdSSR das Recht hatte, sein staatliches und gesellschaftliches Leben nach eigenem Ermessen und eigener Anschauung zu gestalten, ohne auf andere Staaten Rücksicht nehmen zu müssen. Das Gericht hat meine Stellungnahme nicht berücksichtigt und damit gegen die entsprechenden Bestimmungen im Strafgesetzbuch verstoßen.

Die Volks-Saeima trat am 25. August zu ihrer letzten Sitzung zusammen und nahm einstimmig die am 13. August vom Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) genehmigte Verfassung der Lettischen SSR – eine verkürzte Version der Verfassung der UdSSR von 1936, auch „Stalin-Verfassung“ genannt – an. Aus der Volks-Saeima wurde der Oberste Rat bzw. Sowjet der Lettischen SSR. Das Ministerkabinett (Regierung) trat zurück. Bereits am Folgetag wurde der Rat der Volkskommissare der Lettischen SSR vom Obersten Rat zur Regierung erklärt. Damit waren auch formell die letzten, noch vom unabhängigen Lettland übriggebliebenen Institutionen beseitigt.

Die Regierung der Lettischen SSR war zu einem Befehlsempfänger und Erfüllungsorgan Moskaus ohne eigene Handlungsvollmachten geworden. Die Auswüchse der totalitären Macht erreichten im Juni 1941 ihren Höhepunkt durch Massendeportationen und politische Morde, weshalb das erste Jahr der sowjetischen Besatzung in Lettland auch als „das Schreckensjahr“ bezeichnet wird.

Wenn schon für mich als Justizbeamten, Armeeinghörigen und später als Regierungsmitglied die Gesetze eines fremden Staates nicht bindend waren, dann wird Artikel 58 (Punkt 4 und 13) des Strafgesetzbuches der RSFSR, indem er rückwirkend für gültig erklärt wird, völlig zu unrecht auf meine völlig gesetzmäßige Tätigkeit bezogen. Voraussetzung für eine gesetzwidrige Handlung ist, daß die Gesetzesübertretung zur Tatzeit als strafbare Handlung gilt. Die Definition eines gesetzwidrigen Vergehens fordert ein Tatmotiv, was in meinem Falle nicht vorlag und auch nicht vorliegen konnte, da ich gesetzliche Pflichten in Lettland wahrnahm und nicht in der UdSSR. Die Gesetze der UdSSR hätte ich theoretisch und praktisch erst ab 5. August 1940 übertreten können, dem Moment des Beitritts Lettlands zur Sowjetunion, der so, natürlich, nicht stattgefunden hat.

Die Anwendung von Artikel 58 (Punkt 4 und 13) ist auch deshalb falsch, weil nicht alle Kennzeichen des Artikels erkennbar sind. So konnte die Regierung Lettlands überhaupt nicht konterrevolutionär sein, da es in Lettland keine Revolution gegeben hat. Während der Existenz des lettischen Staates hat es in Lettland nie einen Bürgerkrieg gegeben (siehe Artikel 58, Punkt 13, den der Bestand des mir zugeschriebenen Vergehens nach dem Strafgesetzbuch fordert). [...]

Ich wurde und werde als Staatsangehöriger Lettlands und nicht der Sowjetunion betrachtet (siehe auch Anklageschrift). Aus diesem Grunde: Selbst wenn ich zugeben würde, irgendein politisches Verbrechen in Lettland vor dem Einmarsch der Roten Armee begangen zu haben (obwohl das nicht so ist!), könnte mich ein zuständiges lettisches Gericht auf dem Territorium Lettlands dafür belangen, statt im Ausland von einem ausländischen Gericht nach den Gesetzen eines fremden Staates angeklagt zu werden. Dies ist klar nach den allgemeingültigen Prinzipien der Straf- und Strafprozeßrechtswissenschaften, nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches der RSFSR und, besonders bedeutend, nach der Stalinverfassung [...]

Auf der Grundlage des hier Ausgeführten, bitte ich das Oberste Gericht erbenst, das Verfahren gegen mich wegen des Fehlens einer kriminellen Handlung einzustellen bzw., falls das Gericht dem nicht stattgeben sollte, das Urteil des Bezirksgerichts von Astrachan aufzuheben und eine Revision des Urteils mit anderen Sanktionen herbeizuführen.

Am 19. Januar 1942 wurde Hermanis Apsītis erschossen.

\* Artikel 58, Punkt 4: Unterstützung des Teils der internationalen Bourgeoisie, der den Sturz des kommunistischen Gesellschaftssystems anstrebt  
Artikel 58, Punkt 13: Aktivitäten bzw. Kampf gegen die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung

## AUSBLEIBENDER BEIFALL AUS DEM AUSLAND: DIE REPUBLIK LETTLAND EXISTIERTE FÜR DEN WESTEN WEITERHIN *DE JURE*

Obwohl das Volk Lettlands in der Heimat faktisch seine souveränen Rechte verloren hatte, wurde die Annexion und Einverleibung Lettlands bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1991 von vielen Staaten nicht anerkannt. Zahlreiche Auslandsvertretungen Lettlands bestanden die gesamte Okkupationszeit hindurch weiter.

Schlimmstes befürchtend hatte die lettische Regierung am 18. Mai 1940 ihren Botschafter in London, Kārlis Zariņš, mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet. Falls die Regierung der Republik Lettland daran gehindert werden sollte, ihre Aufgaben wahrzunehmen, sollte er die Leitung des diplomatischen Dienstes Lettlands übernehmen und die Interessen Lettlands in der freien Welt vertreten.

In einer Note vom 23. Juli 1941 protestierte Zariņš gegen die Einverleibung Lettlands durch die UdSSR, indem er den damit begangenen Verfassungsbruch benannte. Am selben Tag verurteilte der stellvertretende US-Außenminister Sumner Welles die „hinterhältigen Machenschaften,“ die die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der baltischen Staaten „bewußt beseitigen.“ Dieses Dokument bestimmte bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit nach 51 Jahren maßgeblich die von den USA und anderen Staaten geübte Politik der Nichtanerkennung der Einverleibung.

In der Absicht, Lettland von der Außenwelt zu isolieren, schloß die Regierung der Lettischen SSR einige Tage nach der Einverleibung sämtliche ausländischen Vertretungen und Unternehmen in Lettland und verwies ausländische Korrespondenten und andere Ausländer des Landes.

LATVIAN LEGATION,  
London, 23rd July, 1940.

My Lord,

One of the principal aims of Latvia since the proclamation of her independence in 1918 has been the development of good and cordial relations with all states and especially with her nearest neighbours, chiefly among them the U.S.S.R. To this end several important treaties have been concluded between the two countries, besides the Peace Treaty of 1920, such as the Treaty of Non-aggression, Definition of Aggressor, and several others; and lastly, on October 5th 1929, was signed the Treaty of Mutual Assistance, Article 5 of which says: "The enforcement of this pact shall not affect the sovereign rights of the Contracting Parties in any way, especially their state structure, economic and social systems and military measures."

On her part Latvia has scrupulously adhered to her promises. Yet, on June 16th, the Soviet Government presented Latvia with new, far-reaching demands for the increase of troops garrisoned in Latvian territory and for a change of Government - and practically occupied the whole of Latvia. In itself, the demand by one state for a change of Government in another cannot be regarded otherwise than as a breach of sovereignty, and the sovereignty of Latvia the U.S.S.R. had solemnly undertaken to respect.

These demands were made on the basis of allegations that Latvia had maintained her military alliance of 1923 with Estonia, to which no objections were raised at the time of the conclusion

The Right Honourable  
Viscount Halifax, K.C., G.C.S.I., G.C.I.E., T.D.,  
H.M. Principal Secretary of State for Foreign Affairs,  
Foreign Office,  
London.

Note des lettischen Gesandten in London, Kārlis Zariņš, vom 23. Juli 1940 an den britischen Außenminister Lord Halifax, in der er gegen die Besetzung Lettlands, die illegitimen Saeima-Wahlen und den zu erwartenden Anschluß Lettlands an die UdSSR protestiert.

Einige der Staaten, die die Okkupation durch die Sowjetunion nicht anerkannt haben (Flaggen nach dem Stand von 1940).



DEPARTMENT OF STATE  
FOR THE PRESS JULY 23, 1940  
No. 354

STATEMENT BY THE ACTING SECRETARY OF STATE,  
THE HONORABLE SUMNER WELLES

July 29, 1941

During these past few days the devious processes whereunder the political independence and territorial integrity of the three small Baltic republics--Estonia, Latvia and Lithuania--were to be deliberately annihilated by one of their more powerful neighbors, have been rapidly drawing to their conclusion.

From the day when the peoples of these republics first gained their independent and democratic form of government the people of the United States have watched their admirable progress in self-government with deep and sympathetic interest.

The policy of this Government is universally known. The people of the United States are opposed to predatory activities no matter whether they are carried on by the use of force or by the threat of force. They are likewise opposed to any form of intervention on the part of one state, however powerful, in the domestic concerns of any other sovereign state, however weak.

These principles constitute the very foundations upon which the existing relationship between the twenty-one sovereign republics of the New World rests.

The United States will continue to stand by these principles, because of the conviction of the American people that unless the doctrine in which these principles are inherent once again governs the relations between nations, the rule of reason, of justice and of law--in other words the basis of modern civilization itself--cannot be preserved.

Memorandum des kommissarischen Außenministers der USA, Sumner Welles, vom 23. Juli 1940, in dem die „hinterhältigen Prozesse“ in den baltischen Staaten verurteilt werden, in deren Verlauf ihre staatliche Unabhängigkeit vernichtet wird. Dieses Dokument bildete bis 1991 die Grundlage für die Politik der Nichtanerkennung der Inkorporation Lettlands in die UdSSR (de jure).

Charge to the account of Latvian Legation.

**WESTERN UNION  
CABLEGRAM**

APRILS  
KINGSTONIAN  
2124

LATVIA SVANS JETIS UN SVANIS PARS LETTIS-AS SAVINAS VELOKUMAS UN  
SOLIKUMS LINDU PAKUMOTIS PAST VESU KĀ LATVIAN LEGATION  
PASTAVIS TURPĀRĀS ALIĀRĀVĀ LATVIAS INTERESU UN NEĀTRĀNĀS

RELIEFS 494

July 23, 1940.  
W. 730/484.

THE MESSAGE, NUMBER AND SAFETY WAY TO SEND MONEY IS BY TELEPHONE OR CABLE

Telegramm des lettischen Botschafters Alfrēds Bīlmanis in Washington an den seinerzeit amtsführenden Außenminister, Ministerpräsident Augusts Kirhenšteins: „Ich kann die unter einer fremden Macht durchgeführten Saeima-Wahlen und die ungesetzliche Entscheidung zum Anschluß an die UdSSR nicht anerkennen. Als bevollmächtigter Vertreter Lettlands werde ich auch zukünftig die Interessen Lettlands wahren und seine Unabhängigkeit verteidigen.“



## OHNE EINEN SCHUSS: LIQUIDIERTUNG DER LETTISCHEN ARMEE

Die ohne Gegenwehr als Freunde empfangenen Besatzer neutralisierten unverzüglich jeden potentiellen bewaffneten Widerstand, indem sie alle militärischen und paramilitärischen Organisationen und Einheiten auflösten oder unter ihre Kontrolle brachten. Das Offizierskorps des unabhängigen Lettland wurde durch Verhaftung, Verschickung in die GULAG-Lager oder durch Erschießungen ausgeschaltet.

Schon in der ersten Woche wurde auf Beschluß der Besatzungsregierung mit der Entwaffnung der seit 1919 bestehenden *Aizsargi*-Organisation (Selbstschutz) begonnen, einer freiwilligen, aus patriotisch und konservativ gesinnten Kräften bestehenden Organisation mit militärischen Einheiten zur Unterstützung von Polizei und Armee. Am 10. Juli sah sich Staatspräsident Kārlis Ulmanis gezwungen, den Befehl zur Auflösung der *Aizsargi*-Organisation zu unterzeichnen.

Die Armee der Republik Lettland bekam ein neues Oberkommando. Ab dem 8. Juligerietsie unter die ideologische Kontrolle von sogenannten *Politruks* (Politoffizieren) der Roten Armee. Bereits am 11. Juli, als Lettland formell noch ein unabhängiger Staat war, erließ der Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Semjon Timoschenko, den Befehl Nr. 0141 zur Bildung eines Baltischen Militärbezirks. Zunächst wurde die Armee in Volksarmee umbenannt, bald darauf jedoch als Territorialkorps Nr. 24 in die Rote Armee eingegliedert.



Vom Besatzungsregime eingesetzte politische Armeeführer – von links, sitzend: der politische Führer der Division von Vidzeme, P. Lejiņš, der kommissarische politische Führer der Armee, B. Kalniņš, der politische Führer der Division von Latgale, K. Kurmis, der politische Führer der technischen Abteilung, P. Grigans, der politische Führer der Artillerieabteilung, A. Stākionis; in der zweiten Reihe, stehend: der politische Führer der Division von Zemgale, J. Vecvagars und der Assistent des politischen Führers der Armee, A. Zirņītis.

Allmählich wurden die lettischen Offiziere durch Kommandeure der Roten Armee ersetzt. Offiziere der höheren Ränge schickte man vorgeblich zu „Lehrgängen“ nach Moskau; sie wurden erschossen oder in Straflager des GULAG deportiert. Am 14. Juni 1941 erhielten die Offiziere des 24. Territorialkorps, die sich bei Litene in einem Sommerausbildungslager befanden, den Befehl, sich im Rahmen einer „Ergänzungsübung“ in die nähere Umgebung des Lagers zu begeben. Sie wurden entwaffnet, inhaftiert und in das Arbeitslager im sibirischen Norilsk, nördlich des Polarkreises, deportiert, wo viele Todesstrafen und langjährige Haftstrafen erwarteten. 1940–1941 wurde mehr als die Hälfte des lettischen Offizierskorps (ca. 2.100 Männer) liquidiert.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr estnischen, litauischen und polnischen Offizieren. Die UdSSR wies die Verantwortung für das Massaker an polnischen Offizieren in Katyn in Weißrußland bis 1990 von sich.

## DER STAAT DER PARTEI

Über die absolute Macht in der Sowjetunion und ihren Unionsrepubliken verfügte die Kommunistische Partei (KP), welche bis 1952 den Namen Allunions-KP (Bolschewiki) führte. Die Regierung war lediglich ein Werkzeug der KP zur Umsetzung ihrer Beschlüsse. Das oberste Entscheidungsorgan in dieser Machtstruktur war aber keinesfalls der gewählte Oberste Sowjet, sondern das Politbüro und der Generalsekretär des Zentralkomitees und der KP. Auch die Geheimpolizei stand im Dienste der Partei und unterstand ihrer Kontrolle.

Die Kommunistische Partei Lettlands, die bis 1952 auch die Nebenbezeichnung Bolschewiki im Namen führte, unterstand der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Allunions-KP). Das Amt des Ersten Sekretärs der Lettischen KP hatten während der sowjetischen Okkupationszeit inne: Jānis Kalnbērziņš (1940–1959), Arvīds Pelše (1959–1966), Augusts Voss (1966–1984), Boriss Pugo (1984–1988), Jānis Vagris (1988–1990), Alfrēds Rubiks (1990–1991). Der Zweite Sekretär der Lettischen KP war stets ein von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bevollmächtigter Vertreter, meist russischer Nationalität, der die Umsetzung der Parteivorgaben kontrollierte. Die gleichen Pflichten oblagen Ministern sowie den stellvertretenden Direktoren der wichtigsten Behörden.

## II. Latvijas PSR Tautas Komisāru Padomes noteikumi.

### 21 1940. g. 27. aug. lēmums par Latvijas Tautas Armijas pārveidošanu par Sarkanās Armijas teritoriālu korpusu.

(Vald. Vēstn. 1940. g. 195. n., 28. aug.)

Ievērojot to, ka saskaņā ar Padomju Sociālistisko Republiku Savienības Konstitūcijas (Pamatlikuma) 14., 132. un 133. pantu PSRS aizsardzības organizācija un visu PSRS brūpoto spēku vadība piekrit Padomju Sociālistisko Republiku Savienībai viņas augstāko varas organu un valsts pārvaldes organu personā un ka pēc PSRS Konstitūcijas un Latvijas PSR Konstitūcijas vispārējā kara klausība ir likums un tēvijas aizsardzība ir katra PSRS pilsoņa svēts pienākums,

Latvijas PSR Tautas Komisāru Padome nolemj:

1. Pārveidot Latvijas Tautas Armiju par Sarkanās Armijas strēlnieku teritoriālu korpusu, nododot viņu Baltijas atsevišķa kara apgabala kara spēka sastāvā.

2. Nodot Latvijas Tautas Armijas jūras flotes spēkus, to skaitā krasta artilēriju un hidroaviāciju, Strādnieku-Zemnieku Jūras flotes sastāvā.

3. Reorganizēt Latvijas Tautas Armijas pastāvošās kara mācības iestādes par normālu Sarkanās Armijas kājnieku skolu.

4. Lai izvestu kara klausībai padoto apzināšanu un atrisinātu jautājumu par Latvijas Padomju Sociālistiskās Republikas pilsoņu obligāto karadienesta izpildīšanu, pārveidot vietējas kara pārvaldes organus par kara komisāriem, pakļaujot tos Baltijas atsevišķajam kara apgabalam.

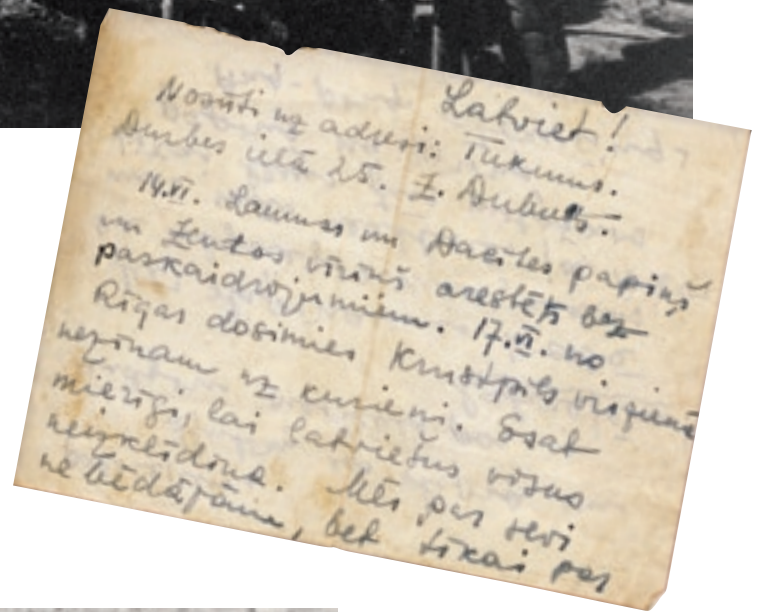
5. Piepaturēt Strēlnieku korpusā līdzšinējo Latvijas Tautas Armijas tēru, noņemot uzplecus un ievēdot Sarkanās Armijas komandējošā sastāva atšķirības zīmes.

Am 27. August 1940 wird die Volksarmee als 24. Territorialkorps in die Rote Armee eingegliedert.



Sommerlager für Offiziere der Lettischen Armee in Litene.

Aus dem Deportationszug geworfener Zettel des am 14. Juni 1941 im militärischen Ausbildungslager Litene verhafteten Offiziers der Lettischen Armee, Jānis Dubults (1908–1945): „[...] 14. VI. Der Papa und Mann von Lauma und Dacīte ist ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. 17. VI von Riga aus werden wir in Richtung Krustpils gebracht, wir wissen nicht, wohin. [...]“ Dubults kam zunächst ins Lager Norilsk und starb im Frühjahr 1945 im Lager Taischet.



Politische Unterweisung von Soldaten der lettischen Armee durch Politoffiziere.

LEGALISIERTE AUSPLÜNDERUNG:  
KONFISZIERUNG,  
WÄHRUNGSABWERTUNG,  
KOLLEKTIVIERUNG

Zwei feste Bestandteile der kommunistischen Politik wurden in Lettland unverzüglich in die Wege geleitet – die Konfiszierung von Privateigentum und die Kollektivierung und Proletarisierung der Landwirtschaft. Es begann eine systematische Ausplünderung der vorhandenen Ressourcen Lettlands, um die gesamte Volkswirtschaft der zentralen Moskauer Planung zu unterwerfen.

Ohne Rücksicht auf die im Vorfeld der Wahlen verkündete Unantastbarkeit des Privateigentums erklärte die Volks-Saeima bereits am 21. Juli auch „sämtliche großen Handels-, Industrie- und Transportunternehmen sowie Banken nebst ihren Werten zum Eigentum des gesamten Volkes – zum Volkseigentum.“ Damit würden die Voraussetzungen für „ein gewaltiges und rasches Anwachsen von Wohlstand und Glück des Volkes“ geschaffen. In ihrer zweiten Sitzung am 22. Juli erklärte die Volks-Saeima alles Land zum „Eigentum des gesamten Volkes, das heißt zu Staatseigentum.“ Den Landwirten durften bis zu 30 ha zur Selbstnutzung verbleiben.

Die lettische Währung Lats wurde dem sowjetischen Rubel gleichgestellt. Sein Wert sank mit der Kaufkraft des Rubels, einer mehrmaligen Preiserhöhung sowie um das Dreifache erhöhten Löhnen. Als die Menschen anfangen, eilig Waren einzukaufen, wurden zunächst Beschränkungen der zulässigen Verkaufsmenge für die gefragtesten Waren, bald darauf Festpreise eingeführt. Für das Horten von Waren drohten Strafen. Am 25. November 1940 kam es zur Einführung des sowjetischen Rubels als Zweitzahlungsmittel. Der Lats wurde vier Monate später aus dem Umlauf genommen. Gleichzeitig wurden die Beschränkungen beim Abheben von Bankeinlagen aufgehoben: statt dessen verblieben auf jedem Sparkonto lediglich maximal 1.000 Rubel.

Die großen Industrieunternehmen kamen unter die direkte Verwaltung Moskaus. Die Gewerkschaften wurden zu Ausführungsorganen der Kommunistischen Partei. Trotz steigender Löhne führten Preissteigerungen zu einer sinkenden Kaufkraft.

**Dekrets par lielo namu nacionālizāciju.**  
(APP Zīu. 51. n., 1940. g. 29. okt.)

**Указ о национализации крупных домовладений.**  
(Вед. ЦИРС № 51, 1940 г. 29 окт.)

<p>1. Saskaņā ar Latvijas PSR Konstitūcijas (Pamatlikuma) 6. pantu, nacionālizēt lielos namus pilsētās un rūpniecības punktos.</p> <p>2. Nacionālizācijai pakļauti nami, kuru pašu un pie tiem esošo būvju lietošanai derīgo laukumu kopplatība pārsniedz: pilsētās: Rīgā, Liepājā, Ventspilī, Jelgavā, Daugavpilī — 220 kv. m; pārējās pilsētās un rūpniecības punktos — 170 kv. m.</p> <p>3. Neatkarīgi no laukuma platības nacionālizācijai pakļauti, līdz ar visām pie tiem esošām būvēm:</p> <p>a) nami, kuru īpašnieki aizbēguši uz ārzemēm;</p> <p>b) nami, kuriem ir sabiedriski-vēsturiska vai mākslas vērtība, un</p> <p>c) nami, kurus ieņem valsts iestādes.</p> <p>4. Uzdot Latvijas PSR Tautas Komisāru Padomei apstiprināt nacionālizācijai pakļauto namu sarakstu, saskaņā ar šī dekreta 3. p., kā arī noteikt kārtību un termiņu nacionālizācijas izvešanai un namu nodošanai centrālo iestāžu un vietējo Padomju pārvaldīšanā.</p> <p>5. Šis dekrets stājas spēkā 1940. gada 28. oktobrī.</p>	<p>1. В соответствии со статьей 6-й Конституции (Основного Закона) Латвийской ССР национализировать крупные домовладения в городах и промышленных пунктах.</p> <p>2. Национализации подлежат дома, полезная площадь которых, с находящимися при них постройками, превышает:</p> <p>в городах: Риге, Лиенае, Вентспилсе, Елгаве, Даугавпилсе — 220 кв. метров; в остальных городах и промышленных пунктах — 170 кв. метр.</p> <p>3. Независимо от размеров площади, подлежат национализации, со всеми находящимися при них постройками:</p> <p>а) дома, хозяева которых бежали за границу;</p> <p>б) дома, представляющие обществено-историческую и художественную ценность, и</p> <p>в) дома, занимаемые государственными учреждениями.</p> <p>4. Поручить Совнаркому Латвийской ССР утвердить список домов, подлежащих национализации, в соответствии с п. 3-им настоящего Указа, а также установить порядок и срок проведения национализации и передачи домовладений в управление центральных учреждений и местных Советов.</p> <p>5. Настоящий Указ вступает в силу 28-го октября 1940 г.</p>
---	--

Rīgā, 1940. g. 28. oktobrī.

<p>Prof. Dr. A. Kirchenšteins, Latvijas PSR Augstākās Padomes Prezidija priekšsēdētājs.</p> <p>P. Blauss, Latvijas PSR Augstākās Padomes Prezidija sekretārs.</p>	<p>г. Рига, 28-го октября 1940 г.</p> <p>Председатель Президиума Верховного Совета Латвийской ССР проф. д-р А. Кирхенштейнс.</p> <p>Секретарь Президиума Верховного Совета Латвийской ССР П. Блаус.</p>
---	---

Lettisch- und russischsprachiges Dekret zur Verstaatlichung „größerer“ Wohnhäuser vom 28. Oktober 1940. Darunter fielen in Riga und anderen größeren Städten Wohnhäuser und Nebengebäude mit einer Nutzfläche von mehr als 220 m<sup>2</sup>.

In dem Wissen, daß die lettischen Landwirte nicht bereit für eine Kollektivierung der Landwirtschaft sein würden, verschwieg die Kommunistische Partei zunächst ihre wahren Pläne. Eilig wurde aber eine Agrarreform auf den Weg gebracht. Aus dem den Bauern enteignetem Agrarland über 30 ha und den Kirchen abgenommenen Ländereien wurde unter Einschluß des bisher in Staatsbesitz befindlichen Landes ein staatlicher Landfond gegründet. Dieses Land verteilte man zunächst an Kleinstwirtschaften bis zu 10 ha, die sich zum überwiegenden Teil als unwirtschaftlich erwiesen. Gleichzeitig begann man, die Landwirtschaft zentral zu steuern, mittels fester vorgegebener Termine für bestimmte zu verrichtende Arbeiten und durch die Einführung von Pflichtabgabemengen im Frühjahr 1941. Zur gleichen Zeit wurden die ersten Kollektivwirtschaften (Kolchosen) und Sowjetwirtschaften (Sowchosen) gebildet. Eine weitergehende Kollektivierung der Landwirtschaft wurde im ersten Jahr der sowjetischen Besetzung durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion unterbrochen.

Innerhalb eines Jahres hatte das Sowjetregime die kapitalistische Ordnung zerstört und Lettland vom „Joch der Ausbeuter“ befreit, wie seinerzeit die Volks-Saeima bei der Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion erklärt hatte. Sie hatten ihr Eigentum und ihre Ersparnisse an die Sowjetunion und ihre Erfüllungsgehilfen in Lettland verloren.

## MACHT GEGEN GEIST: DAS GESELLSCHAFTLICHE UND KULTURELLE LEBEN WIRD DEM KOMMUNISMUS UNTERWORFEN

Die Kommunistische Partei war bemüht, das gesellschaftliche und kulturelle Leben vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen. Obwohl Staatspräsident Ulmanis zuletzt autokratisch regiert hatte, hatte die lettische Gesellschaft insgesamt doch die Freiheit des bürgerlichen gesellschaftlichen Verkehrs und künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten beibehalten, was die Besatzungsmacht nun gnadenlos auszumerzen begann.

Bereits in den ersten Wochen der Besetzung wurden unabhängige gesellschaftliche Organisationen von der Regierung geschlossen, aufgelöst, ihr Eigentum eingezogen und durch kommunistisch kontrollierte Organisationen ersetzt.

Die Kultur hatte durch Verherrlichung der Errungenschaften des Systems und seiner Führer die kommunistische Ideologie zu predigen und zum Klassenkampf gegen die Kapitalisten aufzurufen sowie nationale Kulturansätze zu bekämpfen. Sogenannte schöpferische Verbände der Kulturschaffenden – der Schriftsteller, Musiker und Künstler – wurden ins Leben gerufen. Sie hatten die Kulturarbeit zu kontrollieren und zu lenken, für die Entstehung von der sowjetischen Ideologie entsprechenden und diese verherrlichenden Kunstwerken zu

## ATHEISMUS ALS GLAUBE: DIE RELIGION UNTER DEM JOCH DES KOMMUNISMUS

Die Begründer des Kommunismus verneinten die Existenz eines Gottes und betrachteten die Religion als Überbleibsel des Kapitalismus und „Opium für das Volk.“ Der Atheismus wurde zum Glaubensbekenntnis der Kommunisten. Deshalb verbot das Regime alle öffentlichen Funktionen der Religion und schränkte die Rechte von Geistlichen extrem ein. Sie und die Gläubigen hatten mit Repressionen zu rechnen. Die Liegenschaften christlicher und jüdischer Gemeinden wurden enteignet und ihre Nutzung hoch besteuert.

Den Geistlichen wurde die Ausübung ihrer bisher wahrgenommenen sozialen Aufgaben, wie gesetzliche Eheschließungen und das Führen von Geburts- und

Das 1940 von den Sowjets umgestürzte  
Denkmal der Befreiung Lettgallens in  
Rēzeknē (Rositten) – eine symbolische  
Darstellung von Lettgallens Māra mit  
dem christlichen Kreuz in der Hand.



## Beschluß zur Schließung der Gesellschaft des Jüdischen Nationalfonds vom 23. Juli 1940.

sorgen sowie ideologisch loyale Autoren zu unterstützen und Abweichler abzustrafen und umzuerziehen.

Der Staat übernahm und überwachte die Veröffentlichung und den Vertrieb von Büchern und Presseerzeugnissen. Bücher, die der offiziellen kommunistischen Ideologie nicht entsprachen, wurden vom Markt genommen bzw. aus den Bibliotheken entfernt. Bücher und andere Publikationen unterlagen der Zensur. Die Presse hatte die offiziellen Ansichten und Standpunkte der Regierung und der Kommunistischen Partei wiederzugeben.

Das Plakative der Sowjetkultur – ihre aufdringliche Symbolik, die grellen Agitationsdekorationen auf den Straßen, die Aufrufe und Demonstrationen – überdeckte, unterdrückte und entfremdete die kulturellen Werte und Errungenschaften der lettischen Nation. Straßen, Fabriken und Institutionen wurden nach bekannten russischen und sowjetischen Persönlichkeiten benannt.

### 3095. LĒMUMS.

1940. g. 23. jūlijā, saskaņā ar likumu par bezpēļas biedrībām un to savienībām (Lik. kr. 1938. g. 49), slēdzu Zīdu nacionālā fonda biedrību (Keren-Kajemeth-Leizrael) un iecēju tai šādu likvidācijas komisiju: par priekšsēdētāju Semjonu Cetlinu un par locekļiem: Abramū Suru un Vullu Alperoviču. Likvidatoru maioklis Rīga, Elizabetes ielā 45/47, 1. dz.

Biedrība jālikvidē 4 mēnešu laikā pēc šī lēmuma izsludināšanas „Valdības Vēstnesī”.

Sabiedrisko lietu ministrs P. Blaus.  
Preses un biedrību depart. direktora v.i.  
J. Nīdra.



Dr. theol. Ludvigs  
Adamovičs (1882–1942),  
Theologieprofessor an der  
Universität Lettland und  
Verfasser wissenschaftlicher  
Schriften; deportiert 1941,  
erschossen 1942.

Sterberegistern untersagt. Verboten wurden auch das Feiern religiöser Feste und der Religionsunterricht an den Schulen. Anstelle der Religion wurde der Atheismus gelehrt und von der Presse propagiert. Die Theologische Fakultät der Universität Lettland nebst ihren Instituten für Orthodoxie und Katholizismus wurden geschlossen.

Kirchlicher Grund und Boden wurde von Anfang an dem staatlichen Landfond zugeschlagen. Durch einen Beschluß des Rates der Volkskommissare der Lettischen SSR vom 20. März 1941 wurden weitere Liegenschaften christlicher und jüdischer Gemeinden verstaatlicht und für deren Nutzung extrem hohe Steuern erhoben. Klöster der römisch-katholischen Kirche wurden geschlossen. Die Unterdrückung des katholischen Glaubens traf die Menschen in Latgale (Lettgallen) in Ostlettland besonders hart, da der Katholizismus untrennbar zur lettgallischen Identität gehört.

Gläubige hatten mit Repressionen zu rechnen. 36 Geistliche verschiedener christlicher Konfessionen und Rabbiner wurden deportiert oder ermordet.

## BILDUNG ALS WAFFE: ERZIEHUNG DER JUGEND IM KOMMUNISTISCHEN GEISTE

Die Erziehung der Jugend im kommunistischen Geiste gehörte zu den wichtigsten Aufgaben des Besatzungsregimes. Die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin durchzogen das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Da die Umerziehung bzw. der Austausch des Lehrpersonals erst im Laufe der Zeit möglich war, führte die Sowjetmacht Richtlinien und Instruktionen ein. Schon einige Tage nach dem Anschluß Lettlands an die UdSSR erließ die Regierung der Lettischen SSR Anweisungen für die Lehrkräfte bezüglich obligatorischer und verbotener Lehrstoffe. Zu letzteren zählte alles, was mit der Zeit des unabhängigen lettischen Staates zu tun hatte.

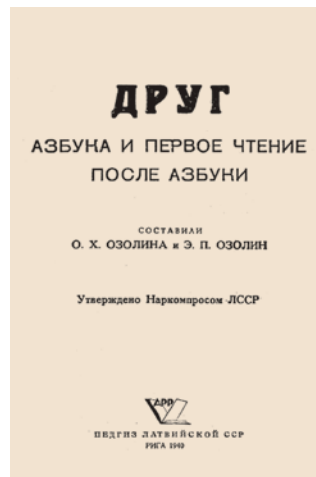
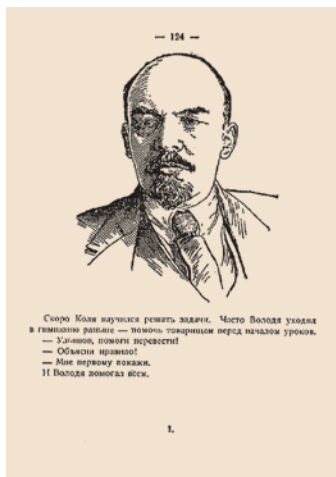
Eilig erstellte man für Schulen und Hochschulen neue Lehrpläne. Verfassungslehre der UdSSR wurde zu einem Pflichtfach. Das führende Lehrpersonal an den Bildungseinrichtungen wurde durch regimetreue Mitarbeiter ersetzt. Andererseits regte sich bei patriotisch erzogenen Schülern Widerstand gegen die aufgedrängte Ideologie. Lehrer, Erzieher und Schüler waren mitten unter den vom Regime repressierten Opfern.



Schüler üben den sowjetischen Pioniergruß ein.

Sämtliche unabhängigen Jugendorganisationen wie die Pfadfinder, die Landjugend (*mazpulki*), CVJM sowie studentische Verbindungen wurden aufgelöst und ihr Besitz und ihre Liegenschaften von der Regierung übernommen. An ihre Stelle traten die nach sowjetischem Vorbild gegründeten Organisationen der Roten Pioniere und des Leninschen Komsomol (Kommunistische Jugend). Schüler und Studenten hatten an kommunistischen Kundgebungen und Demonstrationen teilzunehmen sowie Schulgebäude und -räumlichkeiten im kommunistischen Geiste auszugestalten.

Russisch-Lehrbuch mit den Biographien Lenins und Stalins.



## TOTALITARISMUS

Die Begriffe „Totalitarismus“ und „totalitär“ charakterisieren die Erscheinungsformen der unumschränkten Machtausübung des 20. Jahrhunderts. Benito Mussolini benutzte sie als erster, um seine faschistische Bewegung in Italien zu beschreiben. Ihre Definition trifft aber auch auf die Herrschaftssysteme des nationalsozialistischen Deutschland und der kommunistischen Sowjetunion zu. Als Merkmale des Totalitarismus gelten:

- Eine Ideologie mit dem Anspruch auf die Erklärung der Welt und die Schaffung eines neuen utopischen gesellschaftspolitischen Systems bei gleichzeitiger Vernichtung des bestehenden.
- Umfassender Monopol- und Rechtsanspruch einer herrschenden Partei und/oder ihres Führers in sämtlichen Bereichen von Staat, Gesellschaft und Privatleben.
- Umsetzung der Ziele der führenden bzw. meist der einzigen

Partei mittels des ihr vollständig hörigen Machtapparates, dessen Kontrolle sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie Privatpersonen unterliegen.

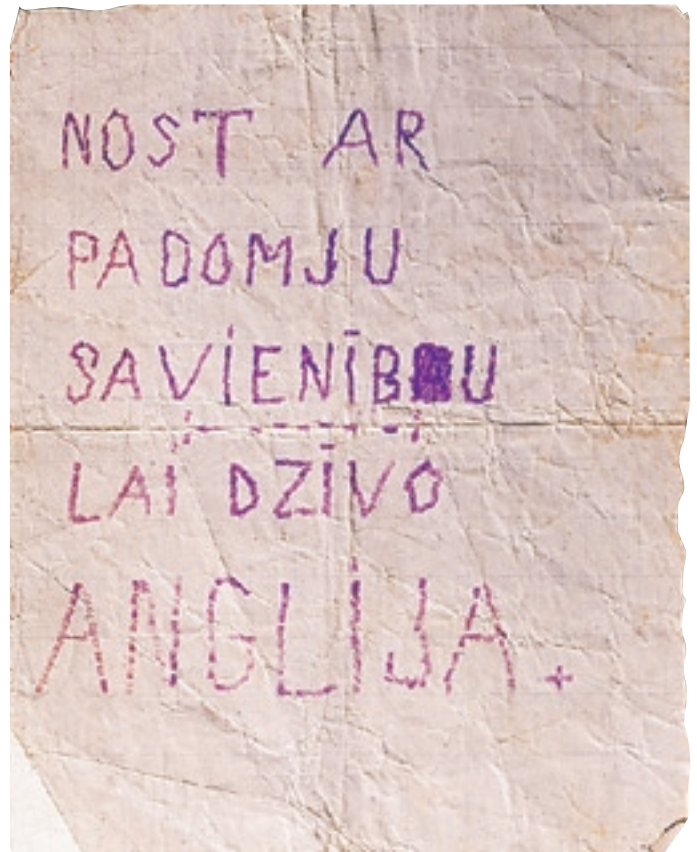
- Absolutes und uneingeschränktes Recht des Herrschaftsapparates zur Kontrolle und Steuerung aller Massenmedien, gesellschaftlicher, bildungspolitischer und kultureller Prozesse, des Wirtschaftslebens und auch der Freizeitbeschäftigung.
- Sicherung des absoluten Herrschaftsanspruchs mittels pseudodemokratischer Legitimationstechniken, Organisation der Massen, allumfassender Propaganda und durch den Einsatz von Mitteln zur psychologischen und physischen Beeinflussung.

Für einen Vergleich der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts sind die hier aufgeführten Kriterien hilfreich. Nicht alle hier genannten Kriterien bzw. ihre Erscheinungsformen müssen gleichzeitig auf jedes einzelne totalitäre System zutreffen.

DER UNMUT WÄCHST:  
WIDERSTAND GEGEN DAS  
BESATZUNGSREGIME

In der Bevölkerung Lettlands hatte sich in den rund 20 Jahren seit der Staatsgründung 1918 eine Loyalität gegenüber dem Staat und seinen bürgerlichen Gesellschaftsnormen herausgebildet. Die aufgedrängte kommunistische Ideologie, die Konfiszierungen von Eigentum und die Gängelung der Gesellschaft waren für die Mehrheit der Bevölkerung nicht akzeptabel. Dies äußerte sich in einem weitverbreiteten, aber nur teilweise organisierten, unbewaffneten Widerstand, der vom NKWD und anderen Behörden des Besatzungsregimes entschieden bekämpft wurde.

Der Widerstand, wenn auch zunächst spontan und unorganisiert, setzte unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee am 17. Juni ein. Man versuchte, Waffen zurückzuhalten und zu verstecken. Es gibt Berichte von vereinzelt bewaffneten Widerstandsaktionen. Anordnungen und Befehle wurden mißachtet, Propagandakundgebungen und Wahlen boykottiert. Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR im Januar 1941 wurden Stimmzettel mit antisowjetischen Parolen beschrieben. Am Freiheitsdenkmal wurden heimlich Blumen niedergelegt. Vielerorts riß man rote Sowjetfahnen herunter oder hißte die lettische Staatsflagge. Sowjetwitze und Parodien auf sowjetische Lieder kamen in Umlauf.



Der organisierte Widerstand zeigte sich vielfältig, doch fehlte es ihm an einer gemeinsamen Führung und besonders an Unterstützung von außen. Trotz des gemeinsamen Feindbildes – das Sowjetregime – und der Hoffnung auf Wiederherstellung des lettischen Staates, fehlte es den verschiedenen Widerstandsorganisationen und -gruppen an abgestimmten Aktionen.

Häufig waren die Gruppen voller Idealismus, doch in der Untergrundarbeit völlig unerfahren – so die an vielen Schulen von patriotischen Lehrern getragenen Widerstandszellen. Meist wurden sie vom NKWD rasch entdeckt und liquidiert.

Zu den größten und aktivsten illegalen Gruppen gehörten die Jaunlatvieši (Jungletten), Tēvijas Sargi (Vaterlandsschützer), die Lettische Nationallegion und die KOLA (Kampforganisation für die Befreiung Lettlands). Jede dieser Gruppen verfügte über mehrere Hundert aktive Teilnehmer. Durch die Verbreitung von illegalen Schriften leisteten sie Aufklärungsarbeit zur aktuellen Lage und hielten das nationale Selbstbewußtsein aufrecht. Der NKWD bekämpfte die Organisationen intensiv: Viele Teilnehmer wurden gefaßt und zu Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Bis zum Frühjahr 1941 waren die meisten Organisationen liquidiert.

Der bewaffnete Widerstand nahm nach den Massendeportationen vom 14. Juni 1941 zu. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni bildeten sich an einzelnen Orten antisowjetische Partisanenverbände, die sich hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen der lettischen Armee, der Aizsargi-Organisation und ehemaligen Polizisten rekrutierten.



Illegale Flugblätter, oben: „Nieder mit der Sowjetunion: Es lebe England“; unten: „Letten! Entscheidet euch für Freiheit oder Sklaverei. Ihr dürft am 12. Januar 1941 nicht für Sklaverei, Armut und Hunger stimmen. Letten, sammelt alle Kräfte zum Kampf für ein neues freies LETTLAND. Weg mit der Fremdherrschaft!“ Am 12. Januar 1941 fanden Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR statt.

## WIDERSTAND

Die Definition von Widerstand steht immer in enger Beziehung zum entsprechenden historischen Kontext und den jeweiligen Umständen. Eine differenzierte Definition erfordert die Berücksichtigung von Ort, Zeitpunkt, Art und Weise und Ursachen des Widerstandes sowie des Gegenstandes, gegen den er gerichtet ist.

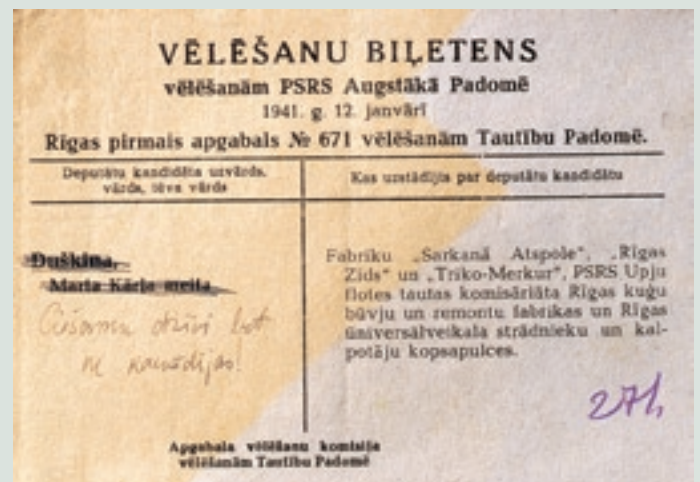
Im Lettischen Okkupationsmuseum wird der Begriff „Widerstand“ möglichst weit gefaßt und beinhaltet aktive bewaffnete wie passive gewaltlose Formen, institutionellen wie individuellen, politischen, nationalen, kulturellen und religiösen Widerstand, die Vertretung der persönlichen Überzeugungen und Wahrung der eigenen Integrität, aber auch offenes Widerstehen von Protestdemonstrationen und Kundgebungen über Sabotageakte bis hin zur Anwendung von Gewalt, stille Opposition von Verweigerung und schlichtem Ungehorsam bis hin zur Solidarisierung mit Verfolgten des Regimes unter Hinnahme der Bedrohung des eigenen Lebens.



Erhaltung der Selbstachtung. Lettische Studenten auf der offiziellen Kundgebung zum 1. Mai 1941.

Widerstand ist nicht immer nur der klassische Kampf gegen Tyrannen, die Fremdherrschaft oder einen Despoten, er kann auch Verteidigung und Abgrenzung individueller Rechte gegenüber den Zwängen und Anforderungen der Machthaber und der politischen Gemeinschaft bedeuten. Die totalitären Regime unter Hitler und Stalin basierten nicht nur auf dem von der Staatsführung befohlenen und praktizierten Terror, sondern auch auf der Bereitschaft größerer Teile der Bevölkerung, mit dem Regime zu kollaborieren und den Terror zu unterstützen – durch alltägliche gegenseitige Kontrolle, Denunziation, Verrat, Feigheit und Wegsehen.

Die Begründung für die hier verwendete breite Definition liegt in der Eigenschaft totalitärer Herrschaftsformen, alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens zu kontrollieren. Angesichts der Verletzung jeglicher Individualrechte, der Willkür, der Verfolgung Unschuldiger, der Entrechtung von Familien und Kindern, des Justizterrors der Volksgerichte und nicht zuletzt der Bedrängung und Kontrolle des Geistes, bedeutet allein schon das Bewahren des bloßen Anstands eine Form von Widerstand.



Stimmzettel der Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR am 12. Januar 1941. Trotz des Verbots wurden Kandidaten gestrichen und Kommentare aufgeschrieben: „Ein erträgliches Leben, aber keine Komödien!“ Die Nummer „271“ ist eine Notiz des NKWD.

## FREIES LETTLAND

Die Patriotengruppe Freies Lettland wurde von Fricis Skurstenis, Schüler der 11. Klasse des 1. Gymnasiums in Jelgava (Mitau), organisiert. Die Schüler folgten einem emotionalen Protest gegen die Politik der Besatzungsmacht. Die Gruppe wurde vom NKWD entdeckt, liquidiert und im Januar 1941 wurden alle 13 Mitglieder verhaftet und verurteilt. Nur einer der Schüler, Voldemārs Treimanis, überlebte die Haft im GULAG.



Voldemārs Treimanis, kurz vor seiner Verhaftung und nach der Haft am 13. Januar 1941.

## UNTER DER KNUTE DER WILLKÜR: DIE UNUMSCHRÄNKTE MACHT DES NKWD – VERHAFTEN UND LIQUIDIERTEN

Die sowjetische Geheimpolizei war mit den von ihr praktizierten Methoden des psychologischen und physischen Terrors ein Erfüllungsorgan der totalitären Herrschaft der Kommunistischen Partei. Im ersten Jahr der sowjetischen Besatzung stand sie unter der Bezeichnung NKWD (aus dem Russischen für „Volkskommissariat des Innern“) und NKGB (für „Volkskommissariat für Staatssicherheit“).

Hauptaufgabe des NKWD war es, „antisowjetische Elemente“ und „Klassenfeinde“ zu verfolgen und „unschädlich zu machen“, wobei er sich der äußeren Bespitzelung und eines umfassenden Netzes von Informanten und Zuträgern bediente. Um die Verfolgungen zu legalisieren, wurden neue Gesetze an die Gesetzgebung der UdSSR bzw. der Russischen Föderation angepaßt und diesen rückwirkende Gültigkeit verliehen.

Dem Kommissar für Staatssicherheit der Lettischen SSR, Semjon Schustin, sowie dem Volkskommissar für Inneres, Alfons Noviks, wurden uneingeschränkte Befugnisse bei der Erfüllung der kommunistischen Parteibeschlüsse eingeräumt: Die Unterschrift eines von ihnen war ausreichend, um über einen Inhaftierten die Todesstrafe zu verhängen. Zu ersten Verhaftungen kam es bereits vor der Annexion Lettlands am 5. August 1940. Nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen SFSR konnte ein jeder sich des Vorwurfs „antisowjetischer Aktivitäten“ oder der „Illoyalität gegenüber dem sowjetischen Regime“ ausgesetzt sehen.



Das am 7. November 1940 mit sowjetischer Symbolik zum Jahrestag der Oktoberrevolution ausstaffierte – im Volksmund „das Eckhaus“ genannte – Gebäude des NKWD/ KGB der Lettischen SSR in Riga an der Ecke der Brivibas und Stabu iela. Text: „23. Oktober“ in russischer Sprache.



Im Herbst 1940 im NKWD-Gebäude eingerichteter Gefängnistrakt mit Häftlingszellen.

In den Kellerräumen des NKWD-Gebäudes in Riga wurden Gefängniszellen eingerichtet, in denen den Inhaftierten zum Teil während wochenlanger Verhöre Geständnisse abgepreßt wurden, was in der UdSSR gesetzlich zulässig war. Die übliche Strafe war Tod durch Erschießen oder langjährige Gefängnishaft, die unter menschenunwürdigen Verhältnissen in den Speziallagern des GULAG zu verbüßen war.

Entgegen der unter der nationalsozialistischen Besatzung verbreiteten Behauptung, der NKWD habe sich hauptsächlich aus jüdischen Mitarbeitern rekrutiert, belegen neuere Studien, daß der NKWD-Apparat zum überwiegenden Teil aus Russen bestand. Lediglich einige Führungspositionen in Lettland bekleideten Juden wie Schustin, der Volkskommissar des NKGB, was die Nazi-propaganda schamlos ausschaltete. Klar ist auch, daß der NKWD, ohne eine größere Zahl an lettischen Mitarbeitern, an deren Spitze Alfons Noviks stand und deren Sprach- und Ortskenntnisse unersetzlich waren, seine Aufgabe in Lettland nicht hätte erfüllen können.





Schlüsselbund des NKWD-Gebäudes.



Patronenhülsen aus der Erschießungskammer des NKWD-Gebäudes.

## DIE SOWJETISCHE POLITISCHE GEHEIMPOLIZEI: TSCHEKA – GPU – NKWD – KGB

Die sowjetische politische Geheimpolizei war ein Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Diktatur der Kommunistischen Partei. Ihre Bezeichnung und Struktur hat sich im Laufe der Geschichte mehrfach geändert. Unmittelbar nach der Oktoberrevolution im Dezember 1917 wurde die Allrussische Außerordentliche Kommission (Wserossijskaja Tschreswytschainaja Komissija – Tscheka, lett. Čeka) zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage gegründet, die sich schnell zu einem umfangreichen Apparat entwickelte. Erster Chef dieser Organisation war Felix Edmundowitsch Dserschinski.

Nach dem Bürgerkrieg wurde die Tscheka 1922 in die Vereinigte staatliche politische Verwaltung (Objedinjonnoje Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije – OGPU) umgewandelt, die zunächst dem Volkskommissariat des Innern unterstellt war, jedoch 1923 zu einer teilweise selbständigen staatlichen Behörde mit wechselnder Bezeichnung wurde. Auch diese leitete Dserschinski bis zu seinem Tode 1926. Ende der zwanziger Jahre sorgte die OGPU für die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sowie die „Entkulakisierung“ (Liquidierung der Großbauernwirtschaften) und verhaftete in Betrieben und Kolchosen sogenannte Agenten, Verräter und Saboteure.

Die OGPU wurde in das 1934 gegründete Volkskommissariat des Innern der UdSSR (Narodny Kommissariat Wnutrennich Del – NKWD) eingegliedert. Von hier steuerte man Ende der dreißiger Jahre die „Große Säuberung“, eine Terrorwelle, in deren Verlauf die alte Garde der Bolschewisten, ein Großteil der bisherigen Partei, Militär- und Wirtschaftskader liquidiert wurden.

Mit der Schaffung des Volkskommissariats für Staatssicherheit (Narodny Kommissariat Gossudarstwennoi Besopastnosti – NKGB) wurde Anfang 1941 der staatliche Sicherheitsapparat wiederum aus dem NKWD ausgegliedert. Seine Aufgabe lag in der Bekämpfung innerer und äußerer Staatsfeinde. Der Strafvollzug in den Gefängnissen und Lagern des GULAG verblieb in der Kompetenz des NKWD.

Von 1938 bis 1953 lag die Leitung des Sicherheitsdienstes der UdSSR in den Händen von Lawrentij Berija. Struktur und Bezeichnung der Organisation wechselte in diesen Jahren mehrfach. Nach Stalins Tod und Berijas vergeblichem Versuch, den Sicherheitsapparat in seinem Kampf um das Erbe Stalins einzusetzen, wurde 1954 schließlich das eigenständige Komitee für Staatssicherheit (Komitet Gossudarstwennoi Besopastnosti – KGB) gebildet.



Felix Dserschinski.



Lawrentij Berija.

Obgleich die Tscheka demnach im eigentlichen Sinne seit 1922 nicht mehr existierte, blieb deren Bezeichnung unter der Bevölkerung als Inbegriff für die Unterdrückung durch die Kommunistische Partei und ihren Terrorapparat bestehen und somit Inbegriff für die psychologische und physische Beeinflussung und Einschüchterung, willkürliche Verhaftungen, Verhöre und Folterungen, Deportationen und Zwangsverschickungen, für Straflager und politische Morde. In diesem Sinne wird der Begriff Tscheka im lettischsprachigen Teil der vorliegenden Darstellung für die sowjetische Geheimpolizei benutzt, unabhängig von der jeweils geltenden offiziellen Bezeichnung. Im Westen ist eher die letzte Bezeichnung KGB geläufig.

Worauf stützt sich die nach dem deutschen Einmarsch 1941 verbreitete Behauptung, die sowjetische Geheimpolizei sei von Juden dominiert gewesen, so daß die Bezeichnung Jude allgemein mit Tschekist (Mitarbeiter der Tscheka) gleichgesetzt wurde? Die verfügbaren Quellen über die ethnische Zusammensetzung der Geheimpolizei widersprechen der Annahme. Obwohl es in den Anfangsjahren unter Dserschinski viele Letten und Juden unter den Mitarbeitern der Tscheka gegeben hatte, bestand der Apparat des NKWD der UdSSR 1940 zu 80 Prozent aus Russen, daneben 6 Prozent Juden und einige wenige Letten. Beim Aufbau des NKWD in der Lettischen SSR 1940–1941 wurden zahlreiche ortsansässige Letten zur Mitarbeit herangezogen. Unter den Verhörerführern des NKWD dominierten russische und lettische Namen. Die meisten Urteile wurden von hochrangigen NKWD-Mitarbeitern unterzeichnet, darunter der Jude Semjon Schustin und der Lette Alfons Noviks.

## MIT DER WURZEL AUSREISSEN: DIE ERSTE MASSENDEPORTATION IN DIE UDSSR

**Die Massendeportationen in entlegene Gebiete der Sowjetunion war eines der grausamsten Mittel des NKWD-Terrors. Im Rahmen der Zwangskollektivierung und im Zuge von Terrorwellen hatte es in der Sowjetunion bereits in den dreißiger Jahren massenhafte Zwangsverschickungen von Menschen gegeben. Die erste Massendeportation in Lettland fand am 14. Juni 1941 statt.**

Deportationen in der durch den Hitler-Stalin-Pakt geschaffenen „sowjetischen Interessensphäre“ hatte es bereits seit Anfang 1940 gegeben, als eine Massenverschickung von Menschen hauptsächlich polnischer Nationalität aus den von der UdSSR besetzten Gebieten Ostpolens einsetzte. Die Quellen belegen, daß Deportationen im Baltikum als Terrorinstrument schon kurz nach der Besetzung in Planung waren, entsprechende Dekrete für das Baltikum und Moldawien wurden im Mai 1941 unterzeichnet. Die Durchführungsregeln für die Deportationen ähnelten denen in Ostpolen.

In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni wurden nicht weniger als 15.424 Bürger Lettlands, meist Personen, die führende Positionen in Staat und Kommunen, im Militär, in Wirtschaft und Kultur innegehabt hatten, mitsamt ihren Familien festgenommen und deportiert. Unter ihnen befanden sich mehr als 2.400 Kinder unter 10 Jahren. Neben Einheiten der Volkskommissariate für Sicherheit und Inneres, der Roten Armee, der Miliz (Polizei der Sowjetunion) und anderen wurden zu diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch ortsansässige Kommunisten und Komsomolzen (Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes) herangezogen.



Deportationswaggon in einer Bahnstation.

Die Menschen wurden mitten in der Nacht aus dem Schlaf gerissen und hatten weniger als eine halbe Stunde Zeit, sich auf die Fahrt vorzubereiten. Unerwähnt blieb der Verbringungsart und daß man die Familien trennen würde. Mitgenommen werden durfte, so viel man tragen konnte. Doch in der allgemeinen Verwirrung und in Unkenntnis der wahren Umstände ließen die Menschen häufig elementare Dinge zurück. Zahlreiche Wertsachen wie auch Fotoapparate mußten zurückgelassen werden. Was zurückblieb, konfiszierte das Regime. Die Opfer wurden in bereitstehende Vieh- und Güterwaggons gepfercht, in denen sie Wochen, manchmal Monate zubringen mußten, was viele Menschen, vor allem Säuglinge, Kranke und Alte nicht überlebten.

Die Zeitungen Lettlands berichteten mit keinem Wort über diese Ereignisse. Angehörige bekamen keinerlei Auskunft über den Verbleib der Abgeholt – weder von der Miliz noch von anderen Behörden. Die Schienen blieben von Zetteln mit Abschiedsgrüßen an Angehörige übersät, die nur selten ihre Adressaten erreichten.

Die „Volksfeinde,“ hauptsächlich Männer, 5.263 an der Zahl, wurden von ihren Familien getrennt und in stacheldrahtbewehrte Strafarbeitslager des GULAG verbracht, wo sie erst später in Eilverfahren und in Abwesenheit wegen antisowjetischer Aktivitäten verurteilt wurden. Die Zustände in den Lagern waren menschenunwürdig. Die Inhaftierten wurden von Wachmannschaften und kriminellen Häftlingen terrorisiert, verloren ihre persönliche Identität und wurden zu Nummern. Die ausgegebenen Essensrationen standen in keinem Verhältnis zu den bei der schweren Arbeit verbrauchten Kalorien. Die Menschen waren ausgezehrt, litten häufig an Durchfall, Skorbut und anderen Krankheiten, die sich nicht zuletzt auch durch Läuse, Wanzen, Flöhe und anderes Ungeziefer stark ausbreiteten. Viele überlebten schon den ersten Winter nicht, in dem eine unerträgliche Kälte herrschte. Nur etwa ein Fünftel der in die Straflager das GULAG Verschleppten überlebte.



Deportationswaggon 1941. Zeichnung von Aina Roze (1927–1998).

Фамилия, имя и отчество.	Окраска и № дела.	Количество высланных до 16-летнего лет.	Адрес места жительства.	Ответств. за операцию.	Расписка в получении.	Примечание
Михайлов Карл-Евггар Владимирович	5725 шпионаж.	1	Бривибас ул. 61-3			
Назарович Дмитрий Мико-Евггарович	5729 шпионаж.	2	Бривибас ул. 69-2			330
Беркис Карл Якович	5736 шпионаж.	1	Бривибас ул. 69-6			
Целиненс Анна	5745 шпионаж.	1	Бривибас ул. 71/75-11			40
Борухсон Миндес Григорьевич.	5745 шпионаж.	3	Бривибас ул. 75-9			

Fragment der russischsprachigen Listen der zu verhaftenden und zu deportierenden Personen. Als Deportationsgründe werden unter anderem angeführt: „Spionage“, „jüdische Konterrevolution“, „Familienangehöriger eines Verurteilten“, „ehemaliger Kaufmann.“



Frauen und Kinder wurden als Familienangehörige von sogenannten „Heimatverrättern“ ins Zwangsexil in „Spezialsiedlungen“ in Sibirien und anderen entlegenen Gebieten gebracht. Obwohl sie nicht hinter Stacheldraht leben mußten, war ihnen das Verlassen des Ansiedlungsortes untersagt. Auch sie waren um ihre Lebensbedingungen nicht zu beneiden. Es fehlte vor allem an Lebensmitteln und geeignetem Wohnraum. Die ansässige, meist mittellose Bevölkerung bestand zu einem Teil selbst aus einstmaligen Deportierten und war den Neuanrücklingen häufig nicht wohlgesonnen. Bereits im ersten Winter starben unter den extremen Bedingungen viele ältere Menschen und Kinder.

In ein und derselben Nacht wurden aus Estland etwa 11.000 und aus Litauen etwa 21.000 Menschen deportiert. Die Verschleppungen stellten die erste Deportation in großem Maßstab durch eine Besatzungsmacht in der Geschichte des Baltikums dar. Nach der Rückkehr der Sowjetmacht 1945 kam es erneut zu Deportationen.

Leti bēdza mēfarnēt mī  
manu dievu. Manu staro kēn  
Hāts pat nē atrodām  
Pēdējā vērīgā spēdā manū  
nēmu vēstulī jū vārdāt. Kādre vārdi  
Es palikis egi, tēva bērni anā  
kāsuas nē... kā vīra nē sēva

Sīti vīra, bērni un vīstam tu-  
vārojam vārdam vīstam un  
novēljam. Es mē lēn  
manis pē vīra un Bolšaitis  
Adrese: Rīga, Slatka ale 18 1/2  
lat 70800  
DMF  
Inv. Nr. 4137

Am 14. Juni 1941 vom Hauptmann der Lettischen Armee, Aleksandrs Bolšaitis (1900–1942), aus dem Deportationswaggon geworfener Zettel mit der Bitte, seine Angehörigen zu informieren und zu grüßen. Bolšaitis starb in der Haft in Norilsk.



Sveicināti 15. jūnija 1941g  
Pašreiz esam Gulbene, u jūce, Blāzi-  
nīs un irā Laimans vērā rajonā, bet sē-  
otā nē būnām. Lode ar bērniem jūtas lab-  
pate jau noorma vārdi no Līvoniem. Es  
būrdoms tad braucām uz Bessariju nē  
bet kur tātā nē būnām. Jo vērāt, tad  
pēdējā nē vērāt nē palikisim pēdēim  
nē būnām. Braucēt jau lejvārdāt pē Līvoniem  
nē būnām. Lode ar bērniem jūtas lab-

Ein am 14. Juni 1941 vom Grenzschrützer Jānis Jakovičs (1902–1942) aus dem Deportationszug geworfener Zettel, Gulbene, 15. Juni 1941. Jakovičs wurde in Sevurallag erschossen. Seine Frau Lidija wurde mit den drei Töchtern gesondert deportiert. Die erst zwei Monate alte Tochter Astra starb auf der Fahrt im Deportationswaggon.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 9

Die Geschichte der Lettischen SSR dazu: „Mitte des Jahres 1941 wurde eine gewisse Zahl an ehemaligen Großunternehmern, Führungskräften bourgeoiser politischer Parteien, ehemaligen russischen Weißgardisten, Befehlshabern der Aizsargi-Organisation, Polizisten, Mitarbeitern der politischen Verwaltung nebst ihren Familienangehörigen sowie deklassierten Elementen aus den Städten aus Lettland verschickt. Auch einen Teil der Offiziere der bourgeoisen Armee betrafen die Repressionen. Bei dieser in großer Eile durchgeführten Aktion kam es auch zu Fehlern. [...] Diese stalinistische Verschickung fand statt, ohne den werktätigen Massen erklärt worden zu sein. Deshalb wurde sie unter der hitlerischen Besatzung zu antisowjetischen und antikommunistischen Zwecken mißbraucht, indem man sie als ‚Beginn der Vernichtung des lettischen Volkes‘ usw. hinstellte.“ (Band 2, S. 172-173)

„EIN MENSCH – EIN PROBLEM, KEIN MENSCH – KEIN PROBLEM“:  
 VERSCHLEPPUNG UND ERSCHIESSUNG  
 POLITISCHER GEFANGENER

Stalins berühmter Satz wurde am 22. Juni 1941, dem Tag des Überfalls des nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetunion, zur bitteren Realität. Überstürzt deportierte der NKWD politische Gefangene in Gefängnisse und Zwangsarbeitslager im Inneren der Sowjetunion. Bald darauf wurden Menschen auf den geringsten Verdacht hin verhaftet und als „gesellschaftsgefährdende Elemente“ erschossen.

Aus sämtlichen Landesteilen wurden Häftlinge zum Rigaer Bahnhof Šķirotava gebracht, von wo aus sich bis zum 26. Juni mehrere Züge auf ihre lange Fahrt begaben, um Verhöre, Folterungen und Verurteilungen in der Sowjetunion fortzusetzen. Aus den Gefängnissen Lettlands wurden insgesamt rund 3.600 Menschen verschleppt, von denen nur wenige jemals nach Lettland zurückkehrten.



Exhumierte Opfer des NKWD im Hof des Rigaer Zentralgefängnisses im Juli 1941.



Trauernde bei den exhumierten Opfern des NKWD im Juli 1941.



Fragment eines Befehls des Volkskommissars für Staatssicherheit der Lettischen SSR, Semjon Schustin, 78 „gesellschaftlich gefährliche Elemente“ zu erschießen, 26. Juni 1941.

In Lettland verbliebene Häftlinge und nach dem 26. Juni Verhaftete wurden umstandslos erschossen und in Massengräbern verscharrt. Nach dem Rückzug der Roten Armee wurden im Hof des Rigaer Zentralgefängnisses sowie in Baltezers, Rēzēkne, Ulbroka und anderen Orten eilig zugeschüttete Gräber gefunden. Bald benutzte die Nazi-propaganda diese Opfer der Kommunisten, um das Volk gegen die jüdische Bevölkerung Lettlands aufzubringen.

Der größte Teil der im Hof des Rigaer Zentralgefängnisses gefundenen Opfer wurde auf den Waldfriedhof umgebettet. Auf der Grabstelle errichtete man weiße Kreuze zur Erinnerung, die während der erneuten sowjetischen Besetzung nach dem Krieg entfernt wurden, gleichzeitig setzte man an dieser Stelle andere Verstorbene bei. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurde die Grabstelle als Gedenkort gestaltet, erneut mit weißen Kreuzen bestückt und mit den Namen aller bekannten Opfer des NKWD versehen.



Die Karte zeigt GULAG-Lager, in denen Bürger Lettlands während der Stalinzeit eingesperrt waren. Sie entspricht nahezu einer vollständigen Karte, der über die gesamte UdSSR verstreuten GULAG-Lager. Die während der Massendeportation 1941 verhafteten Familienoberhäupter kamen zumeist nach Norilsk und in Lager im Ural.



Das Gefängnis von Astrachan in Rußland, wo viele politische Gefangene aus Lettland hingerichtet wurden.



Aus einem Deportationswaggon geworfenes – aus der Bibliothek des Rigaer Zentralgefängnisses stammendes – Buch, in dem die unbedruckten Stellen mit Briefen mehrerer politischer Häftlinge an ihre Angehörigen beschrieben sind.

**ARTIKEL NR. 58 DES STRAFGESETZBUCHES DER RUSSISCHEN FÖDERATIVEN SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIK**

Ein Sonderteil des ersten Abschnitts unter dem Titel „Staatsverbrechen“ benannte „konterrevolutionäre Straftaten.“ Dazu zählten direkte Vergehen gegen die Sowjetmacht wie Heimatverrat, bewaffneter Aufruhr, Terrorakte, Diversion (Sabotage gegen den Staat), Spionage, Sabotage (hier: bewußte Nichterfüllung bestimmter Pflichten), Schädigung des staatlichen Wirtschaftssystems. Einbezogen waren aber auch „Vergehen“, die in demokratischen Staaten mit den elementaren menschlichen Grundrechten zu tun haben: die persönliche Meinungsäußerung, wenn sie im Widerspruch zur offiziellen Sicht steht; Beziehungen in kapitalistische Staaten ebenso wie die „Nichtmeldung“

antisowjetischer Aktivitäten.

Artikel 58 war der unter den Sowjets am häufigsten angewandte Paragraph des Strafgesetzbuches, wenn es um politische Anklagen und Urteile gegen die Bevölkerung Lettlands ging. Bei der Auslegung des Artikels waren den Organen der Sowjetmacht kaum Grenzen gesetzt. So konnten selbst volljährige Familienangehörige von Angeklagten belangt werden. Die Anschuldigungen hatten rückwirkenden Charakter – sie bezogen sich auch auf in die Zeit des unabhängigen lettischen Staates fallende oder noch länger zurückliegende „Vergehen.“

Vom juristischen Standpunkt her wurden im Falle des besetzten Lettland Bestimmungen des Strafgesetzbuch eines fremden Staates auf die Bevölkerung angewandt, um ihnen „Vergehen“ anzulasten, die zeitlich vor der Besetzung und der Einführung des Gesetzes unter Besatzungsbedingungen lagen



**Auszug aus einem Gerichtsurteil: Jelena Gerasimowa wird von der Lettischen SSR nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen SFSR zu 25 Jahren Haft verurteilt.**



**Die politische Gefangene Jelena Gerasimowa (erste Reihe, erste von links) mit Schicksalsgenossinnen im Jahr 1956.**

**DEPORTATIONS- UND UMSIEDLUNGSPOLITIK**

Bereits seit dem 16. Jahrhundert war es im zaristischen russischen Reich üblich, sich Verbrechern, unliebsamer politischer Gegner oder unterjochter Völker durch Verbannung nach Sibirien zu entledigen. Unter Stalin wurden die Deportationen als alltägliche Form des Terrors zu einem unmittelbaren Vollzugsinstrument der totalitären Macht. Dieser Terror richtete sich zum Teil willkürlich in großem Maßstab gegen all jene, die als Gegner des Regimes oder als „Klassenfeinde“ gebrandmarkt waren, eingeschlossen Parteimitglieder, Künstler, Wissenschaftler, Schriftsteller, Unternehmer.

Die Deportation ganzer Völker und sozialer Gruppen nach Sibirien und andere ausgedehnte Landesteile war kennzeichnend für das Stalinregime. So hatte man sich Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre der sogenannten „Kulaken“ (Großbauern) entledigt, die sich gegen den Eintritt in die Kolchosen gestäubt hatten und die in den vom Regime inszenierten Hungerkatastrophen in Weißrußland und der Ukraine am Leben

geblieben waren. In der Zeit des „großen Terrors“ in den dreißiger Jahren wurden alte bolschewistische Parteikader – Weggefährten Lenins – wie auch Angehörige von Nachbarvölkern Rußlands, die auf russischem Staatsgebiet lebten, so auch Letten, und als nicht loyal eingestuft wurden, als „Verräter“ ermordet oder deportiert. Von 200.000 vor dem Krieg in Rußland lebenden Letten wurden 70.000 verhaftet und etwa 14.000 erschossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ließ Stalin viele Einwohner aus Gebieten, die während des Krieges unter deutscher Besetzung gestanden hatten, wegen vermeintlicher Kollaboration mit dem Feind deportieren. Auf diese Weise haben die Tschetschenen ihre Heimat verloren. Ähnlich erging es den Tschetschenen, denen man vorwarf, auf die Deutschen gewartet zu haben.

Auch die Politik des Hitlerregimes sah langfristig eine Bevölkerungsverschiebung vor. In den Anfangsjahren des Naziregimes gab es Planspiele, alle Juden nach Madagaskar zwangsumzusiedeln. Himmlers Pläne für das Baltikum im *Generalplan Ost* sah die Umsiedlung der „minderwertigen“ baltischen Völker nach Osten vor, um die Germanisierung und Kolonisierung des Ostlandes zu fördern.



Die Karte zeigt die Verbannungsorte, in denen zunächst die während der Massendeportationen 1941 und 1949 Verschleppten angesiedelt wurden. Später wurden die Ansiedlungsorte häufig gewechselt und auch aus den Lagern Entlassene in entlegenen Regionen der UdSSR angesiedelt.

*Sie kamen in der dunkelsten Stunde der Nacht.  
 Sie rissen uns aus unseren Betten,  
 aus unseren Häusern, aus unserem Land.  
 Sie rissen uns auseinander – die Männer  
 von den Frauen und Kindern.  
 Sie trieben uns in verwitterte Viehwaggons.  
 Sie gaben uns weder Nahrung noch Wasser.  
 Sie führten uns einem lebendigen Tod entgegen...*

*Glücklich war das Kind, der Alte, der Kranke,  
 der bald starb und am Rande des Weges blieb;  
 wir, die am Leben blieben, waren zum langsamen Sterben  
 auf den Stacheldrahtinseln des Gulag verurteilt.*

*Wir waren keine Menschen mehr, wir wurden zu Nummern;  
 ohne Brot und ohne Rast wurden wir zur Arbeit getrieben;  
 Hunger und Tod begleiteten uns;  
 auf der gefrorenen Tundra häuften sich unsere Knochen.*

*Nur wenige konnten nach vielen Jahren  
 nach Hause – das keines mehr war.  
 Nur einzelne kamen zurück – gebrochen oder als Heilige,  
 die lebendig durch die Hölle gegangen waren.*

Valters Nollendorfs 1993 nach den Erinnerungen eines Deportierten.



# DIE OKKUPATION DURCH DAS NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND

# 1941–1945

Hitlers Wehrmacht überfällt die Sowjetunion • Erleichterung und rasche Ernüchterung in Lettland • Die Deutschen übernehmen die Macht • Der Holocaust im deutsch besetzten Lettland • Die deutsche Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland • Lettlands Wirtschaft im Dienste Großdeutschlands • Nationalsozialistische Pläne für das Baltikum • Germanisierungs- und Koloniesierungspolitik • Die ohnmächtige „Landesselbstverwaltung“ • Bewußtwerden der Opfer der Kommunisten und Wohlfahrtspflege • Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst • Letten im deutschen Militärdienst • Letten in der Roten Armee • Der nationale Widerstand • Vergebliches Vertrauen auf Hilfe aus dem Westen • Die Bevölkerung Lettlands auf der Flucht durch das eigene Land und in die Ferne • Verheerendes Kriegsende für Lettland

**12.07.1941** Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Großbritannien. • **14.08.1941** Abschluß der Atlantik-Charta über die Kriegsziele und die Nachkriegspolitik. • **05.12.1941** Deutsche Niederlage vor Moskau. • **07.12.1941** Japanischer Überfall auf Pearl Harbor; Kriegserklärung der USA und Großbritanniens an Japan am Folgetag. • **11.12.1941** Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg. • **28.03.1942** Mit der Zerstörung des Zentrums von Lübeck beginnt die britische Luftwaffe Flächenbombardements deutscher Städte. • **13.09.1942** Beginn der monatelangen Kämpfe um Stalingrad, die mit der Vernichtung und Kapitulation der eingeschlossenen deutschen Armee enden. • **13.04.1943** Deutschland verkündet das Auffinden eines Massengrabs mit rund 4.000 durch die Sowjets hingerichteten polnischen Offizieren und Soldaten in den Wäldern von Katyn nahe Smolensk. • **19.04.1943** Aufstand im Warschauer Ghetto. • **05.–12.07.1943** Scheitern der deutschen Offensive in der Großschlacht bei Kursk. • **10.07.1943** Landung der Alliierten auf Sizilien. • **28.11.1943** Beginn der Konferenz der „Großen Drei“ in Teheran, auf der Roosevelt und Churchill Stalin in der baltischen Frage nachgeben. • **06.06.1944** Mit der größten Landungsoperation der Geschichte eröffnen die Alliierten in der Normandie eine zweite Front gegen Nazideutschland. • **13.06.1944** Deutschland beginnt mit dem Abschub von V1- und V2-Raketen auf Großbritannien. • **23.06.1944** Anfang einer breiten sowjetischen Sommeroffensive – „Operation Bagration.“ • **20.07.1944** Gescheiterter Attentatsversuch militärischer Führungskreise gegen Hitler. • **01.08.1944** Beginn des Warschauer Aufstands. • **24.08.1944** Die Westalliierten befreien Paris. • **12.01.1945** Anfang der sowjetischen Großoffensive in Polen. • **04.02.1945** Beginn der Konferenz von Jalta, auf der die Westalliierten die Vorherrschaft der UdSSR in Osteuropa anerkennen. • **13.02.1945** Zerstörung Dresdens durch alliierte Luftangriffe. • **12.04.1945** Tod von Franklin D. Roosevelt; Harry S Truman übernimmt das Amt des US-Präsidenten. • **25.04.1945** Beginn der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen (UNO) in San Francisco. • **30.04.1945** Selbstmord Hitlers in Berlin. • **07./08.05.1945** Kapitulation Nazideutschlands, unterzeichnet durch die Generäle Alfred Jodl und Wilhelm Keitel.



Deutsche Eroberungen und administrative Gliederung Osteuropas im Zweiten Weltkrieg.



Vormarsch der deutschen Wehrmacht auf lettisches Territorium 22.06.–07.07.1941.

## DAS ENDE DER FREUNDSCHAFT: HITLERS WEHRMACHT ÜBERFÄLLT DIE SOWJETUNION

**Der Überfall des nationalsozialistischen Deutschland am 22. Juni 1941 überraschte die Rote Armee in ihren Offensivstellungen, völlig unvorbereitet für einen Verteidigungskampf. Zügig rückte die deutsche Wehrmacht auf Lettland vor und marschierte schon am 1. Juli in Riga ein. Eine Woche später befand sich das ganze Land in ihrer Hand.**

Die von deutschen Truppen eingekreiste Hafenstadt Liepāja (Libau) und die Umgebung Rigas waren am heftigsten umkämpft. Während der Kampfhandlungen brannte der hölzerne Turm der St. Petrikirche in Riga nieder wie auch ein beträchtlicher Teil der historischen Gebäude in der Altstadt. Dennoch richteten die Kampfhandlungen im Jahr 1941 in Lettland verhältnismäßig wenig Schaden an.

Der Rückzug der Roten Armee ging unorganisiert vonstatten. Ihre Einheiten sowie wiederaufgestellte Arbeitergarden und speziell gebildete „Vernichter“-Bataillone erhielten den Befehl, in den evakuierten Gebieten alles wertvolle Material zu vernichten und sich unnachtsichtig gegen „deutsche Spione und andere feindliche Elemente“ zu wenden.

Die Sowjetbehörden riegelten die Grenze zu Rußland ab, was vielen insbesondere jüdischen Flüchtlingen, die nach dem Kriegsausbruch 1939 in Lettland Zuflucht gefunden hatten, die Ausreise nach Rußland unmöglich machte und sie dem sicheren Tod preisgab.

Letten bildeten im Rahmen ihrer Möglichkeiten bewaffnete Gruppen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, zum Schutz von Eigentum und um versprengte Rotarmisten und zurückgebliebene ehemalige kommunistische Funktionäre festzunehmen.



Gefallener Rotarmist auf den Ketten eines zerstörten Panzers zwischen Riga und Jelgava (Mitau), 30. Juni 1941.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 10

Zum deutschen Überfall schreibt die *Geschichte der Lettischen SSR*: „Am Morgen des 22. Juni 1941 fiel das faschistische Deutschland unter größtlicher Verletzung des am 26. August 1939 [so im Original: am 26. und nicht am 23. August] geschlossenen Nichtangriffsvertrages ohne Kriegserklärung in sowjetisches Territorium ein. [...] Die Sowjetunion verfügte am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges über ein hohes wirtschaftliches und moralisches Potential. Keine andere Armee konnte auf ein so gefestigtes und organisiertes Hinterland bauen wie die Rote Armee. [...] Ihr stand alles zur Verfügung, um dem Gegner den vernichtenden Schlag versetzen zu können. Man hätte nur die Streitkräfte in Kampfbereitschaft bringen und überlegt aufstellen müssen. Doch entsprechende Maßnahmen wurden nicht rechtzeitig eingeleitet, obwohl dem Oberkommando der Roten Armee Informationen über deutsche Truppenkonzentrationen entlang der Grenzen zur Sowjetunion vorlagen. Eine der Ursachen dafür, daß es dazu kommen konnte, waren die Fehleinschätzungen des sowjetischen Führers J. Stalin. [...] Im Kampf gegen Nazideutschland wurde das Sowjetvolk von der Kommunistischen Partei geführt und organisiert.“ (Band 2, S. 173–174)



Zerstörter sowjetischer Munitionszug am Bahnhof von Cena (zwischen Riga und Mitau).

## MEIN FEIND ALS MEIN BEFREIER: ERLEICHTERUNG UND RASCHE ERNÜCHTERUNG IN LETTLAND

Der eben erst erlebte kommunistische Terror hatte dazu geführt, daß ein großer Teil der Bevölkerung Lettlands die deutschen Soldaten – die Kriegsgegner des Ersten Weltkrieges – als Befreier begrüßte. Man hoffte, die Unabhängigkeit Lettlands wiederherstellen zu können. Doch die nationalsozialistische Politik bewies das Gegenteil – ein der Unabhängigkeit Lettlands feindlich gesonnenes System war einfach durch ein anderes abgelöst worden.

Die Menschen in Riga zeigten am 1. Juli ihre Begeisterung: Sie versammelten sich am Freiheitsdenkmal und gingen mit Blumen und lettischen Fahnen auf die Straßen. Die Nazi-propaganda scheute sich nicht, den Haß auf das kommunistische System und die patriotischen Gefühle für ihre ideologischen Zwecke auszunutzen und gezielt zu lenken. Sie kehrte die „Befreier“-Rolle der Deutschen heraus, obwohl die Nazis Lettland eben noch an die Sowjetunion verschachert hatten.

Die Stimmung kippte recht schnell, als die reale Politik der Nazis offensichtlich wurde. Das nationalsozialistische Deutschland schickte sich nicht an, die Staatlichkeit Lettlands wiederherzustellen oder den Letten zu erlauben, selbst eine Regierung zu bilden. Lettland wurde als besetztes



Deutsche Soldaten marschieren am 1. Juli 1941 in Riga ein.

Territorium der UdSSR betrachtet und in das neugeschaffene Verwaltungsgebilde namens Ostland eingegliedert. Die Verwendung nationaler Symbole wurde verboten und Patriotismusbekundungen unterdrückt.

Die später in geringem Umfang gemachten Zugeständnisse der Nazis, besonders ab dem Jahr 1943, darunter die nun erlaubte Verwendung lettischer Symbole, war durch Ideologie- und Zieländerungen bestimmt und eine von der Kriegslage diktierte Notwendigkeit. Vor allem die Angst vor einer Rückkehr der Sowjetmacht als dem größeren Übel führte am Ende der deutschen Besatzungszeit zu einer Vermeidung lautstarker Unmutsbekundungen von lettischer Seite.



Am Rigaer Freiheitsdenkmal während des Wechsels der Okkupationsmächte.

## MODIFIZIERUNG DES HISTORISCHEN BEWUSSTSEINS IN LETTLAND

Fotos, auf denen Letten in den Straßen von Riga deutsche Wehrmachtssoldaten freudig begrüßen, sind mit dem bis dahin in Lettland herrschenden Geschichtsbild und dem historischen Bewußtsein der Letten unvereinbar. Erklären läßt sich dies nur mit dem kurz zuvor erlebten sowjetischen Terror, der Mitte Juni 1941 seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Im historischen Bewußtsein der Letten wurden die Deutschen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts als Eroberer und Herren betrachtet. Die Literatur und das Geschichtsbild waren geprägt von der Vorstellung der vor 700 Jahren ins Land gekommenen deutschen Eroberer, die die Letten seitdem in Knechtschaft hielten. In der Revolution von 1905 entlud sich dieses aufgestaute Bewußtsein, als lettische Revolutionäre Hunderte deutscher Herrenhäuser in Brand steckten und die Gutsherren vertrieben. Als Truppen des kaiserlichen Deutschland 1915 im Ersten Weltkrieg in Kurland einrückten und Riga bedrängten, begaben sich Hunderttausende Letten auf die Flucht oder wurden ins Innere Rußlands evakuiert. Innerhalb der russischen Armee wurden lettische nationale Schützenbataillone, später – Regimenter, gegründet. Sie spielten bei der Verteidigung Rigas bis 1917 eine entscheidende Rolle.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Unabhängigkeitserklärung Lettlands am 18. November 1918 war die Sicherheitslage instabil. Wegen des drohenden Einrückens der Bolschewiki in Lettland, der komplizierten militärischen Lage und auf Anraten der Westmächte des Ersten Weltkrieges war die winzige, schlecht bewaffnete Armee des unabhängigen lettischen Staates anfangs zur Kooperation mit den bei Kriegsende in Lettland verbliebenen deutschen Truppen sowie mit der von Deutschbalten gebildeten Baltischen Landwehr gezwungen. Als diese aber im Sommer 1919 mit dem Vorrücken gen Nordlettland und Estland ihre wahren imperialen Absichten offenbarten, wandten sich Einheiten des unabhängigen lettischen Staates im Zusammenspiel

mit estnischen Verbänden gegen die deutschen Freikorps und drängte sie bis Ende des Jahres aus dem Lande. Im historischen Bewußtsein blieben die Deutschen bis zur Okkupation durch die Sowjets im Jahre 1940 der Erzfeind der Letten.

Die Freiheitskämpfe Lettlands fanden vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs zweier Imperien statt – Deutschlands und Rußlands. An ihrem Ausgang hatte nicht zuletzt die Unterstützung der Westmächte des Ersten Weltkrieges, insbesondere Großbritanniens und der USA, entscheidenden Anteil. Diese Ereignisse prägten zwischen beiden Weltkriegen in großem Maße die Politik des lettischen Staates und das Geschichtsbild seiner Bevölkerung. Lettland hoffte darauf, Dank internationaler Abkommen, der Existenz des Völkerbundes und im Vertrauen auf Unterstützung durch die Westmächte, seine Unabhängigkeit sichern und bewahren zu können.

Diese Hoffnungen wurden zunichte gemacht durch die zynische Politik der beiden totalitären Regime sowie die Machtlosigkeit der westlichen Demokratien, die das Baltikum und andere osteuropäische Staaten ihrem Schicksal und den für ihre Unabhängigkeit fatalen Großmächten überließen. Die Bevölkerung Lettlands war all ihrer souveränen Entscheidungsrechte beraubt – die einzige Alternative war die mehr oder weniger freiwillige bzw. aufgezwungene, die bewußte bzw. von den Umständen diktierte Kollaboration mit dem einen oder dem anderen Übel oder aber Widerstand, was allerdings unter den Besatzungsbedingungen einem Selbstmord gleichkam. Das historische Bewußtsein des bewaffneten und gewaltlosen Widerstandes sowohl gegen die nationalsozialistische wie gegen die sowjetische Besatzungsmacht stärkte den Glauben an die Wiederherstellung des unabhängigen lettischen Staates und das feste Vertrauen auf Unterstützung aus dem Westen. Vielen Einwohnern Lettlands blieb die deutsche Besatzungszeit deshalb eher in positiver Erinnerung, weil die Nationalsozialisten nicht alle ihre Pläne realisieren konnten, und es schien wie eine Atempause zwischen der bereits erlebten ersten und der bevorstehenden weitaus längeren zweiten Okkupation durch die Sowjets.



Zeichnung des deutschen Soldaten Martin Lünstroth: „Die mit Fahnen geschmückte Märstaļu iela in Riga am 1. Juli 1941.“

## „BESETZTES TERRITORIUM DER UDSSR“: DIE DEUTSCHEN ÜBERNEHMEN DIE MACHT

Die nationalsozialistische deutsche Besatzungsmacht betrachtete Lettland als besetztes sowjetisches Territorium. Unverzüglich wurde eine Militärverwaltung eingesetzt, die bald schon durch zivile Verwaltungsbehörden abgelöst wurde. Ebenso begannen deutsche Sicherheits- und Geheimdienststellen aktiv zu werden, um mit allen Mitteln die Zielsetzungen der Nazipolitik in die Tat umzusetzen. Bestrebungen nach Gründung von unabhängigen Regierungsinstitutionen und Militäreinheiten wurden verboten, statt dessen wurden Letten zur Realisierung der Nazipolitik herangezogen.

In den Städten und Gemeinden Lettlands wurde ein Netz aus Dienststellen der deutschen Wehrmacht und des Sicherheitsdienstes (SD) aufgebaut. Ihnen oblag die Kontrolle der lettischen kommunalen Verwaltungs- und polizeilichen Ordnungsbehörden. Als im September 1941 die deutsche Militärverwaltung durch eine deutsche Zivilverwaltung abgelöst wurde, blieb das Netz des Sicherheitsdienstes, dem Polizei, Haftanstalten und Konzentrationslager zugeordnet waren, weiter bestehen. Der SD richtete sich gemäß der nationalsozialistischen Rassenpolitik vor allem gegen die jüdische Bevölkerung sowie gegen Kommunisten und ihre Sympathisanten, national gesinnte und gegen die Nazipolitik opponierende oder Widerstand leistende Letten.



Eine lettische Selbstschutzeinheit im Sommer 1941.

Nekavējoties uzņemiet sakarus ar vācu kaŗaspēka vienībām un iestādēm.  
Glābiet latviešu dzīvības un mantu no noklaidušām boļševiku bandām.

**Gādājiet par savas apkārtnes drošību.** Apsargājiet dzelzceļus, tiltus un svarīgus saimnieciskus objektus no krievu un boļševiku bandu postījumiem.

Pašaizsardzības grupu dalībniekiem tērpties latvju kaŗavīru, aizsargu, policistu vai mazpulku formās, ar aproci nacionālās krāsās uz kreisās rokas. Aproces numurēt un apzīmogot ar vācu komandantūras, pagasta vai pilsētas valdes zīmogu. Ja nav formas — pietiek ar aproci.

Saziņā ar vācu armijas vadību  
Pašaizsardzības vienību priekšnieks

# Rīkojums

Stabspulķveža  
Rīgā, 1941. g. 8. jūlijā

Uz Virspavēlnieka norādījuma pamata aizliedzu valkāt jebkādas latvešu militārās formas jebkuŗai dienesta pakāpei bijušā latviešu armijā un aizsargu organizācijā. Aizliegums attiecas arī uz latviešu policijas palīgdieneista dalībniekiem un pašaisardzības spēkiem.

Rīkojums stājas spēkā nekavējoties.

Rīgā, 1941. g. 11. jūlijā.

Kaŗa lauka komandants  
**PETERSENS**  
Pulķvedis un komandants.

**Aufruf des Chefs des Lettischen Selbstschutzes, Oberst Plesners, und seines Stabschefs Deglavs am 8. Juli 1941“ in Abstimmung mit der deutschen Armeeführung“ Selbstschutzeinheiten zu bilden und lettische Uniformen mit Armbinden in den lettischen Nationalfarben zu tragen. Verbot, lettische Uniformen zu tragen, erlassen vom deutschen Feldkommandanten Petersen am 11. Juli 1941.**

Aufgrund des zügigen deutschen Vormarsches konnten sich eigenständige Partisanengruppen als Kern einer militärischen Kraft des unabhängigen Lettland fast nur in Zentral- und Nordlettland herausbilden. Auf deutschen Befehl wurden sie unverzüglich entwaffnet. An ihrer Stelle wurden von den Deutschen kontrollierte und deutschen Dienststellen unterstellte, aber von Letten geführte „Selbstschutzeinheiten“ gebildet. Sie rekrutierten sich vor allem aus ehemaligen *Aizsargi* (Selbstschutzmitgliedern), Polizisten und Angehörigen der lettischen Streitkräfte. Das Tragen von lettischen Uniformen war ihnen untersagt.

Die Selbstschutzgruppen hatten nicht nur Polizeiaufgaben wahrzunehmen, sondern wurden auch zur Durchführung der ersten wichtigen Aufgaben der nationalsozialistischen Besatzungspolitik herangezogen – Verhaftung und Liquidierung von zurückgebliebenen Funktionsträgern der kommunistischen Machthaber. Sie hatten nach Bedarf auch an von den Nazis organisierten und von Einsatzgruppen des SD geführten Vernichtungsaktionen jüdischer Einwohner teilzunehmen.

Bisher konnte die Zahl der unter deutscher Besatzung ermordeten Kommunisten und ihrer Helfer nicht genau ermittelt werden. Allein ihre Zahl dürfte sich auf mehrere Tausend belaufen. Die Selbstschutzeinheiten wurden nach einigen Monaten entwaffnet und aufgelöst. Statt dessen stellte die Besatzungsmacht ihr unterstellte polizeiähnliche „Schutzmannschaften“ zusammen, die nicht nur für Ordnung und Sicherheit im Land sorgen sollten, sondern auch gegen sowjetische Partisanen sowie an der Front eingesetzt wurden.

Angesichts des gerade erst überstandenen sowjetischen Terrors waren viele bereit, gegen den Kommunismus als das momentan größere Übel zu kämpfen. Deshalb meldeten sich zunächst Freiwillige für diese Einheiten für eine angeblich begrenzte Dienstzeit. Diese wurde jedoch später willkürlich verlängert, und mit der bloßen Freiwilligkeit war es bald vorbei. Neurekrutierungen fanden unter direktem oder indirektem Druck statt: angefangen mit Soldversprechen, über Anordnungen und letztendlich durch Einberufungen unter Androhung von Kriegsgericht.

## DIE MÖRDER VERSCHLEIERN IHR VERBRECHEN: DER HOLOCAUST IM DEUTSCH BESETZTEN LETTLAND

**Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis im eroberten Lettland war zielgerichtet vorbereitet, eilig durchgeführt und von äußerster Brutalität geprägt – und wandte sich gegen einen alteingesessenen Teil der Bevölkerung Lettlands und seiner Bürger allein wegen ihrer Herkunft. Die Vernichtungsaktionen begannen gleich nach dem Vorstoß der deutschen Truppen auf lettisches Gebiet. Innerhalb eines halben Jahres fand der größte Massenmord auf lettischem Territorium statt.**

Im Baltikum wurde die von der deutschen Wehrmacht unterstützte Vernichtung der jüdischen Bevölkerung von der Einsatzgruppe A des SD unter Leitung von SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, Walter Stachlecker, organisiert und geleitet. Drei Kommandos der Einsatzgruppe folgten der deutschen Heeresgruppe Nord. Im November 1941

übernahm der „Höhere SS- und Polizeiführer Nordrußland und Ostland“, Friedrich Jeckeln, die Befehlsgewalt.

Der Holocaust wurde von den Nationalsozialisten organisiert, doch schrieb man ihn zynisch spontanen Affekthandlungen der einheimischen Bevölkerung ohne Beteiligung Deutscher zu und schuf damit einen Mythos. Auf Befehl wurden Einheimische gezielt bei der Verfolgung und Ermordung jüdischer Einwohner gefilmt und fotografiert. Nach Berichten des SD zerstreuten sich anfängliche Hoffnungen auf spontane Pogrome in Lettland recht bald. Zur Verbreitung des Mythos vom Holocaust in Lettland ohne deutsche Beteiligung trug nach dem Krieg die Propaganda des NKWD bei.

Die Vernichtung der jüdischen Bürger Lettlands fand organisiert unter Leitung des deutschen Sicherheitsdienstes statt. Dabei wurden auf verbrecherische Weise lettische Bürger einbezogen, indem man sie zu öffentlich sichtbaren, in den vordersten Reihen stehenden Erfüllungsgehilfen der Nazis machte. Zu diesem Zweck wurden mehrere lettische Hilfspolizeieinheiten innerhalb des SD gebildet, von denen das Kommando von Viktors Arājs am längsten bestand. Zu den Massenerschießungen jüdischer Einwohner wurden

### SS – SD – GESTAPO

**SS** („Schutzstaffel“) – Eine Gliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die 1925 zum Schutz Hitlers und der höheren Parteifunktionäre geschaffen wurde und seit 1929 dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, unterstand. Als reinste Verkörperung der NS-Weltanschauung beanspruchte sie für sich, aus ausschließlich „rassenreinen“ Deutschen die nationalsozialistische Elite zu bilden.

**SD** („Sicherheitsdienst“) – Nachrichtendienst der NSDAP, der gegen politische Gegner und Parteioppositionäre eingesetzt wurde. Seit 1939 arbeitete der SD im Reichssicherheitshauptamt

zusammen mit der Gestapo („Geheime Staatspolizei“). SS und SD waren in den besetzten Ländern Osteuropas verantwortlich für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.

**Gestapo** („Geheime Staatspolizei“) – Die politische Polizei war ein Instrument der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und in den von deutschen Truppen besetzten Ländern. Sie wurde dort zum Inbegriff nationalsozialistischer Unterdrückungsmethoden (Folterungen, Einweisung in Konzentrationslager, Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren). Nach dem Krieg wurden SS, SD und Gestapo in den Nürnberger Prozessen zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

### DAS KONZENTRATIONSLAGER SALASPILS (KURTENHOF)

Im Jahr 1942 wurde in Salaspils bei Riga ein Konzentrationslager für politische Gefangene und straffällig gewordene Personen eingerichtet. Es lief unter der offiziellen Bezeichnung „Erweitertes Polizeigefängnis und Arbeitserziehungslager“. Zum Aufbau des Lagers wurden Juden eingesetzt, die die Vernichtungsaktionen des Rigaer Ghettos Ende 1941 überlebt hatten. Später zählten zu den Häftlingen und Opfern des Lagers überwiegend Menschen aus Lettland und anderen Ländern des von den Nazis gebildeten Reichskommissariats Ostland sowie aus Rußland: straffällig gewordene Zivilisten, Deserteure, Kommunistenunterstützer, Angehörige der nationalen Widerstandsbewegung sowie im Rahmen der sogenannten „Banden-“ bzw. Partisanenbekämpfung verschleppte Zivilisten und Kinder. Das Lager war geprägt von schwerster Zwangsarbeit und hatte später die Funktion eines Durchgangslagers. Die Gesamtzahl der Häftlinge, die in der Zeit seines Bestehens das Lager durchlaufen haben, wird auf etwa 12.000 geschätzt. Etwa 2.000 Menschen sind hier vor allem durch Krankheiten, Schwerstarbeit sowie unmenschliche Behandlung und Strafen umgekommen.

Die sowjetischen Machthaber stilisierten Salaspils später zu einem „Massenvernichtungs- und Todeslager“ mit Opferzahlen von mindestens 53.000 bis 100.000. Dies hatte ideologisch-politische Gründe, sollte doch mit der Dämonisierung der Nazis versucht werden, die Aufmerksamkeit von den eigenen



**Das Konzentrationslager Salaspils (Kurtenhof) nach seiner Niederbrennung im Herbst 1944.**

Verbrechen abzulenken und die Legitimität der Sowjets als Befreier hervorzuheben sowie die im westlichen Exil lebenden Letten als Nazikollaborateure zu verunglimpfen. Am Ort des Konzentrationslagers wurde im Jahr 1967 die Gedenkstätte Salaspils eröffnet, die in keinem Besuchsprogramm ausländischer Touristen in Sowjetlettland fehlen durfte.

Unweit des Konzentrationslagers Salaspils waren sowjetische Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen unter freiem Himmel eingepfercht. Hier und an anderen Orten in Lettland kamen Zehntausende in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene Angehörige der Roten Armee um.

nach Möglichkeit auch Angehörige des Selbstschutzes und ortsansässige Polizisten herangezogen.

Eine eigens aus Deutschland herangeschaffte spezielle Propagandatruppe versuchte schon in den ersten Tagen der deutschen Besatzung mit nationalsozialistischen rassistischen Hetzkampagnen und entmenslichter Propaganda – durch Plakate, Ausstellungen, Broschüren, Presseartikel – die Judenvernichtung zu erklären. In den Zeitungen veröffentlichte man Bilder der Leichen von exhumierten NKWD-Opfern und bezichtigte „den jüdischen Bolschewismus“ dieser Gewalttaten. Die Juden wurden gänzlich von der Gesellschaft ausgeschlossen, entrechtet und erniedrigt. Sie mußten den Davidsstern tragen, durften Bürgersteige nicht benutzen, öffentliche Plätze und Geschäfte nicht betreten; Juden wurden zur Trümmerräumung und zur Exhumierung kommunistischer Opfer und zu anderen Arbeiten eingesetzt.

Erste Judenvernichtungsaktionen gab es bereits von Juli bis September 1941, vor allem in Riga, Daugavpils (Dünaburg), Liepāja (Libau) und vielen Kleinstädten. Für die Rigaer Juden, die noch am Leben waren, wurde im September in der Moskauer Vorstadt ein eingezäuntes bewachtes Ghetto gebildet. Nach dem Eintreffen von Jeckeln in Lettland nahm man die Massenerschießungen von Juden wieder auf. In zwei nächtlichen Aktionen, am 30. November und am 8. Dezember 1941, wurden unter seiner persönlichen Führung etwa 25.000 Menschen aus dem Rigaer Ghetto ins unweit der Stadt gelegene Rumbula gebracht und

erschossen. Zwischen dem 15. und 17. Dezember wurden etwa 2.500 Juden aus Liepāja (Libau) ermordet. Damit war bereits einen Monat vor der berühmten Wannsee-Konferenz, auf der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, die jüdische Bevölkerung Lettlands nahezu vollständig ausgelöscht. Rund 70.000 Menschen waren ihr zum Opfer gefallen.

Darüber hinaus wurden etwa 25.000 Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach Lettland verschleppt, von denen sicher 20.000 hier umgebracht wurden. 1943 wurde das Rigaer Ghetto geschlossen und die übriggebliebenen arbeitsfähigen Menschen in Konzentrationslager, insbesondere „Kaiserwald“ bei Riga und Dundaga in Kurland (Westlettland), gebracht. Die noch lebenden Häftlinge wurden 1944 nach Deutschland verschleppt.

Die plötzliche, umfangreiche und unerhörte Verfolgung und Ermordung der Juden weckte bei vielen Menschen Mitleid, das von offiziellen Instanzen und in der Presse verurteilt wurde. Über 400 Juden wurden von lettischen Mitbürgern gerettet. Mehrere Helfer wurden, weil sie Juden versteckt hatten, bestraft. Mehr als einhundert Letten erhielten von der israelischen Regierung die Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern.“

Durch den nationalsozialistischen Genozid wurde die jahrhundertelange Geschichte der jüdischen Minderheit in Lettland brutal beendet. Innerhalb weniger Jahre verlor die lettische Gesellschaft so einen weiteren historisch, kulturell, wirtschaftlich und politisch bedeutsamen Bevölkerungsteil.

## DAS „KOMMANDO ARĀJS“

Schon in den ersten Julitagen 1941 beauftragte der Befehlshaber der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD, Walter Stahlecker, den ehemaligen Leutnant der lettischen Polizei, Viktors Arājs, mit der Zusammenstellung eines dem SD unterstellten Sonderkommandos der lettischen Hilfspolizei. Dieses eignete sich gut für das Vorhaben der Nazis, Einheimische in die Vernichtungsbzw. wie es in ihrer Terminologie hieß „Selbstreinigungsaktionen“ einzubinden, während sie sich selbst möglichst unsichtbar im Hintergrund halten konnten. Das Kommando Arājs war beteiligt an inszenierten Pogromen, die mit dem Niederbrennen der großen Choralssynagoge am 4. Juli in Riga ihren Anfang nahmen, sowie an der systematischen Vernichtung von Juden und Roma zunächst in Riga und später in ganz Lettland. Nach Berechnungen des Historikers Andrievs Ezerģailis ist das Kommando Arājs für die

Ermordung von insgesamt etwa 26.000 Menschen verantwortlich, darunter etwa 2.000 Roma und geistig behinderte Menschen sowie etwa 2.000 kommunistische Aktivisten. Dem Kommando gehörten anfangs etwa 100 Freiwillige an, darunter viele, die durch die nicht lange zurückliegenden sowjetischen Repressionen Angehörige verloren hatten. Ende 1941 umfaßte die Truppe ca. 300 Mann. Im Jahr 1942, als die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Lettland bereits abgeschlossen war, stieg ihre Zahl auf nahezu 1.200. Wie Studien belegen, traten mit der Zeit viele aus Berechnung in das Kommando ein, um zum Beispiel den direkten Kriegs- oder Arbeitsdienst zu umgehen. Angehörige des Kommandos waren als Wachmannschaften im Konzentrationslager Salaspils/Kurtenhof, aber auch außerhalb Lettlands eingesetzt. In Polen, Weißrußland und der Ukraine war das Kommando Arājs an Judenvernichtungsaktionen und an der Bekämpfung sowjetischer Partisanen beteiligt.

## JUDEN UND LETTEN

Die ersten Juden sind Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts in das Gebiet des späteren Lettland eingewandert. Im Westen, im Herzogtum Kurland, ließen sich überwiegend Händler und Handwerker nieder, im Osten, im zu Polen gehörenden Lettgallen (Latgale), eher Leute, die vor Pogromen in Rußland Zuflucht gesucht hatten.

Der jüdische Historiker Leo Dribins hebt anerkennend die tolerante Haltung der lettischen Bauern gegenüber den Juden hervor. Zu vereinzelt Fällen von Antisemitismus in der lettischen Gesellschaft kam es erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Anders als in Rußland gab es in Lettland in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts keinerlei antijüdische Pogrome. Der Antisemitismus in Rußland war vor allem eine Form der Politik der Zarenregierung und nationalistischer russischer Kreise.

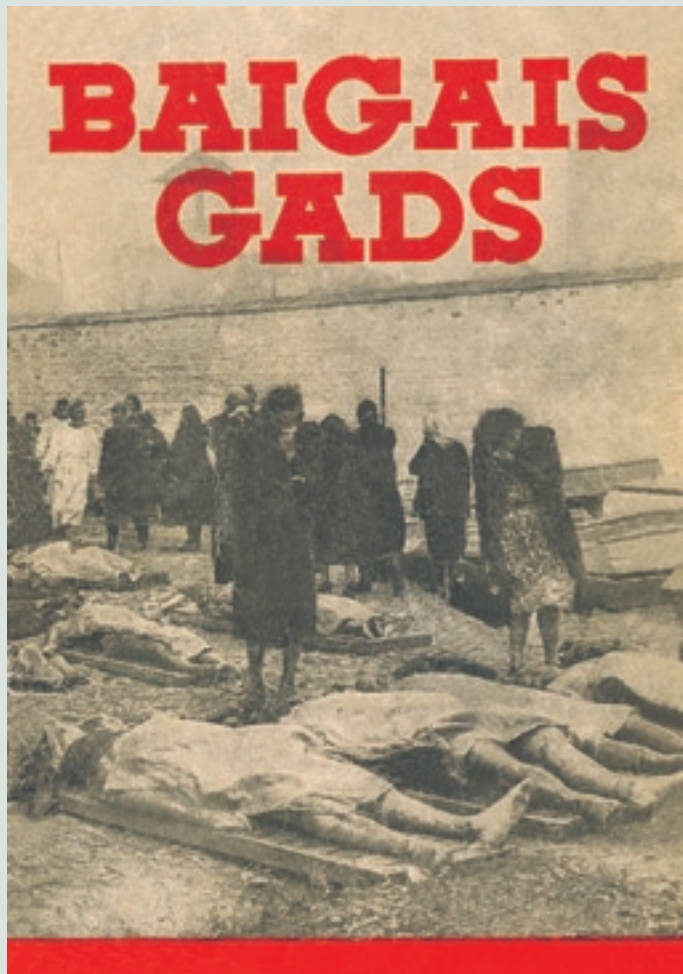
Nahezu alle in Lettland lebenden Juden verfügten über die lettische Staatsbürgerschaft. Sie genossen offiziellen Minderheitenstatus

und Kulturautonomie. Bis zum Verlust der Unabhängigkeit 1940 existierte ein breites Netz an jüdischen Bildungseinrichtungen. Die Juden waren mit eigenen Abgeordneten in der Saeima vertreten und hatten regen Anteil am Wirtschafts- und Kulturleben Lettlands. Wie andernorts in Europa kam in den zwanziger und dreißiger Jahren auch in Lettland ein sowohl wirtschaftlicher wie auch rassischer Antisemitismus auf. Mehrere Organisationen, darunter die extrem nationalistische *Pērkonkrusts* (Donnerkreuz), vertraten offen antisemitische Ansichten. Dennoch genossen die Juden in Lettland immer den Schutz des Staates, selbst unter der autoritären Alleinherrschaft von Kārlis Ulmanis. Seine Regierung schränkte gewiß die Kulturautonomie der jüdischen Gemeinde und mit der Forcierung seiner Idee eines Staatskapitalismus die wirtschaftlichen Möglichkeiten jüdischer Unternehmer ein, doch sie verbot auch zahlreiche antisemitische Hetzschriften und Organisationen, darunter die *Pērkonkrusts*. Während zahlreiche Staaten in den dreißiger Jahren ihre Tore vor ihnen verschlossen, nahm Lettland mehrere Tausend deutsche Juden auf und bürgerte sie ein.

Seitdem Lettland 1991 seine staatliche Unabhängigkeit wiedererlangte, tauchte in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussion immer wieder die Frage auf, mit welchem Namen die jüdische Bevölkerung des Landes bezeichnet werden sollte. Bis 1940 war in der Literatursprache die Bezeichnung *žīds* üblich gewesen, die im Lettischen nicht negativ belegt war und etymologisch der im Polnischen, Litauischen und anderen Sprachen verwendeten Bezeichnung entspricht. Unter der sowjetischen Besatzung 1940/41 wurde im offiziellen Sprachgebrauch bereits die russische Bezeichnung *ebrejs* verwendet. Unter den Nationalsozialisten tauchte das lettische *žīds* im Zusammenhang mit antijüdischen Hetzkampagnen auf, insbesondere in der Verbindung „jüdischer Bolschewik.“

Eben weil im russischen Wort *žīd* eine negative und diskriminierende Nebenbedeutung mitschwingt, bürgerte sich nach dem Krieg die Bezeichnung *ebrejs* in der lettischen Sprache ein. Nach der Vernichtung nahezu der gesamten jüdischen Bevölkerung Lettlands durch die Nationalsozialisten sprachen die jüdischen Zuwanderer aus anderen Sowjetrepubliken vorwiegend Russisch und bezeichneten sich wie in Rußland selbst als *ebreji*.

Ein Teil der alteingesessenen jüdischen Bevölkerung Lettlands, darunter auch Juden, sowie außerhalb Lettlands lebende Letten bestehen heute auf der alten Bezeichnung *žīds* mit dem Argument, daß das ursprüngliche lettische Wort keinerlei negative Konnotation habe. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde in Lettland lehnen diese Bezeichnung jedoch ab. In der Presse und Öffentlichkeit wie auch im Okkupationsmuseum wird die Bezeichnung *ebrejs* benutzt.



Titelblatt des Buches *Baigais gads* (Das Schreckensjahr).

Jānis Lipke, besser bekannt unter dem Namen Žanis, Hafendarbeiter in Riga, arbeitete in den ersten Kriegsmonaten mit jüdischen Zwangsarbeitern zusammen und entschloß sich, sie in einem für diesen Zweck eingerichteten Bunker in seinem Haus und später auch bei Freunden zu verstecken. Auf diese Weise hat er 53 Menschen das Leben gerettet. Das Holocaust-Museum in Jerusalem hat Lipke und seine Frau Johanna mit einer Gedenkmedaille geehrt. In der „Straße der Gerechten“ in Jerusalem wurde für Lipke ein Baum gepflanzt. In Riga ist eine Straße nach ihm benannt. An seinem Haus wurde eine Gedenktafel angebracht. Hier wird eine Gedenkstätte eingerichtet.



Vom Staat Israel ausgestellte Ehrenurkunde für Pauls Krūmiņš, der „sein Leben für die Rettung jüdischer Mitbürger riskiert hatte.“

**DAS SCHRECKENSJAHR**

Die Erschütterung und Trauer der Bevölkerung in Bezug auf die immer offensichtlicher zutage tretenden, im Jahr 1941 begangenen brutalen Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht wurde von der Propaganda der Nationalsozialisten im Dienste ihrer rassistischen Ideologie und Hetze ausgenutzt. Am deutlichsten wird dies im 1942 in lettischer und 1943 in deutscher Sprache erschienenen Buch *Das Schreckensjahr*. Darin wird der sowjetische Terror mit Hilfe von Fotos exhumierter Leichen von NKWD-Opfern gezeigt. Diese werden als Opfer der „Juden-Bolschewiken“ instrumentalisiert, um auf diese Weise die Juden als Schuldige an den kommunistischen Verbrechen hinzustellen und sie als Feinde des lettischen Volkes zu dämonisieren. Zahlreiche Fotos der Publikation sind tendenziös ausgewählt, retuschiert und kommentiert.



## ALLE MACHT DEM EROBERER: DIE DEUTSCHE ZIVILVERWALTUNG IM REICHSKOMMISSARIAT OSTLAND

Zur Verwaltung der eroberten Gebiete und ihrer optimalen Ausnutzung im Dienste der nationalsozialistischen Kriegszielpolitik und der langfristigen Kolonisierungspläne wurde die deutsche Militärverwaltung von einer nicht weniger strengen Zivilverwaltung abgelöst. Zu diesem Zweck schuf die Naziführung ein völlig neues administratives Gebilde unter der Bezeichnung Reichskommissariat Ostland, welches die Territorien der baltischen Staaten als sogenannte Generalbezirke sowie große Teile Weißrußlands einschloß. Obwohl die Verwaltungsgrenzen der Generalbezirke den Staatsgrenzen entsprachen, wurde die Verwendung der Staatsnamen Estland, Lettland und Litauen bewußt vermieden.

Mit der Schaffung einer deutschen Zivilverwaltung begannen die Nationalsozialisten, als am 17. Juli 1941 auf Befehl Hitlers das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter Reichsleiter Alfred Rosenberg ins Leben gerufen wurde. Als Reichskommissar für das Ostland war bereits der NSDAP-Funktionär Hinrich Lohse eingesetzt worden. Deutsche Staatsgesetze wurden den besetzten Gebieten angepaßt.

Lohse war ein strikter Befürworter der nationalsozialistischen Linie. Die von ihm geleitete Zivilverwaltung kontrollierte sämtliche lettischen Institutionen, darunter die sogenannte Landesselbstverwaltung, und verhinderte jegliche Ideen für eine Erneuerung der Selbstbestimmung.

Auch die wichtigen Fragen der Nazipolitik im Ostland entschied das Reichskommissariat und kam dabei zuweilen mit Himmlers SS wie mit Rosenbergs Ministerium in Konflikt, insbesondere was die Judenvernichtungsaktionen sowie den Einfluß der militärischen und zivilen Mobilisierung

## KRIEGSBEUTE: DIE WIRTSCHAFT LETTLANDS IM DIENSTE GROSSDEUTSCHLANDS

Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten in Lettland und im gesamten Baltikum wurde von den kriegswichtigen Bedürfnissen und den deutschen Kolonisierungsvorhaben bestimmt. Die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung Lettlands spielten dabei eine untergeordnete Rolle und wurden nur soweit berücksichtigt, wie es notwendig war, um sich die relative Gewogenheit der einheimischen Bevölkerung zu sichern.

Da sie Lettland als besetztes Territorium der Sowjetunion betrachteten, erklärten die Nationalsozialisten den von den Sowjets verstaatlichten Besitz von Anfang an zur Kriegsbeute. Zur ihrer Verwaltung wurde eigens eine spezielle Behörde gegründet, in deren Fond auch enteigneter jüdischer Besitz aufgenommen wurde. Größere Unternehmen oder zumindest ihre Verwaltung kamen in die Hände deutscher Firmen. Die 1943 eingeleitete teilweise Erneuerung des Rechts auf Privatbesitz diente propagandistischen Zwecken.

Große Mengen an Lebensmitteln und anderer Waren wurden nach Deutschland gebracht oder zur Versorgung des deutschen Militärs verbraucht, während der einheimischen Bevölkerung nur minimale Vorräte blieben.

Der Reichskommissar für das Ostland Hinrich Lohse mit „Reichsführer“ Adolf Hitler.



auf die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ostlandes, aber auch Fragen über eine mögliche Autonomie Lettlands betraf.

Ab dem 1. September 1941 übernahm die Zivilverwaltung nach und nach die Verwaltungsaufgaben von den Militärbehörden. Die von Lohse geführte Behörde mit Hauptsitz in Riga bestand aus vier Abteilungen: dem Zentralamt, der Politik-, der Wirtschafts- und der technischen Abteilung. Die nächste Ebene des Verwaltungsapparats im Baltikum bildeten die drei Generalbezirke in Tallinn (Reval), Riga und Kaunas (Kauen). Sie führten die Aufsicht über die deutsche und die landeseigene Verwaltung. Generalkommissar des Generalbezirks Lettland war der Nationalsozialist Otto-Heinrich Drechsler. Die unterste Verwaltungsebene in Lettland bildeten 5 Kreisgebiete mit Gebietskommissaren an der Spitze, die direkt dem Generalkommissar unterstellt waren und die örtlichen landeseigenen Verwaltungen überwachten.

Zu Beginn des Jahres 1944 arbeiteten etwa 2.000 Deutsche im zivilen Verwaltungsapparat des Reichskommissariats Ostland, hinzu kamen weitere Mitarbeiter in Weißrußland. Hitler und Rosenberg lehnten den Einsatz von Deutschbalten in der unmittelbaren politischen Führung des Reichskommissariats ab. Die zurückkehrenden Deutschbalten waren deshalb vorwiegend im Militär oder in der Wirtschaft tätig.

Anordnung	Rikojums
über die Errichtung und den Aufbau der Deutschen Gerichtsbarkeit im Ostland. Vom 6. Oktober 1941	par Vācu tiesu jurisdikcijas nodibināšanu un uzbūvi Austrumu apgabalā. 1941. g. 6. oktobrī.
Nachdem die Deutsche Wehrmacht das Ostland vom bolschewistischen Terror befreit hat, ist es nunmehr vornehmste Aufgabe der Zivilverwaltung, den Wiederaufbau des von den Bolschewisten vernichteten Rechtslebens im Ostland einzuleiten. Ich ordne daher an: § 1 (1) Im Ostland werden errichtet: am Sitz des Reichskommissars für seinen Amtsbezirk ein „Deutsches Obergericht“, am Sitz eines jeden Generalkommissars für seinen Amtsbezirk ein „Deutsches Gericht“. (2) Jedem Deutschen Gericht wird ein Sondergericht angegliedert. (3) Die bei jedem Deutschen Gericht und beim Deutschen Obergericht zu errichtende Staatsanwaltschaft nimmt die staatsanwaltschaftlichen Aufgaben wahr. (4) Der Reichskommissar kann Zweigstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften errichten und anordnen, dass Gerichtstage ausserhalb des Gerichtssitzes abgehalten werden. § 2 (1) Die Deutschen Gerichte sind zuständig: in allen Strafsachen, soweit diese nicht einem anderen Gericht zur Aburteilung zugewiesen sind; in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, wenn ein Reichsdeutscher oder deutscher Volkszugehöriger am Verfahren beteiligt ist; in allen übrigen Rechtssachen, wenn ihre Zuständigkeit durch Anordnung des Reichskommissars ausdrücklich begründet wird. (2) Das Deutsche Obergericht ist in Strafsachen und bürgerlichen Rechtssachen für die Entscheidung über die Berufungen und Beschwerden gegen die Entscheidungen der Deutschen Gerichte zuständig. (3) Die Sondergerichte sind zuständig, soweit ihre Zuständigkeit im Reich oder im Ostland ausdrücklich bestimmt ist oder wenn die Staatsanwaltschaft Anklage vor dem Sondergericht erhebt. Sie entscheiden auch im Verfahren auf Wiederaufnahme einer vor ihnen abgeschlossenen Strafsache. (4) Die Zuständigkeit der Standgerichte bleibt unberührt.	Pēc tam, kad vācu karaspēks atbrīvojis Austrumu apgabalu no bolševiku terora, Civiltās pārvaldes svarīgākais uzdevums ir ieviest atjaunošanas darbus bolševiku sagrauto tiesisko pamatu atjaunošanā Austrumu apgabalā. Šai sakarībā nosaku: 1. § Austrumu apgabalā nodibināmas: (1) Vācu virstiesā — reikškomisāra atrašanās vietā viņam pakļautā apgabala. Vācu tiesas — katra ģenerālkomisāra atrašanās vietā viņiem pakļautos amata iecirkņos. (2) Pie katras Vācu tiesas nodibināma sevišķā tiesa. (3) Prokurātūras funkcijas izpilda pie Vācu tiesām un Virstiesas nodibināmās prokurātūras. (4) Reikškomisārs var nodibināt tiesas un prokurātūras nodaļas un atļaut noturēt tiesas sēdes ārpus tiesas atrašanās vietas. 2. § (1) Vācu tiesām piekrit: visas krimināllietas, ciktāl tās nav nodotas citu tiesu izspriešanā; civillietas, ja kāds lietas dalībnieks ir valstsvaldītas vai vācu tautas piederīgs; visas pārējās tiesu lietas, ja to piekritība minētām tiesām tieši noteikta reikškomisāra rīkojumos. (2) Vācu virstiesai piekrit apellāciju un citu sūdzību izskatīšana par Vācu tiesu taislēmām spriedumiem un lēmumiem krimināl- un civillietās. (3) *Sevišķām tiesām piekrit to lietu izspriešana, kuras Vācijā vai Austrumu apgabalā ar sevišķiem likumiem vai rīkojumiem nodotas minēto tiesu izspriešanai, kā arī to lietu izspriešana, kuras prokurātūra ar apšūdzību griežas pie minētām tiesām. Tāpat Sevišķās tiesās izskir jautājumu par to krimināllietu atjaunošanu, kuras šajās tiesās nobēgtas. (4) Speciālo tiesu piekritība paliek neskartā.

Anordnung über die Einrichtung und den Aufbau einer deutschen Gerichtsbarkeit im Ostland vom 6. Oktober 1941.

Die Landwirte hatten Pflichtablieferungen zu leisten. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, wobei die Rationen in den baltischen Ländern kleiner festgesetzt waren als in Deutschland selbst und unter dem damaligen Existenzminimum lagen. Die Industrie produzierte überwiegend für Deutschland, und die Wehrmacht und versorgte die einheimische Bevölkerung nur mit einem Minimum an Konsumgütern.

Die deutsche Wirtschafts- und Geldpolitik sorgte für einen Abfluß von Waren aus Lettland, zum einen durch die Festlegung unverhältnismäßig hoher deutscher Valutakurse gegenüber der einheimischen Währung sowie das Einfrieren der Preise, zum anderen, indem Waren für den deutschen Bedarf in Lettland etwa um die Hälfte günstiger bezogen werden konnten als in Deutschland.

Die Ausplünderung der lettischen Wirtschaft erreichte im letzten Teil des Krieges ab 1944 ihren Höhepunkt, als Fabrikanlagen nebst den oft erst halbfertigen Erzeugnissen nach Deutschland verbracht wurden. Alles, was nur irgendwie evakuiert werden konnte, wurde fortgebracht. Was zurückblieb, wurde gesprengt bzw. auf andere Art zerstört.

## DAS BALTIKUM WIRD WIEDER DEUTSCH: NATIONALSOZIALISTISCHE PLÄNE FÜR DAS BALTIKUM

**Langfristiges Ziel der nationalsozialistischen deutschen Besatzungsmacht war es, die Territorien der baltischen Staaten zu kolonisieren, zu germanisieren und an ihr Großdeutschland anzuschließen. Doch die Entwicklung der militärischen und politischen Lage im Laufe des Krieges ließ sie von einer Verwirklichung dieser Pläne abrücken.**

Die deutschen Interessen im Baltikum waren sowohl von weltpolitischen als auch historischen Überlegungen geprägt. Die Nationalsozialisten vertraten die Drang-nach-Osten-Ideologie, die die Schaffung von deutschem Lebensraum im Osten durch Verdrängung der dort lebenden Völker vorsah. In den Territorien Estlands und Lettlands hatten die Deutschen schon bei den Eroberungen im 13. Jahrhundert in Stadt und Land den Ton angegeben. Sie hatten ihren Einfluß auch unter den wechselnden polnischen, schwedischen und russischen Herrschern halten können und ihn erst mit der Gründung der unabhängigen Republiken Estland und Lettland vollständig verloren. Eine Kolonisierung des Baltikums bot nun die Möglichkeit, diesen Einfluß wiederzugewinnen.

Zwischen 1940 und 1943 wurde ein mehrfach umgearbeiteter sogenannter Generalplan Ost erstellt, der vorsah, die eroberten Gebiete an „Großdeutschland“ anzuschließen, deutsche Kolonisten an- und rassisch Unerwünschte nach Rußland umzusiedeln und alle anderen zu germanisieren und zu assimilieren. Sobald der Krieg abgeschlossen sein würde, sollten etwa 160.000 deutsche Kolonisten mit Privilegien ausgestattet und in Lettland angesiedelt werden. Wegen der sich verschlimmernden Kriegslage kam es nicht zur Weiterentwicklung dieser Pläne.

Die abgesteckten Ziele, aber auch die von der Kriegslage diktierten Realitäten bestimmten die tatsächliche Politik der Nationalsozialisten. Bis zum Kriegsende machte die Naziführung keine Abstriche an ihrem Endziel und ließ die Bemühungen der lettischen Elite um eine Erneuerung der Unabhängigkeit ins Leere laufen. Für eine gewisse, wenn auch

**Ablieferungskarte für Eier und Geflügel 1943/44.**

LETTLANDS Beitrag zur Ernährung in der grossen Zeit des zweiten Weltkrieges.  
LATVIJAS pārtikas piegāde otrā pasaules kara sverīgā laikā.

**Ablieferungskarte Nr. 412** **Nodevu kartiņa**  
FÜR EIER UND GEFÜGEL DES ERZEUGERS OLĀM UN MĀJPUTNĪEM  
1943./44. RĀZOTĀJA 1943./44.

*Birkerts Sēteris*  
(Familien- und Vorname / Uzvārds un vārds)  
*Handenes Cirgaļu Veikals*  
(Haus, Gemischt- und Kreis / Māja, pārtikas un aprīkojums)

Mein Haarenbestand ist / Mana vistu skaits ir

Datum / Datums	Geflügel / Mājputni	Leggehennen / Olkūpnieki	Jugentvögel über 3 Mon. alt / Jaungatnieki vecāki par 3 mēn.
am 15. 12. 43. g.	3	St./gab.	4
am		St./gab.	St./gab.
am		St./gab.	St./gab.

Mein Ablieferungssoll 1943./44. beträgt:  
Mana obligātā nodeva 1943./44. ir:

bei 3 Hennen und 50 Eiern pro Henne 150 St. Eier  
am 20. 12. 43. g. 150 St. Eier  
Obige Angaben, sowie den Empfänger Augšminētais datums, kā arī die fang dieser Karte am kartes saņemšanu bestätigt: apstiprina:

(Abgeschriebt von Betriebs- und Kennenabnehmer / Kartiņas un saņemšanasgrāmatas paraksts)  
Die wahrheitsgemäße Zahlenangabe des Haarenbestandes beglaubigt:  
Uzdotā vistu skaits pareizs apliecināts!

Sammelstelle: *Handenes*  
Savākotuve: *Handenes*

Kartes Nr. 412/44. 000000

schwankende Loyalität der lettischen Eliten sorgten direkte oder indirekte Drohungen, vage und zweideutige Zugeständnisse und gelegentliches Entgegenkommen, auf lettischer Seite aber auch Ängste vor einer Rückkehr des sowjetischen Terrors und Hoffnungen auf eine günstige politische Nachkriegsordnung mit Hilfe der westlichen Alliierten.

Echtes Vertrauen gab es weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Davon zeugen Dokumente der Nazis, die in der Vorbereitungsphase der Besetzung die Umsiedlung von 30.000—40.000 mutmaßlich „anglophilen“ Vertretern der lettischen Intelligenz nach Rußland vorsah, andererseits das im Jahre 1944 von 190 Angehörigen der Intelligenz verabschiedete Memorandum für Wiederherstellung der Souveränität Lettlands.

Um ihre langfristigen Ziele zu erreichen, ging es den Nationalsozialisten maßgeblich darum, das Territorium von Kommunisten und rassisch unliebsamen Bevölkerungsteilen zu befreien und die übrigen auf eine Germanisierung vorzubereiten. Ihre „Säuberungspläne“ stützten sich vor allem auf die nationalsozialistische Rassentheorie, die die Volksgruppen nach ihrer „rassischen Wertigkeit“ abstufte. Damit versuchten die Besatzer, die unterschiedlichen Volksgruppen in Lettland auf verschiedene Art und Weise zu manipulieren, gegeneinander auszuspielen und für ihre Zwecke einzuspannen. Gleich nach der Besetzung waren Juden und Roma als „rassisch absolut minderwertig“ der Vernichtung preisgegeben und umgebracht worden.

Die Nationalsozialisten unterstützten das Streben der als rassisch minderwertiger eingestuft, in der an Rußland grenzenden Region Latgale lebenden Lettgaller nach Kulturautonomie, um sie dadurch von den übrigen Letten abzusondern und später leichter umsiedeln oder vernichten zu können.

Der rassische Status der Letten und damit ihre „Eindeutschungsfähigkeit“ war zunächst niedriger angesetzt als der der Esten und höher als der der Litauer. Die Letten wurden allerdings im Laufe der Besatzungszeit aus hauptsächlich pragmatischen Gründen, nämlich dann als ihr Einsatz im „totalen Krieg“ notwendig erschien, höher eingestuft.

# HERRENVOLK – HERRENKULTUR: GERMANISIERUNGS- UND KOLONIESIERUNGSPOLITIK

Die nationalsozialistische Kulturpolitik zielte ab auf die Unterdrückung des lettischen nationalen Selbstbewußtseins und der lettischen Kultur und auf ihre Unterwerfung unter die nationalsozialistische Ideologie bei gleichzeitiger Aufwertung alles Deutschen. Das zunehmende Abrücken der Deutschen von dieser Politik in der letzten Phase der Besetzung war der Notwendigkeit geschuldet, die patriotischen Gefühle der Letten für die deutschen Zwecke auszunutzen.

Die Unterdrückung alles Nationalen begann bald nach der Besetzung: Unabhängigkeitsbemühungen wurden untersagt, die Begriffe „Lettland“ und „lettisch“ bewußt vermieden bzw. totgeschwiegen, das Begehen nationaler Feier- und Gedenktage verboten. Ähnlich wie die Kommunisten benannten auch die Nationalsozialisten die Straßen der Städte nach ihren Helden. So wurde aus der einstigen Freiheitsstraße in Riga (*Brīvības iela*) die Adolf-Hitler-Straße.



Gedenktafel zur 500-Jahrfeier der Stadt Bauska.

Auch durch die Art der öffentlichen Präsentation – mit Plakaten, Fahnen, Symbolen, Massenveranstaltungen und Führerverehrung – erinnerte die nationalsozialistische Propaganda an die der Kommunisten.

Offizielle Korrespondenz hatte in deutscher Sprache zu erfolgen. Deutsch wurde als Pflichtfach in den Schulen zur ersten Fremdsprache. Öffentliche Bekanntmachungen erschienen zweisprachig auf deutsch und lettisch.

Die Liste der von den Nationalsozialisten verbotenen Bücher war länger als die der sowjetischen Besetzung im Jahre 1940/41 und enthielt teilweise die gleichen Titel, insbesondere Bücher, die im unabhängigen lettischen Staat erschienen waren. Lettische Schriftsteller und Künstler, die von den Sowjetbehörden unterdrückt worden waren, konnten, wenn auch kontrolliert, weiter arbeiten. Diese Möglichkeiten blieben denjenigen, die mit dem bisherigen Regime kooperiert hatten, verschlossen.

Publikationen und Ausstellungen, Theateraufführungen und Konzerte unterlagen der Zensur. Alles Deutsche war besonders hervorzuheben. Zunächst beabsichtigten die Nationalsozialisten, Presse- und Literaturpublikationen allmählich einzuschränken und gute Literaturwerke möglichst in deutscher Sprache und in deutschen Verlagen zu veröffentlichen.

In der Endphase der Besetzung, als die Unterstützung der Letten im Krieg vonnöten war, ließen die Nazis kontrolliert mehr und mehr Ausdrucksformen zu, die an die nationalen Gefühle appellierten. In den Werken lettischer Künstler waren Nationalismus oder nationalsozialistische Führerverehrung und Antisemitismus selten und nur anfangs anzutreffen, meistens entsprach die aktuelle Thematik dem politischen Zeitgeist: die kommunistische Gewalt im Schreckensjahr, Vaterlandsliebe, Heldentum im Kampfe mit dem Feind. Für eine besondere patriotische und dem Zeitgeist entsprechende emotionale Aufwallung der Nation sorgte das von Andrejs Eglītis geschriebene und von Lūcija Garuta komponierte Kantaten-Gebet „Dievs, Tava zeme deg!“ (Gott, deine Erde brennt), welches am 15. März 1944 in der Gertrudenkirche in Riga uraufgeführt wurde.

**R I K O J U M U  
VĒSTNESIS**

Izdevums ar apgabala «Tiesību Rīki, Bismarcka ielā 2810. Dir.-rīk. Ernests Kreilmanis. Atb. red. Jānis Vītols. Red. Rīki, Bismarcka ielā 2810. Tālraksts: dzimšanas-akti 2037; akti red. 20780; redakcijai un saimniec. vad. 24389; atbaidījumi 2473. Redakcijas darba laiks no 14-18. Skaidrojuma maksa: par viena lapa par 10 latiem. Abonēšanas maksa uzreiz ar pievienotiem RM 2.50; atsevišķi numuri maksā 10 latiem.

**Nr. 73** **Piektdien, 1942. g. 1. maijs** **1. gada gājums**

**SATURS:**

<p>1942. g. 11. IV. Noteikumi par Austrumu apgabala reichskomisāra tiesību noteikšanas veidu . . . . . 265 lpp.</p> <p>1942. g. 11. IV. Rīkojums par Rīgas pilsētas ielu, laukumu un parku pārdēvēšanu . . . . . 266 ..</p> <p>1942. g. 21. IV. Pasākums nacionālistu namu īpašniekiem . . . . . 266 ..</p> <p>1942. g. 21. IV. Pasākums par aprīļa mēģinājumu "Dievs, Tava zeme deg!" izpildīšanu ar kuponiem un atļaujām . . . . . 266 ..</p> <p>1942. g. 21. IV. Rīkojums Rīgas aptieku pārvaldniekiem . . . . . 267 ..</p> <p>1942. g. 21. IV. Rīkojums krājumam par lauksaimniecības ielu pārkārtošanu . . . . . 267 ..</p> <p>Rīkojums par tres cenām Dagā, Somerētā un Vidūkos . . . . . 267 ..</p>	<p>Līdzinājais ielas nosaukums: Jaunais ielas nosaukums:</p> <p>Aspazijas bulvāris . . . . . von-der-Goltz-Ring von der Goltz gatve</p> <p>Ausekļa iela . . . . . Wilhelm-Purvītis-Strasse</p> <p>Baznīcas iela . . . . . Vilhelma Purvīša iela</p> <p>Bergmaņa iela . . . . . Laudonstrasse</p> <p>Berģmaņa iela . . . . . Schweinfurthstrasse</p> <p>Brīvības bulvāris . . . . . Schweinfurth iela</p> <p>Brīvības iela . . . . . Ado Hitler-aleja</p> <p>Brīvības gatve . . . . . Ado Hitler iela</p> <p>Citadeles iela . . . . . Livlāndische Landstrasse</p> <p>Dāvids iela . . . . . Vidzemes gatve</p> <p>Dzirnavu iela . . . . . Hans-von-Manteuffel-Strasse</p> <p>Elija iela . . . . . Hans von Manteuffel iela</p> <p>Eiļabāts iela . . . . . Sietgiltstrasse</p> <p>Gabriela iela . . . . . Kromļa iela</p> <p>1905. gada parks . . . . . Richard-Wagner-Strasse</p> <p>Gīldes (Kongresa) iela . . . . . Richard Wagner iela</p> <p>Gogoļa iela . . . . . Kaufmānstrasse</p> <p>Jāņa Asara iela . . . . . Tirdzniecības pagalma iela</p> <p>Jāņa Čakstes laukums . . . . . Wolter-von-Plettenberg-Ring</p> <p>13. janvāra iela . . . . . Wolter von Plettenberg gatve</p> <p>Jūra Alundņa iela . . . . . Reherstrasse</p> <p>Kongresa (Gīldes) iela . . . . . Dāņu iela</p> <p>Krūnes iela . . . . . Gildes iela</p> <p>Lāčplēša iela . . . . . Kirsholmer Strasse</p> <p>15. maija laukums . . . . . Salaspils iela</p> <p>Marijas iela . . . . . Adersstrasse</p> <p>Meistaru iela . . . . . Ergļa iela</p> <p> . . . . . Carl-Schirren-Strasse</p> <p> . . . . . Carl Schirren iela</p> <p> . . . . . Domplatte</p> <p> . . . . . Doma laukums</p> <p> . . . . . Pieskauer Strasse</p> <p> . . . . . Pieskavas iela</p> <p> . . . . . Kl. Schmiedestrasse</p> <p> . . . . . M. Kalēju iela</p>
--	---

**Noteikumi**

**par Austrumu apgabala reichskomisāra tiesību noteikšanas veidu**

Pamatojoties uz leņemto austrumu apgabala reichskomisāra 1942. gada 21. februāra noteikumu par tiesību noteikšanu leņemto austrumu apgabalos (Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland 11. lapp) 2. § noteiku:

1. §

(1) Austrumu apgabala reichskomisāra izdošie tiesību noteikšanas akti publicējami Austrumu apgabala reichskomisāra noteikumu lapā «Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland» («V. Bl. RKO»). Ši noteikumu lapā stājas Austrumu apgabala reichskomisāra izsūtījumu lapas «Verordnungs-

blatt des Reichskommissars für das Ostland» vietā.

(2) Tiesību noteikšanas akti, ciktāl nav citādi izziņoti, stājas spēkā atbilstoši dienā pēc to izsūtīšanas.

2. §

Austrumu apgabala reichskomisāra līdz šim kā rīkojumu vai ar kādu citu apzīmējumu izdotie tiesību noteikšanas akti dabū apzīmējumu «noteikumi» (Verordnung).

3. §

Šie noteikumi ir spēkā ar 1942. gada 1. aprīli, Rīgā, 1942. gada 17. aprīli, Austrumu apgabala reichskomisārs LOHSE.

**Rīkojums**

**par Rīgas pilsētas ielu, laukumu un parku pārdēvēšanu**

Pa daļai grozot 1941. g. augustā izdoto ielu nosaukumu pārdēvēšanu Rīgā, paziņoju sekojoši oficiālo Rīgas pilsētas pārdēvēto ielu, laukumu un parku sarakstu:

<p>Līdzinājais ielas nosaukums:</p> <p>Augusta Deglava iela . . . . . Rumpenhöfche Strasse</p> <p>Andreja Pumpura iela . . . . . Rumpmūizis iela</p> <p>Alzargu iela . . . . . Ullerspergerstraße</p> <p>Alberta iela . . . . . Ullersperger iela</p> <p>Antonijas iela . . . . . Yorkstrasse</p> <p>Aristida Briāna iela . . . . . York iela</p> <p> . . . . . Hollanderstrasse</p> <p> . . . . . Hollander iela</p> <p> . . . . . Ernst-von-Bergmann-Strasse</p> <p> . . . . . Ernst-von-Bergmann iela</p> <p> . . . . . Wilhelm-Ostwald-Strasse</p> <p> . . . . . Wilhelm-Ostwald iela</p>	<p>Jaunais ielas nosaukums:</p> <p>Rumpenhöfche Strasse</p> <p>Rumpmūizis iela</p> <p>Ullerspergerstraße</p> <p>Ullersperger iela</p> <p>Yorkstrasse</p> <p>York iela</p> <p>Hollanderstrasse</p> <p>Hollander iela</p> <p>Ernst-von-Bergmann-Strasse</p> <p>Ernst-von-Bergmann iela</p> <p>Wilhelm-Ostwald-Strasse</p> <p>Wilhelm-Ostwald iela</p>
---	---

Verordnung zur Umbenennung von Straßen, Plätzen und Parks in Riga vom 1. Mai 1942. Zahlreiche Straßen wurden nach Naziführern und deutschen Imperialisten benannt.

**KEIN EIGENER STAAT – KEINE EIGENE  
REGIERUNG:  
DIE OHNMÄCHTIGE  
„LANDESSELBSTVERWALTUNG“**

**Um den Eindruck zu vermitteln, die einheimische Bevölkerung werde an der Macht beteiligt, legte die deutsche Besatzungsverwaltung großen Wert darauf, eine gehobene Institution zu etablieren, die nach außen hin den Anschein einer eigenen Regierung erweckte. Sie sollte Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, jedoch nicht über tatsächliche Entscheidungsbefugnisse verfügen und von willfähigen Personen geführt werden, die aber doch ein gewisses Vertrauen in der Bevölkerung genießen würden.**

Ende 1941 wurde zu diesem Zwecke die sogenannte Landesselbstverwaltung, bestehend aus gesonderten Generaldirektorien, begründet. Einige Generaldirektoren waren Menschen, die bereits während der Eigenstaatlichkeit Lettlands bekannt waren. Ihre Mitarbeit im Verwaltungsapparat der nationalsozialistischen Besatzungsmacht war zweischneidig. Sie waren vollständig an deutsche Weisungen gebunden, konnten aber gelegentlich bewirken, daß Lettland von den Besatzern etwas weniger Schaden zugefügt wurde. Ihre Zusammenarbeit erweckte den Eindruck, die Bevölkerung unterstütze die Besatzungsmacht, obwohl die Generaldirektoren oft

genug protestierten und im Interesse der Bevölkerung Selbständigkeit demonstrierten.

Es war den Generaldirektoren untersagt, Beschlüsse zu treffen, gemeinschaftlich tätig zu werden sowie Fragen politischer Art zu behandeln, die ausschließlich den nationalsozialistischen Besatzungsbehörden vorbehalten waren. Auf gelegentliche Verstöße dagegen folgten heftige Zurechtweisungen. Der Generaldirektor für Rechtsfragen, Alfreds Valdmanis, wurde nach Deutschland gebracht, nachdem er Anfang 1943 von den nationalsozialistischen Machthabern im Gegenzug für die Gründung der Lettischen Legion die Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands eingefordert hatte.

Den Generaldirektoren war erlaubt, in eng begrenztem Maße Rechtsfälle zu leiten sowie Fragen der Landwirtschaft, Erziehung, des Verkehrs, der Kultur und anderer innerer Angelegenheiten lokaler Art zu behandeln. Aber auch in diesen genannten Bereichen entschied die Besatzungsmacht über die wichtigeren Dinge wie etwa die Lebensmittelverteilung, die materielle Versorgung, die Höhe von Abgaben und Löhnen, den Arbeitsdienst, indem sie parallel zur Selbstverwaltung arbeitete und dieser die zu befolgenden Entscheidungen vorgab.

Die Selbstverwaltung stellte zusammen mit der deutschen Zivilverwaltung mit dem Vormarsch der Roten Armee auf Lettland im September 1944 ihre Arbeit ein. Bis zum Kriegsende kam das nicht von der Roten Armee besetzte Territorium erneut hauptsächlich unter die Verwaltung von Wehrmacht und SS.

**GRATWANDERUNG:  
BEWUSSTWERDEN DER OPFER  
DER KOMMUNISTEN UND  
WOHLFAHRTSPFLEGE**

**Im Rahmen der von den Besatzungsbehörden stark eingeschränkten Möglichkeiten gründeten die Letten eigene Organisationen, um das patriotische Selbstbewußtsein zu stärken und der unter den Besatzungs- und Kriegsbedingungen leidenden Bevölkerung zu helfen. Besonders bedeutend waren die Arbeit an der Aufklärung der Verbrechen des kommunistischen Regimes und die Wohlfahrtspflege.**

Um die Greuelthaten des NKWD zu dokumentieren, arbeitete mit deutscher Erlaubnis die patriotische Jugendorganisation Nationaler Schutz (*Nacionālā sardze*) im ehemaligen NKWD-Gebäude. In den drei Jahren ihrer Tätigkeit dokumentierten die Mitarbeiter des Nationalen Schutzes die Ereignisse der sowjetischen Besatzung. Nachdem sie die Dokumentation für Propagandazwecke ausgenutzt hatten, widmeten die Besatzungsbehörden der Erforschung der Verbrechen des NKWD keine Aufmerksamkeit mehr. Dennoch propagierte die offizielle Presse bis zum Kriegsende die kommunistischen Greuelthaten immer wieder und schürte somit die Angst vor einer Rückkehr der Kommunisten. Ein Teil der vom Nationalen Schutz zusammengetragenen Materialien befindet sich heute im Okkupationsmuseum.

Die Volkshilfe (*Tautas palīdzība*) nahm ihre Arbeit im Spätherbst 1941 auf, indem sie Organisationen aus der Zeit des freien lettischen Staates wie das lettische Rote



**Modris Gulbis, Mitglied des Nationalen Schutzes, bei der Sichtung von Dokumenten im NKWD-Gebäude in Riga.**

Kreuz und das lettische Frauenhilfskorps vereinigte. Die Volkshilfe unterhielt mehrere Krankenhäuser, Sanatorien, Kindergärten und Sommerlager für Kinder. So unterstützte sie Menschen, die unter dem bolschewistischen Terror und den Kriegshandlungen des Jahres 1940/41 gelitten hatten, lettische Frontsoldaten und kinderreiche Familien. Die Volkshilfe sorgte auch für die Identifizierung und Registrierung der Opfer der sowjetischen Besatzung. Die von der Volkshilfe erstellte Kartei diente als Grundlage für die 1952 in Stockholm vom Lettischen Nationalfond herausgegebenen Listen mit den Namen der während der ersten sowjetischen Besatzung deportierten Menschen.

Jede Okkupation geht einher mit Kollaboration und Widerstand. Unter dem Begriff Kollaboration wird gemeinhin die Zusammenarbeit mit einem Feind bzw. einer Besatzungsmacht im eigenen Staate verstanden. Im Gegensatz zur Kollaboration steht der Widerstand. Das mögliche Spektrum von Widerstand wie auch von Kollaboration ist breit gefächert, schrumpft aber in Extremsituationen zusammen, wenn die Besatzung von Gewalt begleitet wird und eine neutrale oder abwartende Haltung nicht zuläßt.

In ihrer gesteigerten Form – besonders im Krieg und unter gewaltsamer Besatzung –, in ihrer Extremform auch als Kollaborationismus bezeichnet, wird Kollaboration zum Verrat, insbesondere in den Augen jener, die dem Feind bzw. der Besatzungsmacht aktiv Widerstand leisten oder geleistet haben. Zum Inbegriff für einen solchen Verräter ist der nach dem Krieg wegen Kollaboration mit den Nationalsozialisten zum Tode verurteilte norwegische Politiker Viskun Quisling geworden. In Lettland verurteilten die nationalen Partisanen nach dem Krieg in ihren Tribunalen aktive Kollaborateure der sowjetischen Besatzungsmacht als Verräter.

Doch Kollaboration kommt nicht immer in ihrer extremsten Form vor. Viele Kollaborateure rechtfertigen die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht als Tätigkeit zugunsten der einheimischen Bevölkerung, um Schlimmeres nach Möglichkeit zu verhindern. Damit versuchten viele in Lettland ihr Handeln zu rechtfertigen, die ab 1940 mit den sowjetischen Machthabern, aber auch viele, die später mit den nationalsozialistischen Besatzern zusammengearbeitet hatten. Zu Beginn der sowjetischen Herrschaft waren sich die Kollaborateure nicht über den Charakter des Regimes im klaren, bei dem sie selbst später in Ungnade fielen. Der in einem Jahr unter sowjetischer Besatzung erlebte Terror hatte die Bereitschaft zur Kollaboration in der Zeit der deutschen Besatzung begünstigt, was die Nationalsozialisten schamlos für ihre Zwecke ausnutzten. Unter der zweiten sowjetischen Besatzung begründeten viele, besonders die sogenannten Nationalkommunisten, ihre Tätigkeit im kommunistischen Partei- und Verwaltungsapparat mit dem Wunsch nach einer Verbesserung der Lage der Letten gegenüber den Zuwanderern aus den Sowjetrepubliken. Deshalb ist jede Gleichsetzung von Kollaboration mit Verrat relativ und nicht selten vom Blickwinkel des Betrachters und seinem historischen Abstand abhängig.

Im Falle Lettlands gilt es zudem bei der Bewertung des Begriffs Kollaboration auch die Vorgeschichte und den historischen Kontext zu berücksichtigen. In der kurzen Zeit der Unabhängigkeit Lettlands hatte sich eine gefestigte Tradition des demokratischen Umgangs zwischen Staat und Bevölkerung als gesellschaftlichem Integrations- und Stabilisierungsfaktor nur in Ansätzen herausbilden können. Von noch größerer Bedeutung

waren die weltpolitischen Faktoren – der Aufstieg aggressiver totalitärer Ideologien in Europa, die Machtlosigkeit der westlichen Demokratien und die unklare Sicherheitslage der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen kleineren Staaten Europas.

Im Kontext der Kollaboration der vierziger Jahre im Baltikum steht die in Westeuropa kaum wahrgenommene Aufeinanderfolge dreier Okkupationen und der destruktive Krieg fremder Mächte, welche Lettland und seine beiden baltischen Nachbarvölker durchzustehen hatten und die Bevölkerung vor ein existentielles moralisches Dilemma stellte. Weder dem nationalsozialistischen Deutschland noch der kommunistischen Sowjetunion, deren konspirative Zusammenarbeit zur Besetzung des Baltikums durch die Sowjetunion 1940 geführt hat, war an der Freiheit der drei Nationen gelegen. Hitlers totaler Krieg hat daran nichts geändert. Beide totalitären Großmächte wollten die baltischen Staaten niederhalten und für ihre Zwecke nutzbar machen. Was sich nicht nur an der grausamen Bekämpfung und Unterdrückung des nationalen Widerstandes zeigt, sondern auch an der zynischen Manipulation und Ausnutzung nationaler Gefühle. Beide Besatzungsmächte forderten die Kollaboration und nutzten jede Gelegenheit, um mit Drohungen, List und Zugeständnissen zum Erfolg zu kommen.

Dies brachte die nationalen Eliten in eine denkbar schwierige Situation, denn ihnen vertraute weder die eine noch die andere Besatzungsmacht. Die von den Sowjets 1941 durchgeführte Massendepotatation richtete sich vor allem gegen die Eliten Lettlands. Die Nationalsozialisten dagegen drohten – in Anspielung einerseits auf die Aktionen der Sowjets, andererseits auf ihre Abrechnung mit den tschechischen und polnischen Eliten – mit möglichen Deportationen und anderen Repressionen, um sich zumindest eine minimale Unterordnung zu sichern und auf möglichst geringen Widerstand zu stoßen. Half das allein nicht, so waren Gefängnis und Konzentrationslager überzeugende Argumente. Meist genügten jedoch die Drohungen und das In-Erinnerung-Rufen der sowjetischen Terrormethoden. Daher begaben sich die nationalen Eliten vor der Rückkehr der sowjetischen Machthaber mehrheitlich auf die Flucht und befanden sich nach dem Krieg im Westen, während ein kleiner sowjetisierter und dem Regime höriger Teil der Eliten aus der Sowjetunion zurückkehrte und seine Arbeit in Lettland fortsetzte.

Unter diesen Umständen ist bei der Bewertung der Kollaboration auch die Problematik der „Entscheidung für das größere oder kleinere Übel“ zu berücksichtigen. Für die jüdische Bevölkerung Lettlands stellte die Sowjetmacht ohne Zweifel das kleinere Übel dar. Der nationalsozialistische Terror konzentrierte sich voll und ganz auf sie im allgemeinen. Nach dem kommunistischen Terror erschienen vielen Letten dagegen die Unterdrückungsmechanismen der Nationalsozialisten weniger brutal und eine Zusammenarbeit auf die eine oder andere Weise im Kampf gegen das als solches wahrgenommene größere kommunistische Übel eher annehmbar.

Letztendlich gilt es auch den Zeitfaktor zu berücksichtigen. Nach dem Ende der schlimmsten Formen des stalinistischen Terrors und des bewaffneten Widerstandes, aber auch mit den enttäuschten Hoffnungen auf Hilfe aus dem Westen, wurde die Okkupation gewissermaßen zur „Normalität“. Eine neue Generation trat ins gesellschaftliche Leben, und das Regime war etwas beweglicher geworden. Deshalb ist es äußerst schwierig, die verschiedenen Formen des Nebeneinanders von Kollaboration und Widerstand zu bewerten, einerseits ein Rädchen des aufgedrängten Systems zu sein, andererseits aber doch jede sich bietende Gelegenheit zu wenn auch nur winzig kleinem, eher gewaltlosem geistigen Widerstand zu nutzen.

Ein neuer nationaler gesellschaftlicher und politischer Gemeinschaftssinn und eine Identität können sich im wiedererstandenen Lettland nur herausbilden, wenn die in der Besatzungszeit und durch ihre Regime hervorgebrachten gesellschaftlichen Gegensätze ausgewertet, begriffen und überwunden werden. Kollaboration und Widerstand gehören dazu.

## MOBILISIERUNG FÜR DEN KRIEG: ZWANGSVERPFLICHTUNG ZUM ARBEITSDIENST

Die deutsche Kriegsmaschinerie brauchte Arbeitskräfte und Soldaten. In ihrer Rassentheorie wie in der Praxis betrachteten die Nazis die Bevölkerung der eroberten Ostgebiete zunächst vor allem als Arbeitskraft, die es billig bzw. durch Zwangsverpflichtung auszunutzen galt. Arbeit wurde als patriotische Pflicht im Kampf gegen den Bolschewismus propagiert.

Ein Befehl des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, vom 19. Dezember 1941 führte die Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst ein.



Mehrfach umadressierte „letzte Mahnung“ an Ausma Zirnīs, sich „unverzüglich“ zum Arbeitsdienst zu melden.

## „VERTEIDIGT LETTLAND GEGEN DEN BOLSCHEWISMUS!“: LETTEN IM DEUTSCHEN MILITÄRDIENTST

Zu Beginn ihres Blitzkrieges hofften die Nationalsozialisten, die Sowjetunion in kürzester Zeit aus eigener Kraft besiegen zu können. Hitler lehnte die Aufnahme von Nichtdeutschen in die Wehrmacht entschieden ab.



Aufmarsch von Rekruten des Lettischen Arbeitsdienstes 1943 am Rigaer Freiheitsdenkmal. Titelblatt der Zeitschrift *Laikmets* (Ära).

Im Folgejahr wurden durch mit Drohungen und List geführte Werbeaktionen bis hin zur direkten Mobilmachung Bürger Lettlands zum Arbeitsdienst im Deutschen Reich zwangsverpflichtet. „Auf ausdrückliche Erlaubnis des Führers“ begann ab 1942 die Bindung der männlichen lettischen Jugend an den halb-militärischen Reichsarbeitsdienst – so unterwies man die Männer in der nationalsozialistischen Ideologie und rekrutierte potentielle, fähige Soldaten. Etwa 20.000 Einwohner Lettlands wurden bis 1944 zur Arbeit in Deutschland zwangsverpflichtet.

Als in Lettland selbst Arbeitskräfte knapp wurden, war die Dienstpflicht in Lettland abzuleisten, wobei Männer zum überwiegenden Teil zum Militär einberufen wurden. Die Arbeitsämter, im Volksmund „weiße Tscheka“ genannt, benutzten hierbei Methoden, die von der Bevölkerung mit den Deportationsverfahren der sowjetischen Besatzungszeit verglichen wurden.

Doch je schwieriger sich die Lage für die Wehrmacht an der Front entwickelte, um so mehr wurden die Reihen der Soldaten unter dem Kommando von Himmlers SS mit Freiwilligen und zwangsverpflichteten Soldaten aus den besetzten Ländern aufgefüllt. Etwa 115.000 Bürger Lettlands standen im Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Einheiten im deutschen Militärdienst.

Anfangs trat so mancher Lette im Kampf gegen die Kommunisten freiwillig in deutsche Dienste. So wurden

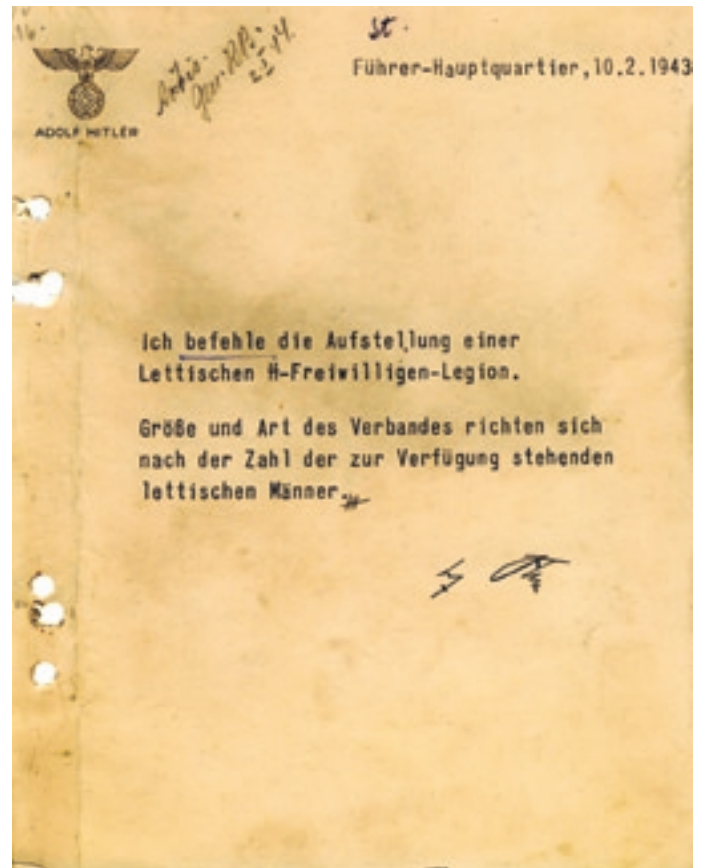
im Herbst 1941 für den Einsatz an der Front die ersten drei sogenannten Selbstschutz-, später Ordnungsdienst-, schließlich Schutzmannschaftsbataillone gegründet. Die Nationalsozialisten waren bemüht, sie offiziell nicht mit der Wehrmacht in Verbindung zu bringen. Bereits ab 1942 begann man mit Hilfe verschiedener Anreize wie der Besoldung die Zahl der Anmeldungen anzukurbeln. Mit dem Begriff der „Freiwilligkeit“ wurde die illegale Rekrutierung verschleiert, um sich des Vorwurfs zu entziehen, die Haager Konvention von 1907 verletzt zu haben, die die Einberufung von Bürgern eines besetzten Staates verbietet. Insgesamt stellte die Besatzungsmacht bis 1944 mehr als 30 solcher Bataillone zusammen. Es handelte sich zum überwiegenden Teil um Frontverbände, einige waren an Kämpfen gegen sowjetische Partisanen beteiligt. Zwei Bataillone wurden als äußere Wachmannschaften des Warschauer Ghettos sowie 1942 zur Begleitung von Judentransporten herangezogen.

Nach der Niederlage von Stalingrad verkündete Hitler Ende Januar 1943 den „totalen Krieg“ und gab den Befehl zur Aufstellung einer nationalen bewaffneten Militärformation: der „Lettischen SS-Freiwilligen-Legion,“ deren Kern zunächst mehrere an der Front kämpfende Polizeibataillone bildeten. Im offiziellen Namen der Legion entsprach allein das Wort „lettisch“ der Realität. Die Legion war und konnte niemals Bestandteil von Hitlers SS-Elitetruppe sein, denn diese war ausgesuchten Deutschen vorbehalten. Die Lettische Legion stand aber unter dem Kommando der sogenannten Waffen-SS. Sie bestand nicht aus „Freiwilligen,“ denn etwa 85 Prozent der Legionäre waren einberufen. Die Legion war auch keine Militäreinheit mit eigener Kommandostruktur. Die Funktionen des Generalinspektors der Legion, General Rüdolds Bangerskis, sowie seines Stabes waren nicht klar definiert und vor allem auf Betreuung, Inspektion und Verbindungsaufgaben mit der deutschen militärischen Führung beschränkt. Die Legion bestand hauptsächlich aus zwei Divisionen, der 15. und der 19., darüber hinaus gehörten auch andere, an vielen Abschnitten der Ostfront eingesetzte und dem deutschen militärischen Kommando unterstellte Einheiten dazu. Beide Divisionen wurden von Deutschen befehligt. Lediglich Regimenter, Bataillone und kleinere militärische Formationen verfügten über lettische Kommandeure.

Die Rolle der lettischen Landesselbstverwaltung bei der Gründung der Legion war zwiespältig. In dem Wunsch, möglichst autonome militärische Einheiten zu schaffen, die



Musterung von Legionärsrekruten.



Befehl Adolf Hitlers vom 10. Februar 1943 zur Aufstellung einer „Lettischen SS-Freiwilligen-Legion“. Vermerk des Generalinspektors der Legion General Rüdolds Bangerskis „Aktis Gen. RB 2.1.44.“

in naher Zukunft den Kern einer Armee des unabhängigen lettischen Staates hätten bilden können, stellte die Landesselbstverwaltung Vorbedingungen für die Gründung einer Legion, eingeschlossen einer Zusage von Seiten der Deutschen, die Unabhängigkeit Lettlands wiederherzustellen. Die Besatzungsbehörden lehnten diese Forderungen ab. Auf deutschen Druck hin führte die Selbstverwaltung schließlich dennoch die Mobilisierung durch.

Der „Freiwilligkeit“ versuchte man mit verschiedenen Mitteln nachzuhelfen – mit patriotischer Propaganda, die dazu aufrief, das Vaterland mit der Waffe gegen die Rückkehr des Bolschewismus zu verteidigen, mit Appellen an das Gewissen und schließlich mit der Androhung von Kriegsgerichtsverfahren. Die Entscheidung des Einzelnen, einem Einberufungsbefehl Folge zu leisten oder aber sich seiner Einberufung zu entziehen, war nicht selten bestimmt von unvereinbaren Emotionen und Abwägungen: der Bereitschaft, gegen eine Rückkehr des brutalen kommunistischen Regimes zu kämpfen; der wachsenden Erkenntnis, daß die Deutschen den Krieg verloren hatten, und der Hoffnung, daß die Westalliierten helfen würden, Lettland als unabhängigen Staat wiederherzustellen. Im Bewußtsein der Legionäre selbst hatte sich die Vorstellung eingegraben, daß sie – wie schon einmal ähnlich in der Geschichte Lettlands im Ersten Weltkrieg geschehen – in der Hoffnung, nach dem Krieg das unabhängige Lettland wiederherstellen zu können, in den Uniformen einer fremden Armee gegen das größere Übel kämpfen würden. Konkret kam diese Haltung in den Manifesten der nationalen Partisanen und der im Westen gegründeten Organisation lettischer Kriegsveteranen *Daugavas vanagi* zum Ausdruck.

Schildchen in den Farben der lettischen Flagge trugen die lettischen Legionäre an den Uniformärmeln.



## DIE LETTISCHE LEGION UND KRIEGSVERBRECHEN

„[...] bisher hat noch kein lettischer Legionär wegen Kriegsverbrechen, die mit der Legion in Zusammenhang stünden, vor Gericht gestanden“, versichert der Historiker Andrievs Ezerģailis. Seine Studien verweisen auf den großen Einfluß sowjetischer Falschinformation und Propaganda, die die Lettische Legion mit deutschen Kriegsverbrechen in Verbindung brachte, angefangen mit der verleumderischen Behauptung, die lettischen Legionäre seien Nazis und Angehörige von Hitlers Elitetruppe, der als verbrecherischen Organisation eingestuft SS, gewesen.

## DIE WAFFEN-SS

Ab 1939 bildete die Waffen-SS die militärische Elitetruppe „Großdeutschlands“. Sie war dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler unterstellt, im Kampf aber der Befehlsgewalt der deutschen Wehrmacht. Die Waffen-SS rekrutierte sich zunächst aus Reichsdeutschen, später auch aus Volksdeutschen. Im Laufe des Krieges wurden außerdem sogenannte „germanische Kontingente“ der Waffen-SS aus Niederländern, Flamen, Italienern, Wallonen, Dänen, Franzosen und Norwegern gebildet. Schließlich kamen Legionen, zusammengestellt aus Letten, Esten, Russen, Ukrainern,

## DER 16. MÄRZ

In der Schlacht gegen die Rote Armee am Fluß Welikaja vom 16.–19. März 1944 kämpften beide Divisionen der Lettischen Legion ein einziges Mal in benachbarten Frontabschnitten. Deshalb erklärte die im Exil tätige Organisation der Legionsveteranen *Daugavas vanagi* 1952 den 16. März zum Gedenktag für die Lettische Legion. Seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit wird der Tag auch in Lettland mit einem inoffiziellen Gedenkmarsch zum Freiheitsdenkmal begangen. 1998

Unstrittig ist, daß die ersten Einheiten der Legion auf der Basis von an der Front eingesetzten polizeiähnlichen Schutzmannschaften gebildet wurden. Unstrittig ist auch, daß später mehrere hundert Männer des Verbrecherkommandos von Viktors Arājs in die Reihen der Legion aufgenommen wurden. Arājs selbst machten die Deutschen sogar für eine Woche zum Bataillonskommandeur. Doch wie einst die sowjetische, so versucht bis heute die russische Propaganda, den Legionären eine Kollektivschuld sowohl an den Judenvernichtungsaktionen wie auch an den Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung zuzuschreiben. Selbst sowjetische Gerichte erkannten eine Kollektivschuld nicht an, als in den sechziger und siebziger Jahren mehrere ehemalige Angehörige des 18. und des 21. Polizeibataillons in zweifelhaften Prozessen verurteilt wurden. Die Frontbewegungen beider Divisionen sind von ihrer Gründung im Jahr 1943 an detailliert erforscht. Es gibt keine dokumentierten Quellen, die mögliche Kriegsverbrechen von Legionären bestätigen würden. Immer wieder tauchen in Rußland diverse Dokumente auf, die angeblich Verbrechen von Legionären belegen und aus dem Zentralarchiv des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB, früher KGB) stammen. Ihre Echtheit ist nicht nachprüfbar, da das Archiv lettischen Historikern nicht zugänglich ist.

Weißrussen und anderen Nationalitäten, hinzu. Ein solcher Verband war auch die von General Andrej Wlassow geführte aus russischen Kriegsgefangenen gebildete Russische Befreiungsarmee.

Nach dem Krieg erkannten die Westalliierten an, daß unter Verletzung der Haager Konvention von 1907 ein Großteil der Soldaten der innerhalb der Waffen-SS gebildeten Lettischen Legion entweder einberufen oder zwangsverpflichtet worden war. Zahlreiche ehemalige Legionäre dienten nach dem Krieg im Hilfsdienst der amerikanischen und britischen Besatzungstruppen in Deutschland. Ihnen war die Einreise in westliche Staaten, darunter die USA, erlaubt.

deklarierte die Saeima den 16. März zum offiziellen Gedenktag. Als das Außenministerium Rußlands und einige Medien dies als Wiedergeburt des Faschismus in Lettland hinstellten und damit Echo in der ausländischen Presse fanden, wurde der offizielle Gedenktag ein Jahr später unverzüglich abgeschafft. Seitdem führen die inoffiziellen Gedenkveranstaltungen zum 16. März alljährlich zu Konfrontationen zwischen nationalen Anhängern der Legion und zumeist russischen, sogenannten antifaschistischen Gruppen, die die ehemaligen Legionäre als Kriegsverbrecher und Nazis betrachten.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 11

Über die Gründung der Lettischen Legion ist in der *Geschichte der Lettischen SSR* zu lesen: „Als Anfang 1943 nach der Schlacht um Stalingrad die Okkupanten unter Bruch aller internationalen Abkommeneine Mobilisierung der Letten für ihre Armee verkündeten, wurden sie von [den lettischen bourgeoisen] Nationalisten tatkräftig unterstützt, indem sie die Bevölkerung Lettlands dazu aufriefen,

der hitlerischen ‚Lettischen Freiwilligen-Legion‘ beizutreten. Diese verbrecherische Aktion kostete Tausende Letten das Leben.“ (Band 2, S. 183) Unerwähnt bleibt, daß die sowjetischen Behörden nicht selten die während dieser „verbrecherischen Aktion“ eingezogenen Legionäre wegen Kriegsverbrechen verurteilte, bestrafte und mit Repressionen belegte. Das Außenministerium der Russischen Föderation bezeichnet die Legionäre noch heute kollektiv offen als faschistische Kriegsverbrecher.



General Rūdolfs Bangerskis inspiziert lettische Legionäre.



Einberufungsbefehl zur „Lettischen SS-Freiwilligen-Legion.“ Nach den Umadressierungen und Randnotizen zu urteilen, wurde er fünf Mal nachgesendet.



## „BEFREIT LETTLAND VON DEN HITLERFASCHISTEN!“: LETTEN IN DER ROTEN ARMEE

**Ähnlich wie die deutschen Nationalsozialisten zogen auch die sowjetischen Machthaber Letten in ihren Krieg hinein, indem sie nationale Militäreinheiten bildeten, Soldaten rekrutierten und sie mit patriotischen Parolen sowie Propaganda über die bestialische Natur des Nazismus zu motivieren versuchten.**

Zu Beginn des Krieges waren im 24. Territorialen lettischen Schützenkorps etwa 3.000 lettische Soldaten verblieben, von denen viele beim Rückzug desertierten. Am 12. September 1941 wurde auf Befehl Stalins die 201. Lettische Schützendivision gegründet. Sie umfaßte etwa 10.000 Soldaten, darunter freiwillige oder zwangsverpflichtete evakuierte Bürger Lettlands sowie in Rußland lebende Letten. Schon während der Kämpfe des ersten Kriegsjahres gab es viele Gefallene, später wurde die „nationale“ Einheit auch durch Soldaten anderer Nationalitäten ergänzt. Im Oktober 1943 wurde ihr die Bezeichnung 43. Lettische Gardeschützendivision verliehen. Nach ihrer Rückkehr nach Lettland 1944 wurde das 130. Lettische Schützenkorps gebildet, welches durch Neueinberufene aufgefüllt wurde.

**Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der LSSR, Augusts Kirhenšteins, bei der Verleihung von Auszeichnungen an lettische Soldaten der Roten Armee.**



In den Jahren 1944 und 1945 wurden mehr als 57.000 Bürger Lettlands einberufen. Die Reihen der Armee füllten nun oftmals Menschen, die dem Dienst in der Lettischen Legion entgangen oder desertiert waren. Ähnlich wie bei der Mobilisierung für die Lettische Legion waren auch die Einberufungen in die Rote Armee von patriotischer Propaganda und Parolen begleitet. Ebenso wie die Mobilisierung für das nationalsozialistische Deutschland verletzen vom völkerrechtlichen Gesichtspunkt her auch die sowjetischen Einberufungen die Haager Konvention von 1907, die Rekrutierungen von Bürgern eines besetzten Staates in den Militärdienst der Besatzer untersagt. Natürlich betrachtete die UdSSR Lettland nicht als besetztes Gebiet.

In den Jahren 1944 und 1945 wurde das 130. Schützenkorps einige Male in Kämpfe gegen die Lettische Legion einbezogen. Die Zahl der im Zweiten Weltkrieg insgesamt in den Reihen der Roten Armee kämpfenden Bürger Lettlands wird auf nahezu 100.000 geschätzt.

Im Rücken der Front waren in Lettland auch sogenannte „rote Partisanen“ aktiv. Dabei handelte es sich nicht mehrheitlich um Einheimische, wie später die sowjetische Geschichtsschreibung vorgab, sondern zum überwiegenden Teil um aus der UdSSR entsandte, von ihr geschulte und gesteuerte Kämpfer, die vor allem im Ostteil des besetzten Lettland, in der Endphase des Krieges auch in Kurland operierten. Brutale Strafaktionen der Nazis richteten sich gegen die Zivilbevölkerung, der man vorwarf, versprengte Rotarmisten und die roten Partisanen zu unterstützen.

## DAS MASSAKER VON AUDRIŅI

Gegen Ende des Jahres 1941 wurde den Einwohnern des Dorfes Audriņi im Landkreis Rēzekne (Rositten) vorgeworfen, versprengte Angehörige der Roten Armee versteckt zu haben. Daraufhin wurden alle 200 Einwohner festgenommen und die Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Dreißig Männer des Ortes wurden auf dem Marktplatz von Rēzekne (Rositten) öffentlich erschossen. Zur Abschreckung wurde diese Strafaktion publik gemacht. Die übrigen Einwohner wurden im Verborgenen umgebracht. 1965

fand in Riga ein Prozeß zum Massaker in Audriņi statt, bei dem nur drei von sechs Angeklagten anwesend waren. Die übrigen drei befanden sich im Westen und wurden in Abwesenheit verurteilt. Fünf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt. Zweien der Angeklagten wurde später im Westen der Prozeß gemacht, einer von ihnen wurde für schuldig befunden. Er starb jedoch, bevor das Urteil in Kraft trat. Der zweite wurde aus den USA ausgewiesen. Zum Ende seines Prozesses in Deutschland starb auch er. Der dritte im Westen lebende Angeklagte starb, ohne gerichtlich belangt worden zu sein.



## DIE VERHEERENDEN FOLGEN DES FREMDEN KRIEGES FÜR LETTLAND

Mit der Verkündung seiner Neutralität am 1. September 1939 war Lettland kein kriegsführendes Land im Zweiten Weltkrieg. Der lettische Staat sowie seine Bevölkerung konnten in diesem Krieg zwischen zwei totalitären Mächten, die zudem der Unabhängigkeit Lettlands feindlich gesonnen waren, nur verlieren. Doch beide Mächte zogen Bürger Lettlands zum Teil freiwillig, zum Teil durch List und Zwangsverpflichtung mit dem Argument in diesen Krieg, zum patriotischen Zweck würden sie gegen das größere Übel kämpfen. So standen Letten auf beiden Seiten der Front. In den Kurland-Schlachten während der Endphase des Krieges wurden häufig lettische Soldaten der Roten Armee gegen die Verteidigungsstellungen der Lettischen Legion in den Kampf geworfen. Nicht selten standen sich hier Vater und Sohn, Bruder und Bruder gegenüber. Es gab sogar Soldaten, die auf beiden Seiten der Front gekämpft hatten.

## PROPAGANDA UND POLITISCHE ZENSUR

Die Kommunisten wie die Nationalsozialisten bedienten sich für ihre Zwecke der Propaganda und anderer Mittel der öffentlichen Beeinflussung und Kontrolle. Mit Hilfe von Verboten und Zensurmaßnahmen schränkten sie öffentliche und künstlerische Ausdrucksformen extrem ein. Dafür sorgte eine allumfassende Kontrolle durch beide totalitären Mächte, der alle Kommunikationsmittel unterlagen: Printmedien, Rundfunk, Kino, öffentliche Reklame. Beide Regime kontrollierten auch das Umfeld künstlerischer Ausdrucksformen: das Verlagswesen, die Bibliotheken, die Theater, die Konzert- und Ausstellungsorte und alle öffentlichen Veranstaltungen.

Die kommunistische Propaganda im Jahr 1940/41 war weitreichend und erdrückend. Ihr unterlagen nicht nur die Kommunikationsmittel, sondern auch die Formen schöpferischen Schaffens. Obwohl die Möglichkeiten, sich frei zu entfalten, auch unter der autoritären Regierung von Kārlis Ulmanis eingeschränkt und die Lobpreisung seines Regimes weit verbreitet waren, so überraschte doch die kommunistische Propaganda und die Zensur mit ihrem radikalen antinationalen Einschlag, ihrer Primitivität und ihrer Unausweichlichkeit einen großen Teil der Bevölkerung Lettlands und sorgte in weiten Kreisen für Ablehnung und bissigen Spott.

Die nationalsozialistische Propaganda und ihre Kontrolle der Öffentlichkeit waren raffinierter und deshalb nachhaltiger. Obwohl die Art und Weise von Führerverehrung und Lobpreisung des Regimes an die kommunistischen Aufdringlichkeiten erinnerten, so mieden die Nationalsozialisten doch eine offene Konfrontation mit der im Volke herrschenden Stimmung, sie versuchten sie vielmehr für sich zu nutzen.

Die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten mit ihrer Hetze gegen den sogenannten „jüdischen Bolschewismus,“ die praktisch alle Juden mit Bolschewiken gleichsetzte und sofort nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen begann, führte zwar nicht zu den von den Nationalsozialisten erhofften Judenpogromen und -morden. Doch sie half das Bewußtsein von jüdischer Mitwirkung an den kommunistischen Gewalttaten zu stärken und die Teilnahme von Letten an Judenvernichtungsaktionen



Schätzungen über die Zahl der Letten, die in diesem fremden Krieg gekämpft haben oder gefallen sind, variieren sehr stark. Neueste Berechnungen gehen von insgesamt etwa 200.000 Menschen auf beiden Seiten der Front aus, was mehr als zehn Prozent der Bevölkerung Lettlands entspricht. Schätzungsweise die Hälfte ist gefallen oder gilt als vermißt. Zu den Verlusten für Lettland zählen auch zahlreiche Kriegsinvaliden, Legionäre, die in sowjetische Gefangenschaft gerieten und ihr Leben lang Repressionen ausgesetzt waren oder nach Kriegsende im Westen geblieben sind. Die schweren Verluste in diesem fremden Krieg haben die demographische Lage in Lettland verschärft und die Kolonisierung Lettlands begünstigt.

Die Folgen dieses fremden Krieges und seiner Propaganda sind bis heute im gesellschaftlichen Leben des erneuerten Lettland spürbar und werfen unbegründet negativen Schatten auf das Bild Lettlands in Welt. Für die lettischen Soldaten bestand die größte Tragödie darin, daß sie die Unabhängigkeit ihres Staates nicht in den Uniformen ihrer eigenen Armee verteidigen konnten.

zu rechtfertigen. Obwohl die Letten an diesem Verbrechen nicht kollektiv mitgewirkt haben, so war doch die langjährige Relativierung und Verdrängung dieses Verbrechens aus dem öffentlichen Bewußtsein kollektiv.

Das Propagandabild der Nationalsozialisten als Befreier nutzte sich so schnell ab wie offensichtlich wurde, daß es nicht der Realität entsprach. Als effektiver erwies sich da die in ähnliche Richtung zielende antikommunistische, antibolschewistische Propaganda, denn sie baute auf die während der sowjetischen Besatzungszeit durchgemachten Erlebnisse der Bevölkerung auf, die kurz vor dem Machtwechsel ihren Höhepunkt erreicht hatten. Mittels eines simplen Schemas – durch die Dämonisierung des Gegners und ein Appellieren an den Patriotismus – gab sie Antwort auf die in der Bevölkerung herrschende Stimmung und vorhandene Ängste, die mit Hilfe von Literatur und Kunst geschürt wurden. Aus diesem Grund ist es äußerst schwierig, die allgemeine Stimmungslage und ihre propagandistische Verstärkung, die zur Rekrutierung von Letten für das deutsche Militär und die spätere Flucht vieler Letten nach Westen beitrug, auseinanderzuhalten bzw. eine klare Grenze zwischen beiden zu ziehen.

In einem Bereich lief die nationalsozialistische Propaganda jedoch ins Leere – bei ihren Bemühungen, die westlichen Alliierten als Helfer des kommunistischen Regimes und Unterstützer seiner Gewalttaten bei der westlich orientierten lettischen Intelligenz verächtlich zu machen. Der Westen war und blieb selbst dann der einzige Hoffnungsträger, als ein konkretes Engagement und jede Hilfe für eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit ausblieb.

Auch die kommunistische Propaganda wandelte sich während des Krieges. Die brutale Unterwerfungspolitik der Nationalsozialisten in den besetzten sowjetischen Gebieten bot ausreichend Stoff für eine Dämonisierung des Gegners, welche nach Kriegsende noch durch hochgespielte Statistiken der nationalsozialistischen Untaten erweitert wurde. Gleichzeitig versuchte man die lettische Kampfmoral kurzzeitig mit nationalpatriotischen Floskeln anzustacheln. Bald jedoch setzte wieder die typische aufdringliche sowjetische patriotische Propaganda ein sowie ein schonungsloser Propagandafeldzug gegen den „bourgeois Nationalismus.“

„NEIN, DANKE!“:

## DER NATIONALE WIDERSTAND

**Der nationale Widerstand, der bereits nach der sowjetischen Besetzung begonnen hatte, setzte sich auch unter der nationalsozialistischen Besetzung fort. Die nationalen Widerstandsgruppen traten – sehr stark auch in ihren Untergrundpublikationen – mehrheitlich für die Wiederherstellung des unabhängigen demokratischen Staates ein. Viele Letten sahen unter den Umständen des totalen Krieges in der Erhaltung der Überlebenschancen der Bevölkerung ihr wichtigstes Ziel.**

Nicht alle Widerstandsgruppen und ihre Untergrundschriften sind bekannt, doch bewegte sich ihre Zahl um einige dutzend. Nach dem Krieg wurde in Deutschland ein Verband der Mitglieder der lettischen Widerstandsbewegung gegründet, dem dreizehn unter deutscher Besatzung agierende Widerstandsorganisationen angehörten.

Hervorzuheben ist die Gründung des Lettischen Zentralrats (*Latvijas Centrālā padome*) im Jahre 1943. Der LCP war eine Untergrundorganisation und verfolgte das Ziel, den demokratischen Staat Lettland wiederherzustellen. Den Kern der Organisation bildeten vier Vertreter ehemaliger Parteien und Fraktionen der Saeima. Einer der Initiatoren und gleichzeitig der Vorsitzende des LCP war Konstantīns Čakste, der Sohn des ersten Präsidenten des freien Lettland Jānis Čakste.

Der LCP und viele andere Gruppen des Widerstandes orientierten sich in Richtung westlicher Demokratien und hofften auf den Sieg der Alliierten und ihre Unterstützung für eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands. Grund für diese Hoffnung gaben ihnen die Nichtanerkennung

der Inkorporation Lettlands (1940), die Atlantik-Charta (1941) und die Deklaration der Vereinten Nationen (1942). Im Jahre 1944 kam es mit Unterstützung des LCP zur Verabschiedung eines Memorandums durch 190 Vertreter der lettischen Intelligenz, die die Wiederherstellung der Republik Lettland auf der Grundlage der Verfassung von 1922 einforderten. Der LCP schickte regelmäßig Nachrichten über die Lage in Lettland an die lettischen Botschafter im Ausland und kooperierte mit den westlichen Nachrichtendiensten. Darüber hinaus stand er in Verbindung mit dem militärischen Verband von General Jānis Kurelis, den man in der Hoffnung auf Hilfe aus dem Westen zum Kern einer Armee des unabhängigen Lettland formieren wollte.

Die Mitglieder der Untergrundbewegung wurden von den nationalsozialistischen Besatzungsbehörden verfolgt. Der SD baute eine besondere lettische Abteilung zur Informationsbeschaffung auf, die eine sogenannte „lettische Kartei“ mit den Namen von etwa 23.000 kommunistischen Sympathisanten und anderen unliebsamen Personenkreisen erstellte. Die Verhafteten wurden zunächst nach Salaspils (Kurtenhof) und dann in die Konzentrationslager von Stutthof, Dachau, Buchenwald und Neuengamme verschleppt. Die genaue Zahl der in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftierten und umgekommenen Bürger Lettlands konnte bis heute nicht genau ermittelt werden. Schätzungen gehen von bis zu 20.000 Menschen aus.

Der kommunistische Untergrund unterstützte den nationalen Widerstand nicht, lehnte diesen ab und bekämpfte ihn. Nach der Rückkehr des Sowjetregimes wurden viele Mitglieder der nationalen Widerstandsbewegung verhaftet.

### KONSTANTĪNS ČAKSTE (1901–1945)

Konstantīns Čakste, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Lettland, war der Sohn des ersten Staatspräsidenten Lettlands, Jānis Čakste. Er war Initiator und seit 1943 Vorsitzender des Lettischen Zentralrates. Im Herbst 1944 wurde Čakste von den Nazis verhaftet und ins Konzentrationslager Stutthof verschleppt. Er kam am 21. Februar 1945 auf dem Todesmarsch der Lagerinsassen um.



Konstantīns Čakste.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 12

Der Blick auf den Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung aus kommunistischer Perspektive ist nachzulesen in der *Geschichte der Lettischen SSR*: „Einen wichtigen Platz in der Propaganda der Kommunistischen Partei nahm die Entlarvung der lettischen bourgeoisen Nationalisten ein. Im Jahr 1943 begannen sie unter anderem verstärkt die sogenannte Neutralitätstheorie zu propagieren und vorzugaukeln, daß es ebenso sinnlos wäre, die Besatzer zu unterstützen, wie diejenigen, die aktiv gegen sie kämpften, und daß es vielmehr darum gehe, Kräfte für den Kampf um ein ‚unabhängiges‘ Lettland zu sammeln, für die Zeit, wenn Hitlerdeutschland zerschlagen und die Sowjetunion vom Krieg geschwächt wäre. [...] Bei ihren Intrigen setzten die Nationalisten auf die Unterstützung durch reaktionäre Kräfte in den USA und England – Unterstützung, die sie seinerzeit im Jahre 1919 von dort erhalten hatten.“ (Band 2, S. 192) „Die Partisanen und antifaschistischen Untergrundkämpfer hatten nicht nur gegen die deutschen faschistischen Eindringlinge zu kämpfen, sondern auch gegen die lettische Bourgeoisie als Klasse, die sich mit Unterstützung der Okkupanten politisch und wirtschaftlich konsolidiert hatte und nun mit aller Macht versuchte, die kapitalistische Ordnung und ihre einstigen Positionen wiederzuerlangen.“ (Band 2, S. 196)



Feierliches Gelöbnis des Kurelis-Verbandes in Kurland.



General Jānis Kurelis.

## DER MILITÄRISCHE VERBAND VON GENERAL KURELIS

Als der Ausgang des Krieges bereits absehbar war, bildeten General Jānis Kurelis und sein Stabskommandeur Hauptmann Kristaps Upelnieks Ende Juli/Anfang August 1944 mit Zustimmung der Deutschen eine gesonderte Militärformation, die zunächst vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der *Aizsargi*-Organisation bestand. Die Deutschen hatten für diesen Militärverband zwei Hauptaufgaben vorgesehen – die Verteidigung eines Teils der Dünalinie und den Aufbau von Partisanenverbänden hinter den Linien der Roten Armee. Im September wurde der Verband von Kurelis in den Wäldern nahe des Usma-Sees in Kurland stationiert.

Von Anfang an verfolgte die Kurelis-Gruppe eigene Absichten: Sie stand in Verbindung mit dem Lettischen Zentralrat und war darum bemüht, den Kern einer Armee des unabhängigen Lettland zu formieren. In der Hoffnung auf eine absehbare Unterstützung aus dem Westen sammelten sich etwa 3.000 ehemalige *Aizsargi* und desertierte Legionäre um Kurelis. Als der Kurelis-Verband der deutschen Kontrolle zu entgleiten drohte, wurden die wichtigsten Mitglieder seines Kommandostabes von SD-Einheiten verhaftet. Acht Stabsoffiziere, darunter Hauptmann Upelnieks, der ideologische Organisator der Gruppe, wurden zum Tode verurteilt und am 20. November 1944 erschossen. General Kurelis ließ man am Leben: Er wurde General Bangerskis übergeben. Die verhafteten Mitglieder der Kurelis-Gruppe wurden in Konzentrationslager gebracht.

Ein von Leutnant Roberts Rubenis angeführtes separates Bataillon des Kurelis-Verbandes ergab sich nicht kampfflos, war aber nach schweren Gefechten gezwungen sich aufzulösen. Als Vergeltung für die durch das Bataillon von Rubenis erlittenen eigenen Verluste brannte ein deutsches Strafkommando in der Nähe der Landgemeinde Zlēkas bei Ventspils mehrere Wirtschaften nieder und brachte etwa 150 Zivilisten um. Nach dem Krieg richtete das sowjetische Besatzungsregime eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die hier ermordeten „sowjetischen Patrioten“ auf.

## DIE HOFFNUNG STIRBT ZULETZT: ENTTÄUSCHTES VERTRAUEN AUF HILFE AUS VOM WESTEN

**Der Lettische Zentralrat und viele Bürger Lettlands glaubten im Vertrauen auf die erklärten Prinzipien der westlichen Alliierten, daß diese eine erneute sowjetische Okkupation nicht zulassen und sich nach Kriegsende für eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten einsetzen würden. Dieses Vertrauen wurde durch die realpolitischen Erwägungen der Alliierten enttäuscht.**

Die Atlantik-Charta (1941) und die Deklaration der Vereinten Nationen (1942) formulierten die Prinzipien, nach denen jedes Volk das Recht hat, über seine Staatsform und mögliche territoriale Veränderungen selbst zu bestimmen. Der Botschafter Lettlands in den USA, Alfreds Bīlmanis, wandte sich wiederholt an die US-Regierung in der Überzeugung, daß sie ihre in der Atlantik-Charta deklarierten Prinzipien auch auf Lettland beziehen werde. Der Lettische Zentralrat lieferte über Schweden den westlichen Alliierten wichtige Informationen über die Aktionen der Nationalsozialisten im besetzten Lettland wie die Judenvernichtung und die Zwangsmobilisierung sowie über die Stimmung in der Bevölkerung.

Doch die USA und Großbritannien akzeptierten mit Rücksicht auf ihren sowjetischen Verbündeten auf den Konferenzen von Teheran (1943) und Jalta (1945) die Hegemonie der UdSSR im Baltikum, ohne die Einverleibung Lettlands in die Sowjetunion *de jure* anzuerkennen.

Im Wissen um die in der Bevölkerung in Lettland herrschende Stimmung zögerte die Propaganda nicht, die unentschlossene Politik der westlichen Alliierten zu nutzen und das nationalsozialistische Deutschland als den einzigen wirklichen Freund Lettlands hinzustellen.

Trotz der großen Enttäuschung über die ausbleibende westliche Unterstützung hegten nationale Widerstandsgruppen in Lettland und im Exil lebende Letten noch lange nach Kriegende die Hoffnung auf ein Eingreifen des Westens in Osteuropa.



Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Konferenz von Teheran 1943.

## UNTER LETTISCHER FLAGGE IM DIENSTE DER USA UND GROSSBRITANNIENS

Bei der Besetzung Lettlands im Jahr 1940 befanden sich mehrere lettische Handelsschiffe in ausländischen Häfen und ignorierten die Anweisung der Okkupationsregierung, nach Lettland zurückzukehren. Acht Schiffe mit lettischer Besatzung, die sich seinerzeit in Häfen der USA befanden, fuhren auch weiterhin unter lettischer Flagge und transportierten kriegswichtige Güter für die westlichen Alliierten. Sechs Schiffe wurden schon 1942 von deutschen und italienischen U-Booten versenkt. Dabei kamen die meisten Seeleute ums Leben. Den Krieg überstand nur ein einziges Schiff. Über fünf lettische Schiffe verfügte Großbritannien, von denen drei heil durch den Krieg kamen. Sie fuhren unter britischer Flagge.

## WINSTON CHURCHILL SPRICHT VON EINEM „EISERNEN VORHANG“

Im Westen begann man die sowjetische Aggressionspolitik allmählich zu begreifen, als der britische Kriegspremier Winston Churchill am 5. März 1946 in Fulton, im US-Staat Missouri, in seiner berühmten Rede von einem „Eisernen Vorhang“ sprach und erklärte: „Das ist sicher nicht das befreite Europa für dessen Aufbau wir gekämpft haben.“ Auf diese Rede und den westlichen Widerstand gegen die sowjetische Expansionspolitik – die spätere Doktrin der Eindämmung von US-Präsident Harry S. Truman –, die Luftbrücke während der Berlin-Blockade und auf den Korea-Krieg bezogen sich viele nationale Partisanen und die Schriften anderer Widerstandsgruppen in der Hoffnung auf den Ausbruch eines Befreiungskrieges gegen die UdSSR.



„Kegums“ (ehemals „Everests“) – eines von zwei der acht lettischen Schiffe in den Diensten der USA, das den Krieg überlebte. Foto vom 11. Dezember 1941.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 13

Über die Flüchtlingsströme schreibt die *Geschichte der Lettischen SSR*: „Einzig die hitlerischen Mitläufer freuten sich nicht über das Vorrücken der Roten Armee auf das Territorium der Lettischen SSR. Während sie sich auf ihre Flucht mit den zurückweichenden deutschen faschistischen Truppen vorbereiteten, verängstigten sie durch eine haßerfüllte antisowjetische Agitation die Bevölkerung. Durch die niederträchtige Propaganda der deutschen Faschisten und der lettischen bourgeois Nationalisten kam es bei einem Teil

der Bevölkerung zu falschen Vorstellungen von der Politik der Sowjetmacht gegenüber dem lettischen Volk. Deshalb kehrten im Sommer 1944 und Frühjahr 1945 viele Letten ihrer Heimat den Rücken, um sich auf den Weg in die Fremde zu begeben. Anfangs vegetierten sie in Lagern für ‚Displaced Persons‘ in Deutschland, später verstreuten sie sich auf der Suche nach einem Auskommen in zahlreiche Staaten der Welt. Doch ein beträchtlicher Teil von ihnen hat früher oder später begriffen, daß er einen Fehler begangen hatte und kehrte in die Heimat zurück.“ (Band 2, S. 209) „Etwa 280.000 Menschen wurden mit Gewalt und List der Heimat entrissen.“ (Band 2, S. 217)

## WOHIN, WIE, WARUM UND WIE LANGE? DIE BEVÖLKERUNG LETTLANDS AUF DER FLUCHT DURCH DAS EIGENE LAND UND IN DIE FERNE

**Das Näherrücken der Front im Sommer 1944, die von den Nationalsozialisten geplante Evakuierung und die dadurch geschürten Ängste vor dem kommunistischen Terror zwangen mehrere zehntausend Einwohner Lettlands, ihr Heim zu verlassen und sich auf die Flucht nach Westlettland und nach Deutschland zu begeben. Die meisten vertrauten darauf, daß die westlichen Alliierten eine langjährige Okkupation Lettlands durch die Sowjetunion nicht zulassen würden und sie nach Kriegsende heimkehren könnten.**

Die Eröffnung der zweiten Front im Juni 1944 in Frankreich begünstigte die Sommeroffensive der Roten Armee. Bereits im Juli 1944 hatte sie die Grenzen Lettlands erreicht und stieß in Litauen fast bis zur Ostsee vor. Es gelang ihr, von Süden her westlich von Riga bis zur Rigaer Bucht durchzubrechen und so Lettland zeitweise in zwei Teile aufzuspalten. Das Näherrücken der Front löste einen Flüchtlingsstrom gen Westen aus.

Unter diesen Umständen entschlossen sich die deutschen Behörden zur Evakuierung der Flüchtlinge nach Deutschland und in die deutsch besetzten Gebiete. Zu diesem Zweck wurden geheime Listen mit unterschiedlichen zu evakuierenden Personenkreisen erstellt. Als Hauptgrund für eine Evakuierung wurde die zur Stärkung der Kampfmoral der lettischen Soldaten notwendige Rettung ihrer Angehörigen und Landsleute vor den Bolschewiken angegeben. In Wirklichkeit ging es wohl eher darum, dem Gegner möglichst wenige Menschen zu überlassen und mit ihnen das geschwächte deutsche Arbeitskräftepotential aufzufüllen. Ein Teil der Einwohner wurde zwangsweise nach Deutschland gebracht, als die deutschen Machthaber die lettische Industrie auszulagern begannen und hochqualifizierte Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie nach Deutschland schickten.



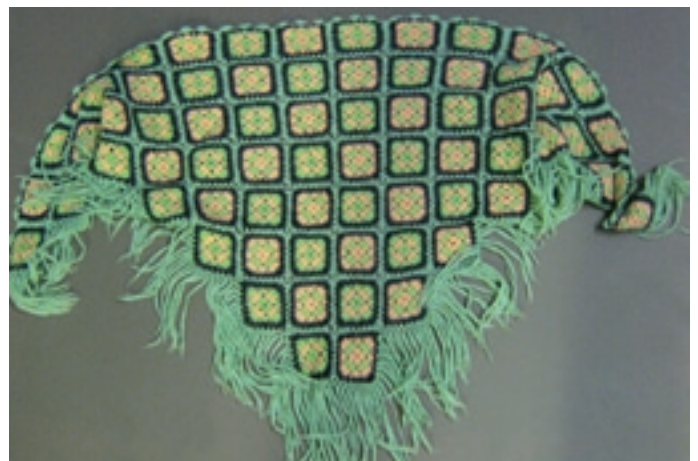
Wagen mit Flüchtlingen und Vieh vor dem Rigaer Freiheitsdenkmal im Sommer 1944.

Etwa 150.000 Menschen verließen in der Endphase des Krieges Lettland in der Hoffnung auf baldige Rückkehr, darunter viele hochgebildete Menschen, die Elite der Nation, Personenkreise, die in den deutschen Evakuierungsplänen einen Platz hatten: Lehrkräfte von Schulen und Universitäten, Schriftsteller, Ärzte, Ingenieure, Politiker und Beamte, die sich vom Terror und den Repressionen des sowjetischen Regimes am meisten bedroht fühlten. Trotz des Verbots riskierten etwa 5.000 Menschen die Flucht über die gefährliche Ostsee nach Schweden – in selbstbeschafften oder vom Lettischen Zentralrat organisierten Fischerbooten.

Schätzungsweise 200.000 Einwohner Lettlands hatten bis zum Kriegsende das Land verlassen, waren in Deutschland, Schweden oder in anderen bis dahin deutsch besetzten Gebieten, unter ihnen Flüchtlinge, Angehörige der Lettischen Legion, verschleppte Zwangsarbeiter und Häftlinge von Konzentrationslagern. Ein Teil war durch Kriegshandlungen und in den Konzentrationslagern umgekommen, ein anderer Teil in sowjetische Gefangenschaft geraten. Ein Teil wurde aus den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten nach Lettland zurückgeschickt. Etwa 120.000 Menschen ignorierten den sowjetischen Aufruf zur Rückkehr und blieben im Westen.



Fischerboot „Centība“ (Fleiß) mit Flüchtlingen aus Kurland auf dem Weg nach Gotland am 11. November 1944, am Bug die Staatsflagge Lettlands. Mit diesem Boot gelangten 105 Menschen nach Schweden.



Das Kopftuch von Zigrīda Šēre (jetzt: Kalna), das sie während der Überfahrt nach Schweden trug (vorne Bild links).

# GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH NICHT: VERHEERENDES KRIEGSENDE FÜR LETTLAND

**Der Krieg endete mit verheerendem Leid für Lettland und seine Bevölkerung. Das Kriegsende hatte keine Wiederherstellung der Unabhängigkeit oder den Beginn eines neuen Lebens in einem freien Staat gebracht, sondern die Rückkehr zum Terror der totalitären kommunistischen Machthaber.**

Mit dem Vorrücken der Roten Armee auf lettisches Territorium im Sommer 1944 wurden die deutschen Behörden immer unnachsichtiger gegenüber den Einwohnern Lettlands. Diese wurden in den Militär- oder Arbeitsdienst einberufen. Wer sich drückte oder desertierte wurde hart bestraft. Die von den Deutschen dazu aufgeforderte Landesselbstverwaltung befahl der lettischen Jugendorganisation, Jugendliche des Jahrgangs 1927 zum Luftwaffenhelferdienst heranzuziehen.

Nachdem Riga am 13. Oktober 1944 von der Roten Armee eingenommen worden war, verschanzten sich die deutschen Truppen mit der 19. Division der Lettischen Legion in Kurland. Hier befanden sich 230.000 Einwohner und mehr als 150.000 Flüchtlinge.

Bis zur Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland hielt das eingeschlossene Kurland sechs schweren Offensiven der Roten Armee stand. Etwa 3.500 lettische Legionäre fielen dabei, etwa 14.000 gingen nach der Kapitulation zusammen mit etwa 150.000 Soldaten der deutschen Wehrmacht in Gefangenschaft.

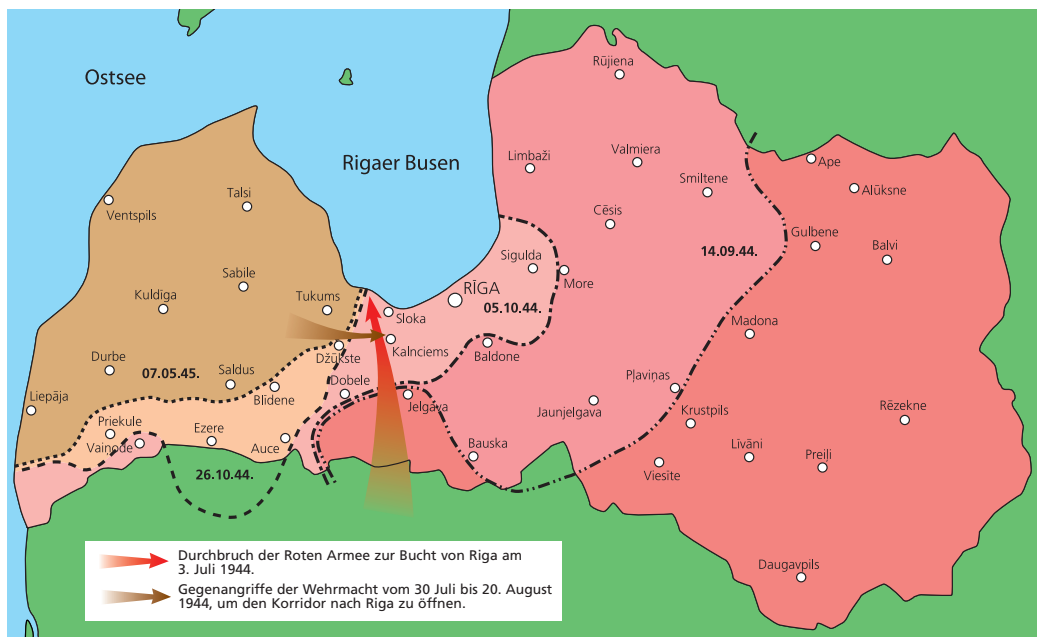
Der überwiegende Teil der lettischen Soldaten, darunter die 15. Division, kämpfte zur gleichen Zeit außerhalb Lettlands und erlitt bei den Großoffensiven der Roten Armee in Polen und im Ostteil Deutschlands schwere Verluste. Etwa 20.000 lettische Soldaten kamen bei Kriegsende in Westdeutschland in Gefangenschaft.



Proklamation des Lettischen Nationalkomitees am 19. März 1945 in Liepāja (Libau).

In den letzten Kriegstagen „erlaubte“ die Naziführung den Letten, ähnlich wie anderen Völkern, in einem letzten Akt des Entgegenkommens eine vorläufige Regierung zu bilden. Ein Nationalrat von Lettland kam am 20. Februar 1945 in Potsdam zusammen und bildete ein Lettisches Nationalkomitee. Diese Regierung durfte aber zu keinem Zeitpunkt die Aufgaben einer Regierung wahrnehmen. Rūdolfs Bangerskis, der Generalinspektor der Lettischen Legion, übernahm die Leitung des Nationalkomitees. Bei seiner Ansprache in Liepāja (Libau) stellte er Parallelen zwischen seiner Mission und dem Beginn der lettischen Freiheitskämpfe im Jahre 1919 her. Doch die Geschichte wiederholte sich nicht.

Wie schon am Ende des Ersten Weltkrieges und nach den Freiheitskämpfen im Jahre 1920 war auch 1945 ein großer Teil des Landes zerstört, zahlreiche seiner Bewohner umgebracht oder auf die Welt verstreut worden. Fast ein Drittel der Vorkriegsbevölkerung fehlte 1945 in Lettland, viele kehrten nie zurück. Doch anders als 1920 war Lettland nicht frei, und die kommenden Heimsuchungen hatten gerade erst begonnen.



Frontlage auf dem Territorium Lettlands von Juli 1944 bis zum Kriegsende am 9. Mai 1945.



## BEVÖLKERUNGSVERLUST LETTLANDS 1939–1945

Von den rund 2 Millionen vor dem Zweiten Weltkrieg in Lettland lebenden Einwohnern waren bei Kriegsende nur etwa 1,4 Millionen geblieben. Verglichen mit den Verlusten der beiden auf lettischem Territorium Krieg führenden Mächte fällt dieser relative Verlust mit etwa 30 Prozent viel schwerer ins Gewicht. In Zeiten von Krieg und Wirren ist es fast unmöglich, genaue Statistiken zu erstellen. Zahlen aus verschiedenen Quellen weichen häufig stark voneinander ab. In der vorliegenden Tabelle wurde versucht, möglichst neueste Forschungsergebnisse einzubeziehen, ohne den Anspruch auf Endgültigkeit zu erheben. Doch auch diese Quellen können nicht immer klare Antworten geben. In der Statistik nicht berücksichtigt sind Menschen, die nach dem Krieg nach Lettland zurückgekehrt, von den sowjetischen

Besatzern verurteilt und deportiert worden oder beim Kampf der nationalen Partisanen gegen die Sowjetmacht umgekommen sind. Ebenfalls nicht eingeflossen sind Berechnungen von sogenannten potentiellen Verlusten, das heißt, die Zahl der potentiell nicht geborenen Kinder. Die durch den Krieg und die Okkupationen verursachten Verluste, besonders aufgrund der im Krieg gefallenen jungen Männer, deren Zahl gerade im Falle Lettlands sehr hoch war, beeinflussen bis heute die demographische Situation im wiederhergestellten Staat Lettland.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 14

Die Verdienste um den Sieg im Zweiten Weltkrieg beschreibt die *Geschichte der Lettischen SSR* wie folgt: „Obwohl zahlreiche Länder einer antifaschistischen Koalition am Krieg gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten teilgenommen haben, so kam doch der Sowjetunion die entscheidende Rolle bei der Zerschlagung des Blocks faschistischer Staaten zu. [...] Eine der Grundvoraussetzungen für den Sieg des Sowjetlandes im Kriege lag in der Gesellschafts- und Staatsordnung der UdSSR, die es ermöglichte, die notwendigen Kräfte und Mittel für den bewaffneten Kampf gegen jeden imperialistischen Aggressor zu mobilisieren. [...] Der Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg bewies der ganzen Welt die Überlegenheit des sozialistischen Systems, seine Lebensfähigkeit und die unbesiegbare Idee des Marxismus-Leninismus. [...] Während des Krieges entfaltete sich die moralische politische Größe der sozialistischen Länder in vollem Ausmaß. Keine Herausforderung im Kampf gegen die Eindringlinge, keine kriegsbedingte Schwierigkeit konnte die Geschlossenheit des Volkes und seine Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung erschüttern.“ (Band 2, S. 215)

1939–1941	Umgesiedelte Deutschbalten	50.000
1940–1941	Während der 1. sowjetischen Besatzung verhaftet, deportiert, umgebracht	25.000
1941	In die UdSSR geflüchtete Zivilisten und Militärangehörige	50.000
1941	Von den Nazis ermordete Opfer des Holocaust	70.000
1941–1945	Andere Opfer der Nazis und nach Westen evakuierte Häftlinge von Konzentrationslagern	20.000
1941–1945	Zum Arbeitsdienst in Deutschland zwangsverpflichtet	20.000
1944	Verluste infolge des 1944 erfolgten Anschlusses des Abrene-Gebietes an die Russische Föderation	35.000
1944–1945	Nach Deutschland und Schweden geflüchtet	150.000
1941–1945	Im Krieg gefallen oder vermißt, Zivilisten eingeschlossen	120.000
1944–1945	Von den Sowjets verhaftet, deportiert, in „Filtrationslager“ gebracht, ermordet	20.000
1945	Lettische Militärangehörige in Kriegsgefangenschaft bei den Westalliierten	20.000
<b>Insgesamt:</b>		<b>580.000</b>
Einwohnerzahl Lettlands 1939		etwa 2.000.000
<b>Relativer Verlust</b>		<b>29%</b>

Gräber lettischer Legionäre bei Lestene (Kurland) 1945.



# ZWEITE SOWJETISCHE OKKUPATION: DER STALINISTISCHE TERROR

# 1944–1953

Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Lettland • Militärische Besetzung Lettlands durch die Sowjetunion • Lettische Legionäre im Westen • Lettische Flüchtlinge in Westeuropa • Die westliche Politik der Nichtanerkennung und Nichteinmischung • Nationale Widerstandskämpfe der „Waldbrüder“ • Sowjetisierung und Proletarisierung auf dem Lande • 25. März 1949: Beginn der zweiten Massendeportation • Intensive Kolchosgründungen • Gewaltloser Widerstand • Die Kolonisierung Lettlands beginnt • Die Vereinnahmung der lettischen Sprache und Literatur • Kunst und Musik am Zügel der Ideologie • Einführung des sowjetischen Bildungssystems • Unterdrückung der Religion • Vom Personenkult zur kollektiven Führungsspitze



17.07.1945: Beginn der Potsdamer Konferenz. • 06.08.1945: Abwurf der Atombombe auf Hiroshima. • 02.09.1945: Kapitulation Japans. • 20.11.1945: Beginn der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. • 05.03.1946: Winston Churchill spricht in Fulton (USA) von einem „Eisernen Vorhang.“ • 12.03.1947: US-Präsident Harry S Truman verkündet die sogenannte Truman-Doktrin zur Eindämmung des Kommunismus. • 05.06.1947: US-Außenminister George Marshall kündigt ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm für Europa an – den sogenannten „Marshallplan.“ • 05.10.1947: Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform). • 20.02.1948: Der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš sieht sich gezwungen, eine neue Regierung mit kommunistischer Mehrheit zu bilden. • 14.05.1948: Der Jüdische Nationalrat verkündet die Gründung des Staates Israel. • 24.06.1948–30.09.1949: Berlin-Blockade durch die UdSSR – Luftbrücke der Westalliierten. • 04.04.1949: Gründung der Nordatlantischen Allianz (NATO). • 05.05.1949: Bildung des Europarates, dessen Statuten von 10 Staaten verabschiedet werden. • 23.05.1949: Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone. • 07.10.1949: Gründung der kommunistisch orientierten Deutschen Demokratischen Republik in der sowjetischen Besatzungszone. • 08.03.1950: Die Sowjetunion verkündet, im Besitz von Atomwaffen zu sein. • 25.06.1950: Überfall des kommunistischen Nordkorea auf Südkorea – Beginn des Koreakrieges. • 04.11.1952: Wahl General Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten der USA. • 05.03.1953: Tod Stalins.

Das Nachkriegseuropa mit dem Eisernen Vorhang.

## GRABESFRIEDEN: ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN LETTLAND

Das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 brachte Europa Frieden. In Lettland endete damit zwar das Kriegeleid, aber für den überwiegenden Teil der Bevölkerung bedeutete es eine Fortsetzung der sowjetischen Okkupation und des kommunistischen Terrors. Menschen wurden für eine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Besatzern, ja schon für ihre bloße Anwesenheit im deutsch besetzten Lettland, verhaftet, angeklagt oder als „Faschisten“ und „Heimatverräter“ beschimpft.

Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland und dem Sieg der Alliierten. In der Sowjetunion fanden die Siegesfeiern am 9. Mai statt. Doch der lettische Staat und seine Bevölkerung hatte nichts zu feiern – bedeutete doch das Kriegsende nicht die Wiederherstellung der Unabhängigkeit, sondern bereits den zweiten Wechsel der Besatzungsmacht.

Abgesehen vom deutsch besetzten Teil Kurlands hatte die Sowjetisierung und die Repressionspolitik der Sowjetmacht auf lettischem Territorium unverzüglich nach dem Eintreffen der Roten Armee Mitte 1944 eingesetzt. Den Fronttruppen folgten Einheiten des NKGB – ab 1946 MGB (Ministerium für Staatssicherheit) – sowie des Armeespionageabwehrdienstes *Smersch* (russ. „Tod den Spionen“), die im Laufe von knapp sechs Monaten 23.300 Zivilisten verhafteten; viele von ihnen verschwanden spurlos.

Die meisten wurden nach Paragraph 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation als „Lakaien, Handlanger, Polizisten, Spione bzw. Spionageabwehragenten der Deutschen“ oder als „Heimatverräter“ bestraft.

## MIT WAFFENGEWALT: DIE MILITÄRISCHE BESETZUNG LETTLANDS DURCH DIE SOWJETUNION

**Die gesamte sowjetische Besatzungszeit hindurch waren in Lettland große sowjetische Truppenkontingente mit zahlreichen Militärbehörden und -stützpunkten stationiert, die die zivile Okkupation absicherten und damit der kommunistischen Regierung und ihren Unterstützern ermöglichten, Terror und andere Unterdrückungsmethoden gegen die Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen. Viele Repressionsmaßnahmen wie die Massendepортationen fanden unter direkter Beteiligung der Streitkräfte statt.**

Bereits 1940 hatten die sowjetischen Streitkräfte Lettland zu ihrem Hauptstützpunkt im Baltikum erwählt. Im Juni 1945 wurde Riga erneut Sitz des Stabs des Baltischen Militärbezirks sowie der sowjetischen „Baltischen Flotte“, der militärischen Spionageabwehr und anderer Kommandostäbe.

Die Bedürfnisse der Bevölkerung hatten während der Okkupation hinter denen der Roten Armee zurückzustehen. Große Land- und Wohnflächen gerieten in den Besitz der



Bei der Entlassung aus dem Filtrationslager: „Du hast den Löffel vergessen ...“, Zeichnung aus dem Tagebuch des ehemaligen Legionärs Juris Barkāns (1924–1975).

Insgesamt etwa 90.000 Kriegsgefangene und viele Zivilisten, darunter vor allem männliche Personen über 16 Jahren, wurden zur Überprüfung in sogenannten Filtrationslagern in Lettland und in der Sowjetunion interniert. Bei seiner Entlassung aus einem solchen Lager mußte jeder Häftling durch Unterschrift bestätigen, daß er „keine Ansprüche gegenüber der Lagerverwaltung geltend macht“ und über das im Lager Gesehene und Erlebte Stillschweigen bewahren wird. Um einen Ausweis oder andere Personaldokumente zu erhalten, mußten die Entlassenen bei der NKGB- bzw. MGB-Abteilung ihres Wohnortes vorsprechen und sich in einer Kartei registrieren lassen, wobei sie nochmals verhört, oftmals erpreßt und als Informanten geworben wurden. 1947 befanden sich 28.813 Einwohner Lettlands, über deren Schicksal noch nicht entschieden war, in sowjetischen Filtrationslagern.

Armee. Bis 1953 übernahm die Rote Armee annähernd 2.000 km<sup>2</sup> Grund und Boden (über 3% der Landfläche Lettlands), auf denen nach der Umsiedlung der Bewohner Flugplätze, Manövergelände und Munitionslager eingerichtet wurden. Bereits 1945 wurden in Lettland 21 Militärflugplätze angelegt. Mehrere militärische Hochschulen und Bildungseinrichtungen wurden in Riga eröffnet. Im Herbst 1945 nahmen militärische Einrichtungen 27% der gesamten Wohnfläche der Stadt ein (9.779 Wohnungen in 495 Gebäuden). 10% der Wohnflächen von Neubauten waren der Roten Armee vorbehalten. Später wurden an verschiedenen Orten Raketenstützpunkte und in Skrunda eine Radaranlage für strategische Raketen errichtet.

Viele sowjetische Offiziere aus anderen Teilen der UdSSR nutzten die Gelegenheit, sich nach ihrer Pensionierung in Lettland niederzulassen. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1991 lebten etwa 22.000 sowjetische Militärpensionäre mit ihren Familienangehörigen in Lettland.

Als 1994 schließlich die nun bereits russische Armee Lettland verließ, waren viele verlassene Militärgelände schwer verseucht und wegen zurückgebliebener Munition hochgefährlich.

## DIE ANGLIEDERUNG VON ABRENE AN RUSSLAND

Noch vor Ende des Krieges, am 6. Oktober 1944, bestätigten die Deputierten des Obersten Sowjets der Lettischen SSR in Daugavpils – einer entsprechenden Weisung Moskaus nachkommend – die Angliederung der Stadt Abrene sowie sechs umliegender Gemeinden an die Russische SFSR. Es handelte sich um insgesamt 1.201,76 km<sup>2</sup> lettischen Territoriums mit rund 35.000 Einwohnern.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit entwickelte sich die Frage der an Rußland angegliederten Stadt Abrene (russ. Pytalowo) und der umliegenden Gemeinden zu einem brisanten politischen und konstitutionellen Problem. Obwohl die Bevölkerung des Territoriums in den vergangenen, mehr als 50 Jahren vollständig russifiziert wurde, nicht zuletzt durch eine im Jahre 1951 durchgeführte Massendeportation, stand nach Ansicht nationalkonservativer lettischer Politiker und eines Teils der Gesellschaft die Zugehörigkeit des Gebietes zu Lettland außer Frage. Selbst eine Überlassung des Gebietes an Rußland *de facto* war für sie nicht annehmbar. Das damalige Parlament Lettlands, der Oberste Sowjet, erklärte im Jahr 1992 die Annexion von Abrene für ungültig. Verfassungsrechtler warnten, die Abtrennung von Abrene stehe möglicherweise im Widerspruch zur territorialen Integrität, von der in Artikel 3 der 1922 verabschiedeten und 1990 wieder in Kraft gesetzten lettischen Verfassung die Rede ist: „Lettlands Staatsgebiet bilden Vidzeme, Latgale, Kurzeme und Zemgale in den durch internationale Verträge festgesetzten Grenzen.“ Im Friedensvertrag zwischen Lettland und Sowjetrußland vom 11. August 1920 war Abrene Teil des lettischen Territoriums. Damit könnte eine Anerkennung der gesetzwidrigen Annexion von Abrene auch das Rechtsnachfolgeprinzip des wiederhergestellten Staates bedrohen und einer Anerkennung der Okkupation als Fakt im Wege stehen.

Doch die nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit erfolgte tatsächliche Grenzziehung beließ das annektierte Territorium bei Rußland, ohne jede Hoffnung auf Rückgabe. Ein Großteil der Gesellschaft sah dafür auch keine Veranlassung.



Mit der Paraphierung des Grenzvertrages im Jahre 1997 überließ die lettische Regierung Abrene Rußland. Der Vertrag kam erst im Jahr 2005 wieder auf die Tagesordnung, als man Lettland vorschlug, den Vertrag um eine in der internationalen Praxis übliche einseitige Erklärung ergänzt zu unterzeichnen: „Lettland verbindet mit diesem Vertrag nicht den breiten Fragenkomplex um die Beseitigung der Folgen der gesetzwidrigen Okkupation Lettlands, und [dieser Vertrag] berührt, mindert und beraubt den lettischen Staat und seine Bürger nicht der im Völkerrecht, darunter im Friedensvertrag zwischen Lettland und Rußland vom 11. August 1920, [...] verankerten Rechte und rechtlichen Ansprüche.“ Rußland lehnte die Unterzeichnung des um die einseitige Erklärung ergänzten Vertrages ab, denn nach dem offiziellen russischen Standpunkt, steht die gegenwärtige Republik Lettland nicht in der Rechtsnachfolge der Vorkriegsrepublik. Darüber hinaus verneint Rußland den Fakt der Okkupation Lettlands als solchen. Im Jahr 2007 wurde der Grenzvertrag ohne die einseitige Erklärung unterzeichnet und ratifiziert. Das lettische Verfassungsgericht bestätigte später die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages. Patriotische Organisationen und Teile der lettischen Gesellschaft verurteilen den Vertrag nach wie vor als Rechtsbruch.



Straße in Abrene 1938/39.

## SIEGER DES VERLORENEN KRIEGES: LETTISCHE LEGIONÄRE IM WESTEN



Lettische Legionäre in britischer Gefangenschaft in Zedelgem, Belgien.

**Die alliierte Kriegsgefangenschaft bewahrte zahlreiche lettische Soldaten, die im deutschen Militär gestanden hatten, vor sowjetischer Verfolgung. Die ehemaligen Legionäre bildeten einen beträchtlichen Teil der lettischen Exilgesellschaft. Ganz anders erging es denjenigen, die freiwillig nach Lettland zurückkehrten oder auf sowjetischen Druck hin von der schwedischen Regierung an die Sowjetunion ausgeliefert wurden.**

Mit der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland begaben sich etwa 20.000 lettische Soldaten in Gefangenschaft der westlichen Alliierten, zumeist der Briten und Amerikaner. Nach Kenntnisnahme der durch lettische Organisationen vorgelegten Informationen und Dokumente erklärten die Alliierten, daß die lettischen Legionäre als Bürger des unabhängigen Lettland zu betrachten seien, die gesetzwidrig als Frontsoldaten mobilisiert worden sind. Deshalb wurden sie trotz des Protests der UdSSR aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Die Mehrheit blieb im Westen, etwa 3.650 Männer kehrten freiwillig nach Lettland zurück. Zahlreiche ehemalige Legionäre traten in den Hilfsdienst der britischen und amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland und durften nach Großbritannien, die USA, Australien und andere Länder ausreisen.

Die ehemaligen Legionäre fügten sich in das gesellschaftliche und politische Leben des Exils ein und prägten maßgeblich seine nationalpatriotische Ideologie. Die im Gefangenenlager im belgischen Zedelgem gegründete Organisation *Daugavas vanagi* wurde zu einer starken und gesellschaftlich einflußreichen Hilfsorganisation, wo immer Letten im Westen lebten.

Etwa 300 lettische Legionäre suchten bei Kriegsende Zuflucht im neutralen Schweden. Die Regierung der UdSSR verlangte jedoch die Auslieferung der Offiziere und Soldaten sämtlicher deutscher Militärverbände. In Vorahnung ihres Schicksals widersetzten sich die lettischen Legionäre entschieden und traten in den Hungerstreik. Zwei Männer nahmen sich das Leben. Obgleich ein beachtlicher Teil des schwedischen Volkes Solidarität und Mitgefühl zum Ausdruck brachte, lieferte die schwedische Regierung am 25. Januar 1946 neun litauische, sieben estnische und 130 lettische Legionäre an die UdSSR aus, wo sie verschiedene Repressionen zu erleiden hatten. 1994 lud die schwedische Regierung die noch lebenden ausgelieferten Legionäre nach Schweden ein und entschuldigte sich für das Geschehene.



Internierte lettische Legionäre mit Wintermützen der schwedischen Armee.



In Schweden internierte lettische Legionäre an einem Blumenarrangement in den Farben der lettischen Flagge mit den Worten der Nationalhymne „Gott segne Lettland.“

## “KLEINE LETTLÄNDCHEN“: LETTISCHE FLÜCHTLINGE IN WESTEUROPA

Im letzten Kriegsjahr kamen etwa 150.000 Einwohner Lettlands auf der Flucht vor der Front, aus Furcht vor einer erneuten sowjetischen Okkupation und durch die deutschen Evakuierungsmaßnahmen nach Deutschland oder in die deutsch besetzten Gebiete. Dort befand sich bereits eine große Anzahl an lettischen Soldaten, Zwangsarbeitern und Häftlingen von Konzentrationslagern – insgesamt mehr als 200.000 Menschen. Etwa 120.000 von ihnen blieben nach Kriegsende im Westen. Rund 80.000 Menschen verloren ihr Leben durch Kampfhandlungen, bei Fliegerangriffen, in den Konzentrationslagern oder gerieten in Polen, der Tschechoslowakei sowie im östlichen Teil Deutschlands in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

In der Nachkriegszeit lebte der größte Teil der im Westen gebliebenen Flüchtlinge – etwa 100.000 – in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in sogenannten DP-Lagern (engl. DP – *Displaced Person*), die von der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Agency, später umbenannt in International Refugee Organization/IRO, einer Hilfsorganisation der Vereinten Nationen) eingerichtet und unterstützt wurden.

Auf der Konferenz von Jalta 1945 vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin die Rückführung „sowjetischer Bürger in ihre Heimat.“ Nach Ansicht der Sowjetmacht bezog sich dies auch auf Esten, Letten und Litauer, die mit



Feier am 18. November 1948 zum 30. Jahrestag der Proklamation der Republik Lettland im DP-Lager Greven, Westfalen: Aufschrift: „Lettland gab es und wird es auch in Zukunft geben.“

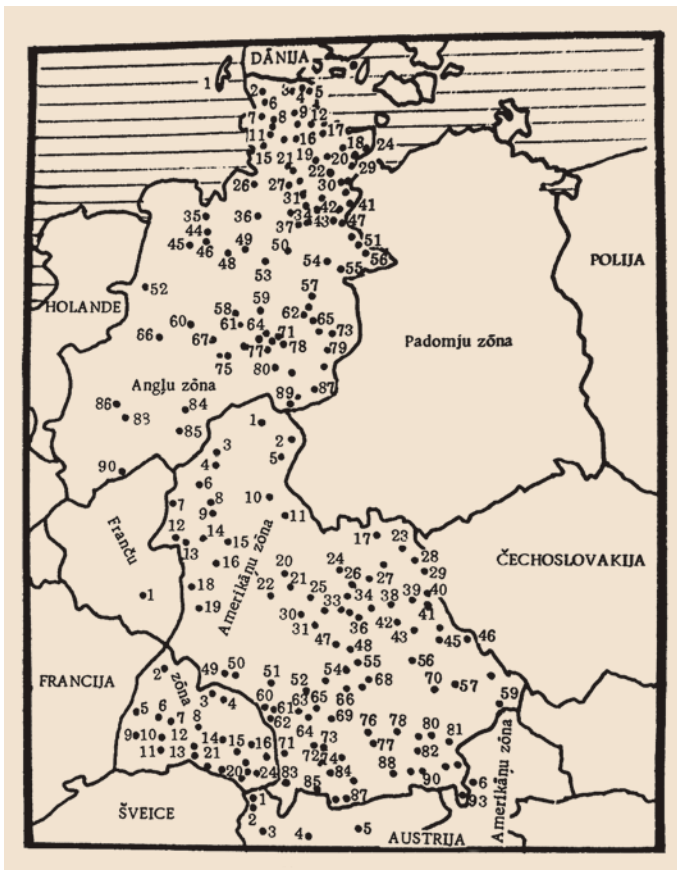
den Nazis kollaboriert hätten. Die westlichen Alliierten betrachteten die Balten zunächst als „Bürger fraglicher Staatsangehörigkeit.“ Nichtsdestotrotz wurden in den ersten Monaten nach der Kapitulation zahlreiche Zivilisten an die Sowjetbehörden ausgeliefert. Die UNRRA forderte die Balten zur Rückkehr in ihre Heimatländer auf und gestattete sogenannten Repatriierungsoffizieren der Roten Armee und des NKWD den Besuch von DP-Lagern. Die Zahl der Rückkehrer blieb jedoch äußerst gering – es handelte sich vor allem um Menschen, die von ihren Familien getrennt waren oder auf andere Weise Heimweh verspürten. Viele kehrten nach Lettland zurück, weil sie sich bei Kriegsende in sowjetisch besetzten Gebieten befanden. Bis 1952 sind nach sowjetischen Angaben 77.741 Flüchtlinge zurückgekehrt.

In den Flüchtlingslagern entwickelte sich ein reges geistiges und kulturelles Leben: Schulen, Jugendorganisationen, Kirchengemeinden, Chöre und Theater wurden gegründet, Weiterbildungskurse veranstaltet. In Pinneberg bei Hamburg entstand eine Baltische Universität. Wegen ihrer zahlreichen kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten wurden die Lager auch als „kleine Lettländchen“ bezeichnet.

Organisationen, die die Interessen der Flüchtlinge vertraten, entwickelten eine engagierte politische Aktivität. Sie kämpften gegen die Einstufung von lettischen Flüchtlingen als Bürger der UdSSR. Durch die Aufklärung des Westens über die sowjetischen Verbrechen in Lettland und durch ihren Protest gegen eine Fortsetzung der sowjetischen Okkupation setzten sie sich für die Freilassung lettischer Soldaten aus der alliierten Kriegsgefangenschaft und ihre Rehabilitation ein.

Zwischen 1947 und 1951 verließen die meisten Flüchtlinge Deutschland und begannen ein neues Leben in jenen Staaten, die bereit waren, sie als Arbeitskräfte aufzunehmen – vor allem die USA, Großbritannien, Kanada und Australien.

Fluchtversuche aus dem besetzten Lettland in Richtung Westen, vorwiegend auf dem Seeweg, fanden bis weit in die fünfziger Jahre statt. Wen die Sowjetbehörden daran hindern konnten, wurde nach Artikel 58 des russischen Strafgesetzbuches als „Heimatverräter“ bestraft.



Letten in Flüchtlingslagern in Westdeutschland und Österreich (Edgars Dunsdorfs).

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 15

Über die Aktivitäten der Exilleten im Westen schreibt die *Geschichte der Lettischen SSR*: „Ein Teil der lettischen Bourgeoisie, insbesondere extremistische Nationalisten, die höchstwahrscheinlich dem schlimmsten Feind des lettischen Volkes – den deutschen faschistischen Okkupanten – gedient hatten, war vor Kriegsende ins Ausland geflohen. Im Westen fanden sie schnell neue Herren: die Imperialisten in den USA und anderen Ländern. In ihren Diensten stehend begannen die reaktionärsten Spitzenvertreter des lettischen Exils mit Hilfe von Rundfunk, Presse und anderen Medien, ihre Heimat schlecht zu machen, indem sie Haß gegen die Arbeitermacht in Sowjetlettland säten.“ (Band 2, S. 219)



Feier des lettischen Unabhängigkeitstages am 18. November 1949 im Flüchtlingslager Traunstein, Bayern.

## DIE LETTISCHE ELITE IM WESTEN

Aus Furcht vor Unterdrückung und dem sowjetischen Terror war der größte Teil der intellektuellen, kulturellen und politischen lettischen Vorkriegseliten bei Kriegsende 1945 nicht mehr in Lettland. Diejenigen, die den Krieg überlebt hatten, befanden sich

in den Straflagern des GULAG, in der sibirischen Verbannung oder im westlichen Exil. Zahlreiche, in der Unabhängigkeitszeit gutausgebildete Einwohner Lettlands waren in den Westen gelangt, darunter 672 Hochschuldozenten, 2.827 Lehrer, 564 Ärzte, 766 Ingenieure, 336 Geistliche, 52 Schriftsteller. Damit verlor Lettland zum dritten Mal nach den Deportationen und dem Holocaust im Jahre 1941 einen unermeßlichen Teil seiner Intelligenz. Diese Menschen konnten nur im Ausland ihre geistige Freiheit bewahren, die lettische Kultur pflegen und weiterentwickeln und aktiv für die Unabhängigkeit Lettlands eintreten. Bis Mitte der 50er Jahre erschienen im Westen mehr Bücher in lettischer Sprache als im besetzten Lettland, darunter solche bedeutsamen Werke wie die 12 Bände lettischer Volkslieder, die gesammelten Werke bedeutender Schriftsteller und sogar eine Enzyklopädie. Die Vertreter der früheren Eliten in Lettland waren in den ersten Nachkriegsjahren verschiedenen Repressionen und dem ideologischen Druck durch das Regime ausgesetzt. Längst nicht alle vermochten den von der Kommunistischen Partei diktierten Kurs mitzutragen und zu Unterstützern des Regimes zu werden. Viele verstummten, andere zerbrachen an den vom Regime auferlegten Zwängen. Erst als ab Ende der fünfziger Jahre der Druck des Regimes nachließ, begannen sich im Ansatz neue kulturelle und intellektuelle Eliten in Lettland herauszubilden.



Weihe der Fahne einer lettischen Pfadfindereinheit im DP-Lager Alt-Garge, Niedersachsen. Aufschrift im Hintergrund: „Denken und Handeln für Lettland.“



Eingang zum DP-Lager „Valka“ bei Nürnberg 1946.

Lettische Flüchtlinge im Hafen von Bremerhafen auf dem Weg in die USA, Mai 1950.



Volkstanzprobe im Arbeitslager Birdingbury in England.

**SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 16**

Die *Geschichte der Lettischen SSR* kommentiert den Verlust der kulturellen Eliten: „In den letzten Monaten des Großen Vaterländischen Krieges hatte der Kreis der Kulturschaffenden Lettlands herbe Verluste hinzunehmen. Verwirrt durch die faschistische Propaganda und unter völliger Verkennung der Lage, verließ ein ziemlich großer Teil der Intelligenz Lettland und verstreute sich innerhalb eines Jahres auf verschiedene Staaten der Welt. [...] Das Abreißen der Verbindung mit der Heimat und dem lettischen Volk gipfelte bei einem Großteil der Emigranten in einer tiefen Tragödie und war verbunden mit einem völligen Versiegen des künstlerischen Schöngeistes. Kaum einem gelang es, auf kulturellem Gebiet wieder aktiv zu werden.“ (Band 2, S. 298)

Eine Petition der lettischen Flüchtlinge des Lagers Kleinkötz (Bayern) vom 24. Februar 1949 an demokratische Regierungen, Kirchen und humanitäre Organisationen, in der gegen die sowjetischen Deportationen protestiert sowie der Abzug der Roten Armee und die Wiederherstellung der Souveränität Lettlands verlangt wird. Einen Monat später beginnt in Lettland die zweite Massendeportation.



ZWISCHEN DEN FRONTEN DES KALTEN KRIEGES:  
DIE WESTLICHE POLITIK DER NICHTANERKENNUNG UND NICHTEINMISCHUNG

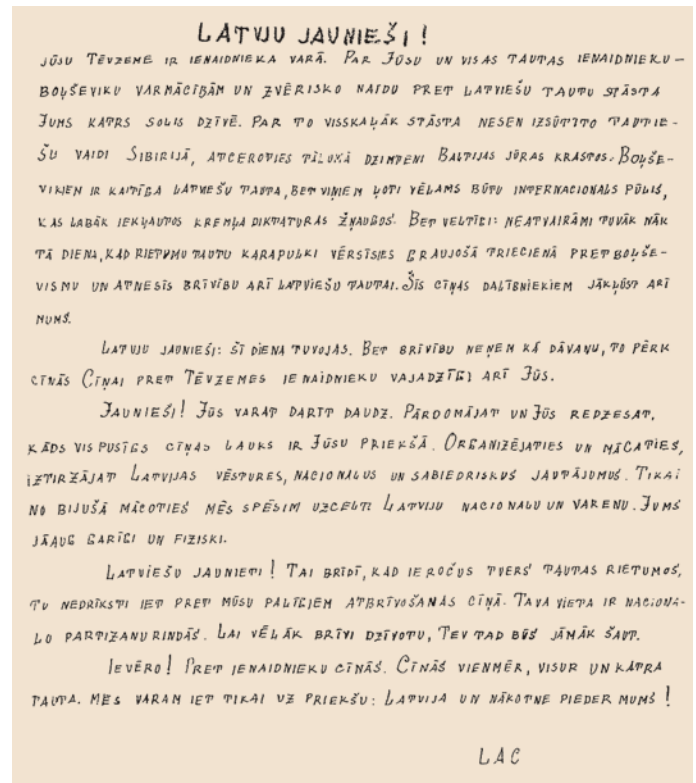
Die Balten im Westen und in ihren okkupierten Heimatländern vertrauten weiterhin auf die Ideale der Atlantik-Charta und hofften auf die Unterstützung der westlichen Demokratien für eine Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit. Genährt wurden diese Hoffnungen bis Anfang der fünfziger Jahre durch die Politik und die Ereignisse des Kalten Krieges. Obwohl die westlichen Regierungen die Einverleibung durch die Sowjetunion nicht anerkannt hatten, waren sie dennoch nicht bereit, aktiv für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten einzutreten.

Lettische Organisationen im Westen sowie lettische Diplomaten entwickelten eine beachtliche politische Aktivität und appellierten an die Regierungen ihrer Gastländer, indem sie die Verbrechen des kommunistischen Regimes gegen den lettischen Staat und seine Menschen aufzeigten. Während des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren erhielten die Exilorganisationen für ihre politischen Anstrengungen finanzielle Unterstützung von der US-Regierung.

Einen Achtungserfolg in den USA brachte die Gründung des vom US-Kongreßabgeordneten Charles J. Kersten (1902–1972) geleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Jahre 1953. Der Ausschuß dokumentierte sorgfältig die kommunistischen Verbrechen im Baltikum und konzentrierte sich dabei sowohl auf den Bruch des Völkerrechts durch die UdSSR als auch auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter die Massendeportationen. Die Berichte der Kommission hatten später entscheidenden Einfluß auf die Haltung der USA gegenüber dem Besatzungsregime in Lettland und die konsequente Politik der Nichtanerkennung der Inkorporation.

LEONĪDS ZARIŅŠ (1927–1954)

Zariņš lebte in einem westdeutschen DP-Lager, wanderte in die USA aus und erwarb den akademischen Bachelor-Grad im Fach Elektrotechnik. Er trat freiwillig dem US-Sicherheitsdienst CIA bei, der ihn ausbildete und 1953 nach Lettland einschleuste, wo er nach seiner Enttarnung durch einen bereits zuvor gefangenen CIA-Agenten 1954 erschossen wurde.



Flugblatt einer Jugendwiderstandsgruppe in Bauska von 1949. LAC steht für „Latvijas atbrīvošanas cīnītāji“ (Kämpfer für die Befreiung Lettlands). Im Text heißt es: „An die lettische Jugend! Euer Vaterland ist in feindlicher Gewalt. [...] Unweigerlich naht der Tag, da die Heere der westlichen Völker einen vernichtenden Stoß gegen den Bolschewismus führen und auch dem lettischen Volk Freiheit bringen werden. Auch wir müssen uns an diesem Kampf beteiligen. [...] Organisiert Euch und lernst [...] Dein Platz ist in den Reihen der nationalen Partisanen. [...]“

Die zurückhaltende Politik des Westens versprach keine Befreiung Lettlands, und dieser Wunsch wurde mit der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges immer unrealistischer. Doch noch lange nach dem Krieg hegten die Exilgesellschaft und zumindest ein Teil der Einwohner Lettlands die Hoffnung auf ein mögliches Eingreifen von Briten oder Amerikanern im Baltikum. Entsprechende Hoffnungen wurden durch westliche Rundfunksendungen genährt, die meldeten, daß die Einverleibung der baltischen Staaten von den westlichen Staaten nicht anerkannt wird.

Zudem bedienten sich die amerikanischen, englischen und schwedischen Geheimdienste der allgemein ablehnenden Haltung der Balten gegenüber der Sowjetmacht sowie der Aktivitäten der Nationalpartisanen, um eigene Agenten einzuschleusen – größtenteils in den Westen geflüchtete Balten, die sich an der Befreiung ihrer Heimat beteiligen wollten. Es gelang dem sowjetischen Ministerium für Staatssicherheit (MGB), das ab 1953 unter der Bezeichnung KGB (Staatssicherheitskomitee) agierte, diese Bestrebungen unter seine Kontrolle zu bringen und eigene Agenten zu infiltrieren. Die vom Westen eingeschleusten Agenten wurden gefangengenommen und die amerikanischen und englischen Geheimdienste über lange Zeit hinweg getäuscht.

## KRIEG FOLGT AUF DEN KRIEG: NATIONALE WIDERSTANDSKÄMPFE DER „WALDBRÜDER“

**Das Kriegsende bedeutete nicht das Ende des bewaffneten Kampfes gegen die sowjetische Besatzung. Auch in den Nachbarländern Litauen und Estland wurde er fortgesetzt. In Lettland begannen Widerstandskämpfe schon vor Kriegsende und hielt mehr als zehn Jahre an. Die von den Sowjets als „Banditen“ bezeichneten „Waldbrüder“ waren der Beweis dafür, daß weite Kreise der Bevölkerung bereit waren, der Besatzungsmacht im bewaffneten Kampf entgegenzutreten.**

Der Krieg der „Waldbrüder“ gegen das Sowjetregime begann unverzüglich mit dem Vordringen der Roten Armee in die östlichen Landesteile Lettlands im Sommer 1944. Besonders Jugendliche, die den Einberufungen in die Rote Armee entronnen bzw. desertiert waren, um nicht gegen die in die Lettische Legion Einberufenen kämpfen zu müssen, schlossen sich den Widerstandskämpfern an sowie junge Leute, die die Ideologie und die Herrschaftsmethoden der Kommunisten nicht akzeptieren konnten, außerdem Zivilisten, die nach dem Krieg Verhaftung und Verfolgung zu befürchten hatten. Nach Kriegsende begaben sich zudem zahlreiche ehemalige lettische Legionäre nicht in Kriegsgefangenschaft, sondern organisierten sich in militärischen Gruppierungen. Die Widerstandskämpfer wurden von einem großen Teil der Landbevölkerung unterstützt.

Die nationalen Widerstandskämpfer verfolgten ein Ziel – die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands – und hofften dabei besonders auf die Unterstützung der westlichen Alliierten. Das Besatzungsregime verfolgte sie rücksichtslos und wandte sich besonders gegen ihre patriotischen Ideale, um nationale Ideen oder wie es im Sprachgebrauch der Besatzer hieß, die Ausbreitung des „bourgeois Nationalismus“ in der Bevölkerung zu verhindern.

1945/46 operierten in Kurzeme (Kurland) und im Osten Lettlands – in Latgale (Lettgallen) – sowie im Bezirk Madona straff organisierte Widerstandsgruppen. Sie waren zu Divisionen zusammengeschlossen, die sich wiederum in Regimenter, Bataillone, Kompanien und Züge unterteilten. Insgesamt hatten sich zwischen 1944 und 1953 etwa 15.000 Menschen den Partisanen angeschlossen. Sie wurden von rund 80.000 Einwohnern aktiv unterstützt. Zu den schwersten Zusammenstößen kam es in den ersten Nachkriegsjahren. Nach KGB-Berichten gab es im Jahre 1953 noch etwa 400 Partisanen in neunzehn Gruppierungen.

Gegen die „Waldbrüder“ gingen die 5. Division für Sonderaufgaben der Streitkräfte des Innern des MGB (Ministeriums für Staatssicherheit) und andere Einheiten vor. Zudem wurden die Gruppen der „Waldbrüder“ mit MGB-Agenten infiltriert und aus den Reihen der Zivilbevölkerung sogenannte „Vernichter“-Bataillone (russ. *istrebitelj*), Gruppen von Milizhelfern und parteisowjetische

Aktivistengruppen, aufgestellt, die etwa 16.000 Mann ausmachten. Die „Vernichter“ sowie Komsomol- und Parteiaktivisten sorgten auch für den reibungslosen Ablauf der Massendeportationen von 1949, welche eine spürbare Verringerung der Partisanentätigkeit zur Folge hatten. Die bewußte Heranziehung der einheimischen Bevölkerung zur Partisanenbekämpfung verschärfte die bereits bestehenden gesellschaftlichen Konflikte, deren Folgen noch bis in die gegenwärtige Gesellschaft des wiederhergestellten lettischen Staates spürbar sind.

Die Zahl der gefallenen antisowjetischen Widerstandskämpfer liegt bei mehr als 3.000. Die Leichen der im Sprachgebrauch der Sowjetpresse als „Banditen“ bezeichneten „Waldbrüder“ wurden zur Abschreckung oftmals auf den zentralen Plätzen der Gemeinden zur Schau gestellt. Zahlreiche gefangengenommene und verurteilte Widerstandskämpfer kamen in Gefängnissen und GULAG-Lagern um.

Auf der Gegenseite waren die Verluste ähnlich hoch. Bis 1955 töteten die Partisanen 707 Offiziere und Soldaten der Streitkräfte des Innern des MGB/KGB, 397 „Vernichter“, 157 MGB/KGB-Angehörige und Milizionäre, 1.351 kommunistische Aktivisten sowie 320 ihrer Angehörigen – zusammen fast 3.000 Menschen.

Insgesamt starben in diesem von den nationalen lettischen Widerstandskämpfern geführten umfangreichsten und längsten Widerstandskrieg der Geschichte Lettlands, der von 1944 bis 1956 andauerte, etwa 6.000 Menschen.



**Eine zum Transport und als Versteck von Habseligkeiten der Partisanen benutzte Milchkanne sowie ein Teil ihres Inhalts. Die Partisanengruppe von Jezups Garais hatte sie 1949 in einem Wald in der Nähe von Gulbene vergraben. Bald darauf wurde die Gruppe aufgerieben. Nach Hinweisen des letzten Gruppenmitglieds ist die Kanne im Jahre 2005 ausgegraben worden.**



## DER KAMPF GEGEN DIE ANGEHÖRIGEN DER WIDERSTANDSKÄMPFER

Zur Bekämpfung des bewaffneten Widerstands gehörten auch Drohungen von Seiten der Kommunistischen Partei gegen Familienangehörige der Kämpfer. So forderte der Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands, Jānis Kalnberziņš, für das Vorgehen gegen die Angehörigen möglicher Widerstandskämpfer in einer Versammlung im April 1945 ein „Ultimatum, daß Familienmitglieder, die ihre Angehörigen nicht abhalten werden, [sich den Kämpfer anzuschließen,] als aktive Sympathisanten festgenommen und in einem Konzentrationslager interniert werden.“ Die Drohungen wurden mit den Deportationen von 1949 zur bitteren Realität, als unter den mehr als 42.000 Deportierten über 12.000 Menschen als „Nationalisten- und Banditenfamilien“ klassifiziert wurden.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 17

Den Partisanenkrieg kommentiert die *Geschichte der Lettischen SSR* kurz und bündig: „Nachdem es nicht gelungen war, die werktätigen Bauern von einem Zusammenschluß zu landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften abzuhalten, versuchten Terroristen und Kulaken nach Kräften und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, den Lauf der Kollektivierung aufzuhalten. Ihren Hauptschlag führten sie jetzt gegen die Kolchosen, deren Organisatoren und die Mitglieder der Initiativgruppen. Zahlreiche Kommunisten auf dem Lande und unparteiische Aktivisten gaben im Kampf für eine leuchtende Zukunft der lettischen Landwirtschaft ihr Leben.“ (Band 2, S. 240)

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 18

Die *Geschichte der Lettischen SSR* kommentiert die Ereignisse: „Die Bodenreform verstärkte den Widerstand der Kapitalisten auf dem Lande, der *Aizsargi* und anderer in den Besatzungsjahren mit den deutschen Faschisten und später mit den von ihnen überkommenen Netzwerken eng im Bunde stehender, bourgeoiser nationalistischer Elemente. Sie versuchten, mit bewaffneten Angriffen auf Vertreter der Sowjetmacht und auf Aktivisten sowie durch Verbreitung von Gerüchten, Drohungen und mit anderen Mitteln, Landarbeiter und mittellose Bauern zum Verzicht auf das ihnen zugesprochene Land zu bewegen.“ (Band 2, S. 224)

## “DIE KULAKEN ALS KLASSE SIND ZU VERNICHTEN“: SOWJETISIERUNG UND PROLETARISIERUNG AUF DEM LANDE

**Der von Stalin 1929 eingeleitete schonungslose Feldzug gegen die Einzelwirtschaften auf dem Lande kostete Millionen Menschen in der Sowjetunion das Leben. Eine entsprechende Agrarpolitik wurde in Lettland bereits 1940/41 begonnen und nach dem Krieg mit neuem Schwung vollendet. Durch Zwang und mit psychologischen Methoden sollte die traditionelle Landwirtschaft vernichtet, ein Landproletariat geschaffen und schließlich die Landbevölkerung zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften gezwungen werden.**

Gleich nach dem Krieg wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche von 26.000 Großwirtschaften auf jeweils maximal 20 ha reduziert und auf diese Weise 603.500 ha in Staatsliegenschaften umgewandelt. Die Kategorien der „politischen Kulaken“ (Kulak – Großbauer) und „Unterkulaken“ wurden eingeführt, von deren Land 573.000 ha in den staatlichen Landfond einfließen. Angehörige „faschistischer Kollaborateure und Volksfeinde“ behielten bestenfalls 18 ha Land; 4.500 unter dieser Rubrik geführten Wirtschaften wurden gänzlich liquidiert. Grund und Boden von 14.000 „verlassenen“ Höfen, deren Besitzer deportiert worden oder aus Furcht vor Repressionen geflohen waren, wurden ebenfalls vom Staatsliegenschaftsfond übernommen. Die verkleinerten Kulakenhöfe stellten lediglich 18% aller Wirtschaften dar und nahmen 33% der Landwirtschaftsfläche ein.

Ab 1944 wurden die den Kulakenwirtschaften zugemessenen, staatlich festgesetzten Pflichtabgaben enorm angehoben. Allein 1948 erhöhte sich die Landwirtschaftssteuer für Wirtschaften mit jeweils 20 ha um das Fünffache. In der Folge wurden 20.800 Landwirte aufgrund nicht in voller Höhe erbrachter Abgaben zu Gefängnisstrafen unterschiedlicher Dauer verurteilt und praktisch enteignet.

Einhergehend mit dieser Agrarpolitik sorgten die Kommunisten für eine Spaltung der Gesellschaft auf dem Lande, indem sie Stimmung gegen die wohlhabenderen Bauern machten und gleichzeitig so taten, als würden sie die Lage der landlosen Bauern verbessern. Die „Kulaken“ wurden zu einem unerwünschten Personenkreis: Sie durften weder auf ihr Land verzichten noch in die Kolchosen eintreten. Zu Propagandazwecken wurde der größte Teil des den „Kulaken“ abgenommenen Landes an 43.873 Minderbemittelte und Landlose aufgeteilt, von denen jedoch nur 63% über ein Pferd und 87% über Milchvieh verfügen; 55% der Wirtschaften hatten keine Wohngebäude, bei 37% fehlte landwirtschaftliches Gerät. In der Folge konnten die meisten Betriebe nicht gewinnbringend wirtschaften, und schon bald verzichteten 6.500 Kleinwirtschaften freiwillig auf das ihnen zugewiesene Land.

“VERBANNT AUF LEBENSZEIT“:  
25. MÄRZ 1949: BEGINN DER ZWEITEN  
MASSENDEPORTATION

Die Machthaber in Moskau entschlossen sich zu einer massenhaften Deportation besonders der Landbevölkerung, um den Widerstand gegen die Kollektivierung auf dem Lande zu brechen, eine materielle Basis für die Kolchosen zu schaffen und sich gleichzeitig der Partisanenunterstützer zu entledigen. Durch die Zwangsverschickung des erfolgreichsten und produktivsten Teils der Landbevölkerung machte das Besatzungsregime nicht nur die Produktionskapazitäten zunichte, sondern zerstörte gleichzeitig die jahrhundertealten ländlichen Traditionen und Strukturen in Lettland.

Im Herbst 1948 wies der Oberstaatsanwalt der Lettischen SSR, Alexander Mischutin, in einer Note an den Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands, Jānis Kalnberziņš, auf die Notwendigkeit hin, hinsichtlich der „Verschickung von Konterrevolutionären ins Staatsinnere“ zu einer Entscheidung zu gelangen. Zur „rechtlichen“ Grundlage für die Deportationen wurde die besonderer Geheimhaltung unterliegende Entscheidung des Ministerrats der UdSSR vom 29. Januar 1949 sowie die im Februar vom Staatssicherheitsministerium (MGB) ausgegebene Instruktion „Vorgehensweise, nach der verschiedene Kategorien von Bürgern aus der Estnischen, Lettischen und Litauischen SSR zu verschicken sind.“ Der entsprechende Beschluß des Ministerrats der Lettischen SSR zur „Verschickung von Kulakenfamilien aus der Lettischen SSR“ wurde vom Regierungsvorsitzenden der LSSR, Vilis Lācis, am 17. März 1949 unterzeichnet.

Am 28. Februar 1949 erhielten die Einheiten des MGB und des Innenministeriums den streng geheimen Befehl Nr. 0068 zur Durchführung der Deportationen in den baltischen Staaten. Die Operation lief unter dem Namen *prīboj* (russ. Küstenwoge).

Zuverlässige Helfer aus den Reihen von Parteimitgliedern und Komsomolzen, die etwa die Hälfte der Deportationsvollstrecker ausmachten, sowie speziell eingesetzte Bezirksbevollmächtigte des MGB erhielten Instruktionen für das Vorgehen am Abend des 24. März 1949. Für jede zur Deportation vorgesehene Familie war eine Akte vorbereitet, in der sich eine Archivauskunft über den Umfang der „Kulakenwirtschaft“ im Jahre 1939, eine Bestätigung über die Aufnahme in die Listen von Kulakenfamilien seit 1947, ein Hinweis, ob einer der zu Deportierenden in der Roten Armee gedient hat, ein Fragebogen zu den Familienmitgliedern und andere Dokumente befanden. Außer den sogenannten Kulaken waren die Familien von „Banditen, Nationalisten und anderen Volksfeinden“ zur Deportation vorgesehen – unter ihnen auch jene, denen es geglückt war, aus einer der vorherigen Deportationen zurückzukehren, insbesondere Kinder und Jugendliche.

In der Nacht vom 24. auf den 25. März wurden die Menschen in ihren Wohnungen verhaftet bzw. am folgenden Tag an ihrem Arbeitsplatz; Schüler gelangten mitunter geradewegs von der Schulbank in die Eisenbahnwaggons. Vom 25. bis zum 28. März wurden 42.125 Menschen, darunter mehr als 10.990 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren, mit 33 Zügen aus Lettland in „Spezialsiedlungen“

РАСПИСКА  
10. Апрель 1949 г.  
Колхоз им. Дзержинского Чухчинов р-н.  
(указать место где отбыла расписка)  
Мне выселенцу (ке) Ев. Белте  
Дилингов (указать фамилию)  
имя, отчество, год рождения)  
объявлено, что я Верховным органом СССР выселен (а) в отдаленные районы Советского Союза навечно, без права возвращения к прежнему месту жительства.  
Мне так же объявлено, что я не имею права выезжать, менять местожительство и работы, хотя и временно, без разрешения местных органов МВД.  
Я знаю, что в случае нарушения данной расписки я буду привлечен (а) к уголовной ответственности по Указу Президиума Верховного Совета Союза ССР от 26 ноября 1948 года на 20 лет к лишению работ. Указ от 26/XI-48 г. мне объявлен.  
Подпись выселенца Е. Белте  
Подписку от: брал Уд. Кал./Чухчиновского  
(должность)  
Дилингов  
воинское звание, подпись)

Bestätigung über den Empfang des Deportationsbeschlusses, unterschrieben am 10. April 1949 von der 1897 geborenen Emilija Belte. Laut Vordrucktext wird die Unterzeichnerin auf Beschluß der obersten Behörden der UdSSR in entlegene Regionen der Sowjetunion verschickt. Sie darf niemals wieder in die Heimat zurückkehren und unter Androhung von 20 Jahren schwerster Zwangsarbeit nicht ohne Erlaubnis ihren Wohn- und Arbeitsplatz wechseln.

(größtenteils in den Gebieten Krasnojarsk, Amur, Omsk und Novosibirsk) deportiert. 73% der Deportierten waren Frauen und Kinder. Bei 95,6% der Zwangsverschickten handelte es sich um Einwohner lettischer Nationalität. Im Jahr 1949 wurden aus dem gesamten Baltikum 94.799 Menschen bzw. 30.620 Familien deportiert. Die Verschickten hatten ein Dokument zu unterzeichnen, aus dem hervorging, daß sie auf Lebenszeit verbannt waren, ohne ein Recht auf Rückkehr in das Heimatland.

Die Menschen waren 1949 besser auf eine mögliche Deportation vorbereitet als 1941. Deshalb gab es mitunter ganze Familien, die sich ihrer Verschickung entziehen konnten, indem sie sich versteckt hielten oder den Widerstandskämpfern anschlossen. An ihrer Stelle wurden nicht selten andere deportiert, damit die Zahlen im Deportationsplan stimmten.

Trotz einzelner Proteste gegen die Deportationen war ein Aufbegehren in der allgemeinen Atmosphäre von Angst, Terror und nicht selten anzutreffendem Verrat hoffnungslos. Neuentstandene Partisanengruppen spürte das MGB bis 1953 auf und liquidierte sie.

## DIE JUGEND BEGEHRT AUF

Die Deportationen riefen unter Jugendlichen spontane Proteste hervor, beispielsweise im Forstwirtschaftstechnikum Ogre, über die es in einer geheimen Mitteilung der Komsomolleitung an das ZK der Partei heißt: „Im Technikum war eine nationalistische Gruppe von drei Personen tätig. Die Mitglieder dieser Gruppe provozierten am 25. und 29. März, als Kulakenelemente abgeführt wurden, im Studentenwohnheim Schlägereien, indem sie jene Elemente verteidigten. Unter anderem wurden im Wohnheim die Porträts unserer Führer zerrissen. In der Gruppe befanden sich zwei Komsomolzen. [...] Zahlreiche Studenten des Technikums, darunter acht Komsomolzen, haben nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern sogar unterstützend mitgewirkt, indem sie keine Meldung erstatteten.“



Sohn des Deportierten Krišjānis Spals im Jahre 1946 in Inokentjewsk an der Mündung des Flußes Jenissej in das Nördliche Eismeer.



Zwangsverschickte Letten begehen das Johannifest im Gebiet Krasnojarsk, 1952.



Registrierungsdokument der Deportierten Ruta Erna Gerharde, ausgestellt im Dezember 1949 in der Stadt Atschinsk im Gebiet Krasnojarsk. Daraus geht hervor, daß sich die Deportierte zwei Mal pro Monat bei der Behörde zu melden hat.



Osterkarte mit den Motiven der lettischen Staatsflagge, verschickt 1954 vom Inhaftierten Alfons an die in einem Frauenstraflager inhaftierte Aina Bērziņa.



Kommentierte Zeichnung der elfjährigen Benita Plezere: „Unsere Wohnung = ein Raum über dem Keller. Möbel. Ein Gußeisenherdchen, ein Schlafager aus Stroh und ein Faß, auf dem wir essen. Die Kinder lernen auf Kästchen, in denen Geschenksendungen verpackt waren. Mäuse im Stroh sorgen für ständiges Rascheln. Romantisch, oder nicht?“

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 19

Die *Geschichte der Lettischen SSR* beschreibt die Massendeportation und ihre Gründe zusammenfassend: „Der massenhafte Eintritt von Bauern in die Kolchosen auf der einen Seite, und der zunehmende Widerstand des Klassenfeindes auf der anderen Seite, führte zu einer radikalen Wende in der Agrarpolitik der KPL (Bolschewiki) und der Regierung der LSSR – weg von einer Eindämmung der Kulakenwirtschaften und ihrer Verdrängung, hin zu einer Liquidierung der Kulaken als Klasse. Die werktätigen Bauern versagten diesen kapitalistischen Elementen die Aufnahme in die im Aufbau befindlichen Kolchosen. Bei der Enteignung der Kulakenwirtschaften gingen Inventar und Viehbestände in Kolchosbesitz über. Als Reaktion auf die unablässigen Forderungen der Werktätigen wurde ein Teil der Kulaken zusammen mit anderen antisowjetischen Elementen zeitweise aus der Republik weggebracht. [...] Die Maßnahmen gegen die Kulakenschicht und andere feindliche Elemente beseitigte die wichtigste soziale Stütze der bewaffneten nationalistischen Banden.“ (Band 2, S. 241)

## „STRAFLAGER“ UND „ANSIEDLUNGSORTSCHAFTEN“ DES GULAG

Gelegentlich werden hinsichtlich der sowjetischen Repressionsmethoden unterschiedliche Begriffe miteinander verwechselt, wie häufig in der Literatur anzutreffen: „Deportation“ und „Verschickung“ sowie „GULAG“ und „Sibirien.“ Mit dem Begriff „Deportation“ werden gewöhnlich die beiden Massendeportationen von 1941 und 1949 bezeichnet. Unter „Verschickung“ dagegen versteht man in einer breiteren Wortbedeutung die Zwangsverschickung aus Lettland. Die Gesamtzahl der in der sowjetischen Okkupationszeit Zwangsverschickten (etwa 200.000) lag weit höher als die Anzahl derjenigen, die während der beiden großen Deportationen verschleppt wurden. Zu letzteren kamen in den Nachkriegsjahren die verschickten Insassen von „Filtrations-“ und Kriegsgefangenenlagern hinzu. Längst nicht alle, die deportiert oder zwangsverschickt wurden, kamen wirklich nach Sibirien. Häufig wird die geographische Bezeichnung Sibirien als verallgemeinerndes Synonym benutzt, um den Fakt der Zwangsverschickung als solchen zu bezeichnen.

Die direkte Bedeutung des Akronymes GULAG (von russ. *Glawnoje upravlenije lagerej*) bezeichnete in der Sowjetunion die Hauptverwaltung, die für die Straflager und andere in den Weiten der Sowjetunion verstreut liegenden Vollzugsanstalten mit unterschiedlich schweren Haftbedingungen zuständig war. Diese Institution war offiziell dem Volkskommissariat (ab 1946 Ministerium) des Inneren unterstellt, in der Praxis jedoch der Staatssicherheit, bis 1946 NKGB, später MGB, ab 1953 KGB. In die GULAG-Lager wurden nicht nur Verbrecher gebracht, sondern auch politische Gefangene, die nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen SFSR wegen „Heimatverrats“ verurteilt worden waren. Die Überlebenschancen waren besonders in den Kriegsjahren gering. Unzählige Häftlinge gingen an den unmenschlichen Zuständen in den Lagern zugrunde – durch Hunger, Krankheiten und Kälte.



Lager Inta in der Autonomen SSR Komi. Im Vordergrund ein Aufseher.



Ausweis der Deportierten Marija Kampa (geb. 1935): „Hiermit wird bestätigt, daß [sie/er] verschickt ist. Aufenthalt ist nur innerhalb des Verschickungsrajons erlaubt.“

Die sogenannte „administrative Spezialansiedlung“ bedeutete Ansiedlung in abgelegenen Gebieten der UdSSR, meistens in Sibirien, ohne das Recht, den Ansiedlungsort zu verlassen. Die Zwangsangesiedelten hatten sich regelmäßig bei der örtlichen Miliz zu melden und bedurften einer Erlaubnis, um den Ort verlassen zu dürfen, selbst für einen Arztbesuch. Ihre Lebensbedingungen waren oft nicht besser als in den Lagern, nur daß sie nicht hinter Stacheldrahtzäunen und mit der ständigen Präsenz von Wachmannschaften leben mußten. Sie waren nicht selten abhängig von der mittellosen einheimischen Bevölkerung, die häufig aus früher selbst Zwangsangesiedelten bestand, von ihrer Zuwendung und dem eigenen Vermögen, sich ein minimales Auskommen und eine wenigstens primitive Behausung zu sichern. Auch hier starben besonders in den Kriegsjahren viele an Hunger, Kälte und Krankheiten. Zahlreiche im Okkupationsmuseum befindliche Quellen von Zeitzeugen (Erinnerungen in schriftlicher Form und als Videoaufzeichnung) berichten von den rauen Lebensbedingungen in der Verbannung. Die Zwangsangesiedelten waren nicht strafrechtlich verurteilt, sie verfügten formal weiterhin über alle staatsbürgerlichen Rechte, obwohl es schwierig bzw. unmöglich war, diese wahrzunehmen. Sie galten einschließlich der Kinder und Greise als politisch Unzuverlässige, die entsprechend behandelt wurden.

Die Massendeportationen von 1941 und 1949 unterschieden sich deutlich voneinander. 1949 wurden die Familien zusammen deportiert, während 1941 die Männer aufgrund einer Anschuldigung ohne Gerichtsbeschluß interniert, von ihren Familien getrennt und in Straflager des GULAG verschleppt wurden. Ihre Familienmitglieder wurden als Angehörige von „Heimatverrättern“ in Zwangsansiedlungsortschaften gebracht.

Die Massendeportationen gehören zu den schwersten, von der Besatzungsmacht und ihren Helfershelfern begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Menschenrechte. Die gesamte Besatzungszeit hindurch wurden politische Häftlinge und Verdächtige in Straflager verschleppt. Allein im Lettischen Staatsarchiv befinden sich 49.321 Strafsachen gegen Einwohner Lettlands aus der sowjetischen Besatzungszeit. Zahlreiche Bürger Lettlands wurden aber außerhalb des Landes verurteilt, weshalb ihre Strafsachen in verschiedenen russischen Archiven aufbewahrt sind. Deshalb kann man von mindestens

50.000 Fällen ausgehen. Nicht erfaßt sind hierbei andere Mittel der Beeinflussung und Unterdrückung durch das kommunistische Regime, mit denen weitaus breitere Bevölkerungskreise in Berührung kamen.

## GAB ES EINEN GENOZID AM LETTISCHEN VOLK?

Das hängt ganz und gar von der Definition ab. Die strenge Definition von Genozid beinhaltet allein die physische Zerstörung einer nationalen bzw. ethnischen Gruppe. Nach dieser Definition war der Holocaust ein Genozid, denn Hitler plante mit der sogenannten Endlösung die vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Ist nun diese Definition auch auf die Letten in der Zeit der sowjetischen Herrschaft anwendbar? – Nur bedingt. Der Stalinsche Terror 1937/38 – durch die physische Vernichtung des größten Teils der erwachsenen Männer und die Beseitigung sämtlicher lettischer Organisationen – richtete sich gegen die seinerzeit in der Sowjetunion lebenden Letten als Volksgruppe. Die Letten wurden kollektiv der „Spionage, Sabotage und antisowjetischer nationalistischer Aktivitäten“ bezichtigt. Die Listen der zu Verhaftenden und zu Erschießenden waren gefüllt mit lettischen Namen, darunter Überläufer aus Lettland und Leiter lettischer Organisationen.

Die sowjetische Politik in den Besatzungsjahren in Lettland, zumindest in ihrer öffentlichen Form, ähnelte der seinerzeit in der Sowjetunion betriebenen Politik. Sie war im Grunde eine Klassenpolitik, die sich gegen die sogenannte Bourgeoisie, speziell gegen die „nationalistische Bourgeoisie,“ richtete. Teil dieser Politik in den unterworfenen Ländern war die Verfolgung der nationalen Eliten und die massenhafte Zwangsverschickung von Einwohnern aus ihrer angestammten Umgebung in entlegene lebensfeindliche Regionen der Sowjetunion. Die Verschickten wurden bewußt durch Immigranten aus anderen Sowjetrepubliken ersetzt. Dadurch verringerte sich der Anteil der einheimischen Bevölkerung im Lande stetig, was einer Kolonisierung gleichkam. Am Ende sollte sich ein neuer russischsprachiger, entwurzelter und kulturell einheitlicher Sowjetmensch herausbilden. Diese Politik und ihre alltägliche Praxis bedrohte, wenn auch nicht unmittelbar, so doch effektiv, das physische Überleben der lettischen Nation im eigenen Lande.

Wenn man den breiter gefaßten Definitionsbegriff zugrundelegt, wie er in Artikel 2 der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 beschrieben ist, dann kann man die von der Sowjetunion in Lettland betriebene Politik als Genozid werten:

## KOLLEKTIVE MISSEERNTEN: INTENSIVE KOLCHOSGRÜNDUNGEN

**Die Massendeportationen im März 1949 hatten die Landbevölkerung eingeschüchtert. Unverzüglich kam es zu einer Welle von Kolchosgründungen und einer Proletarisierung auf dem Lande, was die Landwirtschaft in Lettland schon bald ins Verderben führte, denn mit dem neuen System war ein effektives Wirtschaften unmöglich geworden.**

Bis Anfang 1949 waren trotz Propaganda und versprochener Vergünstigungen weniger als 2% der lettischen Landwirtschaftsbetriebe in die Kolchosen eingetreten. Innerhalb der ersten zwei Wochen nach der Deportation vom 25. März wurden 1.740 neue Kolchosen gegründet. 1951 war die Kollektivierung weitgehend abgeschlossen: über 90% der Einzelbauernhöfe waren kollektiviert. Als Kolchosstatuten dienten die 1930 in der UdSSR verabschiedeten Musterstatuten.

Auf den Kolchosen und den „Maschinen- und Traktoren-Stationen“ (MTS) wurden Grundorganisationen der KP sowie

**Vermerk über die Rehabilitierung, ausgestellt 1993 in Rußland für Erna Melgaile (geb. 1920), die 1940 auf Anweisung des NKWD wegen ihrer lettischen Nationalität Repressalien unterworfen worden war.**

Приложение 2 к инструкции  
СПРАВКА О РЕАБИЛИТАЦИИ  
„\_\_\_\_“ марта 19\_\_ г. Г. Мурманск  
Гр. Мелгай Эрна Робертовна  
(фамилия, имя, отчество)  
Год и место рождения 1920г. р. М.р. не указано  
Место жительства до применения репрессии  
г. Цирюск, Мурманской области  
Когда и каким органом репрессирован В 1940 году  
УНКВД Мурманской области  
Основание применения репрессии по политическим мотивам в административном порядке приказ 00761 НКВД СССР от 23.06.40г.  
как лицо латышской национальности  
На основании пункта «в» ст. 3 Закона России от 18 октября 1991 года  
«О реабилитации жертв политических репрессий» гр-(ия) \_\_\_\_\_  
Мелгай Эрна Робертовна  
(фамилия, имя, отчество)  
реабилитирован(а).  
Начальник УВД администрации Мурманской области  
Место рождения, год  
Тел. ХОЗО УВД МО IX-92 г. Зик. 1037 – 5000.

„In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; b) Verursachung von schwerem körperlichen und seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe; c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.“ Doch auch diese Definition erweitert lediglich die unterschiedliche Art und Weise physischer Vernichtung. Sie beinhaltet nicht, daß eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe als solche auch zerstört werden kann, indem man ihre kulturellen und gesellschaftlichen Eigenarten, die sie wesentlich von anderen Gruppen unterscheidet, zerstört. Die von der Sowjetunion betriebene Politik – zunächst mit brutaler Gewalt, später durch Sowjetisierungs- und Russifizierungsmaßnahmen – bedrohte die lettische Nation mit beiden Arten von Zerstörung.

Geflügel-  
aufzuchtanlage  
des Kolchos  
„Vienība“ (Einheit)  
im einstigen  
Wohnhaus des  
Tireji-Hofes  
(Gemeinde  
Zvärde),  
1953–1955. Die  
Grundlage für den  
Kolchos bildeten  
Gebäude sowie  
Viehbestände  
und Arbeitsgeräte  
von deportierten  
Landwirten.



spezielle Abteilungen für politische Bildung organisiert. Das sowjetische Bestarbeitersystem wurde in der Landwirtschaft eingeführt, doch die erhofften Erfolge blieben aus. 1953 sah sich das Ministerium für Landwirtschaftliche Beschaffung der Lettischen SSR gezwungen einzugestehen, daß „im Laufe der letzten drei Jahre 56.000 Menschen aufgrund der Rückständigkeit und der niedrigen Löhne aus den Kolchosen abgewandert sind.“ Die Arbeitsproduktivität auf dem Lande sank weiter, bis die Landwirtschaft, wie in



Kolchos-  
Wegweiser.

## VERTEIDIGER DES FREIHEITSGEISTES: GEWALTLOSER WIDERSTAND

**Nicht nur im bewaffneten Kampf widersetzte sich die lettische Bevölkerung der kommunistischen Ideologie und dem Besatzungsregime, sondern indem sie ihre Zugehörigkeit zum lettischen Staat und zum europäischen Kulturkreis zum Ausdruck brachte. Lediglich die menschliche Phantasie vermochte den Formen des gewaltlosen Widerstandes Grenzen zu setzen.**

Der gewaltlose Widerstand präsentierte sich auf vielfältige Weise. Die Aktivsten, dazu gehörte vor allem die Schuljugend, unterstützten die Partisanen, gründeten Untergrundorganisationen, verbreiteten Flugblätter und Selbstverfaßtes oder verschriftlichten westliche Rundfunkberichte und andere Informationsmaterialien, hißten die lettische Flagge, rissen Sowjetfahnen herunter, demolierten Stalinbilder. In der Bevölkerung machten bissige, ironische Lieder, Parodien und Witze die Runde. Viele wiederum

## DIE SCHÜLERZEITSCHRIFT KOKLE



In den Depots des Okkupationsmuseums befinden sich vier handgeschriebene Ausgaben des Journals *Kokle* (Saiteninstrument der lett. Folklore, ähnlich der finn. Kantele), welches in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 und Anfang 1946 von Schülern der Abschlußklasse der Mittelschule von Alūksne (Marienburg) herausgegeben wurde. Die Artikel sind im Geiste nationaler Romantik gehalten und verurteilen die Besatzungsmacht.

Nach der Entdeckung der Gruppe durch den MGB wurden im Oktober 1946 fünf Schülerinnen und sieben Schüler wegen „Heimatverrats“ und Agitation zu zehn Jahren Arbeitslager unter verschärften Bedingungen verurteilt.

der gesamten Sowjetunion, nicht mehr in der Lage war, die Bevölkerung mit ausreichend Lebensmitteln zu versorgen. Ein Großteil der in Lettland erzeugten landwirtschaftlichen Nahrungsmittelprodukte war zur Versorgung der Großstädte Leningrad und Moskau bestimmt.

## „ERSTAUNEN“ BEI DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Unbegreiflich naiv oder aber überaus zynisch konstatierte der stellvertretende Ministerratsvorsitzende der Lettischen SSR, Kārlis Ozoliņš, 1949 auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands: „In diesem Frühling haben sich etwa 4.000 Kolchosen an der Frühjahrsaussaat beteiligt – im letzten Jahr waren es 189. Konnte irgend jemand ahnen, daß es in diesem Jahr viertausend Kolchosen geben würde? Ich glaube nicht.“ Ähnlich berichtete und triumphierte auch die kommunistisch kontrollierte Presse, ohne ein Wort über die Deportation vom 25. März zu verlieren.

bemühten sich um eine gewissenhafte Pflege des persönlichen Geisteslebens, um sich der Monotonie der niederdrückenden kommunistischen ideologischen Propaganda zu entziehen.

Mit Hilfe eines breiten Netzes von Zuträgern spürte das MGB-KGB nicht nur aktive Widerständler auf, sondern einen jeden, der zufällig vermeintlich Unerlaubtes im Schilde führen könnte.

## DIE „FRANZÖSISCHE GRUPPE“

Eine solche Gruppe existierte überhaupt nicht. Erst während eines Schauprozesses kam die Bezeichnung für eine angeblich „konspirative Gruppe“ auf, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Angeklagt waren dreizehn lettische Maler und Literaten, die in der Nachkriegszeit im privaten Kreis zusammenkamen, um über Literatur und Kunst zu sprechen. Ein Teil von denjenigen, die dann und wann an den Treffen teilgenommen hatten, wurde 1951 vom MGB verhaftet und wegen „konterrevolutionärer Agitation und Propaganda sowie Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation“ angeklagt und verurteilt. Als Hauptbeweis wurde das verbotene sowjetkritische Buch „Zurück aus der UdSSR“ des französischen Sozialisten André Gide angeführt.



Der Maler Kurts Fridrihsons  
in Haft.

Auf die Frage der Übersetzerin Ieva Lase, warum man nicht unmittelbar nach dem Krieg belangt worden sei, als die gleichen Leute zusammengekommen waren und unter anderem in der Unabhängigkeitszeit erschienene Bücher ausgetauscht hatten, antwortete der Untersuchungsrichter Major Smirnof: „Damals wart ihr ungefährlich. Jetzt sieht es anders aus, ihr seid Intelligenzler und habt großen Einfluß auf die Jugend, das allein ist schon gefährlich.“

Die Angeklagten wurden zu 7 bis 10 Jahren Haft verurteilt, der bedeutende Maler Kurts Fridrihsons als „Organisator der Gruppe“ zu 25 Jahren. Er verbrachte 7 Jahre in sowjetischen Gefängnissen. Fridrihsons und andere Verurteilte kamen nach Stalins Tod durch eine Amnestie frei. Fast 1.500 seiner in Sibirien gemalten kleinformatigen Bilder, meist Aquarelle, befinden sich heute im Fundus des Okkupationsmuseums.



# VÖLKERWANDERUNG: DIE KOLONISIERUNG LETTLANDS BEGINNT

Unter dem Vorwand, den großen Bevölkerungsverlust zwischen 1939 und 1949, der etwa ein Drittel der Einwohnerzahl der Vorkriegszeit ausmachte, ausgleichen zu müssen sowie wegen der zentralen Lage Lettlands im Baltikum, begann das Besatzungsregime mit einer Kolonisierungspolitik. Diese führte zu einer Abnahme des Anteils der alteingesessenen Bevölkerung in Lettland – der Grundnation –, zu Diskriminierung und zu einer Russifizierung des kulturellen Umfelds.

In den Nachkriegsjahren herrschte in Lettland aufgrund des großen Bevölkerungsverlustes ein spürbarer Arbeitskräftemangel, den man versuchte, durch eine sorgfältig gesteuerte Immigration zu beheben, gefolgt von der propagandistischen Behauptung der besonderen Förderung und Unterstützung der sowjetlettischen Wirtschaft durch die „Bruderrepubliken.“ 1946 wurden 11.950 und im folgenden Jahr 11.520 Menschen, überwiegend Arbeiter aus Rußland sowie russischsprachige Weißrussen und Ukrainer, angesiedelt. Ein Teil von ihnen kam freiwillig, um dem Hunger in der Heimat zu entkommen und in der Hoffnung auf einen höheren Lebensstandard. Zudem blieben nach dem Krieg etwa 50.000 demobilisierte bzw. pensionierte sowjetische Militärangehörige in Lettland.

Bis 1990 siedelten sich etwa 850.000 Nichtletten im Land an, wodurch der Anteil der Letten an der Gesamtbevölkerung von 73% nach dem Krieg auf um die 50% am Ende der sowjetischen Herrschaft zurückging.

Die Zugezogenen wurden in Stadt und Land in den vollständig eingerichteten Wohnungen politisch Verfolgter, Deportierter und Geflüchteter einquartiert. Am 21. Juni 1945 wurde in Riga mit der Einrichtung von Wohnheimen und Kommunalwohnungen begonnen: die „Normierung von Wohnfläche“ sah für Riga 9 m<sup>2</sup> pro Person sowie zusätzlich 4 m<sup>2</sup> pro Familie vor. Dadurch stückelte man große Wohnungen in sogenannte Kommunalwohnungen auf, wovon hauptsächlich lettische Bewohner betroffen waren. Unter den unheimlich beengten Verhältnissen – Küche und Sanitärbereich mußten mit den anderen Familien in derselben Wohnung, die nicht selten anderer Nationalität waren, geteilt werden – kam es zu Spannungen und Konflikten sowohl unter den Nachbarn als auch innerhalb der Familien. Ein gesundes Familienleben war unmöglich. Die Geburtenrate unter den Letten ging spürbar zurück.



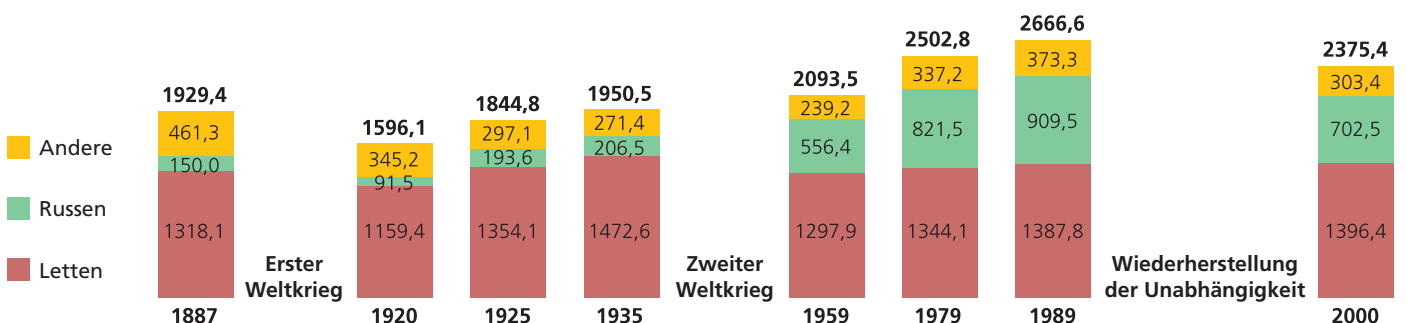
Sowjetische Zuwanderer auf dem Rigaer Hauptbahnhof.

Offiziere der Roten Armee bei einer Parade auf dem Militärstützpunkt Ādaži. Nach ihrer Pensionierung hatten sowjetische Offiziere das Recht der freien Wohnortwahl. Häufig und gern blieben sie in Lettland.



Die von den Kommunisten betriebene Kolonisierungspolitik diskriminierte offen die angestammte lettische Bevölkerung. In zahlreichen Behörden und Wirtschaftsbetrieben wurden die führenden Positionen mit neuangesiedelten Nichtletten besetzt. So verbot eine Instruktion vom 9. Januar 1945 praktisch den Eintritt von Einheimischen in die im Aufbau befindliche Miliz. Anfang der fünfziger Jahre waren unter den führenden Mitarbeitern des Innenministeriums Letten mit 15% vertreten, unter den Direktoren und Chefingenieuren von Industriebetrieben mit 22% und unter den Kolchosvorsitzenden mit 12%. Von den insgesamt 56 Leitern der Abteilungen für Innere Angelegenheiten auf kommunaler Ebene waren lediglich vier lettischer Nationalität (7%).

Da für die Führungskräfte keine Pflicht zum Erlernen der lettischen Sprache bestand, wurde Russisch zum einzigen Verständigungsmittel in staatlichen Behörden, in der Wirtschaft sowie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Gleichzeitig wurden gutausgebildete Letten nicht selten zur Arbeit in andere Regionen der UdSSR geschickt, um so die Herausbildung einer lettischen Führungselite in Lettland zu verhindern.



Ergebnisse von Volkszählungen 1887 bis 2000 (in Tausend). Auffällig ist ein dramatischer Rückgang der Bevölkerungszahl infolge des Ersten Weltkrieges. Noch 14 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist mit fast 12 % ein deutlicher Rückgang

des lettischen Bevölkerungsanteils zu verzeichnen. Während der sowjetischen Besatzungszeit erreichte die Zahl der Letten das Vorkriegsniveau, doch stieg besonders der russische Bevölkerungsanteil aufgrund der Zuwanderung.

# AUF DEM WEG ZUM „HOMO SOVIETICUS“: DIE VEREINNAHMUNG DER LETTISCHEN SPRACHE UND LITERATUR

Die Sowjetisierungsideologie und -politik der Kommunistischen Partei in der Nachkriegszeit ging einher mit einer bewußten Russifizierung. Die praktizierte sowjetische Sprachenpolitik baute darauf auf, daß in der UdSSR – inmitten der vielen Nationalitäten und deren Sprachen – der russischen Sprache und dem russischen Volk die führende Rolle zukommt und der „Sowjetmensch“ zukünftig Russisch sprechen werde. Nach dem Krieg setzte eine neue Welle der Sowjetisierung des Literaturlebens ein, damit das schriftstellerische Schaffen einzig und allein als Stütze und Propagandainstrument der kommunistischen Ideologie diene.

6. юни 1945 г. да ва № 450

**NOTEIKUMI**  
par latviešu valodas pareizrakstību

1. Latviešu alfabētā ir šādi burti: a, b, c, ē, d, e, f, g, ģ, h, i, j, k, ķ, l, ļ, m, n, o, p, r, s, š, t, u, v, z, ž.

Virs garo patskaņu burtiem liekama garuma zīme: ā, ē, ī, ū (virs burtā o garuma zīmi neļieto).

2. Patskaņu garums apzīmējams saskaņā ar rakstu valodas izrunu. Vienkāršības dēļ svešvārdo garumi apzīmējami tikai lokāmās galotnēs, bet ne saknēs un piedēkļos.

No svešām valodām pārņemtos vārdos, kas kļuvuši par aizgūtiem vārdiem un plaši ieviesušies, garums apzīmējams kā latviešu vārdos (līnija, mitniņš, plānot u. c.).

3. Ar līdzskaņa r mīkstinājumu, kur to prasa gramatikas sistēma, valodas izpratnes un izrunas izkopšanas nolūkos iepazīstināmi attiecīgo klašu skolēni mācības iestādēs, bet praktiskā rakstībā līdzskaņš r nav jāmīkstina.

4. Svešvārdu rakstībā ievērojami šādi noteikumi:

a) saskaņā ar latviešu valodas izrunu vārdu sākumā izrunājams un rakstāms nebalsīgais s, piem., septembris, socialismis, Sofija, bet grieķu un latīņu vienkāršais s starp patskaņiem rakstāms kā balsīgais z, piem., analīze, bāze, fizika, filozofija, krīze u. t. t.

b) svešvārdos, kas cēlušies no grieķu un latīņu valodas, divskanis „eu“ latviešu valodā pārvēršas par „ei“, piem., reīmatisms, neīrālģija, pseīdonīms u. t. t.;

c) svešvārdos, kur divskanis „ei“ pārvērties par „i“ (īronija, idīle u. c.), atstāt šo rakstību, bet pārējos svešvārdos lietot divskani „ei“ (seīsmografija, eidētika u. c.);

d) no grieķu valodas cēlušos svešvārdos divskaņa „ai“ vietā latviešu valodā lietot burtu „e“ (pedagogs, estētika, archeolģija u. c.);

e) svešvārdos, kas beidzas ar uzsvērtu patskāni, akcenta vieta apzīmējama ar parasto garumzīmi: frotē, Monteskjē;

f) āķīramā zīme latviešu rakstībā nēv lietojama: pletisms, stolģis, altruisms;

g) latviski rakstītos svešos īpašvārdos nevar lietot zīmes ā, ē, ū, y un tāpat izrunājamos burtu savienojumus ae, oeh, ue u. t. l., bet to vietā jālieto e, ē, i, ī, piem., Kēģi (Kaegi), Mellers (Möller, Moeller), Ķelne (Köln), Millers (Müller, Mylier, hol. Muller), Mīnchene (München), Brīsele (Bruxelles);

h) latviski rakstītos vārdos, kas pārņākuši no svešām valodām, nevar lietot divkārojumus bb, cc, dd, gg, kk, pp, ss, tt un tāpat izrunājamos savienojumus ck, dt, tc, tz, u. t. l., bet to vietā jāreksa b, c, d, g, ķ, p, s, t, piem., Grabbe (Grābbe), Līpe (Lippe), Knops (Knopp), klāde (vācu Kladde), grote (vācu Grotte), Hese (Hesse), kase (Kasse), Bāge (Bagge), Fricis (Fritz), Kocebu (Kotzebue) u. t. t.

Šis noteikums attiecināms arī uz latviešu uzvārdiem: Svīke, Speke, Peke (nevis: Svikke, Spekke, Pekke).

Pīdēpi (l, ļ, r) un nāsepi (m, n, ņ) divkārojami tikai tur, kur ieviesušies latviskā izruna to neapšaubāmi prasa (eīle, eīļa, ķerra, ķanna, balle, nulle, gamma, Kellersmans, Millers, Šillers, u. t. t.), un arī tur, kur to prasa etimolģija (kontrrevolūcija, irracionāls). Pārējos gadījumos rakstāms viens līdzskaņis: artilerija, apelācija, koleģija, gramatika, terors u. t. t.

5. Kā izrunā, tā arī rakstībā ievērojama tautas dzīvās valodas formu dažādība un bagātība, un tāpēc nav skauzamas, bet gan atzīstamas un lietojamas dažādas tautas valodā ieviesušās un plaši izplatītās formas, kur tās piemērotākas un labāk atbilst runas vai raksta saturam, stilam un izrādās praktiski izdevīgas. Tā, piemēram, darbības vārda īstenības izteiksmes nākotnes daudzskaitļa 2. personā galotnei -iet līdzās pieļaujama arī galotne -it (darīsiēt, darīsiēt); divdabju galotņu formām -ošs, -ošā līdzās lietojami arī atvasinājumi ar galotni -ējs, -ēja u. c. (izšķīrošs, izšķīrējs, vadoša, vadītāja), kur tas labāk un precīzāk izteic saturu; salikto formām plaujammašīna, kuļammašīna līdzās lietojamas arī formas plaujmašīna, kuļmašīna u. t. t. Gramatikās un pareizrakstības noteikumos un vārdnīcēs paredzami un pasākājami vajadzīgie izņēmumi vispārīgos likumos.

Neue Vorschriften zur Rechtschreibung von 1946. In die lettische Schriftsprache des Exils wurden diese Veränderungen nie übernommen. Zahlreiche Linguisten argumentieren noch heute, daß sie dem Wesen der lettischen Sprache zuwiderlaufen.

## Biedra J. V. STAĻINA runa

Biedri, atļaujiet man uzsaukt vēl vienu, pēdējo tostu.

Es gribētu uzsaukt tostu mūsu padomju tautas un vispirms krievu tautas veselībai. (Vētraini, ilgstoši aplausi, „urā!“ saucieni).

Es dzeņu, vispirms, uz krievu tautas veselību, jo tā ir visievērojamākā nācija no visām nācijām, kas ietilpst Padomju Savienības sastāvā.

Es uzsaucu tostu krievu tautai tāpēc, ka tā ieguvusi šajā karā vispārējo atzinību kā Padomju Savienības vadošais spēks starp visām mūsu zemes tautām.

brīži 1941./42. gadā, kad mūsu armija atkāpās, atstāja mūsu dzimtos Ukrainas, Baltkrievijas, Ļeņingradas apgabala, Baltijas un Karēļu-Somu republiku ciemus un pilsētas, atstāja, jo nebija citas izejas. Cita tauta varētu teikt: valdībai: Jūs neattaisnojāt mūsu cerības, aizejiet, mēs iecelsim jaunu valdību, kas noslēgs mieru ar Vāciju un nodrošinās mums mieru. Bet krievu tauta nedarīja tā, jo tā ticēja savas valdības politikas pareizībai un nesa upurus, lai nodrošinātu Vācijas sagrāvi. Un šī krievu tautas uzticība padomju valdībai bija tas izšķirīgais spēks, kas nodrošināja

Es gribētu uzsaukt tostu mūsu padomju tautas un vispirms krievu tautas veselībai. (Vētraini, ilgstoši aplausi, „urā!“ saucieni).

Es dzeņu, vispirms, uz krievu tautas veselību, jo tā ir visievērojamākā nācija no visām nācijām, kas ietilpst Padomju Savienības sastāvā.

Es uzsaucu tostu krievu tautai tāpēc, ka tā ieguvusi šajā karā vispārējo atzinību kā Padomju Savienības vadošais spēks starp visām mūsu zemes tautām.

Toast auf das russische Volk aus der Rede Stalins im Rahmen der Siegesfeier vom 24. Mai 1945: „Ich trinke zuallererst auf die Gesundheit des russischen Volkes, denn es ist die bedeutendste aller Nationen, die der Sowjetunion zugehören.“

Mit der in einer Festrede zur Siegesfeier 1945 von Stalin geäußerten Behauptung, das russische Volk sei die bedeutendste Nation der Sowjetunion, erreichte die offizielle Verherrlichung der russischen Sowjetmacht in Lettland Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt. Ein Mythos von der weltweiten Verbreitung und Bedeutung der russischen Sprache wurde in die Welt gesetzt, während die Sprachen anderer Völker der UdSSR untergeordnete Bedeutung zu haben hatten. Die zunehmende Verbreitung der russischen Sprache in Lettland führte zu einer Einwanderungswelle aus den russischsprachigen Teilen der UdSSR ohne eine Pflicht zum Erlernen der lettischen Sprache. Damit einher ging eine Russifizierung des gesamten Verwaltungsapparates, des öffentlichen Lebens und des Alltags. Eine im Sowjetstaat einheitliche, auf die russische Umgangssprache aufbauende fremde Terminologie wurde eingeführt und zahlreiche Begriffe aus dem Russischen entlehnt bzw. dem Russischen nachgebildet.

Die Rechtschreibung der lettischen Sprache wurde durch Regierungsverordnungen verändert. Auf diese Weise behinderte die sowjetische Sprachenpolitik bewußt eine freie und organische Entwicklung der lettischen Sprache und bedrohte ihre Existenz als vollwertiges und zeitgemäßes Verständigungsmittel. Der alltägliche Gebrauch des Russischen begann sich auf Aussprache, Syntax und Wortformen des Lettischen auszuwirken. Die lettische Sprache litt unter

den Auswirkungen der klischeebeladenen sowjetischen Propaganda und Terminologie; ihre Weiterentwicklung wurde durch die den Schriftstellern und Dichtern auferlegten Vorschriften und Anweisungen behindert.

Angesichts der Erfahrungen aus dem ersten sowjetischen Besatzungsjahr hatten zahlreiche lettische Schriftsteller als Flüchtlinge das Land verlassen. Das literarische Leben in Lettland bildeten die wenigen verbliebenen Schriftsteller und kommunistisch gesinnten Literaten, die 1941 mit der Roten Armee geflüchtet waren. Zwischen 1945 und 1955 erschienen im Exil mehr lettische Bücher als im besetzten Lettland.

Die Literatur hatte die Grundprinzipien der kommunistischen Ideologie und des „sozialistischen Realismus“ streng zu befolgen. Zum Pflichtprogramm gehörte die Verherrlichung Stalins und des Großen Vaterländischen Krieges. Ein Schriftsteller war nicht länger eine kreative Persönlichkeit, sondern eine Art „Seelenknecht“ der kommunistischen Gesellschaft. Wer nicht folgte, wurde bestraft. Die Lettische KP reagierte auf entsprechende Signale aus Moskau. So dienten die gegen

die russischen Schriftsteller Anna Achmatowa und Michail Soschtschenko sowie gegen Journalisten der Zeitschriften *Swesda* und *Leningrad* gerichteten Resolutionen der KPdSU als Grundlage für ähnliche Resolutionen in Lettland.

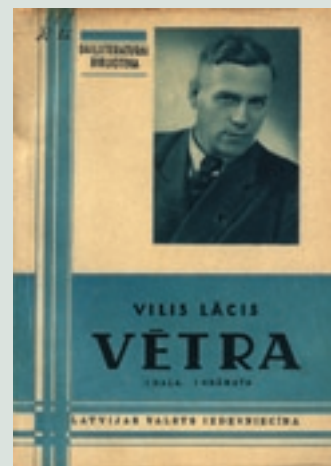
Nach der im ersten sowjetischen Okkupationsjahr begonnenen Zusammenstellung von Verzeichnissen verbotener Literatur kamen die nationalsozialistischen Bücherverbote. Darauf folgten schließlich nach dem Krieg die von der sowjetischen Besatzungsmacht erstellten zehn Verzeichnisse „veralteter“ Literatur. Etwa 12.000 Bücher – sowohl in lettischer, als auch in russischer, deutscher und anderen Sprachen – wanderten in für die Öffentlichkeit unzugängliche „Spezialfonds“ oder wurden in der Zellulosefabrik in Sloka (Jurmala) eingestampft.

Ein strenges dreiklassiges Zensursystem wurde etabliert, dem Literatur und Presseerzeugnisse, aufzuführende Musikstücke, künstlerische Aufführungen und Veranstaltungen unterlagen. Unter diesen Umständen kann von einer authentischen kreativen Entwicklung des literarischen Schaffens keine Rede sein.

## DIE LETTISCHE SPRACHE UND IDENTITÄT

Für die Letten war und ist die Sprache mehr noch als für viele größere Völker Hauptbestandteil ihrer Identität. Mit wahren Stolz begreifen sie ihre Sprache als eine der ältesten indoeuropäischen Sprachen, die große und ebenso alte folkloristische Reichtümer wie Volkslieder, Sprichwörter, Redensarten, Volksweisheiten, Märchen und Sagen bewahrt hat. Dennoch zählt die lettische Sprache mit nahezu 1,5 Millionen Muttersprachlern zu den kleinsten Sprachen. Deshalb ist die Bewahrung und Pflege ihrer Sprache eine wichtige Aufgabe der modernen lettischen Nation. Dies hatten schon die Aktiven des ersten Erwachens der Nation im 19. Jahrhundert

**Buchdeckel des umfangreichen Romans *Vētra* (Der Sturm) von Vilis Lācis. Darin werden der Große Vaterländische Krieg und der Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus glorifiziert.**



begriffen. Sie sorgten für eine Modernisierung der lettischen Sprache und wandten sich sowohl gegen die Germanisierungs- als auch gegen die Russifizierungspolitik, wie sie von der seinerzeit in Lettland herrschenden deutschbaltischen Elite ebenso betrieben wurde wie vom Verwaltungsapparat des Zarenreiches.

Für die russischen Kommunisten wie für die deutschen Nationalsozialisten war die Unabhängigkeit Lettlands ein Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung ihrer imperialistischen Großmachtsträume. Den einen wie den anderen ging es darum: Wenn man schon das lettische Volk physisch nicht aus dem Weg schaffen konnte, so doch alles auszuschließen, was auf den Status einer Nation abzielen und den unabhängigen Staat wiedererstehen lassen könnte. Die Sprachpolitik war Bestandteil dieser imperialistischen Politik. Dazu gehörte die gnadenlose Vernichtung bzw. Ausschaltung der kulturellen und gesellschaftlichen Elite, um der Nation die geistige und politische Führung zu nehmen und das Volk, ohne jegliche freie Entwicklungsmöglichkeiten, dem Stumpfsinn preiszugeben. Dazu gehörten außerdem der Zustrom von Kolonisten, Einwanderern und die Auswanderung vieler Letten, was die Widerstandsfähigkeit des Volkes zusätzlich schwächte. Bestandteil der imperialistischen Politik war darüber hinaus die Verdrängung der lettischen Sprache als Amtssprache des Staates, ihre allmähliche Schwächung, Germanisierung bzw. Russifizierung und schließlich die vollständige Einführung einer Fremdsprache als einzigem Mittel der Verständigung und der kulturellen Ausdrucksmöglichkeit.

3. s. Skalbe, K. Pēc laika. Dzejoļi. Izd. Gulbis, Rīgā, 1943. g.
2. s. Skalbe, K. Klusuma meldījas. Izd. Zelta, Abele, Rīgā, 1942. g.
2. s. Skalbe, K. Sāpju ceļš. Izd. Tautas palīdzības b-ba, Rīgā, 1942. g.
2. s. Skalbe, K. Namiņš zem vitoliem. Izd. Latvju Grāmata, Rīgā, 1941. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti I sēj. un III sēj. Biogrāfija un dzejas. Izd. Roze, Rīgā, 1938. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 7. sēj. Kara laika tēlojumi. Izd. Roze, Rīgā, 1939. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 8. sēj. Raksti par latv. literatūru, mākslu, kultūru. Ceļojumu piezīmes. Izd. Roze, Rīgā, 1939. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 9. sēj. Mazās piezīmes, Pārdomas un vērojumi. Izd. Roze, Rīgā, 1939. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 10. sēj. Pārdomas un vērojumi. Pirmās dzejas. Satīra dzejā un prozā. Skalbes dzejas apcere. Izd. Roze 1939. g.
3. s. Skalbe, K. Kopotie raksti V sēj. Stāsti, tēlojumi un zīmējumi. Izd. Kultūras Bāss, Rīgā, 1923. g.
7. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 2. sēj. Izd. Kultūras Bāss, Rīgā, 1923. g.
7. s. Skalbe, K. Kopotie raksti 6. sēj. Izd. Roze, Rīgā, 1938. g.
3. s. Skalbe, K. Latvju Strēlnieks. Rakstu krājums. Izd. Valters un Rapa, Rīgā, 1916. g.
6. s. Skalbe, K. Mazās piezīmes. Izd. Gulbis, Rīgā, 1907. g.
5. s. Skalbe, K. Veļu laikā. Izd. Zeltiņš, Rīgā, 1907. g.
5. s. Skalbe, K. Kurzemē. Izd. Gulbis, Rīgā, 1907. g.
5. s. Skalbe, K. Svētķu raksti. 1879. 7. 11. 1929. Izd. Rīgā, 1907. g.
5. s. Skalbe, K. Zāles dvaša. Izd. Gulbis, Rīgā, 1931. g.
7. s. Skalders, K. Cilvēka anatomija un fizioloģija. Pirmā palīdzība nelaimīgos gadījumos. Izd. Valters un Rapa, Rīgā, 1932. g.

Seite aus dem Gesamtverzeichnis verbotener Bücher. Die darin enthaltenen Bücher durften weder in Bibliotheken vorhanden sein, noch in Geschäften verkauft werden. Unter den verbotenen Autoren ist der lettische „Märchenkönig“, Dichter und Schriftsteller Kārlis Skalbe (1879–1945), der 1944 ins Exil ging und in Schweden starb.

## „SOWJETISCHE FOLKLORE“

Die kommunistischen Ideologen unternahmen Versuche, die Ansichten bezüglich der Folklore zu revidieren: die bisher gängige Meinung, daß es in der lettischen Folklore unter den Letten keinen Antagonismus gegeben habe, sei falsch, denn unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes „besteht ein ewiger Kampf sowohl gegen die deutschen Versklaver als auch gegen die eigenen Ausbeuter.“ Die Folklore sei „zur Idealisierung der Vergangenheit und zur beschränkten nationalistischen Propaganda mißbraucht“ worden.

Ende der vierziger Jahre wurde mit dem Sammeln „sowjetischer Folklore“ begonnen, die angeblich spontan im Volk zum Ausdruck kam. Das Folkloreinstitut der Akademie der Wissenschaften der LSSR gab Sammelbände mit den „neuesten [sowjetischen] Volksliedern“ heraus, in denen der Genosse Stalin und das Leben in der sowjetischen Gesellschaft besungen und verherrlicht werden, wie hier:

Traktoristen, Bestarbeiter  
Läuten ein die Sonnenwende:  
An der Brust den Heldenstern,  
An den Mützen rote Nelken.

Drescher, Kolchosbauern  
hab'n die Klete vollgeschüttet:  
Kommt ein Wort noch in den Sinn  
Stalin – Dank.

Der äußeren Form nach entsprechen diese Verse tatsächlich den Dainas – den traditionellen lettischen Volksliedern. Doch kommen in der traditionellen Folklore weder Traktoristen noch Orden vor,



**Buchdeckel  
der Ausgabe  
Sowjetlettische  
Folklore.**

auch tragen die Männer zur Sonnenwendfeier, dem Johannistfest, keine roten Nelken, sondern traditionell Eichenlaubkränze auf dem Haupte. Nach der Ernte pflegte man dem „lieben Gott“ zu danken, nicht Stalin. Jahre später schränkte das Sowjetregime die Sonnenwendfeiern ein und verbot sie schließlich für einige Zeit ganz, in der Hoffnung diese alte und nach wie vor beliebte lettische Tradition auszutilgen.

### JĀNIS ENDZELĪNS (1873–1961)

Bezugnehmend auf den „genialen Beitrag des Genossen Stalin auf dem Felde der Sprachwissenschaft“ sah sich der bedeutendste lettische Sprachwissenschaftler, Professor Jānis Endzelīns, schweren Vorwürfen der Kommunistischen Partei ausgesetzt: er halte seine wissenschaftlichen Vorlesungen zur Linguistik „in dem gleichen Geiste wie im faschistischen Lettland“ und suche formal nur nach Fehlern in den Entlehnungen aus dem Russischen und dem bolschewistischen Schrifttum. Viele bedeutende Wissenschaftler wurden auf ähnliche Weise kritisiert.



### STATISTIK DER LOBPREISUNGEN STALINS

In den im Jahr 1948 erschienenen Gedichtbänden wurde Stalin von den Dichtern Jānis Plaudis 29 mal erwähnt, von Andrejs Balodis 28 mal, von Aleksandrs Čaks entsprechend 23 und von Jānis Grots 21 mal.

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 20

Die Vereinnahmung von Literatur und Kunst durch die Kommunistische Ideologie klingt in der *Geschichte der Lettischen SSR* so: „Der Kampf um Parteinahme in der Kunst, für aktuelle Thematiken und die Nähe der Literatur zum Alltagsleben, ihr inhaltlicher Ideengehalt war eng verbunden mit der Forderung nach künstlerisch vollwertiger Form und Ausdrucksweise. Die Literaten hatten in jener Zeit so manche ‚Kinderkrankheit‘ zu überwinden, Mißerfolge, eine unzureichende Auseinandersetzung mit den abzubildenden Erscheinungen, Phrasenhaftigkeit, Schemaabhängigkeit und Deklarativismus. [...] Im Anschluß an die zwischen 1946 und 1948 vom ZK der Allunions-KP (Bolschewiki) gefaßten Beschlüsse, wurde in ideologischen Fragen der Kampf gegen eine ideenlose und apolitische Literatur und Kunst sowie gegen bourgeoise ideologische Überbleibsel verschärft.“ (Band 2, S. 299)

## DIE KULTUR IM GLEICHSCHRITT: KUNST UND MUSIK AM ZÜGEL DER IDEOLOGIE

**Durch die Befolgung der Vorgaben der kommunistischen Parteideologen war nicht nur die Literatur, sondern das gesamte Kulturleben in der Sowjetunion auch im besetzten Lettland reglementiert. Die Verherrlichung der kommunistischen Ideologie und des „sozialistischen Realismus“ gehörte zum Pflichtprogramm in allen Bereichen der Kunst.**

Der Chefideologe der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Andrej Schdanow, und andere Politbüromitglieder verurteilten die sogenannte Ideenlosigkeit und das Apolitische der Kunst. Sie hatte allein der kommunistischen Ideologie zu dienen.

Um das künstlerische Schaffen zu kontrollieren und zu reglementieren, hatte sich die künstlerisch tätige Intelligenz in verschiedenen „kulturschaffenden Verbänden“ zu organisieren, die dafür Sorge zu tragen hatten, daß ihre Mitglieder der ideologischen Parteilinie folgten. Nur Mitglieder dieser Verbände konnten auf Publikation, Ausstellung bzw. Aufführung ihrer Werke und finanzielle Unterstützung hoffen.

Im Bereich der bildenden Kunst kämpften die Ideologen der Kommunistischen Partei gegen den sogenannten Formalismus. Damit wurde alles bezeichnet, was von der Definition des „sozialistischen Realismus“ abwich. Im Rahmen öffentlicher Debatten im Zusammenhang mit Ausstellungen wurden Künstlern verderbliche Erscheinungsformen des Formalismus und sogenannte Verwestlichung „nachgewiesen.“ Ende 1949 kam es zu einer Umregistrierung der Mitglieder des Künstlerverbandes, wobei fünfzig von ihnen aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Die Begründung lautete zumeist: „Widerstreben, formalistischen Tendenzen zu entsagen.“

Politisch bedeutsame Themen wurden auch im Bereich der Musik gefordert und die beim Volk beliebten Sängere

## IM ZEICHEN DES MARXISMUS-LENINISMUS: EINFÜHRUNG DES SOWJETISCHEN BILDUNGSSYSTEMS

**In den Nachkriegsjahren wurde die Sowjetisierung des Bildungssystems wiederaufgenommen, um sie zum Hauptinstrument bei der Bindung von Kindern und Jugendlichen an die kommunistische Ideologie zu machen und die Verbreitung der russischen Sprache unter der Jugend voranzutreiben.**

Vorgeblich um das in der sogenannten Stalinverfassung von 1936 verbriefte Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache zu gewährleisten, wurden für die Zuwanderer russischsprachige Schulen gegründet, in denen Lettisch nicht zu den Pflichtfächern gehörte. Russisch dagegen wurde in allen lettischsprachigen Schulen obligatorisch. Die Minderheitenschulen der Unabhängigkeitszeit für jüdische, polnische und weißrussische Kinder wurden nicht wiedereröffnet. Da Lettisch an russischsprachigen Schulen verhältnismäßig selten von den Schülern als Unterrichtsfach



**Beispiele sowjetischer Musikwerke: „Traktoristenwalzer,“ „Die Letten preisen Stalin,“ „Ein Bummelant im Kolchos,“ „Lenin.“**

durch die Erweiterung des Repertoires um zahlreiche „sowjetpatriotische“ bzw. Lieder der sowjetischen „Brudervölker“ mit besonderer Sorgfalt ideologisch präpariert: auf diese Weise konnte die Anzahl der traditionellen lettischen Lieder erheblich reduziert werden.

## DIE ÄCHTUNG DES FORMALISMUS IN DER MALEREI

1950 verurteilte der Künstlerverband den eigenwilligen Maler Jānis Pauļuks (1906–1984): „Da der Künstler es unterließ, symbolistische und formalistische Elemente in seinem Œuvre auszumerzen, ist er für ein Jahr als Kandidat zurückzustellen, wobei die Eingabe des Künstlers berücksichtigt wurde, daß er bemüht sei, auf den Weg des sozialistischen Realismus einzuschwenken.“ Seine erste Einzelausstellung konnte Pauļuks erst vierzehn Jahre später veranstalten, wobei die Sachverständigenkommission bzw. Zensur nur zwölf von fünfzig vorgelegten Gemälden zur Ausstellung zuließ.

gewählt wurde, trug das Schulsystem im Prinzip dazu bei, daß die russische Sprache zum einzigen allgemeinen Verständigungsmittel in der Gesellschaft werden konnte.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Unterrichts- und Erziehungsinhalten gewidmet. Bereits am 13. Dezember 1944 wurden „Bestimmungen für die Organisation der Komsomolarbeit an den Schulen“ erlassen. Den Ablauf von Festivitäten planten fortan die Kommunistische Partei und die Sowjetbehörden. Schüler hatten an allen offiziellen Festumzügen teilzunehmen. Schulgebäude waren mit den Bildnissen der Partei- und Staatsführer zu schmücken. Die Lehrpläne der Fächer Geschichte, Literatur, Geographie und Fremdsprachen waren radikalen Veränderungen zu unterziehen. Die Helden der Kinderbücher waren nun Rote Partisanen bzw. Rächer, heldenhafte Pioniere oder Komsomolzen wie der legendäre Pawlik Morosow – ein Junge, der seinen Vater beim MGB/KGB denunziert – oder Stalin und Lenin in ihren Jugendjahren.

Lehrkräfte wurden äußerst sorgfältig überprüft und umerzogen. 1950 fand eine Attestierung der Lehrer statt, um sich „treuer Kader“ zu vergewissern; 328 Lehrkräften wurde das Attest aus politischen Gründen verweigert, weiteren

654 hingegen, weil „keine völlige Klarheit hinsichtlich aller Verwandten des Lehrers besteht.“

Hochschulprofessoren und Wissenschaftler erhielten die Anweisung, ihre pädagogische und wissenschaftliche Arbeit künftig an der marxistisch-leninistischen Theorie zu orientieren. Vorlesungen zum Marxismus-Leninismus und zur Geschichte der Partei gehörten zum Pflichtprogramm.

Internationale Kontaktpflege wurde verboten bzw. stark eingeschränkt. Zwischen 1947 und 1953 wurden gegen „bourgeoise Kader“ gerichtete Säuberungsaktionen durchgeführt. Zahlreiche Lehrkräfte und Wissenschaftler wurden öffentlich gedemütigt, auf sogenannten selbstkritischen Abenden bloßgestellt, entlassen, verurteilt oder deportiert.



Pionierveranstaltung.

## „DAS RECHT AUF ANTIRELIGIÖSE PROPAGANDA“: UNTERDRÜCKUNG DER RELIGION

**Sogleich nach dem Krieg nahmen die kommunistischen Machthaber ihre antireligiöse Politik wieder auf: Enteignung von Kirchenbesitz und Verhaftung von Geistlichen sowie Bestrebungen, das religiöse Leben der Kontrolle durch die Kommunistische Partei zu unterwerfen.**

Nach der 1936 verabschiedeten sogenannten Stalinverfassung waren Kirche und Staat getrennt, ebenso wie Schule und Kirche. Sie garantierte sowohl die Freiheit des Glaubens als auch das Recht auf antireligiöse Propaganda. Doch alles, auch die atheistische Propaganda in der Gesellschaft und an den Schulen, kontrollierte das Regime mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die römisch-katholischen Klöster wurden geschlossen, Immobilien und Kirchenarchive enteignet. Bis 1958 wurden 63 katholische Priester verhaftet; zehn von ihnen kamen um.

Auch die evangelisch-lutherische Kirche sah sich Repressionen ausgesetzt. 60% der Geistlichen, darunter Erzbischof Teodors Grīnbergs, hatten sich ins Exil begeben, die Verbliebenen versuchte das Regime zu spalten. Da er sich weigerte, mit der Besatzungsmacht zu kollaborieren, wurde der lutherische Probst von Latgale (Lettgallen) und Bevollmächtigte Grīnbergs', Kārlis Irbe, 1946 verhaftet und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Die Generalsynode der lutherischen Kirche 1948 fand unter strenger Aufsicht der Behörden statt. Bis 1962 wurden 40 lutherische Geistliche verhaftet und verurteilt. Vier von ihnen fanden den Tod.

Im Laufe der ersten zwanzig Nachkriegsjahre wurde die Tätigkeit von über 40 orthodoxen Gemeinden unterbrochen, indem ihre Gotteshäuser in Staatsbesitz übergingen, zweckentfremdet oder dem Verfall preisgegeben wurden. Die Unabhängigkeit der Lettischen Orthodoxen Kirche wurde aufgehoben. Bis 1952 sahen sich 46 orthodoxe Geistliche Repressionen ausgesetzt. Fünfzehn von ihnen starben in Haft oder aber verschwanden spurlos.

## DER SOWJETISCHE ANTISEMITISMUS

Im Holocaust wurde fast die gesamte jüdische Gemeinschaft Lettlands vernichtet. Jüdische Zuwanderer aus der Sowjetunion füllten die lichten Reihen der Überlebenden und aus dem Exil Zurückgekehrten. Doch das jüdische gesellschaftliche und kulturelle Leben kam im besetzten Lettland nicht wieder zur Blüte. Während der Unabhängigkeitszeit tätige jüdische Schulen blieben geschlossen. Religion und Kultur wurden unterdrückt. Jüdische Literatur und Periodika, die während der lettischen Unabhängigkeit erschienen waren, wurden nun in geschlossenen Archiven aufbewahrt; für die Einsicht in die Schriften war eine spezielle Genehmigung erforderlich.

Die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung nahm nach der Gründung des Staates Israel 1948 unter dem Vorwand der Bekämpfung zionistischer Tendenzen zu. In Lettland wurden schon 1949 der überzeugte Marxist Professor Maksis Šacs-Aņins und seine Frau verhaftet und wegen „Organisation eines jüdischen antisowjetischen nationalistischen Zentrums“ angeklagt. Breitangelegte Repressionsmaßnahmen gegen jüdische Bürger begannen im Januar 1953 mit dem Fall der „jüdischen Ärzte und Giftmörder.“ Erst mit dem Tod Stalins endeten weitere Repressionen, doch antisemitische Tendenzen blieben bestehen. Jüdische Bürger, die nach Israel auswandern wollten, wurden behindert. Die erste jüdische Schule in Lettland nahm 1990 ihre Tätigkeit auf, als die Unabhängigkeitsbewegung bereits eingesetzt hatte.



## STALIN IST TOT – ES LEBE DIE PARTEI: VOM PERSONENKULT ZUR KOLLEKTIVEN FÜHRUNGSSPITZE

**Stalin starb am 5. März 1953. Ruhm und Erinnerung waren ihm offiziell nur drei Jahre lang vergönnt. Obwohl der Personenkult um ihn durch die Beschlüsse der KPdSU 1956 endete, herrschte die Partei weiterhin im Namen Lenins nunmehr mit einer kollektiven Führung über das Volk.**

Stalin wurde 1879 in Georgien als Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili geboren. Die Welt kennt ihn als Despoten, der mit allumfassendem Terror herrschte und jedweden realen, aber auch lediglich in seiner Phantasie existierenden Widerstand gegen die kommunistische Ideologie und die Vorherrschaft der UdSSR rücksichtslos niederschlug. Er ist verantwortlich für den Tod von Millionen Menschen, die ohne Gerichtsurteil erschossen wurden, in den GULAG-Lagern an Krankheiten und Hunger zugrunde gingen, in Gefängnissen oder in der Zwangsansiedlung in Sibirien umkamen.

Die Sowjetpropaganda verherrlichte Stalin als „Vater und Lehrer aller Völker.“ Seinen Tod gab die KPdSU am 5. März 1953 bekannt und bezeichnete ihn als „schwersten Verlust

für die Partei und die Werktätigen der Sowjetunion sowie der ganzen Welt.“ Begleitet von pathetischen Reden der Parteiführer beweinten die Massen den Tod Stalins.

Kaum waren drei Jahre vergangen, als auf dem XX. Parteikongress der KPdSU 1956 der Nachfolger und Weggefährte Stalins, Nikita Chruschtschow, die Willkürherrschaft Stalins verurteilte. Die lettische Tageszeitung *Cīņa* (Der Kampf) verkündete am 3. Juli: „Der Kongress forderte das Zentralkomitee zum konsequenten Handeln auf, um den dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkult zu überwinden, seine Folgen in allen Bereichen von Partei, Staat und Ideologie zu beseitigen, sich streng an die Umsetzung der Normen des Parteilebens und an die auf den großen Lenin zurückgehenden Prinzipien einer kollektiven Parteiführung zu halten.“ Der neben Lenin aufgebahrte einbalsamierte Leichnam Stalins wurde aus dem Mausoleum in Moskau entfernt. Stalinbilder verschwanden aus den Büros ebenso wie die Stalin Denkmäler von den Plätzen des Landes. Wie viele seiner Opfer war nun auch Stalin zur Unperson geworden.

Indem sie Stalin vom Sockel holten und Lenin an seine Stelle setzten und die Exzesse der Stalinherrschaft beendeten, wuschen sich die einst willigen und treuen höheren Parteifunktionäre die Hände in Unschuld. Mit kollektiver Entschlossenheit setzten sie ihre repressive Gesellschafts- und Nationalpolitik fort und forcierten und stärkten die Privilegien der Partei-Nomenklatura.

# ZWEITE SOWJETISCHE OKKUPATION: KOLONISIERUNG LETTLANDS

# 1953–1985

Schwierige Rückkehr aus Haft und Zwangsverschickung • Widerstand gegen die Moskauer Politik • „Tauwetter“ im Kulturleben • Kontrollierte Kontakte mit der Außenwelt • Absetzung der Nationalkommunisten • Zentralisierung und Restalinisierung • „Internationalisierung“ der Industrie und massive Zuwanderung von Ausländern • Ruin der Landwirtschaft durch Sowjetisierung • „Internationalisierung“ der Kulturlandschaft und der Natur • Das Leben in der Kommune und im Kollektiv • Kampf der Kommunistischen Partei gegen alles Nationale • Vom Prager Frühling zur Solidarność-Bewegung • Bildung, Wissenschaft und Kultur • Die Überlebensfähigkeit des Volkes • Der scheinbare Siegeszug des Atheismus • Gesellschaftliches und kulturelles Leben der Letten im Exil • Politische Aktivitäten der Exilletten • Sowjetische Maßnahmen gegen das Exil

**17.06.1953:** Arbeiteraufstand in Ostberlin. • **12.09.1953:** Nikita Chruschtschow wird zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU gewählt. • **14.05.1955:** Unterzeichnung des Warschauer Paktes, eines militärischen Bündnisvertrages zwischen der UdSSR, Albanien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn und der DDR. • **15.05.1955:** Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags, der die staatliche Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Österreich wieder herstellt und die Viermächte-Okkupation beendet. • **25.02.1956:** Chruschtschow verurteilt auf dem XX. Parteitag der KPdSU den stalinschen Personenkult. • **28.06.1956:** Arbeiteraufstand gegen das kommunistische Regime im polnischen Poznań. • **23.10.1956:** Beginn des ungarischen Volksaufstandes, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wird. • **25.03.1957:** Sechs westliche Staaten verabschieden den Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. • **04.10.1957:** Die UdSSR schießt mit Sputnik 1 den ersten künstlichen Erdsatelliten ins All. • **02.01.1959:** Staatsstreich unter Fidel Castro auf Kuba. • **08.11.1960:** John F. Kennedy gewinnt die US-Präsidentschaftswahlen. • **13.08.1961:** Die DDR schließt die Grenze zu Westberlin – Bau der Berliner Mauer. • **16.–28.10.1962:** Die USA entdecken sowjetische Raketenstützpunkte auf Kuba – Beginn der Kubakrise. • **22.11.1963:** US-Präsident Kennedy wird bei einem Attentat getötet, an seine Stelle tritt Lyndon B. Johnson. • **07.08.1964:** Der US-Kongreß ermächtigt Präsident Johnson, Südvietnam um jeden Preis gegen das kommunistische Nordvietnam zu verteidigen. • **5.10.1964:** Chruschtschow wird zum Rücktritt als Erster Sekretär des ZK der KPdSU gezwungen, Leonid Breschnew übernimmt sein Amt. • **13.08.1966:** Das ZK der KP der Volksrepublik China verkündet eine „Kulturrevolution“ gegen die Intelligenz. • **27.05.1968:** Mit einem Gesetz zur Aufhebung der Zensur und einer Amnestie für politische Gefangene beginnt der Prager Frühling. • **20.08.1968:** Die Führung der Sowjettruppen bereitet dem Prager Frühling ein Ende. • **05.11.1968:** Richard M. Nixon wird zum US-Präsidenten gewählt. • **20.07.1969:** Der US-Astronaut Neil Armstrong betritt als erster Mensch den Mond. • **07.12.1970:** Die Bundesrepublik Deutschland erkennt die Oder-Neiße-Grenze an. • **09.08.1973:** US-Präsident Nixon sieht sich infolge der Watergate-Affäre zum Rücktritt gezwungen. • **13.02.1974:** Die UdSSR verweist den Schriftsteller Alexander Solschenizyn des Landes.



Heimkehrkoffer, den Edgars Andriksons für den zwangsverschickten und zwischen 1946 und 1956 in einem Kohlebergwerk in Inta, in der Autonomen SSR Komi, beschäftigten Leonard Šenne angefertigt hat. Im Koffer befinden sich Habseligkeiten der 1941 deportierten Vilma Pļavniece, die sie 1958 aus der Zwangsverschickung im Gebiet Krasnojarsk mitgebracht hat.

• **30.04.1975:** Nordvietnamesische Truppen erobern Saigon; Ende des Vietnamkonfliktes. • **01.08.1975:** Vertreter von mehr als 30 Staaten, darunter der USA und der UdSSR, unterzeichnen die KSZE-Schlußakte von Helsinki. • **25.12.1979:** Truppen der UdSSR marschieren in Afghanistan ein. • **14.08.1980:** Die massiven Streikaktionen der Danziger Werftarbeiter münden in der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* unter Führung von Lech Wałęsa. • **04.11.1980:** Ronald Reagan wird zum US-Präsidenten gewählt. • **10.11.1982:** Tod Leonid Breschnews; Juri Andropow wird Generalsekretär des ZK der KPdSU. • **09.02.1984:** Tod Juri Andropows; sein Nachfolger als Generalsekretär wird Konstantin Tschernenko.



## HEIMWÄRTS, ABER NICHT NACH HAUSE: SCHWIERIGE RÜCKKEHR AUS HAFT UND ZWANGSVERSCHICKUNG

**Stalins Tod und die Kämpfe innerhalb der kollektiven Führung der Kommunistischen Partei der UdSSR änderten nichts an den Machtstrukturen des kommunistischen Systems, trugen aber dazu bei, die physischen Terrormethoden zu beenden. Die deportierten Häftlinge in den Straflagern des GULAG und in der Zwangsverschickung hofften inständig auf baldige Veränderungen, doch nur allmählich kamen Häftlinge und Zwangsverschickte frei und konnten nach Lettland zurückkehren, wo sie unter schwersten Bedingungen ihr Leben ganz neu beginnen mußten.**

In Norilsk und Workuta kam es im Mai bzw. Juli 1953 zu Häftlingsunruhen. Im Mai 1954 wurde ein Aufstand im Lager von Kengir von Soldaten und Panzern der Roten Armee niedergeschlagen.

1954 wurden erstmals einige Fälle verurteilter Häftlinge und Bittschriften von Deportierten geprüft, wobei vordergründig die Schreckenstaten Lawrentij Berijas und des von ihm geleiteten KGB aufgedeckt wurden. 1955 wurde eine Amnestie für politische Gefangene erlassen, die wegen Kollaboration mit dem Feind während des Krieges verurteilt worden waren.

In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zahl der Freigelassenen. Die Rückkehr aus der Zwangsansiedlung setzte sich bis 1961 fort. Insgesamt erhielten mehr als 31.000 Überlebende der Massendeportationen, darunter auch zahlreiche politische Häftlinge, die Berechtigung, nach Lettland zurückzukehren.

Aus Straflagern entlassene politische Häftlinge mußten häufig zunächst einige Jahre in der Zwangsansiedlung oder außerhalb Lettlands zubringen. Auch nach ihrer Rückkehr wurden sie von den Behörden beaufsichtigt und beobachtet, ihre Aktivitäten unterlagen genauester Beobachtung. Häufig war es ihnen untersagt, sich in größeren Städten wie Riga niederzulassen. Nur wenigen gelang es, wieder an ihren alten Wohnort zurückzukehren. Nicht selten unterlagen sie Diskriminierungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche oder bei der Aufnahme eines Studiums. Selbst in der Heimat konnten sie sich nicht mehr zu Hause fühlen.



Eine Gruppe von zwangsverschickten Letten tritt den Heimweg aus dem Gebiet Omsk nach Lettland an.



Die kleine Tonskulptur „Aufstand in Ekibastus“ erinnert an den Aufstand vom 22. Januar 1952 in Ekibastus in der Kasachischen SSR. Sie wurde von einem namentlich unbekanntem deutschbaltischen Künstler aus Liepāja angefertigt, der 1939 nach Deutschland umgesiedelt worden und im Krieg in sowjetische Gefangenschaft geraten ist. Die Skulptur wurde 1959 von Gunārs Kušķis, einem Teilnehmer des Aufstandes, mit nach Lettland gebracht.

### DEPORTIERTEN-STATISTIK DES KGB

Geheime Statistik des KGB-Vorsitzenden der Lettischen SSR, Jānis Vēvers, vom 7. Dezember 1962 über die Deportationen:

Deportierte gesamt	19.359	60.469
	Familien	Personen
1941 Kaufleute, <i>Aizsargi</i> -Mitglieder usw.	5.521	16.563
1945 Deutsche und Staatenlose	384	675
1949 Kulaken	9.250	30.469
1949 Verurteilte Nationalisten und Banditenfamilien	4.254	12.762
Bis zum 1. Juli 1962 entlassen und berechtigt, in Lettland zu wohnen	13.339	31.318

Es gibt einige Faktoren, die an der Genauigkeit dieser Zahlen zweifeln lassen. Zum einen hat sich Vēvers offensichtlich verzählt, denn tatsächlich wurden 50 Familien mehr als angegebend zwangsverschickt. Zum anderen erscheint es seltsam und unglaubwürdig, daß bei beiden Massendeportationen 1941 und 1949 eine Familie durchschnittlich aus gerade drei Personen bestanden haben soll. Außerdem stimmt die Zahl der während der Massendeportationen 1941 und 1949 Zwangsverschickten nur ungefähr mit den Zahlen anderer Quellen überein; Vēvers nennt höhere Zahlen. Am auffälligsten ist zudem, daß nur drei „administrative“ Deportationen erwähnt sind, von denen diejenige von 1945 quantitativ nicht ins Gewicht fällt. Zwangsverschickungen von Verhafteten fanden ununterbrochen statt, deshalb muß die Zahl der aus Lettland Weggebrachten weitaus höher liegen als bei 60.000. Oftmals wurden aus der Zwangsverschickung Zurückgekehrte erneut verhaftet und verschleppt.



Fahrkarten für den Heimweg aus der Zwangsverschickung.

**DAS GESPENST DES NATIONALKOMMUNISMUS: WIDERSTAND GEGEN DIE MOSKAUER POLITIK**

**Der Tod Stalins hatte nicht nur in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei der UdSSR einen Machtkampf ausgelöst, sondern auch an der Peripherie des Sowjetimperiums in Lettland. Die KP Lettlands nutzte diese Situation, um die nationalen Interessen zu stärken.**

Im Kampf um das Erbe der Macht Stalins setzte der Innenminister der UdSSR, Lawrentij Berija, in Anlehnung an Lenin nicht auf Zentralisierung, also nicht auf Moskau, sondern auf die Unionsrepubliken und die „nationalen Kader.“ Doch bald schon unterlag er Nikita Chruschtschow und seinen Getreuen: Er wurde am 26. Juni 1953 verhaftet und am 23. Dezember erschossen. Seine nationalorientierten Initiativen wurden von den neuen Führern der Kommunistischen Partei weder fortgesetzt noch rückgängig gemacht und ebneten den sogenannten Nationalkommunisten den Weg.

Die Nationalkommunisten waren eine neuartige Erscheinung im Nachkriegslettland. Es handelte sich bei ihnen nicht mehr um in Moskau und Rußland geformte Parteikader, sondern um relativ junge, aus Lettland selbst

stammende Letten, die über Fronterfahrung ebenso verfügten wie über Rückhalt bei den Kriegsveteranen. Als zuverlässige Kommunisten konnten sie es wagen, frei ihre Ansichten zu vertreten. Durch den Tod Stalins und die Initiative Berijas ermutigt, gewannen sie besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem Chruschtschow die Verbrechen Stalins offenlegte und den stalinschen Personenkult verurteilte, an Einfluß. Unter den lettischen Nationalkommunisten stach Eduards Berklavs, der zwischen 1956 und 1959 wichtige Ämter bekleidete, besonders hervor. Er und seine Gesinnungsgenossen bildeten für eine gewisse Zeit die Mehrheit im Politbüro der KP Lettlands. Zum Zweiten Sekretär des ZK der LKP, der in der Regel ein linientreuer und „aufsichtsführender“ Befürworter der KPdSU-Parteilinie aus Moskau zu sein hatte, wurde der Lette Vilis Krumiņš gewählt.

In seiner Funktion als Erster Sekretär der Parteileitung der Stadt Riga widersetzte sich Berklavs vor allem der Russifizierungspolitik. Auf den Mangel an Wohnraum verweisend, setzte er in erster Linie auf eine drastische Verschärfung der Erteilung der sogenannten Anmelde- und Niederlassungserlaubnis für Riga und Jūrmala, welches damals noch zum Rigaer Stadtgebiet gehörte. Davon besonders betroffen waren Zuwanderer aus anderen Sowjetrepubliken und Armeeangehörige, für die es bis dahin kaum Einschränkungen gegeben hatte.

Die Nationalkommunisten richteten sich auch gegen die Bildung von Großbetrieben zur Versorgung der UdSSR, die der Einfuhr von Rohstoffen und des Zustroms von Arbeitskräften bedurften. Statt dessen wollten sie die traditionellen Wirtschaftszweige wie Leicht- und Nahrungsmittelindustrie in Lettland fördern. Sie waren bestrebt, ein lettisches Umfeld zu schaffen und dem Lettischen wieder den Status einer Landessprache zu verleihen, indem sie von russischsprachigen Funktionären forderten, sich innerhalb von zwei Jahren Lettischgrundkenntnisse anzueignen. Zur Verwirklichung ihrer Ziele bemühten

sich die „Berklavisten“ um eine Erhöhung des Anteils der Letten innerhalb der Kommunistischen Partei und in den führenden Ämtern.

Für besonderen Widerstand gegen die Politik der Nationalkommunisten sorgten die Klagen der Führung des Baltischen Militärbezirks wegen des Erlernens der lettischen Sprache und der Einschränkung der Niederlassungsberechtigung in Riga. Moskau dagegen war unzufrieden mit der Zurückweisung der von Moskau eingesetzten und gesteuerten stellvertretenden Minister und Zweiten Sekretäre des ZK der KPL.



**Streichholzschachteletiketten mit lettischsprachigen Aufschriften aus der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Von links: Staatliches Kunstmuseum, lettisches Ornament, Lettisches Ethnografisches Freilichtmuseum.**

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 21

*Die Geschichte der Lettischen SSR urteilte über die Erfolge im Kulturleben bis 1961: „Im zu betrachtenden Zeitraum fand eine Umorientierung der in der alten bourgeoisen Gesellschaftsordnung herausgebildeten Ansichten der Intelligenz statt. Es wuchs eine junge, dem Sozialismus unbedingt treu ergebene, sowjetische Intelligenzschicht heran. Der Marxismus-Leninismus wurde zur maßgeblichen Ideologie in allen Bereichen des Geisteslebens. Es bildete sich eine inhaltlich sozialistische, formell aber nationale lettische Volkskultur heraus, die einen organischen Bestandteil der multinationalen Kultur des Sowjetlandes darstellte.“ (Band 2, S. 309)*

## EDUARDS BERKLAVS (1914–2004)

Berklav war eine der herausragenden Persönlichkeiten unter den Suchern und Umsetzern nationalkommunistischer Ideen. Sein Schicksal beweist die Unvereinbarkeit von kommunistischer Ideologie und humanistisch-nationaler Bestrebungen.

Zur Zeit des unabhängigen Lettland war Berklavs in Hilfsorganisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands aktiv, zudem beteiligte er sich an der illegalen Komsomolarbeit. Deshalb und wegen des Druckens verbotener Schriften wurde er zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die schlechte wirtschaftliche Situation seiner Familie, die Propaganda von Radio Moskau sowie ein unzureichendes Maß an Bildung und Information waren laut eigener Angaben Berklavs' Motive, die sowjetische Okkupation von 1940 zu unterstützen. Während des Krieges bekleidete er verschiedene Posten in der Lettischen Schützendivision; nach dem Krieg setzte er seine Arbeit in der Komsomol-Bewegung, später in der Kommunistischen Partei fort.

Als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Lettischen SSR (1956–1957 und 1958–1959) und als Erster Sekretär der Parteileitung der Stadt Riga (1957–1958) sowie als Politbüromitglied der LKP wurde Berklavs zu einem der konsequentesten Vertreter nationalkommunistischer Ansichten. Nach Beschwerden, die von Seiten der Führungsspitze des Baltischen Militärbezirks während seines Rigabesuchs an Chruschtschow herangetragen wurden, setzte 1959 auf einen geheimen Beschluß des ZK der LKP hin eine „Säuberung“ der Kader ein, in deren Verlauf Berklavs und seine Gesinnungsgenossen ihrer Ämter enthoben wurden. Berklavs

wurde nach Wladimir (Rußland) ins „freiwillige“ Exil geschickt, wo er achteinhalb Jahre lang ein Filmverleihbüro leitete.

Das folgende Kräftemessen zwischen Berklavs und dem ZK der KPL war bemerkenswert. Die Partei versuchte, eine öffentliche Distanzierung Berklavs von seinen politischen Anschauungen und seinem früheren Vorgehen zu erreichen; da Berklavs einem großen Teil der lettischen Intelligenz bzw. den national eingestellten Kreisen bekannt war, fiel dem eine gewisse Wichtigkeit zu. Sein Name wurde auch oft im Westen im Zusammenhang mit der Russifizierungspolitik in Lettland genannt.

Nach seiner Rückkehr nach Lettland wies Berklavs die erniedrigenden Vorschläge zur Kooperation zurück und büßte so zahlreiche Privilegien ein (Tätigkeit in der Parteinomenklatura, hohe Rente etc.). Er erhielt einen Posten in der Rigaer Elektromaschinenfabrik (RER).

Berklav setzte seinen Widerstand fort. Gemeinsam mit anderen noch treuen Nationalkommunisten schrieb er den „Brief der 17 Kommunisten“, der 1972 auf illegalem Weg an die Kommunistischen Parteien in Westeuropa geschickt werden konnte und auf starke Resonanz in der Weltpresse stieß. Es gelang dem KGB zwar nicht, überzeugende Beweise dafür zu finden, daß Berklavs Verfasser dieses Briefes war, dennoch wurde er weiterhin verfolgt, indem er zu „Aussprachen“ zitiert und seine Wohnung durchsucht wurde.

Zu Beginn der Zeit der nationalen Wiedergeburt Ende der achtziger Jahre war Berklavs einer der wenigen Kommunisten, die ihre Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei wahrhaftig bereuten. Er wurde zu einem der führenden Mitglieder der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung (LNNK).

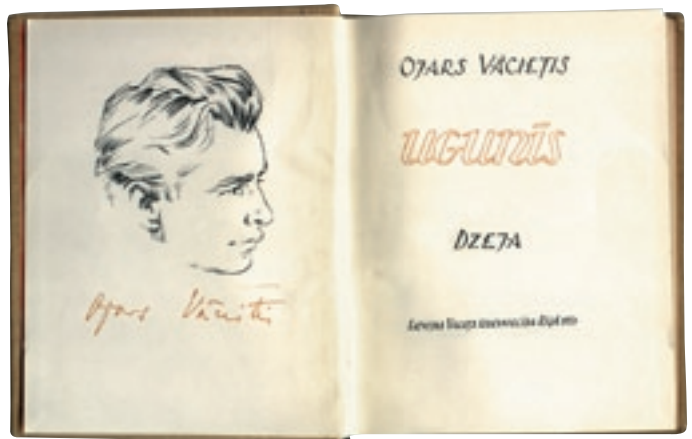
## DIE HERAUSFORDERUNG WAGEN: „TAUWETTER“ IM KULTURLEBEN

Nach Stalins Tod wurden die bisherigen Einschüchterungs- und Terrormethoden durch eine äußerlich tolerantere Einstellung gegenüber der Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft abgelöst. Die sogenannte Tauwetter-Periode Ende der fünfziger Jahre nutzten Künstler und Intellektuelle, die nun teilweise rehabilitiert wurden. Im Kulturleben begann sich eine junge kritische und mutige Generation frei von Angst zu entwickeln.

Das lettische Kulturleben erfuhr eine Befreiung von der zuvor aufgezwungenen Eintönigkeit des sozialistischen Realismus. Die junge, unter dem Kommunismus aufgewachsene Generation wagte die einst von den Parteiideologen gezogenen Grenzen zu überschreiten, suchte neue Formen und brachte ungewohnte Themen in die Literatur ein. Offene und versteckte Kritik an negativen Phänomenen der sowjetischen Gesellschaftsordnung wie der Parteibürokratie wurde laut. Erstmals wurden die Deportationen und die lettischen Legionäre öffentlich erwähnt. Besondere Bedeutung gewannen Themen nationalen Charakters wie Geschichte, Ethnografie, Natur und die kulturellen Besonderheiten Lettlands. Druckwerke entsprechenden Inhalts waren auch bei hoher Auflage schon bald nach ihrem Erscheinen vergriffen. Auch in der bildenden Kunst entfaltete sich nach der plakativen Sowjetverherrlichung die Suche nach neuen Formen und Inhalten.

In den Spezialfonds unter Verschluss gehaltene und nur mit entsprechender Genehmigung des ZK der KPL zugängliche Werke von Philosophen, Schriftstellern, Komponisten usw., die in der Zeit der Republik Lettland gewirkt hatten, wurden ausgewertet und veröffentlicht. Das historische Erbe der Architektur und der bildenden Künste wurde Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen.

Neue Presseerzeugnisse und Zeitschriften erschienen, unter denen die Zeitschrift *Rīgas Balsis* (Stimme Rigas) mit frischem Stil und der Bereitschaft, sich kritisch mit von Lesern vorgebrachten Mißständen auseinanderzusetzen, hervorstach. In der öffentlichen Diskussion wagten es einzelne Journalisten, zu früher gänzlich verbotenen Themen wie der Parteilichkeit von Kunst oder der Vielfältigkeit in der Auffassung des sozialistischen Realismus kontroverse Standpunkte zum Ausdruck zu bringen.



Titelblatt von Ojārs Vācietis' *Ugunīs* (In Feuern).

### WIDERHALL DES AUFBEGEHRENS OSTEUROPAS IN LETTLAND

Nach Quellen des KGB führten die Proteste und Aufstände im kommunistisch dominierten „sozialistischen Lager“ in Osteuropa zu einer Zunahme der antisowjetischen Aktivitäten in Lettland.

Der Aufstand in Ungarn im Oktober und November 1956 wurde durch die Rote Armee rücksichtslos niedergeschlagen. Ein Widerhall dieser Ereignisse blieb auch im besetzten Lettland nicht aus. Im Vergleich zum Vorjahr verdreifachte sich die Zahl der in diesem Zeitraum vom KGB registrierten antisowjetischen Flugblätter auf 274. Der junge Dichter Ojārs Vācietis schrieb:

In Budapest fällt Schnee, fällt weiß  
und unberührt und wundert sich.  
Er fällt auf umgestürzte Monumente,  
auf aufgerissene Straßen fällt er nieder,  
Und kann doch nicht verstehn, wer so viel Wein  
vergossen hat auf kalten Stein...

(Aus: Ugunīs/In Feuern, Riga, Liesma, 1958; Deutsch von Matthias Knoll)

Mit der blutigen Niederschlagung des Ungarnaufstandes und dem Ausbleiben jeglicher konkreter Hilfe für Lettland aus dem Westen schmolzen auch die Hoffnungen auf eine baldige Befreiung dahin, die bis dahin durch die westliche Propaganda des Kalten Krieges genährt worden waren.



Ojārs Vācietis (1933–1983).

### KIRCHE UND VOLK

Die Kirche reagierte auf die Stimmung im Volk. Während eines Konzerts anlässlich des 100. Geburtstages des lettischen Komponisten Andrejs Jurjāns im November 1956 in der Rigaer Alten Gertrudenkirche sang die Sopranistin Žermēna Heine-Vāgnere das Solo aus dessen Kantate *Tēvzemei* (Für das Vaterland): „Herr, unser Gott, wir flehen Dich an,/ Herr, unser Gott, oh höre uns an!/ Mit Deiner allmächtigen Hand/ Wende das Übel vom Vaterland ..“ Der KGB meldete, daß 900 Zuhörer die Veranstaltung besucht und viele von ihnen geweint hätten. Weitere Konzerte wurden untersagt.

## RISSE IM EISERNEN VORHANG: KONTROLLIERTE KONTAKTE MIT DER AUSSENWELT

**Wurde Lettland bis zu Stalins Tod durch den „Eisernen Vorhang“ fast hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt, so änderte sich die sowjetische Politik im Zuge des „Taufwetters“ auch hinsichtlich der Auslandskontakte und der Exilleten. Obwohl die sowjetischen Behörden bemüht waren, diese Kontakte zu beschränken und zu kontrollieren, wurden sie zu einer wichtigen Informationsquelle und einem Kommunikationsmittel mit der Außenwelt.**

Die Einwohner Lettlands erlaubten sich zunehmend, schriftliche Korrespondenz mit Verwandten und Freunden im westlichen Ausland zu führen. Im Ausland lebenden Letten wurde es gestattet, nach Lettland zu reisen. Diese Kontakte wurden kontrolliert bzw. vom KGB überwacht.

Obwohl die Informationen aus der westlichen Welt kontrolliert und manipuliert wurden, nahm die Suche der Bevölkerung nach Kontaktmöglichkeiten bald besorgniserregend zu. Bereits 1959 hieß es in offiziellen Quellen, daß trotz Brieföffnungen und Zensur seitens der sowjetischen Organe 230.000 Einwohner Lettlands – fast eine „kleine Republik“ – mit dem Ausland korrespondierten. Trotz hoher Einfuhrzölle steigerte sich die Zahl der Hilfspakete aus dem westlichen Ausland erheblich. Sie ergänzten die mangelnde Versorgung der Bevölkerung in Lettland um Lebensmittel, Kleidung und andere Waren. Gleichzeitig machten sie auf die wirtschaftliche Rückständigkeit der Sowjetunion aufmerksam.

Es war nahezu unmöglich, eine Erlaubnis zur Ausreise aus der UdSSR zu erhalten. Als Begründung für die Ablehnung diente das Standardargument, der Antragsteller habe „nationalistische Ansichten geäußert“ oder aber, daß eine Familienzusammenführung auch in Lettland stattfinden könne.

Zur Verbreitung kommunistischer Propaganda unter den im Westen lebenden Letten sowie zur Förderung von Tourismus und Repatriierungen wurde ein spezielles „Komitee für Kulturkontakte mit Landsleuten im Ausland“ gegründet. Es gab eine eigene Zeitung und anderes Propagandamaterial heraus und versuchte, im Exil lebende bekannte lettische Kulturschaffende zur Rückkehr nach Lettland zu bewegen.

Ausländische Touristen durften sich in Lettland ausschließlich in Riga aufhalten. 1956 wurde eine Liste jener Orte erstellt, die Ausländern gezeigt werden durften. Fahrten dorthin waren nur durch Vermittlung der vom KGB kontrollierten staatlichen Tourismusagentur *Intourist* bzw. des Komitees für Kulturkontakte möglich. Dennoch nutzten viele Exilleten die beschränkten Möglichkeiten zu einem Besuch in Lettland, um hier lebende Verwandte zu treffen.

## CHANCEN ZUR AUSREISE

Obgleich der großen Mehrheit der Letten eine Ausreise versagt blieb, gab es doch Einzelfälle, in denen eine Ausreisegenehmigung erteilt wurde. Gewöhnlich kamen sie nach Vermittlung durch die US-Regierung bei Ersuchen um Familienzusammenführung zustande. Auf diese Weise konnten sogar einige einstige Deportierte Lettland verlassen, darunter der ehemalige GULAG-Häftling Jānis Simsons. Er gab 1965 in den USA sein Buch *Die Geschichte eines Workuta-Häftlings* heraus, in dem er seine Erfahrungen in verschiedenen Haftanstalten der UdSSR niedergeschrieben hat.

Ergreifend ist die Geschichte von Arturs Aparņieks (1896–1968), Teilnehmer der Freiheitskämpfe für ein unabhängiges Lettland 1918–1920 und Träger des höchsten militärischen Verdienstordens der Republik Lettland (Lāčplēšis-Orden). Als Offizier der lettischen Armee wurde er am 20. August 1940, seinem 20. Hochzeitstag, verhaftet. Es folgten Verhöre und Jahre der Haft. 1953 wurde er aus dem Straflager entlassen, durfte aber erst 1956 nach Lettland zurückkehren. Es gelang Aparņieks, eine Ausreisegenehmigung zu erkämpfen und 1966 zu seiner Tochter in die USA auszureisen, wo er an seinem Hochzeitstag nach 26 Jahren der Trennung seine Frau wiedersah.



Die Arbeit des KGB: ein vom 28. Juni 1963 datierter Brief aus den USA mit einer Notiz des Agenten Vilčiks, in der er berichtet, daß der Verfasser dem Empfänger das Kommen eines Bekannten, der mit einer Touristengruppe nach Lettland reist, ankündigt mit dem Angebot eines Treffens.

## UNTER DER KNUTE MOSKAUS: ABSETZUNG DER NATIONALKOMMUNISTEN

**Die Aktivitäten der einheimischen Nationalkommunisten und die zunehmenden Formen der kulturellen Unabhängigkeit wurden mit Besorgnis und sogar Furcht registriert von der KP-Führung in Moskau, dem krenltreuen Teil der LKP-Führung und besonders von den aus der UdSSR zugezogenen Kommunisten lettischer Volkszugehörigkeit sowie den Offizieren des Baltischen Militärbezirks.**

Aufgrund von Beschwerden über die Politik der Nationalkommunisten traf im Frühjahr 1959 eine Untersuchungskommission aus Moskau in Riga ein. Noch entscheidender jedoch war der Lettland-Besuch Nikita Chruschtschows im Juni 1959, während dem es den Gegnern der Nationalkommunisten gelang, ihn vom Ernst der Lage zu überzeugen. Infolgedessen wurde bereits Anfang Juli 1959 auf einem geheimen Plenum des ZK der KPL das Gutachten der Untersuchungskommission vorgelegt, in dem die „Fehlleistungen“ der Nationalkommunisten benannt wurden: die obligatorische Aneignung von Lettischkenntnissen, die Erhöhung des Anteils an Lettischkundigen in öffentlichen Ämtern und die Beschränkung der Niederlassung von Einwanderern in Riga und Jūrmala.

Als Hauptschuldiger wurde Eduards Berklavs ausgemacht. Viele seiner früheren Weggefährten wechselten nun eilig das Lager. Als Berklavs sich weigerte, sich schuldig zu bekennen, wurde er sämtlicher Ämter enthoben. Die Führung der KPL übernahm der überaus krenltreue Arvīds Pelše, der unverzüglich damit begann, Gesinnungsgenossen und Unterstützer von Berklavs aus dem Kaderapparat der Partei zu entfernen, das Kulturleben streng zu kontrollieren sowie widerspruchslos die ökonomischen Pläne Moskaus umzusetzen. In den folgenden

Jahren wurden etwa 2.000 in Partei, Ministerien, Kommunen und Behörden Beschäftigte wegen politischer Tätigkeit „im Geiste eines bourgeoisen Nationalismus“ mit Entlassung aus dem Dienst bzw. der Partei bestraft.

Die Lage des lettischen Volkes, die die Nationalkommunisten zu bessern versucht hatten, verschlechterte sich im folgenden Jahrzehnt rasant.

### CHRUSCHTSCHOWS DEUTLICHE WORTE

Die Absetzung der Nationalkommunisten im Juni 1959 wurde eingeleitet durch den Lettlandbesuch Nikita Chruschtschows und einer DDR-Delegation. Nachdem er kurz vor seiner Abreise Klagen von Seiten der Führung des Baltischen Militärbezirks angehört hatte, verurteilte Chruschtschow Berklavs: „Sind Sie ein Feind oder ein Ehrenmann? Passen Sie auf! Wenn Sie ein Feind sind, dann fegen wir Sie vom Erdboden hinweg, wenn Sie aber ein Ehrenmann sind, dann müssen Sie das erst einmal beweisen!“

### SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 22

*Die Geschichte der Lettischen SSR erwähnt mit keinem Wort weder Berklavs noch die Nationalkommunisten. Über die Ereignisse von 1959 ist zu lesen: „Das ZK-Plenum der LKP 1959 verurteilte die Aktivitäten einiger Kommunisten, ihre falschen Thesen, die den Parteitagsbeschlüssen widersprechen, ihr Eintreten für eine Herabsetzung der Anforderungen zur Aufnahme in die Partei (insbesondere für Bürger der Stammnationalität in der Lettischen Unionsrepublik) und Abweichungen vom leninistischen Prinzip der Auswahl und Aufstellung von Parteikadern.“ (Band 2, S. 254)*

## LETTEN UND ANGEBLICHE LETTEN IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI LETTLANDS

Die gesamte Besatzungszeit hindurch war die Kommunistische Partei Lettlands (LKP) keine lettische Partei. Der Anteil der ethnischen Letten innerhalb der LKP stand nie im proportionalen Verhältnis zum Bevölkerungsanteil der Letten im Lande. Einen Sonderfall bildete die Zeit des Nationalkommunismus, wenngleich auch in diesem Zeitraum die ethnischen Letten keine Mehrheit darstellten. Die LKP vertrat demnach mehr die Interessen Moskaus als diejenigen Rigas.

Stalins Mißtrauen gegenüber den Letten und besonders den lettischen Kommunisten manifestierte sich bereits in der Zeit des „großen Terrors“ 1937 und 1938, als in der Sowjetunion massenweise lettische Organisationen aufgelöst und tausende Aktive aus Kultur und Gesellschaft verhaftet, deportiert oder zum Tode verurteilt wurden. Auf den von Andrej Wischinski geleiteten Schauprozessen wurden zahlreiche hohe kommunistische Funktionäre lettischer Volkszugehörigkeit, die einst Lenin darin unterstützt hatten, in Rußland das kommunistische Regime zu etablieren, zum Tode verurteilt und anschließend erschossen. Das Auslandsbüro der in Lettland verbotenen Kommunistischen Partei Lettlands (Bolschewiki) in Moskau wurde zur Hälfte von „Trotzkisten“ gesäubert und das zweite Zentralkomitee der Partei wurde zum Übergangsekretariat umgebildet. Im Besatzungsjahr 1940 war die Kommunistische Partei in Lettland praktisch nicht mehr existent. Moskau mißtraute den verbliebenen Kommunisten, weshalb im ersten Besatzungsjahr eine Umregistrierung der

Mitglieder erfolgte, mit der Absicht, sich von unliebsamen Mitgliedern zu trennen. Obwohl der Partei aus politischen bzw. aus Karrieregründen neue Mitglieder beitraten, bestand sie im Jahr 1940 hauptsächlich aus Militärangehörigen der UdSSR.

Zahlreiche führende Mitglieder der LKP waren nur bedingt als Letten anzusehen. Sie hatten zwischen den Weltkriegen in Rußland gelebt, hatten die stalinschen Säuberungen überstanden und waren so hörig und willfährig geworden. Sie beherrschten die lettische Sprache kaum, und ihre Interessen waren eher russische als lettische. Eine ganze Reihe der Ersten Sekretäre des Zentralkomitees der LKP (höchstes Parteiamt) waren solche russifizierten Letten: Arvīds Pelše, Augusts Voss und Boriss Pugo, die später ihre Karriere im Politbüro der KPdSU fortsetzten. Die Ämter der Zweiten Sekretäre waren mit Ausnahme der Zeit nach Stalins Tod in den fünfziger Jahren von mit Aufsichtsfunktionen betrauten Beamten russischer Nationalität aus Moskau besetzt. Der Anteil der Letten in der Lettischen KP lag noch 1989 bei nur 39,7% (in Lettland geborene wie auch aus Rußland stammende Letten zusammengenommen). Russen bildeten mit 41,1% die größte ethnische Gruppe innerhalb der Partei. Ein Großteil der russischen Parteimitglieder waren Militärangehörige und Verwaltungsangestellte.

Im Vergleich zu den Kommunistischen Parteien Estlands und Litauens war die KP Lettlands insbesondere nach 1959 der Moskauer Zentrale hörig, ohne einheimische Interessen zu vertreten. Deshalb bekam Lettland anders als Estland und Litauen die negativen Folgen des Moskauer Zentralismus besonders zu spüren: Russifizierung, Industrialisierung und Kolonisierung.

## MOSKAU SCHAFFT ORDNUNG: ZENTRALISIERUNG UND RESTALINISIERUNG

**Die Absetzung der Nationalkommunisten und die Einsetzung einer moskautreuen Parteiführung in Lettland fielen in eine Zeit, als die KPdSU ihre führende zentrale Rolle in Ideologie und Wirtschaftsplanung wiederherzustellen und zu festigen begann. Mit der zunehmenden Industrialisierung und dem damit einhergehenden beschleunigten Zuwanderungsprozeß setzte in Lettland eine systematische Kolonisierung ein, die die Stammbevölkerung Lettlands an die äußerste Grenze des ethnischen Überlebens brachte.**

Die internen Machtkämpfe in Moskau mündeten im Oktober 1964 in einem Umsturz innerhalb des Zentralkomitees der KP, bei dem Chruschtschow seines Amtes enthoben wurde. Außenpolitisch hatte Chruschtschow 1956 gewaltsam den Ungarnaufstand niedergeschlagen und auf der internationalen politischen Bühne provokatorische Auftritte absolviert. Schließlich hatte er 1962 mit der Stationierung von Atomraketen auf Kuba die USA herausgefordert. In seine Amtszeit fiel auch der Bau der Berliner Mauer. Innenpolitisch hatte Chruschtschow 1956 in einer Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU das Stalinregime verurteilt und einen liberaleren ideologischen Kurs eingeführt. Unter ihm wurde die Wirtschaft dezentralisiert und der Herstellung von Konsumgütern größere Aufmerksamkeit gewidmet. Gleichzeitig erwiesen sich seine umfangreichen Initiativen zur Reformierung der Landwirtschaft wie die Erschließung der mittelasiatischen Steppen, der Anbau von Mais und die verstärkte Gründung von Sowchosen (staatlichen Sowjetwirtschaften) als wenig erfolgreich.

Zum neuen Sekretär der KPdSU, später auch Generalsekretär, wurde Leonid Breschnew ernannt. Seine Amtszeit hat sich als Zeit der „Stagnation“ eingepreßt. Sie

war geprägt von einer zunehmenden Bürokratisierung, einer Zentralisierung des Wirtschaftslebens und im Rahmen des Wettrüstens des Kalten Krieges dem Ausbau der Schwer- und militärstrategischen Industrie. Damit einher ging ein merklicher Rückgang der zivilen Industriegüterproduktion, was eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern unmöglich machte. Im gesellschaftlichen Leben hielten in der Breschnew-Zeit gewisse Repressionsmethoden der Stalinzeit erneuten Einzug.

Lettland wurde in diesem Zeitraum zu einem kolonisierten Land, dessen wirtschaftliches und politisches Leben von Moskau bzw. der Führung der moskautreuen Lettischen KP bestimmt wurde.

### DIE PARTEI IM VOLKSMUND

**Augusts Voss, Erster Sekretär des ZK der KPL**, auf einem ZK-Plenum: „Genossen! In letzter Zeit ist das Gerücht aufgetaucht, daß statt meiner eine Puppe in meinem Wagen durch die Stadt gefahren würde. Ich verkünde hier mit vollem Verantwortungsbewußtsein, daß es sich bei diesen Gerüchten um verbrecherische Verleumdungen der Partei handelt. Die Wahrheit ist vielmehr, daß statt der Puppe ich selbst durch die Stadt gefahren werde!“

**Nikita Chruschtschow** antwortet nach seiner Rückkehr aus den USA auf die Frage, wie die Amerikaner leben: „Sollen sie ruhig versuchen, den Kommunismus aufzubauen, dann werden sie schon sehen, wie es geht.“

**Genosse Meņņihs**, der Leiter der Weiterbildungsabteilung beim ZK der KPL, wird nach einer Vorlesung gefragt: „Genosse Meņņihs, wie steht es mit dem Kampf der Kommunistischen Partei für den Weltfrieden?“ – „Genossen! Die Kommunistische Partei kämpft derart für den Weltfrieden, daß im imperialistischen Lager kein Stein auf dem anderen bleibt.“

## NOMENKLATURA

Während der Amtszeit Breschnews stattete sich die kommunistische Elite, die Schicht der Nomenklatura bzw. die Funktionärshierarchie in Partei- und Staatsapparat, mit zahlreichen Privilegien wie höheren Gehältern, Einkaufsmöglichkeiten in Geschäften mit Sonderversorgung, höheren Pensionen und anderen Vorteilen aus. In Lettland bestand die Nomenklatura aus Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU, des ZK-Büros der Lettischen KP sowie den kommunalen Parteileitungen der Städte und Rajons. Die Führung des ZK der KPL war gleichzeitig Teil der Nomenklatura des ZK der KPdSU. Die Mitarbeiter des ZK der

KPL konnten nur mit Zustimmung des ZK selbst eingesetzt bzw. abberufen werden. Auf einer etwas niedrigeren Stufe standen die treu ergebenden Anhänger des Systems: Ihnen wurden neue Wohnungen zugewiesen, ihre medizinische Versorgung erfolgte in speziellen Krankenhäusern und Sanatorien. Die üblichen jahrelangen Wartezeiten beim Autokauf blieben ihnen erspart. Sie durften in speziell belieferten Geschäften einkaufen und Urlaubsreisen ins westliche Ausland unternehmen.

Einladung zur  
Geburtstagsfeier.  
Veranstaltungsort  
ist die Kantine der  
Parteiveteranen in  
Riga.



Mitgliedsausweis der  
Kommunistischen Partei der  
Sowjetunion.



## EINE WELLE DER KOLONISIERUNG: „INTERNATIONALISIERUNG“ DER INDUSTRIE UND MASSIVE ZUWANDERUNG VON AUSLÄNDERN

Die Bemühungen der Nationalkommunisten, die Industrie auf der Basis traditioneller Leichtindustrieweige durch deren Modernisierung und Heranziehung einheimischer Arbeitskräfte zu entwickeln, wurden von Moskau hintertrieben. Die neue KP-Führung unterwarf sich vollständig der zentralisierten Planung Moskaus, die den Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie für die allgemeinen Bedürfnisse der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten vorsah. Damit waren eine massive Zuwanderung und die Russifizierung Lettlands beschlossene Sache.

Die Umsetzung der Industrieentwicklungspolitik in Lettland setzte bereits Anfang der sechziger Jahre ein, als man große Industriebetriebe in Ogre, Daugavpils, Valmiera, Liepāja, Jelgava und Riga aus dem Boden zu stampfen begann. Der Rüstungswettlauf des Kalten Krieges und die damit einhergehende Zunahme des Rüstungssektors in der Industrie wurden verschärft durch die Krise in der Tschechoslowakei 1968 und die erfolgreiche Landung der Amerikaner auf dem Mond 1969.

Während die Entwicklung der Schwer- und Rüstungsindustrie forciert wurde, kam es zu einer Vernachlässigung der Herstellung von Konsumgütern; der Begriff „Defizit“ im Sinne von Mangelware hielt Einzug in die Alltagssprache. Die Schattenwirtschaft blühte, die Produktivität sank. Sozialistischer Wettbewerb und Auszeichnungen reichten als Gegengewicht nicht aus. Die Inflation nahm rasch zu. Der Volksmund witzelte: „Der Staat tut, als würde er zahlen, und die Werktätigen tun, als würden sie arbeiten.“

Die für den Ausbau der Industrie benötigten Bauarbeiter und Arbeitskräfte wurden überwiegend aus der UdSSR geholt. Für sie wurden neue Wohnviertel in den Städten gebaut. Die Leitung ganzer Wirtschaftsbereiche (Industrie, Bauwesen, Eisenbahn, Flotte) und größerer Unternehmen wurde Neuankömmlingen aus den „Bruderrepubliken“ übertragen. Der Anteil der Letten in der Republik ging zurück, und gleichzeitig wurde in Wirtschaft und Verwaltung das Russische immer mehr zur dominierenden Sprache.

Unter dem Einfluß der kommunistischen Propaganda wurde der sowjetische Mythos von der wirtschaftlichen Rückständigkeit Lettlands und dem bedeutenden Beitrag der „Russischsprachigen“ an der Entwicklung der lettischen Volkswirtschaft geschaffen.

Sowjetische Propagandaplakate zur Produktionssteigerung „Dank der unerschütterlichen Freundschaft der Sowjetvölker und der Hilfe der sowjetischen Bruderrepubliken“.



## RÜCKGANG DES LETTISCHEN BEVÖLKERUNGSANTEILS

Die dramatische Entwicklung der demographischen Situation wird am deutlichsten durch die proportionale Abnahme der lettischstämmigen Bevölkerung in Riga charakterisiert, wo über ein Drittel der Gesamtbevölkerung Lettlands lebt.

	Letten	in Lettland	in Riga
1935	1.473.000	75 %	63 %
1959	1.298.000	62 %	45 %
1989	1.388.000	52 %	37 %

Ähnlich gestalteten sich die Mehrheitsverhältnisse in anderen größeren Städten Lettlands. Noch 20 Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit bildeten in Riga und anderen größeren Städten Lettlands lettische Einwohner eine Minderheit gegenüber den Einwohnern anderer Nationalitäten.

Zur Verschärfung der demographischen Situation trugen nicht nur die Zuwanderer bei, sondern auch pensionierte Militärs mit ihren Familien. Mit der Einführung neuer Militärtechnik Anfang der sechziger Jahre verringerte die UdSSR die Truppenstärke der Roten Armee. Bereits im ersten Jahr der Demobilisierung ließen sich etwa 3.000 Offiziere in Lettland nieder: 83% von ihnen wählten Riga als Wohnort. Sie hatten das Recht, unverzüglich eine Wohnung zu bekommen, und genossen auch andere Privilegien. Später gewann dieser Zuzugsprozeß an Dynamik.

## ARBEITERPROTESTE

Für die sowjetischen Machthaber völlig unerwartet kam es in den sechziger Jahren in einzelnen Betrieben zu Arbeiterprotesten und Streiks. Mittels Arbeitsverweigerung protestierten die Arbeiter gegen die leeren Geschäfte. Daraufhin wurde damit begonnen, die Arbeiterschaft direkt am Arbeitsplatz mit „Defizitwaren“ zu versorgen.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 23

Die Geschichte der Lettischen SSR bekräftigte, daß die Zuwanderung mit der Industrialisierung einherging, interpretierte dies aber im Sinne der kommunistischen Ideologie und der Besatzungspolitik: „Zum Neu- und Ausbau von großen Industriebetrieben sowie zur Entwicklung von Kultur und Wissenschaft in Lettland war die Heranziehung von Arbeitskräften und Fachleuten aus anderen Sowjetrepubliken notwendig. Obwohl die Zahl der lettischen Einwohner stetig zunahm, wuchs aufgrund zunehmender Migrationsprozesse auch der Anteil an Vertretern

anderer Nationalitäten der Sowjetunion in der Lettischen SSR.“ Aus der anliegenden Tabelle ist ersichtlich, daß von 1959 (dem Jahr der ersten Volkszählung nach dem Krieg) bis 1979 die Zahl der Letten um rund 46.000 zugenommen hat, die Anzahl der Russen aber auf rund 266.000 gewachsen ist. Insgesamt betrug der Bevölkerungszuwachs in diesem Zeitraum rund 409.000 Personen. Dieses Mißverhältnis erklärte das sowjetische Geschichtsbuch so: „Als vollberechtigtes Mitglied der großen internationalen brüderlichen Gemeinschaft ist Sowjetlettland selbst ein Musterbeispiel für das freundschaftliche Zusammenleben von Vertretern unterschiedlicher Sowjetvölker.“ (Band 2, S. 507)



## KOLONISIERUNG

Läßt sich die sowjetische Besatzungspolitik in Lettland mit dem Begriff „Kolonisierung“ umschreiben? Die Begriffe „Kolonialismus“ und der sogenannte „Postkolonialismus“ werden in der wissenschaftlichen Fachliteratur häufig kontrovers diskutiert.

Im Falle Lettlands steht der Begriff des Kolonialismus in engem Zusammenhang mit dem Begriff der Okkupation. Eine Okkupation an sich stellt noch keine Kolonisierung dar, doch kann sie die Voraussetzung für eine solche schaffen. Klassische Merkmale einer Kolonisierung sind die Hegemonie der Kolonialmacht gegenüber dem freien Willen der einheimischen Bevölkerung, die Einführung ihres Verwaltungssystems, die Ansiedlung privilegierter Kolonisten, die Ausbeutung von einheimischen Naturressourcen und Arbeitskräften zum Nutzen der Kolonialmacht und schließlich das Aufdrängen von Sprache und Kultur der Kolonialmacht, alles unter dem Vorwand von Modernisierung und der Einführung einer angeblich höheren Zivilisationsstufe.

Alle diese klassischen Kriterien treffen auf den Fall des besetzten Lettland nach dem Zweiten Weltkrieg zu. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten der Besatzungszeit, als nach einer kurzen Periode des Aufatmens nach Stalins Tod die Hegemonie der

Moskauer Zentralmacht in Lettland vollständig wiederhergestellt wurde, was ein verstärkte Sowjetisierung und Russifizierung Lettlands zur Folge hatte. Die zentralen Behörden der UdSSR verwalteten Lettland sowohl mit direkten wie indirekten Herrschaftsinstrumenten, dazu gehörten die ständige Anwesenheit sowjetischen Militärs und die Kooptation einheimischer Kader. Im Zuge der Industrialisierung verstärkte sich der Zustrom von privilegierten Kolonisten, die Bevölkerung entfremdete sich von traditionellen gesellschaftlichen und kulturellen Werten und von der Natur, überall hielt das Russische Einzug – alles unter der Begründung, mit dem Aufbau des Kommunismus eine neue, höhere Zivilisationsstufe zu erreichen.

Wichtig war, daß die einheimische lettische Gesellschaft sich der von außen aufgedrückten Kolonisationspolitik stets widersetzt hat. Dieser Widerstand manifestierte sich nach Beendigung des bewaffneten Widerstandes in der bewußten Pflege der heimatlichen Kultur, in direkten und indirekten Protestbekundungen sowie in offener wie illegaler Gegenarbeit. Wie stark und ausdauernd dieser Widerstand war, kam während der nationalen Unabhängigkeitsbewegung Ende der achtziger Jahre deutlich zum Ausdruck. Sie richtete sich gegen die Okkupation als solche, aber auch gegen den von ihr hervorgebrachten Sowjetkolonialismus.

## EIN LAND, DAS NICHT ERNÄHRT: RUIN DER LANDWIRTSCHAFT DURCH SOWJETISIERUNG

**Die Zwangskollektivierung traf in Lettland vor allem Letten, weil sie den größten Teil der Landbevölkerung stellten. Sie verursachte einen Niedergang der Landwirtschaft, der bis 1991 anhielt. Die offizielle Politik – von der Zerstörung der Einzelhöfe bis zur Verpönung von Privatbesitz – förderte, einhergehend mit einem enormen Rückgang der Arbeitsproduktivität, das Verschwinden des traditionellen Bauernstandes und das Entstehen des neuen „Landproletariats.“**

Der drohende Niedergang sollte durch die Zusammenlegung von Kolchosen und eine zentralisierte Führung verhindert werden. Immer größere Kolchosen entstanden, sogenannte Agrofirmer, die die landwirtschaftliche Produktion mit der Lebensmittelverarbeitung kombinierten. Unter sachkundiger Führung gelang es einigen, effektiv zu wirtschaften, doch die meisten litten an einer unfähigen Betriebsleitung. Zentralisierte Planvorgaben, Weisungen und Direktiven vermochten dies nicht auszugleichen.

Von Moskau initiierte Kampagnen zum Anbau von vordem in Lettland unbekanntem und unter den gegebenen klimatischen Bedingungen in Lettland sogar ungeeigneten Kulturen wie Topinambur und Mais brachten nicht die erhofften Erträge. Traditionelle Kulturen wie Klee, Buchweizen und Leinen wurden dadurch verdrängt.

Durch sozialistischen Wettbewerb, Auszeichnungen und die Zuerkennung von Ehrentiteln wurde versucht, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Um Arbeiter auf dem Lande zu halten, wurden heruntergekommene Kolchosen in vom Staat unterhaltene Sowchosen (Sowjetwirtschaften) umgewandelt.

Anfang der sechziger Jahre begann sich eine Lebensmittelknappheit abzuzeichnen, die auch durch diverse Reformen nicht beseitigt werden konnte. So wurde vorübergehend erlaubt, Getreide „minderer Qualität“ (faktisch Futtergetreide) zur Lebensmittelherstellung zu verwenden. Der Import immer größerer Mengen von Getreide wurde in der Sowjetunion zur Notwendigkeit.

Parallel wurden Kampagnen zur Bekämpfung von Privatbesitz auf dem Lande fortgesetzt. Den Kolchosarbeitern wurden die Fläche ihres privaten Hoflandes auf einen halben Hektar und die Zahl des in ihrem Privatbesitz befindlichen Viehs sowie die Größe ihres Wohnhauses beschränkt. Einzelhäuser und kleinere Dörfer wurden als „perspektivlos“ eingestuft. Stattdessen wurden neue Kolchossiedlungen mit Neubauten für viele Familien gebaut. Aufgrund der Unzufriedenheit der Landbevölkerung kam es später zum Bau von Fertighäusern.

### „EIGENTUMSBEWUSSTSEIN“

Die kommunistische Ideologie trachtete danach, das Bewußtsein für Privateigentum bei der Bevölkerung auszuwischen. Selbst in ABC-Fibel für Kinder wurden Bezeichnungen wie „mein kleiner Garten“ oder „mein Haus“ als schwerwiegender politischer Fehler gewertet. Während der ideologische Kampf gegen das Privateigentum energisch geführt wurde, erwiesen sich die kleinen, intensiv bewirtschafteten persönlichen Landstücke in Hausnähe, die von offizieller Seite geringgeschätzt wurden, als am produktivsten. Während in den staatlichen Lebensmittelgeschäften ständiger Mangel herrschte, gab es auf den Märkten, wo die Kolchosbauern die Produkte aus ihren Gärten verkaufen konnten, alles zu kaufen. Nach Daten der Lettischen SSR umfaßte das persönlich bewirtschaftete Land 1982 nur 5% der landwirtschaftlichen Produktionsfläche, von diesem stammten aber 27% der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion.

## TRISTER SOWJETALLTAG: DAS LEBEN IN DER KOMMUNE UND IM KOLLEKTIV

**Für die alteingesessene Bevölkerung Lettlands war der Alltag geprägt von einer monotonen und penetrant aufgezwungenen kommunalen Öffentlichkeit, was extreme Einschränkungen der Privatsphäre und der freien Zeiteinteilung des einzelnen zur Folge hatte. Wohnen und Leben in Kommunen sowie permanente kollektive Betätigungen gehörten zur alltäglichen Realität und erstickten fast jedes Privatleben. Das Privat- und Familienleben wurde wegen des stetigen Waren- und Lebensmittelmangels zusätzlich belastet, nahm doch das ständige Anstehen in Warteschlangen vor den Geschäften viel Zeit in Anspruch und sorgte für Mißstimmung.**

Die Kommunalwohnung und das in den Städten üblich gewordene Leben in der Kommune wurden zu Metaphern des Sowjetalltags. In der erzwungenen Enge drängte sich die Privatsphäre zwischen vier Wänden zusammen. Das einzige Zimmer, das sowohl als Wohn- wie auch Schlafraum diente, mußte bis auf das letzte Eckchen optimal ausgenutzt werden. Küche, Bad und Toilette waren mit den Mitbewohnern zu teilen. Eine eigene, wenn auch nur kleine Wohnung zu bekommen, galt schon als Privileg. Auch der Bau eines eigenen kleinen Sommerhauses auf einem winzigen Fleckchen innerhalb einer betriebseigenen Sommerhauskolonie zählte dazu. Das Zusammenleben wurde zur Belastung.

Auf Kosten der privaten nahm die öffentliche Sphäre immer mehr Raum ein, war aber nach außen hin völlig abgeschlossen und wurde zunehmend befremdlich. Sie diente in verschiedener Weise als Sprachrohr der lästigen kommunistischen Propaganda. Thematische Losungen und Plakatbanner auf Straßen und Plätzen wie auch sämtliche Massenmedien priesen die Vorzüge des kommunistischen Systems und riefen zur Erringung neuer Bestleistungen auf. Den aufdringlichen Sendungen des staatlichen Rundfunks



Käufer-schlange im Rigaer Zentralmarkt (Gemälde der Dissidentin Helēna Celmiņa).

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 25

Die *Geschichte der Lettischen SSR* stellte in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren einen deutlichen allgemeinen Anstieg des Lebensstandards fest und meinte, „daß mit der Forcierung des Wohnungsbaus sich auch die Wohnverhältnisse und der Alltagskomfort verbessert haben,“ schlußfolgerte aber dennoch: „Noch immer ist eine rationellen Verbrauchsnormen entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit allen möglichen Konsumgütern und Lebensmitteln nicht erreicht. Die ausreichende Versorgung mit Wohnraum und kommunalen und kulturellen Einrichtungen sowie die medizinische Versorgung bleiben hinter den Bedürfnissen der Werktätigen zurück. Das Ungleichgewicht im ökonomischen Konsumgütersektor wurde durch Spekulation und Korruption verschärft und hat zur Inflation des Rubel beigetragen.“ (Band 2, S. 414) Trotz des bürokratisch gestelzten Ausdrucks wird deutlich: Der Lebensstandard in der UdSSR ist niedrig und das kommunistische Regime nicht in der Lage die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

und Fernsehens konnte man sich in Behörden und öffentlichen Einrichtungen kaum entziehen. Auf den Großteil der Letten wirkte auch die Dominanz der russischen Sprache und Kultur in der Öffentlichkeit irritierend. Straßen wurden häufig nach russischen und sowjetischen Persönlichkeiten benannt. Zunächst hatte in der Öffentlichkeit Zweisprachigkeit geherrscht, mit der Zeit dominierte jedoch zusehends das Russische. Viele Letten versuchten sich dieser befremdlichen kommunalen Öffentlichkeit zu entziehen, indem sie Theater, Oper, Konzerte sowie Museen besuchten und starken Anteil nahmen an den Erfolgen lettischer Künstler und Sportler, obwohl diese auf internationalem Parkett offiziell die UdSSR vertraten.

Die freie Zeit für Privatleben und Familie wurde zusätzlich eingeschränkt durch den Besuch von obligatorischen Weiterbildungskursen und Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Versammlungen, Arbeitseinsätzen und Umzügen an staatlichen Feiertagen. Ein Sichfernhalten vom Kollektiv wurde nicht akzeptiert. Darüber hinaus schmolz die freie Zeit durch die alltäglichen Schwierigkeiten mit der eigenen Versorgung. Das langwierige Anstehen nach Lebensmitteln und anderen Waren wurde zur regelmäßigen Beschäftigung. Es fehlte nicht an Geld für den Lebensunterhalt, aber es gab fast nichts dafür zu kaufen. Für größere Anschaffungen dagegen mußte man jahrelang sparen oder eine Möglichkeit zum Nebenverdienst finden. Der Anbau und Verkauf von Schnittblumen entwickelte sich zu einer beliebten Nebeneinnahmequelle. Der Tauschhandel sowie das „Organisieren“ von Waren und Dienstleistungen mit Hilfe persönlicher Beziehungen (Russisch: *blat*) gelangte zur Blüte.

Es gab nur begrenzte Möglichkeiten, sich dem Eingesperrtsein zu entziehen. In andere Sowjetrepubliken oder ins sozialistische Ausland reisen konnte man gewöhnlich nur in Gruppen. Solche Reisen waren nicht leicht zu bekommen. Von Reisen ins kapitalistische Ausland konnten nur einzelne Mitglieder der Nomenklatura und dem System treu ergebene Personenkreise träumen. Doch auch sie wurden überwacht und durften niemals zusammen mit ihren Familien reisen, damit ihre Rückkehr sichergestellt war.

## ENTFREMUNG VOM LAND: „INTERNATIONALISIERUNG“ DER KULTURLANDSCHAFT UND DER NATUR

**Die von Moskau diktierte „Internationalisierung“ der Wirtschaft und der Landwirtschaft hatte eine verheerende Entfremdung von der traditionellen kulturellen und ökologischen Landessituation zur Folge.**

Anstelle der traditionellen Einzelhöfe kam es zur Einrichtung von Kolchosen und Sowchosen. Der Erste Sekretär der KP Lettlands, Arvīds Pelše, verkündete 1960 in der Presse, daß innerhalb des nächsten Jahrzehnts 180.000 Einzelhöfe verschwinden würden. In den Industriezentren wurden nach dem Muster der Moskauer Vorstadt Tschersjomuschk großflächige Fertigteilneubauten errichtet. Bei gleichzeitiger Steigerung der Wohndichte wurden die Wohnflächen pro Kopf verringert.

Um die für die Kollektivwirtschaften benötigten Feldflächen bereitzustellen, wurde mit der sogenannten Melioration begonnen, der Einebnung des Bodens nebst Abriß von Einzelhöfen, Trockenlegung von Senken im großen Maßstab sowie der Einzwängung der Flußbetten, wobei das gewohnte Landschaftsbild Lettlands rücksichtslos verändert wurde.

Auch die Flußlandschaft des größten Stromes im Land, der Daugava (Düna), wurde verändert. Als 1958 mit der Planung des Wasserkraftwerks Pļaviņas begonnen wurde, kam es zu heftigen öffentlichen Debatten über den Sinn des Projekts und die absehbare Flutung von Kultur- und Naturdenkmälern. Doch die Kommunisten beendeten jegliche Diskussionen. Der Leiter des KGB in Lettland, Jānis Vēvers, verkündete 1959: „Diesen kollektiven Protesten, die die Gesellschaft gegen die Industrialisierung aufgebracht haben, war durch unser operatives Eingreifen ein Ende zu setzen.“ Das Wasserkraftwerk nahm schließlich 1965 seinen Betrieb auf.

## DAS GESPENST DES „BOURGEOISEN NATIONALISMUS“: KAMPF DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI GEGEN ALLES NATIONALE

**Seit der Absetzung der Nationalkommunisten und der folgenden „Säuberung“ der Partei 1959 wurde der Kampf gegen den „bourgeois Nationalismus“ und für den „Internationalismus,“ seit jeher feste Bestandteile kommunistischer Ideologie, intensiviert. Als bourgeois Nationalismus wurde alles angesehen, was nur irgendwie mit nationalen Ideen oder der westlichen Welt, nichts aber mit der Sowjetunion und der Verherrlichung des Kommunismus zu tun hatte.**

Ziel war es, die Westorientierung und die psychologische Abgrenzung der Balten gegenüber dem „Großen Bruder“ im Osten zunächst zu verringern und schließlich gänzlich abzubauen. Die offizielle Propaganda bemühte sich, die Ansicht zu formen und zu verfestigen, daß den Balten, die konsequent an der Sprache ihrer Völker festhielten, stets ein



Ein typisches Architekturbeispiel der Chruschtschow-Zeit in Kleinstädten und auf dem Land.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 24

Um die Probleme in der Landwirtschaft wissend, erkannte auch die *Geschichte der Lettischen SSR* an, daß die Privatwirtschaften einen bedeutenden Beitrag zum Gesamtertrag der Landwirtschaft leisteten: „Durch die Entwicklung der Pflanzen- und besonders der Tierproduktion wurde im öffentlichen Sektor der gesamten Republik in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Bruttoerträge erzielt, was eine sichere Grundlage für die Erweiterung der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion bildete. Doch sowohl an der Produktion wie auch beim Verbrauch hatten die privaten Nebenwirtschaften wie auch die Kleingartengesellschaften (Obst- und Gemüseproduktion) einen großen Anteil.“ (Band 2, S. 381)

Hang zum Nationalismus eigen war, den Russen dagegen ein Hang zum Internationalismus.

Der Kampf gegen den bourgeois Nationalismus zog die Verfremdung, das Verschweigen und die Zerstörung nationaler Symbole und Erinnerungsstätten nach sich. Nationalpatrioten unterlagen Repressionen, und die Zensur wurde verschärft.

Die Sowjetmacht unternahm die Anstrengung, die ihrer Ansicht nach auszumerkenden Äußerungen von Nationalismus durch vom kommunistischen Internationalismus geschaffene zu ersetzen. So wurde im ganzen Land der Tag der Roten Armee begangen. An die Stelle des traditionellen Muttertages trat der Internationale Frauentag.

Die lettischen Johannistagsfeiern versuchte man vor dem Hintergrund des kollektiven Zusammenlebens im Kolchos zu sowjetisieren. Nach der Ausschaltung der Nationalkommunisten waren Johannistagsfeiern für mehrere Jahre gänzlich verboten bzw. wurden zum „Tag der Sommersonnenwende.“ Nach der Aufhebung des Verbots kamen die traditionellen Feiern bis zum Beginn der nationalen Wiedergeburt Ende der achtziger Jahre nicht wieder zur Blüte.

Die sowjetische Denkmalpolitik besaß ernsthafte wie auch komische Seiten. Wie jede Macht versuchte auch das kommunistische Regime den öffentlichen Raum mit seinen Denkmälern, Erinnerungstafeln und Symbolen zu füllen. In Lettland fand man jedoch allerorten Denkmäler und Symbole des unabhängigen lettischen Staates vor; viele von ihnen, aber längst nicht alle, wurden gesprengt oder abgerissen. Um das Volk nicht unnötig zu provozieren, wurden Denkmäler aus der Zeit der Unabhängigkeit häufig hinter sowjetischen Denkmälern verborgen oder sowjetisch umgedeutet. Trotz intensivster Versuche der Sowjets blieben die Denkmäler der Unabhängigkeit und ihre nationale und staatliche Bedeutung im Bewußtsein des Volkes präsent.

Das Freiheitsdenkmal im Zentrum Rigas als zentrales Symbol der Unabhängigkeit Lettlands war den Kommunisten ein besonderer Dorn im Auge. Es gibt nicht belegbare, aber dennoch glaubwürdige Zeugnisse dafür, daß nach der Rückkehr des kommunistischen Regimes ernsthaft daran gedacht wurde, sich des Denkmals zu entledigen und an seiner Stelle ein Stalindenkmal zu errichten. Ebenso unbestätigt ist es, daß die in Riga geborene sowjetische Künstlerin Vera Muchina, bekannt durch ihre Monumentalplastik „Arbeiter und Kolchosbäuerin“, das von Kārlis Zāle geschaffene Freiheitsdenkmal durch ihre künstlerisch positive Bewertung gerettet habe. Trotz seiner Unbeliebtheit bei den Machthabern blieb es erhalten und diente in den siebziger Jahren als Endhaltestelle für einige Trolleybuslinien. Touristen wurde das Denkmal gelegentlich sowjetisch erklärt: die Sterne in den Händen der Frauenfigur als Allegorie der Sowjetmacht symbolisierten die drei baltischen Sowjetrepubliken. Obwohl es verboten war, am Denkmal Blumen niederzulegen, behielt das Freiheitsdenkmal seine Bedeutung als *das* Symbol der Unabhängigkeit. 1987 nahm hier die *Atmoda*, das sogenannte dritte nationale Erwachen des Volkes in Lettland, ihren Anfang.

Besonders problematisch waren die Friedhöfe und die auf ihnen beigesetzten Soldaten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Unabhängigkeitsjahre. Es war unmöglich, die Menschen von den Friedhöfen fernzuhalten. Beim Besuch der Gräber ihrer Angehörigen nutzten sie häufig auch die Gelegenheit, jener zu gedenken, so auf dem von Kārlis Zāle gestalteten Bruderfriedhof (Soldatenfriedhof), auf dem die Gefallenen des Freiheitskrieges (1918–1920) beigesetzt worden waren. Insbesondere am Totengedenktag im November versammelten

sich regelmäßig Menschen und zündeten Kerzen an. Um den Friedhof für das Regime annehmbar zu machen, wurden hier auch zahlreiche kommunistische Parteiveteranen und ihre Familienangehörigen beigesetzt. Das unterhalb des Standbildes der trauernden Mutter Lettland eingravierte Kreuz wurde durch Tuffsteinplatten verdeckt und das große Staatswappen der Republik Lettland am Friedhofstor restlos entfernt.

Auf dem nahegelegenen Waldfriedhof beseitigte man die sogenannten weißen Kreuze, die 1941 für etwa 130 Opfer des NKWD aufgestellt worden waren. An der Stelle dieses Massengrabes begann man mit der Beisetzung anderer Verstorbener. Besondere Schwierigkeiten bereitete dem Regime das Grabdenkmal des ersten Staatspräsidenten der Republik Lettland, Jānis Čakste (1859–1927), auf das eine lange und ausgedehnte Allee zuführte. Man versuchte sie zu lösen, indem man am Ausgang der Allee das Grabdenkmal für den langjährigen Vorsitzenden des Ministerrats der Lettischen SSR, Vilis Lācis (1904–1966), errichtete sowie auf den Rasenflächen entlang der Allee Gräberfelder anlegte und Sträucher pflanzte. Von der Friedhofskapelle aus gesehen verdeckt das große Grabmal von Lācis bis heute Čakstes Grab und symbolisiert so den Triumph Sowjetlettlands über das verhaßte „bourgeoise“ Lettland. Doch die Bevölkerung versammelte sich auch weiterhin mit Kerzen am Grab von Jānis Čakste.

Als besondere Herausforderung für das Freiheitsdenkmal und als Selbstzeugnis des Regimes wurde noch 1985 ein Monumentaldenkmal sowjetischen Stils in Riga errichtet: „Für die Soldaten der Sowjetarmee, die Sowjetlettland und Riga von den deutschen faschistischen Eindringlingen befreit haben.“ Bewußt wurde dieses höher und monumentaler als das Freiheitsdenkmal in einer Achse über den Platz des Sieges in Pārdaugava (linksseitig der Daugava) bis zum Freiheitsdenkmal verlaufend errichtet. Seinen Namen hatte der Platz bereits während der Unabhängigkeit erhalten, in Anlehnung an den Sieg lettischer Kräfte über die Truppen Bermond-Awalows im Freiheitskrieg 1919, doch bis heute wird der Platz mit dem sowjetischen Siegesdenkmal in Verbindung gebracht. An der Stelle des späteren Denkmals wurden 1946 Friedrich Jeckeln und sechs andere deutsche Generäle als Kriegsverbrecher öffentlich hingerichtet. Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit dient das Denkmal am 9. Mai und an anderen Tagen gemeinschaftlichen Erinnerns als Versammlungsort für Kriegs- und Militärveteranen der ehemaligen UdSSR und Kommunisten.

Über die sowjetischen Denkmäler witzelte der Volksmund gelegentlich – ein Indikator für die allgemein herrschende Stimmung: Frage: „Warum sitzen Rainis und Blaumanis, Lenin dagegen steht?“ (Die lettischen Dichter Jānis Rainis und Rudolfs Blaumanis werden in ihren Denkmälern in Riga sitzend abgebildet, während Lenin stehend dargestellt war.) Antwort: „Rainis und Blaumanis sind auf Bleiben aus, Lenin aber ist im Begriff zu gehen.“ Eine weitere Anekdote erzählte, daß der mit seiner Hand nach Osten weisende Lenin sagt: „Kommt, Genossen, hier blüht das Leben,“ das Lettland symbolisierende, gen Westen blickende Freiheitsdenkmal aber ruft mit erhobenen Armen um Hilfe. Weit verbreitet war auch die Ansicht, die vergoldeten Kreuze der orthodoxen Kathedrale wären in der Sowjetzeit beseitigt worden, weil Fotografen aufgefallen sei, daß man von einem flachen Winkel aus das Lenindenkmal so fotografieren könne, daß es so aussah, als ob Lenin ein Kreuz in seinen Händen hielte. Das ist durchaus möglich, denn als 1990 auf dem Gebäude des Ministerrats auf der gegenüberliegenden Straßenseite wieder die Flagge des unabhängigen Lettland wehte, nutzten Kameraleute des Fernsehens häufig die Gelegenheit, aus einem flachen Winkel Lenin „mit der lettischen Fahne in der Hand“ aufzunehmen. Als Lettland seine volle Unabhängigkeit erlangte, wurde die Andeutung des Volksmundes Realität: Lenin mußte gehen.

## GÄRENDE UNMUT UND PROTESTE: VOM PRAGER FRÜHLING ZUR SOLIDARNOŚĆ-BEWEGUNG

Der Aufstand gegen das kommunistische Regime in Ostdeutschland 1953, die Unruhen in Polen sowie der Ungarnaufstand 1956 waren deutliche Anzeichen für den gärenden Unmut und den wachsenden Widerstand, was auch in Lettland wahrgenommen wurde. Hier fanden sowohl die Bemühungen um eine grundlegende Reformierung des Kommunismus in der Tschechoslowakei 1968, die polnischen Arbeiterunruhen von 1970, die zu einem Wechsel an der Parteispitze führten, wie auch die Gründung der schon revolutionären Arbeiterbewegung *Solidarność* 1980 großen Anklang. Auch in Lettland verebten die von den Nationalkommunisten in Lettland begonnenen Bemühungen für einen Kurswechsel der reaktionären Politik der LKP nie.

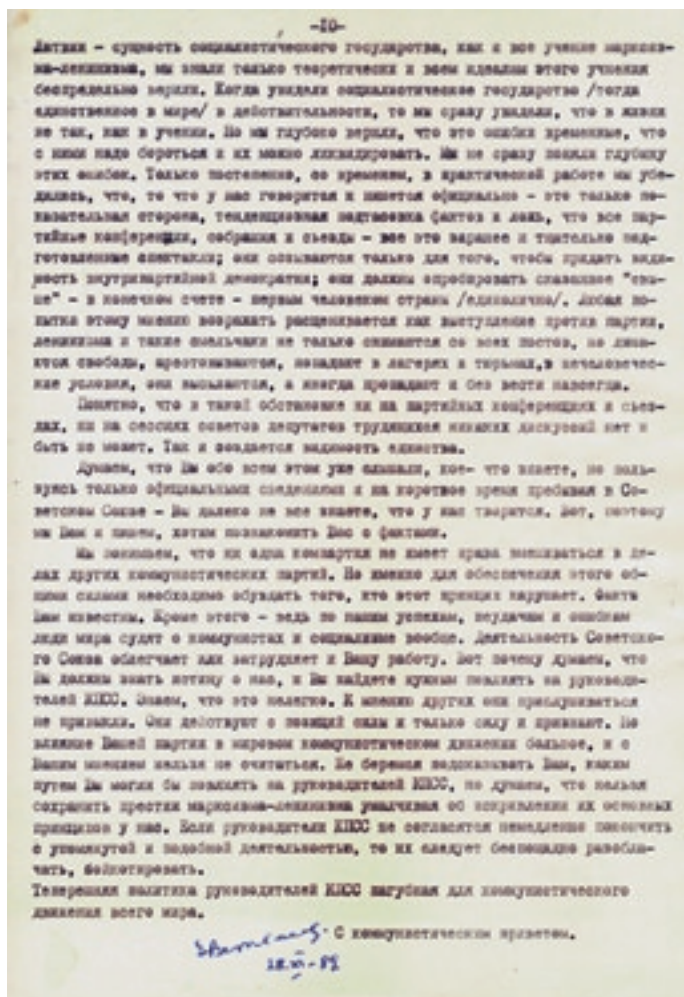
Als der Vorsitzende des tschechoslowakischen Parlaments Josef Smrkowsky im Sommer 1968 in Riga weilte, wurde seine Erklärung über die Notwendigkeit, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, mit großer Begeisterung von der Bevölkerung aufgenommen. Am 20. August 1968 marschierten Truppen der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten in die Tschechoslowakei ein, und auch in Lettland erstarb die Hoffnung auf demokratische Veränderungen innerhalb des kommunistischen Systems.



Sowjetische Panzer 1968 in Prag.

Ein 1972 von dem 1963 aus der Verbannung in Wladimir zurückgekehrten Eduards Berklaivs und weiteren sechzehn lettischen Kommunisten anonym aufgesetzter Brief an die kommunistischen Parteien im westlichen Ausland erhob schwere Anklage gegen das Regime: er legte die von Moskau betriebene, dem lettischen Volk feindlich gesinnte Politik offen. Der Brief wurde auszugsweise in der internationalen Presse veröffentlicht (u. a. *Dagens Nyheter*, *The New York Times*, *Die Welt*) und fand große Beachtung.

Fast zur gleichen Zeit gab es fortgesetzte Unruhen in der polnischen Arbeiterschaft, die nicht unbemerkt blieben. Als polnische Sicherheitskräfte im Dezember 1970 Arbeiterproteste gegen Preiserhöhungen brutal beendeten, wurde der polnische Parteichef Władysław Gomułka von Edward Gierek abgelöst. Zehn Jahre später führten die Arbeiterproteste zur Gründung der von der kommunistischen Partei unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* unter Lech Wałęsa. Obwohl auch diese unterdrückt und verboten wurde, blieb die Bewegung im Untergrund lebendig und wurde neun Jahre später zur größten Partei in Polen. Wałęsa wurde schließlich 1990 zum polnischen Staatspräsidenten gewählt.



Schlussseite des Briefes der Siebzehn Kommunisten, Eduards Berklaivs unterschrieb ihn 1989.

### The New York Times.

## PROTEST ON SOVIET LAI D TO LATVIANS

Letter Circulated in Europe  
Charges 'Russification'

By BERNARD GWERTZMAN  
Special to The New York Times

WASHINGTON, Feb. 26—A letter attributed to 17 Latvian Communists, complaining about what they say are efforts by Moscow to "Russify" their Baltic republic, has been sent to several foreign Communist parties.

A copy of the letter, which has been published in Western Europe, was made available recently to The New York Times by Latvian émigrés here. United States Government analysts who have studied it say they believe

Artikel über den Brief der Siebzehn Kommunisten in der *The New York Times*.

## „ZWISCHEN DEM STIEFEL UND DER ERDE“: BILDUNG, WISSENSCHAFT, KULTUR

**Bildung, Wissenschaft und Kultur wurden einer strengen ideologischen Kontrolle durch die Kommunistische Partei unterzogen, insbesondere nach dem Aufkommen freisinniger Tendenzen in der zweiten Hälfte der fünfziger und sechziger Jahre. Doch ein Teil der jungen, in der Sowjetzeit aufgewachsenen Generation ordnete sich dem Diktat nicht unter. Ein Spannungsfeld zwischen den kreativ Schaffenden und ihrem Streben, ihrer Individualität und ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, und den Anstrengungen der Kommunistischen Partei, gewisse ideologische Grenzen zu ziehen, bestand die gesamte Sowjetzeit hindurch.**

In den Städten wurden große schablonenhafte sogenannte „Schulen der Völkerfreundschaft“ für mehr als 1.000 Schüler für den gemeinsamen Unterricht von Schülern lettischer und russischer Volkszugehörigkeit errichtet. Im Zuge einer Kampagne gegen Schulen, die unter 400 Lernende zählten, wurden kleine Landschulen mit überwiegend lettischer Schülerschaft aufgelöst.

Das Niveau der wissenschaftlichen Forschung war seit den sechziger Jahren recht hoch, besonders in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, welche in militärisch und strategisch wichtige Forschungen involviert waren. In den Sozialwissenschaften war die Forschung von politischen Tendenzen dominiert, während die Geisteswissenschaften isoliert von internationalen Forschungstendenzen blieben. Spezialisierung und Struktur der Wissenschaften, der Verwaltungsapparat sowie die wissenschaftlichen Grade wurden von Moskau diktiert.

Der Widerstand der im Kulturbereich tätigen Letten drückte sich vor allem in ihrem Vermögen aus, einen wachen Geist zu bewahren und ihn auf hintergründige Weise in ihrem Schaffen zum Ausdruck zu bringen, wodurch auch das Volk ermuntert wurde, nicht aufzugeben und der herrschenden Ideologie zu widerstehen. Großer Beliebtheit erfreute sich der Verein für Natur- und Denkmalschutz, der es den Letten ermöglichte, mehr über ihr Kulturerbe zu erfahren und es zu schützen.

Trotz der Kontrolle und der Zensur durch die Kommunistische Partei begann in der Literatur die Suche nach neuen Formen und Inhalten. Es bildeten sich ganz eigene Bande und ein spezielles Verstehen zwischen den Schriftstellern – die die Verwendung von Metaphern und Allegorien, die sogenannte „Sprache des Äsop,“ entwickelten – und den Lesern heraus, die in den Werken verborgene und implizierte Subtexte vorfanden. Die Redakteure erlaubten sich gelegentlich potentiell heikle Werke zur Publikation anzunehmen in der Hoffnung, sie würden der Zensur standhalten. Besonderer Beliebtheit erfreute sich Lyrik. Die Werke von Ojārs Vācietis, Vizma Belševica, Imants Ziedonis, Ārija Elksne, Māris Čaklais und anderer bekannter Dichter wurden in großen Auflagen gedruckt und waren schnell vergriffen. In der Prosa stachen Alberts Bels und Visvaldis Lāms hervor. Auch im Theaterleben kam es seit den sechziger Jahren zu Veränderungen. Eine junge Generation von Regisseuren und Schauspielern wagte es,



Schriftsteller auf den Tagen der Dichtung, von links: Māris Čaklais, Elza Sudmale, Knuts Skujenieks, Anda Lice, Jānis Anerauds.

mit dem Aufführungsstil zu experimentieren, und setzte Werke junger Dramatiker in Szene, die sich nicht scheuten, früher undenkbar Themen aufzugreifen. Beliebt waren besonders die dramatischen Werke von Gunārs Priede, Harijs Gulbis und Pauls Putniņš. Ebenso wie gute Bücher wurden bald auch Theaterkarten zur Defizitware – die Menschen mußten lange Warteschlangen an den Theaterkassen in Kauf nehmen.

Währenddessen wies das ZK der KPL kategorisch die von mehreren Intellektuellen im Oktober 1968 in der Zeitschrift *Literatūra un Māksla* veröffentlichte Forderung zurück, „keinen Kompromiß mit dem Gewissen einzugehen, weil jeder Künstler bzw. jeder, der sich als ein solcher empfindet, das Recht hat, frei, im Einklang mit seinem Ideal und vollkommen unabhängig zu schaffen.“ Die Behörden antworteten mit einer Verschärfung der Zensur.

Die Dichterin Vizma Belševica fiel 1969 in Ungnade, als die Behörden in ihrem Poem „Bemerkungen Indriķis' des Letten am Rande der Livländischen Chronik“ unter dem Schleier der Geschichte verborgene Kritik an Moskau und am kommunistischen System entdeckten. Die Dramatiker Gunārs Priede und Ilze Indrāne mußten ihre Theaterstücke „umarbeiten.“

Es fehlte auch nicht an schweren Repressionen. 1962 wurde der Dichter Knuts Skujenieks wegen „antisowjetischer Agitation und Verweigerung von Informationen“ verurteilt; erst 1969 kehrte er aus einem Straflager in Mordwinien nach Lettland zurück. 1975 wurde er aufgrund seiner „falschen Analyse“ des Schaffens junger Dichter erneut scharf kritisiert.



Knuts Skujenieks.

## VIZMA BELŠEVICA (1931–2005)

Vizma Belševica war eine der angesehensten Nachkriegsdichterinnen und Prosaschriftstellerinnen Lettlands. Sie absolvierte das Gorki-Literaturinstitut in Moskau. Als Jugendliche war sie im Komsomol tätig, geriet aber bald in Konflikt mit der antinationalen Politik des Regimes. Auf besondere Kritik stieß ihre 1968 erschienene Gedichtsammlung *Gadu gredzeni* (Jahresringe) sowie zwei darin enthaltene Gedichte: „Bemerkungen Indriķis' des Letten am Rande der Livländischen Chronik“ und „Ein Motiv der Geschichte Lettlands: Altriga.“ Aus ihren mehrdeutigen metaphorischen Texten las man Kritik am bestehenden System heraus. Das Zentralkomitee der KP verurteilte sie für das „Erzeugen eines ideologischen Chaos beim politisch unerfahrenen Leser.“ Zweimal wurde ihre Wohnung vom KGB durchsucht und viel unpubliziertes Material beschlagnahmt, darunter ein Manuskript des ukrainischen Schriftstellers Iwan Dsjuba mit dem Titel „Internationalismus oder Russifikation?“ Als Dsjuba zur Verantwortung gezogen wurde, sagte Belševica zu seinen Gunsten aus: „Wenn ein Schriftsteller fühlt, daß seine Muttersprache bedroht ist, dann ist es seine moralische Pflicht, darüber zu schreiben – ohne Rücksicht auf die Folgen.“ Belševica wurde mit einem achtjährigen Publikationsverbot belegt. Diskussionen über ihre Werke und die Erwähnung ihres Namens in der Presse wurden untersagt. Die „Jahresringe“ wurden beim Leser dagegen bald zur gefragtesten Sammlung von Gedichten, welche abgeschrieben und auswendig gelernt wurden.



## WIDERSTAND UND TROTZ: DIE ÜBERLEBENSFÄHIGKEIT DES VOLKES

**Durch die erfolgreiche Ausnutzung der begrenzten Möglichkeiten, die das totalitäre Besatzungsregime gewährte, überstand die lettische Nation die Herrschaftszeit von Breschnew, Pelše und Voss, und es gelang ihr, ihre Identität zu bewahren.**

Der bewaffnete Partisanenkampf gegen das Regime endete 1956, doch der geistige Widerstand im Land hielt bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit an.

Patrioten verbreiteten Flugblätter, stellenweise tauchten antisowjetische Graffiti auf, Fahnen der UdSSR bzw. der LSSR wurden heruntergerissen, am 18. November hingegen, dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Republik Lettland im Jahre 1918, die rot-weiß-rote lettische Fahne gehißt. Zum Totengedenktag, der ebenfalls in den November fällt, versammelten sich große Menschenmengen mit brennenden Kerzen auf dem Rigaer Bruderfriedhof (Soldatenfriedhof) am Standbild der „Mutter Lettland“ sowie am Denkmal des ersten Präsidenten der Republik Lettland, Jānis Čakste, auf dem nebenan liegenden Waldfriedhof.

Um diese und andere Äußerungen von Protest und Dissidententum einzuschränken und zu unterdrücken, verstärkte der KGB seine Aktivitäten und baute ein dichtes Informantennetz auf. Es folgten Wohnungsdurchsuchungen und Festnahmen sowie „psychiatrische Begutachtungen.“

Die Suche nach Wegen, sich den psychologischen Zwängen zu entziehen, führte zu einer verstärkten Hinwendung zu den Humanwissenschaften und Künsten; durch Aktivitäten im Bereich Tourismus und Naturschutz lernten Jugendliche die Geschichte und Kulturdenkmäler ihrer Heimat kennen. Die Gesinnung der Jugend fand in der Musik von Raimonds Pauls, Imants Kalniņš und Zigmārs Liepiņš ihren Ausdruck. Eine Folklorebewegung entwickelte sich, die anstelle der sowjetischen Pseudovolkstümlichkeit das authentische Kulturerbe pflegte.

Das Gemeinschaftsgefühl des Volkes wurde befördert und gestärkt durch das Allgemeine Sängers- und Volkstanzfest, das alle fünf Jahre ausgerichtet wird und zahlreiche Teilnehmer und Zuschauer aus ganz Lettland versammelt. Auch Manipulationen des Liedrepertoires seitens der Behörden vermochten den nationalen Charakter des Festes nicht zu unterbinden. Von besonderer Bedeutung war das unter dem Zeichen des hundertjährigen Bestehens dieser Tradition stehende Sängersfest von 1973, das zugleich an die Ereignisse der Zeit des ersten nationalen Erwachens im 19. Jahrhundert erinnerte. Anlässlich des Festes reisten so viele Exillettinnen wie nie zuvor nach Riga. Nach dem Abschlußkonzert zogen etwa hundert Jugendliche singend zum Freiheitsdenkmal, um dort Blumen niederzulegen.

## IMANTS KALNIŅŠ (1941)

Imants Kalniņš entwickelte sich zu einem beliebten Komponisten des Volkes und aufgrund seiner geistigen Opposition zum Schrecken der kommunistischen Parteiideologen. In seine Musik integrierte er für Lettland ungewöhnliche Fragmente moderner westlicher Musik. Der vierte Satz seiner 4. Sinfonie war auf einer Textgrundlage der amerikanischen Dichterin Kelly Cherry komponiert und von den Machthabern verboten worden. Erst 1998 konnte die Sinfonie in ihrer ursprünglichen Form aufgeführt werden. Viele seiner Lieder wurden verboten, doch sie waren so beliebt und gewannen durch die Verbote noch an Popularität, daß sie wie Volkslieder gesungen wurden.



Unter Aufsicht der Miliz versammeln sich Letten am Grabmal des ersten Staatspräsidenten Jānis Čakste.



Protestbekundung am 1. Februar 1982 an einer der wichtigsten Rigaer Umgehungsstraßen.

Per Post versandter Aufruf der „Lettischen Unabhängigkeitsbewegung“ vom 13. November 1980: „...vereinen wir uns zum Kampf gegen dieses morsche Regime...“, verschickt in einem symbolträchtigen Zeitabschnitt zwischen dem Gedenktag für die Teilnehmer der Freiheitskämpfe am 11. November und dem lettischen Unabhängigkeitstag am 18. November.



GUNĀRS ASTRA (1931–1988)

Astra verbüßte in den sechziger und siebziger Jahren wegen des Besitzes verbotener Literatur sowie von Tonbandaufnahmen ausländischer Sender eine fünfzehnjährige Haftstrafe. 1983 wurde er wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu weiteren sieben Jahren Haft verurteilt. Sein Schlußwort bei seiner Verurteilung klingt wie eine Anklage des ganzen lettischen Volkes gegen das Besatzungsregime:

*Mich schmerzt es, und ich fühle mich erniedrigt, wenn ich sehe, wie sich hinter den riesigen und glänzenden Buchstaben hoch über der Fabrik „Straume,“ hinter den Fassaden der Produktionsvereinigung VEF (Valsts elektrotehniskā fabrika – Staatliche Elektrotechnische Fabrik) und der RER (Rīgas*

*Elektromašīnbūves rūpnīca – Rigaer Elektromaschinenbaufabrik) ein einziges Russentum verbirgt: Weisungen, Befehle, Hinweistafeln, Losungen, technische Dokumentationen – alles auf russisch.*

*Mich schmerzt es, und ich fühle mich erniedrigt, wenn ich feststellen muß, daß sich meine Muttersprache in Reservate zurückziehen muß – in ein ethnographisches Freilichtmuseum, auf einige wenige Theaterbühnen und Masseninformationsveranstaltungen. Und selbst dort wird sie langsam aber sicher von der edlen russischen Zunge verdrängt.*

*Mich schmerzt es, und ich fühle mich erniedrigt, wenn ich feststellen muß, daß die übergroße Mehrheit der in Lettland geborenen und aufgewachsenen Russen nicht die lettische Sprache lernt und sie auch gar nicht zu lernen gewillt ist; daß für russische Absolventen von Gymnasien die lettische Sprache ein Objekt der Verachtung und des Spotts ist und kein Prüfer von einem russischen Schüler die Beherrschung der lettischen Sprache verlangt, während lettische Schüler das Russische obligatorisch beherrschen müssen.*

*Ich glaube, daß diese Zeit vergehen wird wie ein böser Traum. Allein das gibt mir die Kraft, hier zu stehen und zu atmen. Unser Volk hat viel durchlitten und zu leiden gelernt und es wird auch diese dunkle Zeit überstehen.*

Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde Gunārs Astra 1988 vorzeitig entlassen; wenige Wochen später starb er in Leningrad unter ungeklärten Umständen. Es wird vermutet, daß er vom KGB vergiftet wurde. Eine große Volksmenge hat seine Leiche zum Friedhof begleitet; sein Grab wurde mit Händen zugeschüttet.



## DIE RELIGION AM BODEN: DER SCHEINBARE SIEGESZUG DES ATHEISMUS

**Offiziell herrschte in der Sowjetunion Religionsfreiheit, doch die kommunistische Ideologie betonte stets, daß nur die atheistische Propaganda „freie Wahl zwischen Religion und Atheismus“ garantiere. Das Regime sorgte dafür, daß die Präsenz der Religion allmählich aus der Öffentlichkeit verschwand.**

Die Intoleranz von offizieller Seite gegenüber den Religionen war allumfassend. Religiöse Feste und Rituale wurden durch weltliche ersetzt. Die Kindstaufe wurde zum Fest der Namensgebung, die Konfirmation zum Fest der Volljährigkeit. „Komsomolzenhochzeiten“ und weltliche Gräberfeste hielten Einzug ins Alltagsleben. An den Schulen wurde der Atheismus gelehrt.

Die Kirchen durften Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht in Religion unterweisen, Komsomolzen und Parteimitglieder nicht den Gemeinden angehören. Gläubige, die ihren Glauben lebten, wurden diskriminiert. Auf diese Weise überalterten die Gemeinden und konnten ihre Gotteshäuser nicht mehr unterhalten. In den sechziger Jahren wurden zahlreichen Gemeinden ihre Kirchen abgenommen und einer weltlichen Nutzung zugeführt, so der Dom, die orthodoxe Kathedrale und die reformierte Kirche in Riga.

### REPRESSIONEN GEGEN GEISTLICHE

Die strenge Kontrolle der Kirche und die Repressionen gegen Geistliche setzten sich auch während der „Tauwetter“-Periode fort. So wurde 1958 der Geistliche und spätere Kardinal der katholischen Kirche in Lettland, Juliāns Vaivods, wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ zu zweijähriger Haft in einem Straflager in der Mordwinischen Autonomen SSR verurteilt. Er habe, wie es hieß, in seinen Publikationen die marxistisch-leninistische Theorie abgelehnt und die Wirklichkeit des Sowjetlebens verunglimpft.



**Der spätere  
Kardinal  
Juliāns Vaivods  
(1895–1990)  
während der Haft.**



**Die orthodoxe Kathedrale in Riga diente nach der Entfernung ihrer vergoldeten Kuppelkreuze als Planetarium.**

Die Ausbildung von Geistlichen war fast nicht mehr möglich, was einen deutlichen Rückgang der Zahl der Geistlichen und fehlende Möglichkeiten für die Seelsorge der Gemeindemitglieder zur Folge hatte. Aktive Geistliche wurden vom KGB überwacht oder falls möglich als Zuträger angeworben. Eine wahre religiöse Gemeinschaft im Glauben hatte nur in starken Gemeinden, die öffentliche Bestrafung und Repressionen nicht fürchteten, Bestand.

Die widrigen Umstände konnten die Religion dennoch nicht zugrunde richten, vielen Gläubigen wurde sie zu einem festen Bestandteil des Familienlebens.

### DIE UDSSR UND ISRAEL

Die antisemitische Politik des kommunistischen Regimes wurde nach dem 3. Israelisch-Arabischen Krieg bzw. „Sechstagekrieg“ 1967 wieder aufgenommen. Jüdische Menschenrechtsaktivisten klagten in der Sowjetunion das Recht auf Auswanderung nach Israel ein. Aus Protest gegen die Ausreisebeschränkungen und gegen die militärische Besetzung der Tschechoslowakei 1968 versuchte sich der Student Ilja Rips im April 1969 am Freiheitsdenkmal in Riga zu verbrennen. In Riga erschien eine illegale jüdische Zeitschrift. Die letztendliche Zunahme der Ausreisegenehmigungen wurde durch den Druck der westlichen Staaten, besonders der USA, gefördert. So wurde Lettland seinerseits zum Transitland; bis 1989 reisten 16.000 Juden aus Lettland aus. Die Ausreisewilligen hatten häufig politische und materielle Repressionen hinzunehmen.

## VERSTREUT AUF DIE WEITE WELT: GESELLSCHAFTLICHES UND KULTURELLES LEBEN DER LETTEN IM EXIL

Nach der „Zerstreuung in alle Winde“ um das Jahr 1950 ließen sich auf allen fünf Kontinenten lettische Flüchtlinge nieder, die meisten von ihnen in Kanada, Australien, England, Schweden, Deutschland und den USA. Die umfassenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Aktivitäten sowie Bildungsmaßnahmen, die sich in den Flüchtlingslagern in Deutschland entwickelt hatten, wurden nach Möglichkeit auch in den Gastländern fortgesetzt. Das aktive gesellschaftliche und kulturelle Leben im Exil sorgte dafür, daß trotz großer räumlicher Entfernungen und Assimilationstendenzen bis Ende des Jahrhunderts ein lebendiger Kern der lettischen Gesellschaft außerhalb Lettlands existierte.

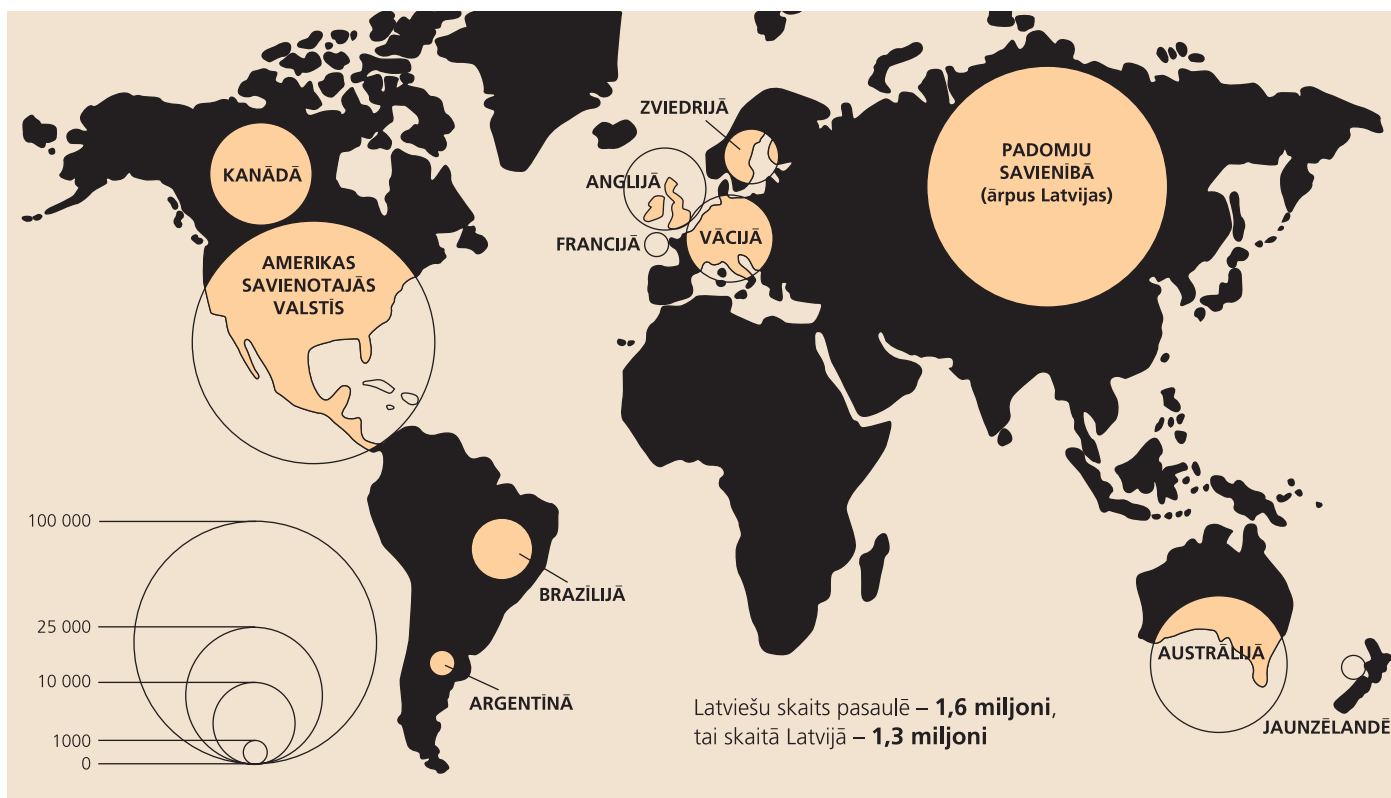
In den Gastländern mußten die Flüchtlinge ein ganz neues Leben beginnen. Nahezu alle Letten, unabhängig vom Bildungsstand und ihrer früheren beruflichen Stellung, waren zunächst gezwungen, körperlich zu arbeiten. Die ältere Generation, die die Sprache des jeweiligen Gastlandes nicht ausreichend beherrschte, lebte sich nur schwer ein. Nicht zuletzt auch aus diesem Grund bildeten sie die wichtigste Stütze der Exilorganisationen. Der jüngeren Generation der Einwanderer fiel es leichter, die neue Sprache zu erlernen – so eröffneten sich gute Möglichkeiten für Studium, Berufsausbildung und eine einträgliche Arbeit.

Fast überall, wo sich Letten niederließen, wurden alsbald Organisationen ins Leben gerufen, die das kulturelle und gesellschaftliche Leben erfüllten: Kirchengemeinden,

Vereine, Chöre und Theatergruppen. In regelmäßigen Abständen fanden Veranstaltungen statt. Nachdem mit der Zeit eine stabile materielle Basis vorhanden war, wurden Grundstücke bzw. Häuser für Kirchen und Vereinsräume und andere gemeinschaftliche Zwecke wie für Sommerlager auf dem Lande erworben.

Zentralorganisationen entstanden als Dachverbände, die die in einem bestimmten Staat lebenden Letten vertrat. Daneben bestanden auch Organisationen auf internationaler Ebene, so Pasaules Brīvo Latviešu Apvienība (PBLA, Weltbund freier Letten) und Daugavas Vanagi (Dünafalken). Letztere Organisation war eine von lettischen Legionären in einem Kriegsgefangenenlager in Belgien gegründete Gemeinschaft, die sich durch ihre Hilfsaktionen sowie die vielfältigen kulturellen und politischen Aktivitäten ihrer weltweiten Abteilungen und Verbände zu einer der einflußreichsten Exilorganisationen entwickelte. Das kulturelle und gesellschaftliche Leben wurde auch durch Großveranstaltungen wie Sängerfeste, Kulturtage, Jugendfeste und Kongresse belebt. Zur Unterstützung und Förderung von Kultur- und Bildungsprojekten wurden Stiftungen ins Leben gerufen.

Besonderes Augenmerk richtete die Exilgesellschaft auf die Erziehung der Jugend. Vielerorts gab es Samstags- und Sonntagsschulen, in denen die lettische Sprache und Literatur, Folklore sowie die Geographie und Geschichte Lettlands gelehrt wurde. Zur weiterführenden Ausbildung wurden Sommergymnasien und -kurse organisiert. In Münster gab es ein lettisches Gymnasium, das von jungen Letten aus aller Welt besucht wurde. An der Western Michigan Universität in Kalamazoo existierte viele Jahre lang ein lettisches Studienprogramm. Aktiv waren auch die Jugendorganisationen, angefangen bei den Pfadfindern, Jugendarbeitsgemeinschaften, Volkstanzgruppen bis hin zu



Eine von Professor Edgars Dunsdorfs erstellte Karte, die die Verteilung der Letten in der Welt zeigt (Stand: 1968). Nach den Erhebungen der Volkszählung von 1959 lebten in Lettland selbst weniger als 1,3 Mio. Letten.

den zentralen Jugendverbänden in den einzelnen Staaten. Auf diese Weise gelang es den Exilletten, eine lettisch erzogene junge Generation, die nicht mehr in Lettland geboren war, aber dennoch weiterhin die Bemühungen um eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands verfolgte, zu gewinnen. Mehrere Hundert von ihnen leben und arbeiten inzwischen in Lettland.

Da es den Gastländern der einstigen Flüchtlinge um die Integration und Assimilierung der Einwanderer ging, gab es von offizieller staatlicher Seite für gewöhnlich keine Unterstützung für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Einwanderer. Organisationen, Schulen, Kirchen sowie gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen mußten aus eigener Kraft finanziert werden.



Symbol des ersten Festes der lettischen Jugend von 1959.

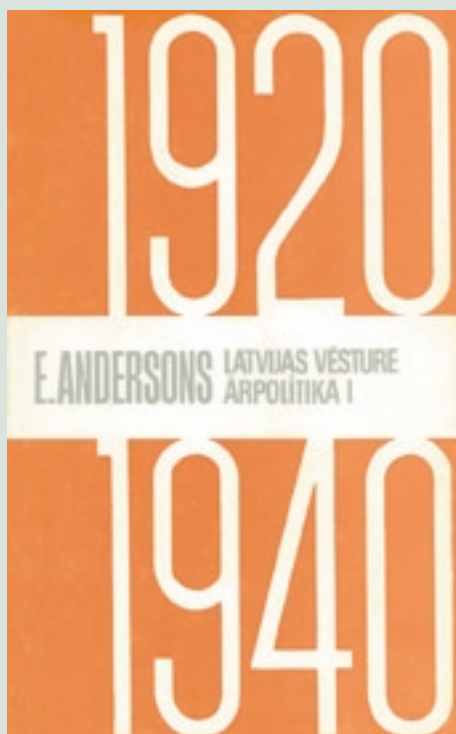


Schulabschlußfeier im Lettischen Gymnasium in Münster, Mai 1989.

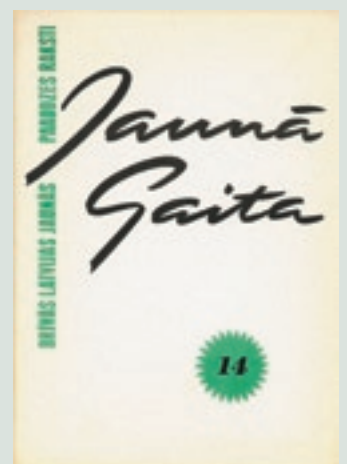
## LITERATUR UND PRESSE IM EXIL

In den ersten Jahren des Exils erschienen in den Gastländern der Flüchtlinge mehr lettischsprachige Bücher als im besetzten Lettland. Nach der Stabilisierung der materiellen Grundlage in den Gastländern gaben die Verlage zahlreiche große Werke heraus: *Latvju Enciklopēdija* (Lettische Enzyklopädie), *Latviešu tautas dziesmas* (Lettische Volkslieder), die gesammelten Werke zahlreicher lettischer Klassiker, aber auch Texte

junger Autoren. Eine Reihe von großen Sammelbänden zur Geschichte Lettlands entstand. In dem in Australien periodisch erschienenen Jahrbuch *Archīvs* veröffentlichte Professor Edgars Dunsdorfs Forschungsergebnisse über die Exilletten. Verständigung, Zusammenarbeit und Gemeinschaftsgefühl wurden auch erheblich durch Zeitungen und Zeitschriften gefördert, angefangen von Regionalausgaben von Vereinen, Gemeinden und Städten bis hin zu Presseerzeugnissen auf Länder- und Weltebene.



Die Geschichte Lettlands von Edgars Andersons: Band 1: Außenpolitik.



*Jaunā Gaita* (Der neue Weg) erwies sich als die beständigste Exilzeitschrift, 2010 erschien die 261. Ausgabe. Sie wurde ab 1955 zunächst vom Lettischen Jugendbund Amerikas herausgegeben und entwickelte sich später zu einem allgemeinen Blatt für Literatur, Kultur und Politik.



Zeitungen der Exilletten.

## FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT: POLITISCHE AKTIVITÄTEN DER EXILLETTEN

Von Anfang an betrachteten die Exilletten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands als ihre Mission. Die kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Exils waren nicht Selbstzweck, sondern bildeten die Grundlage für die politische Tätigkeit im Ausland, die bis zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands 1991 auf verschiedene Weise fortgeführt wurde.

Zunächst manifestierte sich der politische Kampf für die Unabhängigkeit unter Führung der Exilorganisationen in Bemühungen, die öffentliche Meinung auch durch Appelle an die Regierungen der Gastländer zu beeinflussen. Dies geschah auf zweierlei Weise – mit Warnungen vor dem Übel des Kommunismus, den die Exilanten aus dem ersten Jahr der kommunistischen Herrschaft 1940/41 aus eigener Erfahrung kannten, und der Aufforderung, die Inkorporation Lettlands in die UdSSR auch weiterhin nicht anzuerkennen, was eine wichtige Voraussetzung für eine Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit darstellte. Die lettischen Diplomaten und Konsuln waren in fast allen Staaten der Welt, in denen Letten lebten, nach wie vor als diplomatische Vertreter des unabhängigen Lettland anerkannt.

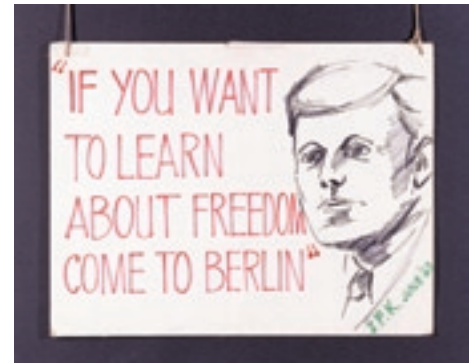
1967 überreichte der Weltbund freier Letten (PBLA) dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles ein Memorandum, in dem er gebeten wurde, während seines Besuchs in der UdSSR entgegen dem Wunsch Moskaus auf einen Besuch der Hauptstadt des besetzten Lettland zu verzichten, da dies einer indirekten Anerkennung der Inkorporation Lettlands gleichgekommen wäre. De Gaulle kam der Bitte nach.

Im folgenden Jahr zog der in Westberlin geplante Weltkongreß der exillettischen Jugend breite Aufmerksamkeit auf sich. Um Moskau vor dem Hintergrund der Reformen in der Tschechoslowakei nicht unnötig zu provozieren, verbot die Verwaltung der Westalliierten (Großbritannien, USA,

Der angekettete  
Tedis Zierīņš  
protestiert  
in Chicago  
gegen den  
Kommunismus  
(Ende der  
siebziger Jahre).



Protestplakat  
für den 1968 in  
Berlin geplanten  
Weltkongreß der  
Lettischen Jugend  
1968.



Demonstration in den USA, auf der Freiheit für Lettland  
gefordert wird (Ende der siebziger Jahre).

Frankreich) die Ausrichtung des Kongresses in Berlin und ließ ihn nach Hannover verlegen. Die europäische Presse berichtete umfassend über das Thema.

Mit einem Generationswechsel und der veränderten internationalen Lage in den fünfziger und sechziger Jahren setzte auch eine neue Taktik bei den politischen Aktivitäten des Exils ein. In der Gewißheit, der Westen könne vor dem Hintergrund eines drohenden Atomkrieges keine konkrete Hilfe für eine Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands leisten, waren die Vordenker der jungen Exilgeneration bemüht, Wege zur Stärkung der Widerstandskraft der Bevölkerung in Lettland zu finden. Wegen der herrschenden Isolation und der ständigen Kontrolle war dies äußerst schwierig, doch gewisse Möglichkeiten taten sich nach einer leichten Liberalisierung des kommunistischen Regimes nach Stalins Tod auf, als man das besetzte Lettland besuchen konnte und (wenn auch kontrollierte) Besuche von Kulturschaffenden und Wissenschaftlern aus der Lettischen SSR im Westen möglich wurden.

Der anfängliche Kampf gegen den Kommunismus als solchen wurde mehr und mehr abgelöst von einem zielorientierten Einsatz für die Menschenrechte im besetzten Lettland. So waren Vertreter des Weltbundes freier Letten (PBLA) 1975 auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki sowie auf den Folgekonferenzen in Belgrad, Madrid, Ottawa, Budapest und Bern präsent. Mit Hilfe von US-Diplomaten hatten sie Beobachterstatus erhalten, was auch von der internationalen Presse registriert wurde. Die lettischen Vertreter informierten die Teilnehmerländer über die Forderungen nach Selbstbestimmung, über Menschenrechtsverstöße und die Russifizierungspolitik im besetzten Lettland.

## POLITISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE KOOPERATION DER BALTEN IM EXIL

Besonders auf politischem und wissenschaftlichem Gebiet entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Exilbalten. In den Jahren 1967 bis 1969 wandten sie sich – allerdings ohne Erfolg – gegen den Entschluß der britischen Labourregierung, bei wirtschaftlichen Geschäften mit der UdSSR zur Schuldentilgung Gebrauch von dem in den Banken Großbritanniens deponierten Gold der baltischen zu machen. Erfolgreich war hingegen die Protestaktion der Exilorganisationen gegen die Anerkennung der Einverleibung der baltischen Staaten in die UdSSR durch die Regierung Australiens im Jahre 1974. Auch auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975 in Helsinki gemahnten sie an die Okkupation der baltischen Staaten und traten für deren Unabhängigkeit ein. Die 1966 gegründete Organisation Baltic Appeal to the United Nations (BATUN) lieferte den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen systematische Informationen über die Lage in den baltischen Staaten und das Freiheitsstreben der baltischen Völker. 1969 nahm auf Initiative litauischer, lettischer und estnischer Wissenschaftler die Association for the Advancement for Baltic Studies (AABS) ihre Arbeit auf, indem sie bis heute internationale Konferenzen organisiert, das wissenschaftliche *Journal of Baltic Studies* sowie baltikumbezogene deutsch- und englischsprachige



Die wissenschaftliche Vierteljahresschrift *Journal of Baltic Studies* des Verbandes zur Förderung Baltischer Studien (AABS).



Protestpostkarte, mit der auf der KSZE-Konferenz 1980 gegen die Unterdrückung der baltischen Staaten protestiert wurde.

Bücher zu Themen wie Geschichte, Politik, Literatur, Folklore, Sprache etc. publiziert. Die Aktivitäten der AABS blieben auch im besetzten Lettland nicht unbemerkt. Die im Westen erschienenen wissenschaftlichen Publikationen wurden in der UdSSR als „unwissenschaftlich“ verunglimpft.

## WER WEN?

### SOWJETISCHE MASSNAHMEN GEGEN DIE AKTIVITÄTEN DER EXILLETTEN

**Der Besatzungsmacht in Lettland war klar, daß das Exil einen besonderen Gegner für ihre Anstrengungen darstellte, die Kolonisierung Lettlands nachhaltig umzusetzen und in den Augen der Welt zu legitimieren. Deshalb versuchte sie, das lettische Exil um jeden Preis zu kompromittieren und seine Aktivitäten in Lettland und im Ausland zu neutralisieren.**

Im Rahmen ihres Kampfes gegen den „bourgeois Nationalismus“ in Lettland startete die Sowjetmacht in den sechziger Jahren eine Kampagne, die darauf abzielte, die nationalen Bestrebungen der Letten mit der Ideologie der Nationalsozialisten gleichzusetzen und ihnen Gewaltverbrechen und den Holocaust anzulasten. Ausgangspunkt war ein 1961 im sowjetischen Stil geführter Schauprozeß gegen Kriegsverbrecher mit Selbstanklagen und musterhaften einheitlichen Zeugenaussagen, gefolgt von der Veröffentlichung von Propaganda- und Desinformationsschriften in lettischer, englischer und anderen Sprachen über angebliche „Verbrechen“ der Letten. Zur gleichen Zeit wurde an der Stelle des Nazi-Konzentrationslagers Salaspils (Kurtenhof) eine gigantische Gedenkstätte in Erinnerung an das „Todeslager Salaspils“ errichtet, welche für ausländische Touristen zum obligatorischen Besuchsprogramm eines jeden Lettlandbesuches wurde, wobei die Bedeutung des Lagers sowie die Zahl seiner Insassen und Opfer von der Sowjetpropaganda um ein vielfaches übertrieben wurde.

Das ZK der KPL bekam monatlich einen Überblick über die Aktivitäten der Exilletten und ihre in lettischer Sprache ausgestrahlten Rundfunksendungen, um deren



*Dzimtenes Balss* (Stimme der Heimat), Ausgabe vom März 1960.

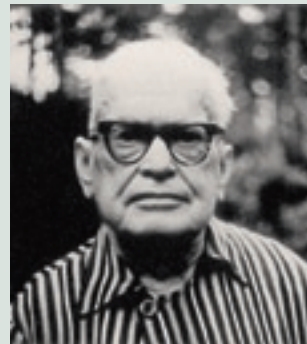
Verbreitung in Lettland einzudämmen. Kontakte der Bevölkerung mit Auslandsletten unterlagen einer strengen Kontrolle. Ausländische Touristen in Lettland, insbesondere die sogenannten „ethnischen,“ wurden auf Schritt und Tritt beaufsichtigt und verfolgt.

Gleichzeitig ließ der KGB nichts unversucht, um das Exil zu beeinflussen bzw. ideologisch zu spalten. Das „Lettische Komitee für Kulturkontakte mit Landsleuten im Ausland“ weitete seine Tätigkeit durch die Verbreitung von Materialien über die sowjetische Kultur, Politik und Ideologie unter den Exilanten aus und forcierte die gegenseitigen Besuche von Kulturvertretern. Speziell für das Exil erschien regelmäßig die Propagandazeitung *Dzimtenes Balss* (Stimme der Heimat). Innerhalb der Exilgesellschaft entbrannten scharfe Debatten darüber, ob Kulturkontakte solcherart wünschenswert seien. Die Befürworter der Kontakte stellten die Aspekte des schöpferischen Freigeistes in Lettland in

den Vordergrund, während die Gegner betonten, daß die Kontakte den Interessen der Besatzungsmacht dienten und unter strenger Kontrolle des KGB stattfänden. Nicht selten wurde Exilletten, die mit dem Komitee zusammengearbeitet hatten, die weitere Beteiligung an Aktivitäten der Exilorganisationen verweigert.

## SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE, TEIL 26

Die *Geschichte der Lettischen SSR* äußerte sich über die ideologische Bedrohung aus dem Westen und die lettischen Exilkreise so: „Die ideologische Erziehung entwickelte sich zu einem immer entscheidender werdenden Faktor beim Aufbau des Kommunismus. Stärkere Anstrengungen auf diesem Gebiet waren auch vor dem Hintergrund des über die Grenzen hinweg geführten Kampfes zwischen den Kräften des Sozialismus und des Imperialismus notwendig. Die ideologischen Gegner setzten besonders auf die Propagierung nationalistischer Ideen und versuchten nach Kräften, das Volk der UdSSR und die internationale Einheit und Verbundenheit mit allen befreundeten Völkern der sozialistischen Bruderstaaten zu untergraben. Imperialistische westliche Rundfunksender der USA und anderer Staaten (u. a. „Voice of America“, „Radio Free Europe“ und „Radio Vatikan“) betrieben und betreiben ununterbrochen ihre Sowjetlettland feindlich gesinnten Aktivitäten. [...] Bei dieser ideologischen Sabotage taten sich lettische bourgeoise Emigranten und deren Nachfahren besonders aktiv hervor.“ (Band 2, S. 422)



**Tasse von Frīcis Menders (mit Namensgravur), die er während seiner ersten Haft zwischen 1948 und 1956 in Mordwinien benutzt hat. Verurteilt war er damals wegen seiner Kontakte zum Lettischen Zentralrat.**

### FRICIS MENDERS (1885–1971)

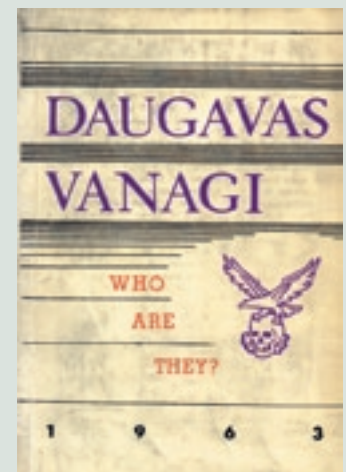
1969 wurde der 84jährige Sozialdemokrat Frīcis Menders, der bereits in den vierziger Jahren politischen Repressionen unterlegen hatte, wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda zu fünf Jahren Verbannung im Bezirk Krāslava nahe der lettischen Ostgrenze verurteilt. Er wurde beschuldigt, einem westlichen Touristen eine Schrift entsprechenden Inhalts zugespielt zu haben. Dies war eine unmißverständliche Warnung an die Bevölkerung Lettlands, Kontakte mit Ausländern zu unterlassen.

## DESINFORMATIONSKAMPAGNE MIT NACHWIRKENDEN FOLGEN

Von den zahlreichen Desinformationsmaterialien des KGB gegen die Exilorganisationen und ihre Aktivisten hat das Pamphlet *Kas ir Daugavas Vanagi?* (Wer steckt hinter den Düna-Falken?) von E. Avotiņš, J. Dzirkalis, V. Pētersons, das 1962 in Riga auf lettisch und im Folgejahr auf englisch erschien, die weitreichendsten Folgen. Tatsächlicher Autor war Pauls Duncmanis, ein Propagandist aus der Zeit der nationalsozialistischen Besatzung. Ziel des Pamphlets war es, die Exilgesellschaft und besonders ihre führenden Köpfe zu kompromittieren, indem man sie mit Verbrechen des nationalsozialistischen deutschen Besatzungsregimes, insbesondere mit dem Holocaust, in Verbindung brachte. Durch die Manipulation von authentischen Materialien und Dokumenten, angeblichen Augenzeugenberichten, Behauptungen, Halbwahrheiten und Lügen wurde in dem Pamphlet der Eindruck erweckt, daß zahlreiche Exilaktivisten glühende Nazi-Kollaborateure und Kriegsverbrecher gewesen seien, die sich im Westen ihrer gerechten Bestrafung entziehen würden.

Die in diesem und anderen ähnlichen Pamphleten verbreiteten Desinformationen bildeten die Grundlage für Gerichtsprozesse gegen zahlreiche Exilletten, von denen nur wenige in der Lage waren, die Anschuldigungen und vom Besatzungsregime vorgelegte Beweise juristisch zu entkräften. Der exillettische Historiker Andrew Ezergailis hat der Analyse und Widerlegung des Pamphlets ein Buch gewidmet, in dessen Vorwort der

**Titelseite der vom KGB erstellten Desinformationsschrift *Kas ir Daugavas Vanagi?* (Wer steckt hinter den Düna-Falken?), deren Aufmachung sich bewußt an die Titelseite des von der exillettischen Organisation *Daugavas Vanagi* herausgegebenen Journals anlehnt.**



kanadische Historiker Harold Otto meint, daß das Pamphlet womöglich zu mehr Kriegsverbrecherprozessen und damit zu mehr Freisprüchen geführt habe als jede andere Publikation. Ohne das Verständnis und die Analyse der Umstände haben die in diesem Buch enthaltenen Behauptungen jedoch ungeprüft in die westliche Fachliteratur Einzug gehalten und prägen im Westen bis heute negativ und vorurteilvoll die politische und die öffentliche Meinung über die Rolle der Letten beim Holocaust und anderen Naziverbrechen.

# AUF DEM WEG ZUR NATIONALEN WIEDERGEBOURT UND UNABHÄNGIGKEIT

# 1985–1991

Gorbatschows Halbreformen • Lettland nutzt die Gelegenheit • Das Exil schließt sich der Unabhängigkeitsbewegung an • Die Organisation Helsinki-86 fordert das Regime heraus • Nationale Wiedergeburt Lettlands • Die unterdrückten Völker halten zusammen • Die Lettische Volksfront • Radikale nationale Bewegungen • Die Kommunistische Partei Lettlands und die „Interfront“ • Die sowjetische Taktik des politischen Drucks • Bestätigung und Anerkennung der Unabhängigkeit



Vom Umweltschutzklub organisierter Protest gegen den Bau einer U-Bahn in Riga. Erste zugelassene Massendemonstration am 27. April 1988.

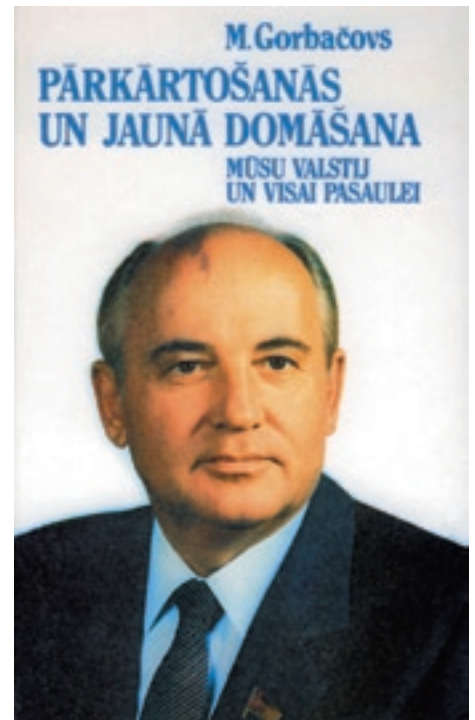
**10.03.1985:** Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Konstantin Tschernenko; Michail Gorbatschow wird zu seinem Nachfolger bestimmt. • **26.04.1986:** Atomunfall im Kernkraftwerk Tschernobyl. • **05.10.1986:** In der UdSSR wird mit Jurij Orlow der erste Dissident aus der Haft entlassen. • **11.10.1986:** Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in Reykjavik auf Island. • **04.02.1988:** Das Oberste Gericht der UdSSR rehabilitiert postum Nikolai Bucharin und andere während der stalinschen Schauprozesse 1938 Verurteilte. • **20.01.1989:** George Bush wird neuer US-Präsident. • **03.02.1989:** Abzug der letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan. • **06.02.1989:** Die polnische Regierung nimmt Gespräche mit den Führern der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* auf. • **15.03.1989:** Michail Gorbatschow wird in das neue Amt des Staatspräsidenten der UdSSR gewählt. • **04.06.1989:** Blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tian'anmenplatz in Peking durch die chinesische Volksarmee. • **09.11.1989:** Die Regierung der DDR öffnet die Grenzen zur BRD und Westberlin – Fall der Berliner Mauer. • **22.12.1989:** Sturz des kommunistischen Regimes von Nicolae Ceausescu in Rumänien. • **29.12.89:** Der tschechische Schriftsteller und Dissident Václav Havel gewinnt die Wahl zum Staatspräsidenten der Tschechoslowakei. • **02.02.1990:** Estland erklärt seine Unabhängigkeit. • **11.03.1990:** Unabhängigkeitserklärung Litauens. • **09.12.1990:** Der Führer der Gewerkschaft *Solidarność* Lech Wałęsa gewinnt die Präsidentenwahlen in Polen. • **13.01.1991:** Blutige Angriffe sowjetischer Militäreinheiten auf litauische Behörden und Einrichtungen. • **16.01.1991:** Beginn der Militäroffensive „Desert Storm“ zur Befreiung Kuweits. • **12.06.1991:** Boris Jelzin wird vom Volk zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt. • **19.08.1991:** Putschversuch in Moskau, der unter Führung Boris Jelzins, dem Präsidenten der Russischen Föderation, niedergeschlagen wird. • **31.12.1991:** Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hört auf zu existieren.

## SCHWACHE STAATSMACHT: GORBATSCHOWS HALBREFORMEN

Anfang der achtziger Jahre dominierte Altersschwäche die Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Innerhalb von drei Jahren starben drei ZK-Generalsekretäre. Die Partei hatte den Staat in eine Wirtschaftskrise geführt und damit ihren Heiligenschein der Allmacht in den Augen der Bevölkerung verloren. Der im April 1985 zum Generalsekretär gewählte verhältnismäßig junge Michail Gorbatschow versuchte, das Land aus seiner mißlichen Lage zu retten, doch seine Anstrengungen, die bürokratischen Wirtschafts- und Machtstrukturen zu reformieren, hielten Partei und Staat nicht stand.

Anders als seine Amtsvorgänger gehörte Gorbatschow zur Nachkriegsgeneration, die den kritischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustand des Staates erkannte und um Reformen bemüht war. An Stelle von ideologischen Losungen und der zentralisierten bürokratisierten Wirtschaft begann man die Eigeninitiative der Werktätigen und die Eigenfinanzierung der Betriebe zu fördern. Gorbatschow nannte dies eine Politik des wirtschaftlichen Umbaus (*Perestroika*). Doch wirtschaftliche Veränderungen waren ohne eine Reformierung im Machtapparat, der sich die Parteinomenklatura und die Armeespitze heftigst widersetze, zum Scheitern verurteilt. Um seine Stellung zu behaupten und sich den Rückhalt der Bevölkerung zu sichern, distanzierte sich Gorbatschow von den diskreditierten alten Parteigarden und führte die pseudodemokratische Offenheit (*Glasnost*) ein.

Gorbatschows vorsichtige Politik der Offenheit löste innerhalb der Sowjetgesellschaft unvorhersehbare und unaufhaltsame Reaktionen aus. Der ewig unterdrückte Drang, seine Ansichten frei äußern und die Wahrheit über die Verbrechen des kommunistischen Regimes erfahren zu können, brach nun mehr und mehr hervor. Was früher nur wenige zum Schweigen gebrachte und niedergehaltene Dissidentengewagthatten, erlaubten sich nun breite Massen der Bevölkerung. Der Repressionsapparat der Kommunistischen Partei und des KGB war nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung einzuschüchtern und zu kontrollieren. In den Augen der großen Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere



Michail Gorbatschows Buch „Perestroika und das neue Denken“ (1988).

der jüngeren Generationen, haben Breschnew und seine alsbald nach ihm verstorbenen Nachfolger die Partei in den ideologischen und staatlichen Bankrott geführt.

Mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl in der Ukraine am 26. April 1986 kündigte sich in gewisser Weise der bevorstehende Zusammenbruch an. Die Katastrophe führte den Menschen in der Sowjetunion und der ganzen Welt die Gleichgültigkeit des Sowjetsystems gegenüber der Natur und die Schwäche des Regimes vor Augen. Die Folgen der Katastrophe waren nicht mehr allein eine innere Angelegenheit der UdSSR, die man hätte geheimhalten und kontrollieren können. Der Eiserner Vorhang war vom Rost zerfressen.



Folgen der Reaktorkatastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl.

## DIE AUSWIRKUNGEN VON TSCHERNOBYL AUF LETTLAND

Die sowjetischen Behörden versuchten den Atomunfall, zu dem es am 26. April 1986 in Tschernobyl gekommen war, vor der Welt und der eigenen Bevölkerung geheimzuhalten. In Lettland erfuhr man von der Katastrophe zunächst aus ausländischen Medien, erst Tage später wurde sie von der Sowjetpresse bestätigt. Das Verschweigen dieses hochgefährlichen Atomunfalls sorgte für Zorn und Unglaubwürdigkeit gegenüber der von Gorbatschow angekündigten Offenheit und verstärkte den lange aufgestauten Haß gegen das Regime noch mehr.

In Lettland wurden 6.000 Reservisten der Roten Armee mobilisiert und ohne jede Vorbereitung und ohne Schutzanzüge als sogenannte Liquidatoren zu Aufräumarbeiten an den Reaktor von Tschernobyl geschickt. Viele von ihnen sind gestorben oder leiden bis heute an der Strahlenkrankheit.



## DAS VOLK BEGEHRT AUF: LETTLAND NUTZT DIE GELEGENHEIT

Die baltischen Völker waren unter den ersten in der Sowjetunion, die die durch die Umgestaltung sich eröffnende Chance ergriffen und zur Forderung zurückkehrten, eine für sie günstige Wirtschafts- und Kulturpolitik selbst zu bestimmen. Das war der Weg zur Befreiung vom Moskauer Diktat und von der Allmacht der Kommunistischen Partei und hin zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Die Bewegung in Lettland erhielt den Namen *Atmoda*, Erwachen, in Anlehnung an die erste nationale Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Seit dem Versuch der Nationalkommunisten, sich Moskau zu widersetzen, waren dreißig Jahre vergangen, in denen die Kommunistische Partei alles unternommen hatte, um jegliche Äußerungen von Nationalismus oder, wie sie es nannte, „bourgeois Nationalismus“ zu bekämpfen und im Keime zu ersticken. Jetzt aber brachen die allzu lange unterdrückten nationalen Gefühle weitaus heftiger hervor als in der Nachkriegszeit und erfaßten viel größere Teile der Bevölkerung. Wenn es den Machthabern auch nach dem Krieg gelungen war, eine Generation mit Terror niederzuhalten und die nachfolgende Generation mit Drohungen und Strafen, so war die dritte Generation nun nicht mehr dazu bereit, sich einschüchtern zu lassen. Es ist bezeichnend, daß gerade die in die kommunistische Diktatur hineingeborene und im kommunistischen Geiste aufgewachsene Generation nun am meisten wagte.

Alles begann damit, daß die Menschen sich erdreisteten, offen ihren Unmut über ehrgeizige Bauprojekte zum Ausdruck zu bringen. Dazu zählten der 1985 geplante Bau einer U-Bahn in Riga sowie eines weiteren großen Wasserkraftwerkes bei Daugavpils, die Erhöhung der Kapazitäten der Papierfabrik Sloka und des Hafens von Ventspils. Diese hätten nicht nur für die Kulturlandschaft und das ökologische Gleichgewicht



Denkschrift von Dainis Ivāns und Artūrs Snips in *Literatūra un Māksla* am 17. Oktober 1986 gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes bei Daugavpils.

Lettlands negative Folgen gehabt, sondern durch den Zustrom weiterer fremdstämmiger Arbeitskräfte hätte sich auch der demographische Anteil der Letten an der Gesamtbevölkerung des Landes, der inzwischen auf fast 50 Prozent gesunken war, weiter verringert. Kritische Pressekommentare, breit angelegte Protestkundgebungen und Unterschriftensammlungen zwangen die Machthaber, die Projekte zu stoppen. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte hatte sich damit der bekundete Wille des Volkes durchgesetzt. Die Erfolge gaben Mut, mehr zu fordern und noch weiterzugehen.

Bisher verbotene Rockmusik tauchte aus der Versenkung auf, so auch Lieder der überaus beliebten Rockband Līvi, deren aus dem Moldawischen ins Lettische übertragenes Lied „Dzimtā valoda“ (Muttersprache) im Rahmen der Umfrage Mikrofons-86 zum Lied des Jahres gekürt wurde. Im Anschluß an Rockmusikkonzerte kam es nicht selten zu spontanen Jugendprotesten.

Legendär wurde der Dokumentarfilm von Juris Podnieks *Vai viegli būt jaunam?* (Ist Jungsein leicht?) aus dem Jahr 1986 nicht nur in Lettland und der UdSSR, sondern auch im Ausland. Er zeigte in aller Offenheit die aufgestaute Wut Jugendlicher über das Leben in einer verlogenen für sie befremdlichen Gesellschaft. Früher undenkbar, wurde darin am Rande der Krieg in Afghanistan thematisiert, in dem auch Soldaten aus Lettland ihr Leben ließen.

Die Gesellschaft begann sich im Rahmen der von der Politik der Glasnost zugelassenen, aber auch in anderen Formen zu organisieren. Um die Öffentlichkeit für Umweltprobleme in Lettland zu sensibilisieren, wurde Anfang 1987 der Umweltschutzklub *Vides aizsardzības klubs* (VAK) gegründet, der durch organisierte Demonstrationen Kritik an den gefährlichen Deponien für Chemieabfälle und der Verschmutzung der Ostsee in Lettland übte. Der VAK war eine der ersten gesellschaftlichen Organisationen der national-patriotischen Bewegung und wurde gemeinsam mit dem Lettischen Kulturfond zu einer Institution, die die Gesellschaft zusammenschweißte.

Der vom beliebten Dichter Imants Ziedonis geleitete Lettische Kulturfond, der 1987 als Ableger des neu entstandenen Kulturfonds der UdSSR gegründet und 1989 eigenständig geworden war, übernahm die Pflege der lettischen Kultur. Die Bevölkerung sparte nicht mit Spenden,

damit der Fond seinem breiten Tätigkeitsfeld gerecht werden konnte. Dazu gehörten die Bewahrung bzw. Erneuerung von Kulturdenkmälern und Erinnerungsstätten, die Unterstützung von Kulturveranstaltungen und Forschungsarbeiten sowie die Auszeichnung verdienter Kulturschaffender.

Junge evangelisch-lutherische Pastoren gründeten die von den Behörden nicht sanktionierte Organisation Atdzimšana

un atjaunošanās (Wiedergeburt und Erneuerung), die sich für die Rechte der Gläubigen sowie für die Befreiung der Kirche einsetzte. Die Organisation wurde rasch zu einem der Zentren der breiten Bewegung zivilen Ungehorsams. Eine unerhörte Herausforderung an die kommunistische Ideologie stellte die Wiedereröffnung der Theologischen Fakultät der Universität Lettland im Jahr 1990 dar.

## VERBINDENDE BANDE: DAS EXIL SCHLIESST SICH DER FREIHEITSBEWEGUNG AN

**In den achtziger Jahren nahmen die politischen Aktivitäten im Exil spürbar zu. Besonders die Generation, die bereits im Exil aufgewachsen war, brachte sich mit neuen Ideen ein. Das Exil unterstützte die *Atmoda*-Bewegung sowohl personell als auch finanziell wie auch mit Rat und Erfahrung. Rasch verstärkten sich die Kontakte zwischen Organisationen und Privatpersonen.**

Besondere Aufmerksamkeit seitens der internationalen Presse wurde den Exilbalten 1985 durch das auf Initiative des Weltbunds freier Letten (PBLA) vom Weltbund der Balten organisierte „Baltische Tribunal gegen die Sowjetunion“ in Kopenhagen zuteil. Siebzehn Zeugen, darunter vor allem ehemalige politische Gefangene, Dissidenten sowie ehemalige Angehörige der sowjetischen Regierungsbehörden oder der Kommunistischen Partei, sagten dort zu Verstößen der UdSSR gegen die baltischen Staaten aus. Als Richter fungierten Juristen aus Schweden, England, Frankreich und Österreich.

Im Juli 1985 wurde zeitgleich mit dem Tribunal anlässlich des 10. Jahrestages der KSZE von 1975 eine Reise mit dem „Baltischen Freiheits- und Friedensschiff“ von Stockholm entlang der Küsten Lettlands und Estlands nach Helsinki unternommen, an der neben fast 400 exilbaltischen Passagieren, vorwiegend Jugendlichen, auch 50 Vertreter der internationalen Presse teilnahmen. In weltweit insgesamt rund 2.000 Artikeln wurde über dieses Ereignis berichtet. Flottenverbände der sowjetischen Marine versuchten einen Zwischenfall zu provozieren und begleiteten das Schiff mit Drohgebärden.

Mit der Herausbildung der breiten Volksbewegung in den baltischen Staaten intensivierten die Balten im Exil ihre politischen Aktivitäten. Sie unterstützten baltische Politiker dabei, Kontakt mit einflussreichen politischen Kreisen im westlichen Ausland herzustellen und diese Verbindungen für die Bemühungen der baltischen Völker um Erneuerung



Demonstration von Balten während des Besuchs von Michail Gorbatschow in der kanadischen Hauptstadt Ottawa im Mai 1990.



Plakat für die „Baltische Friedens- und Freiheitsreise“ 1985.

ihrer staatlichen Unabhängigkeit zu nutzen. Die Politik der westlichen Großmächte in der baltischen Frage, allen voran der USA, war von Zurückhaltung geprägt. Wiederholt hatte man die Balten gewarnt, sich mit politischen Forderungen zurückzuhalten, um keine Gewaltmaßnahmen seitens der Sowjetführung zu provozieren. Andererseits war die westliche Diplomatie darum bemüht, das Risiko eines Abbruchs des Reformprozesses durch die UdSSR oder gar militärischen Eingreifens wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei zu minimieren.

Außerordentlich wichtig waren in jener Zeit persönliche Kontakte, die jedes Jahr ausgebaut und stabilisiert wurden. Junge Exilletten begaben sich hochmotiviert nach Lettland. Die neuen führenden Vertreter aus Kultur und Politik in Lettland suchten ihrerseits Kontakte im Ausland, die durch Vermittlung exillettischer Kreise am einfachsten herzustellen waren. Im akademischen und kulturellen Bereich bildete sich eine nun nicht mehr kontrollierte, von den Institutionen selbst verantwortete aktive Zusammenarbeit heraus. Die neugegründeten gesellschaftspolitischen Organisationen in Lettland erhielten materielle Unterstützung von den Exilorganisationen. Die Zollkontrollen waren gelockert worden, und so konnten Hilfspakete sowie Sendungen bisher verbotener Bücher verstärkt nach Lettland geschickt werden. Besonders gefragt waren auch Tonbandgeräte und Videokameras, mit denen zahlreiche Ereignisse der *Atmoda*-Zeit für die Nachwelt aufgezeichnet werden konnten. Computer und Kopiergeräte waren zur Informationsverbreitung unerlässlich.

Die Exilgesellschaft verfolgte die Ereignisse in Lettland mit großer Hoffnung, tiefer Sympathie und ungebrochenem Interesse, teilweise aber auch mit Unverständnis und Sorge. Die Freiheit hatte sich Ende der achtziger Jahre in Lettland fast ebenso plötzlich eingestellt wie sie dem Land Anfang der vierziger Jahre genommen worden war. Mehr als vierzig Jahre waren seit der Flucht aus der Heimat vergangen. Viele, die seinerzeit weggegangen waren, um alsbald zurückzukehren, hatten nun anderswo ihr zu Hause. Doch ihre Bande mit der Heimat rissen nicht ab, und mit den Jahren wurden diese nur noch intensiver.

## DIE CHAUTAUQUA-KONFERENZ IN JŪRMALA

Ein bedeutendes politisches Ereignis in Lettland war eine vom 15. bis 19. September 1986 auf Einladung der sowjetischen Regierung vom amerikanischen Chautauqua-Institut veranstaltete Konferenz in Jūrmala bei Riga, in der es um die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR ging. Unter den etwa 250 Teilnehmern befanden sich zehn Exilleten der jüngeren Generation, zahlreiche amerikanische Journalisten sowie Diplomaten und Mitarbeiter des US-Außenministeriums. In seinem Redebeitrag unterstrich der sicherheitspolitische Berater von US-Präsident Ronald Reagan

und spätere US-Botschafter in Moskau Jack Matlock, daß die USA die gewaltsame Einverleibung Lettlands in die UdSSR nie anerkannt haben und auch niemals anerkennen werden. In ihren Beiträgen sprachen die exillettischen Teilnehmer aus den USA wiederholt Themen an wie freie Wahlen, die Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes und Menschenrechtsverstöße in Lettland. Die Konferenz wurde vom lettischen Rundfunk und vom Fernsehen übertragen. Erklärungen und Kommentare von offizieller sowjetischer Seite, die den auf der Konferenz zum Ausdruck gebrachten amerikanischen Standpunkt entkräften sollten, stießen bei der Bevölkerung in Lettland auf taube Ohren.

## IM NAMEN DER MENSCHENRECHTE: DIE ORGANISATION HELSINKI-86 FORDERT DAS REGIME HERAUS

**Zu den ersten, die das Regime politisch herausforderten, gehörte die lettische Menschenrechtsgruppe Helsinki-86. Dabei handelte es sich um eine kleine Gruppe von Dissidenten, die aus dem gewaltfreien Widerstand der vergangenen Jahre hervorgegangen war und deren Ziele anfangs vielen utopisch erschienen. Doch gerade die Herausforderung, die diese Gruppe an das Regime stellte, wurde zu einem Faktor für immer weitergehende politische Forderungen.**

Helsinki-86 entstand im Juli 1986 in Liepāja (Libau) unter Berufung auf die Prinzipien der 1975 in Helsinki verabschiedeten KSZE-Schlußakte, zu deren Mitunterzeichnern auch die UdSSR gehörte. Artikel VII des Dokuments bekräftigt die „Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit“ und Artikel VIII „das Gleichberechtigungs- und Selbstbestimmungsrecht der Völker“.

Bei ihrer Tätigkeit berief sich die offen und transparent organisierte Gruppe Helsinki-86 auf die in den Verfassungen der UdSSR und der LSSR verbrieften Rechte. Bereits im Juli 1986 trat sie an die Öffentlichkeit mit einem Brief an Gorbatschow, in dem sie um Hilfe bat bei der Verwirklichung



Eine von der Organisation Helsinki-86 am 14. Juni 1987 am Rigaer Freiheitsdenkmal veranstaltete Demonstration in Erinnerung an die Massendeportationen von 1941.



Teilnehmer der Demonstration am 14. Juni 1987 am Freiheitsdenkmal.

des unter § 69 in der Verfassung der Lettischen SSR verankerten Rechts auf Austritt aus der UdSSR.

Das entscheidende Ereignis, bei dem der bisher beschrittene Weg der zugelassenen öffentlichen Meinungsbekundung verlassen wurde, war die am 14. Juni 1987 zur Erinnerung an die Opfer der Massendeportation vom 14. Juni 1941 von Helsinki-86 veranstaltete Niederlegung von Blumen am Rigaer Freiheitsdenkmal. Zum ersten Mal wagte das Volk, offen an die Deportationen und damit an sowjetische Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erinnern. Erstmals wurde das Freiheitsdenkmal, dessen Symbolik eindeutig und unmißverständlich war, zum Ort für öffentliche Kundgebungen. Obwohl zu dieser öffentlichen Demonstration nur von ausländischen Rundfunksendern aufgerufen worden war, beteiligte sich eine zuvor nie dagewesene Menge von Menschen. Das Volk war nunmehr bereit, die Grenzen des Geduldeten zu überschreiten.

Die Aktivitäten der Organisation wurden von der Führung der Kommunistischen Partei als nationalistisch und antisowjetisch eingestuft. Ihre Mitglieder wurden verfolgt, verhaftet und einige ihrer führenden Köpfe des Landes verwiesen.

Die mit Entschlossenheit und tiefer Überzeugung betriebenen Aktivitäten der Gruppe Helsinki-86 trugen maßgeblich zur nationalen Wiedergeburt Lettlands bei.

## SINGENDE REVOLUTION: NATIONALE WIEDERGEURT LETTLANDS

Die nationale Wiedergeburt *Atmoda*, das „Dritte nationale Erwachen“ (nach dem ersten im 19. Jahrhundert und dem zweiten während der Unabhängigkeit), wurde 1987 durch die sogenannten „Kalenderunruhen“ eingeleitet, d. h. Demonstrationen anlässlich bedeutender Gedenktage der Nation. Trotz der Anstrengungen seitens des Regimes, diese zu verbieten bzw. zu unterbinden, wurden die von Liedern und nationalen Symbolen begleiteten Kundgebungen von Mal zu Mal größer und wirkungsvoller.

Auf Initiative von Helsinki-86 folgte der am 14. Juni 1987 zum Gedenken an die Opfer der Deportationen organisierten Blumenniederlegung eine ähnliche Demonstration am 23. August eingedenk der tragischen Folgen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939. Die Miliz löste diese Demonstrationen auf und verhaftete zur Einschüchterung mehrere Mitglieder der Gruppe. Am 18. November, dem Nationalfeiertag der unabhängigen Republik Lettland, mobilisierte die Kommunistische Partei etwa 6.000 Ordnungshüter und Milizionäre, um das gesamte Quartal rund um das Freiheitsdenkmal abzuriegeln und die Organisatoren zur Absage der geplanten Demonstration zu zwingen.

Die *Atmoda*-Bewegung war jedoch nicht mehr aufzuhalten: das folgende Jahr 1988 wurde zum Jahr der Manifestation des Volkes, die fortan auch als die „Singende Revolution“ bezeichnet wurde.



Teilnehmer der Manifestation vom 7. Oktober 1988.



Eine der umfangreichsten Großkundgebungen der *Atmoda* „Für einen Rechtsstaat“ am 7. Oktober 1988 in Riga, einen Tag vor dem Gründungskongreß der Lettischen Volksfront. An der Demonstration nahmen etwa 120.000 Menschen teil.

Auf einem erweiterten Plenum des Lettischen Schriftstellerverbandes am 1. und 2. Juni 1988 sprach der Journalist und Politologe Mavriks Vulfsons erstmals öffentlich von einer Okkupation Lettlands als Folge des Hitler-Stalin-Paktes. Die Redner forderten eine breite Kulturautonomie und eine Stärkung des Status der lettischen Sprache sowie die Wiederbelebung nationaler Kulturvereine. Die Bürger brachten mit der Sammlung von Unterschriften zur Unterstützung der Initiativen des Schriftstellerverbandes und als Protest gegen die Einberufung junger Letten in die Rote Armee sowie durch die Sammlung von Spenden für patriotische Projekte ihre Meinung zum Ausdruck.

Im Volk begann allmählich die Rückbesinnung auf nationale Symbole. Auf einer Demonstration am 14. Juni 1988 zur Erinnerung an die Deportationen wurde in den Straßen Rigas erstmals seit Jahrzehnten wieder offen die rot-weiß-rote Flagge Lettlands getragen, ebenso wie auf dem im Juli stattfindenden Folklorefestival *Baltica*, auf dem auch die lange verbotene Nationalhymne „Dievs, svētī Latviju!“ (Gott, segne Lettland) gesungen wurde.

Im Herbst des gleichen Jahres erlaubte der Oberste Sowjet der Lettischen SSR offiziell die Verwendung dieser „kulturhistorischen“ Symbolik. Doch das Volk ging noch einen Schritt weiter und hißte am Gedenktag des 11. November in Erinnerung an die Befreiungskämpfe des Jahres 1919 die lettische Fahne auf dem Heiliggeistturm des Rigaer Stadtschlusses – eine unmißverständliche Bekundung des Willens, die unabhängige Republik Lettland wiederherzustellen, den eine Woche später eine breite mit Fahnen angefüllte Demonstration am Freiheitsdenkmal anlässlich des 60. Jahrestages der Staatsgründung Lettlands bekräftigte.

Im Februar 1990 schließlich wurden die Flagge des unabhängigen lettischen Staates, seine Hymne und sein Wappen zu offiziellen Symbolen der Lettischen SSR. 1989 bekam das Lettische wieder den Status einer Staatssprache. Somit hatten sowjetlettische Institutionen bereits damit begonnen, die unabhängige Republik Lettland wiederherzustellen, während das Land offiziell noch Teil der UdSSR war.

## DER ENTSCHIEDENDE SCHRITT DER KÜNSTLERISCHEN UND INTELLEKTUELLEN ELITE

Die künstlerische und intellektuelle Elite Lettlands reagierte auf die Demonstrationen der Bevölkerung zunächst zurückhaltend, doch ihr Zusammengehen mit der Volksbewegung war letztendlich entscheidend. Lange Zeit hatten die Mitglieder der sogenannten Verbände der Kulturschaffenden, darunter zahlreiche Mitglieder der Kommunistischen Partei, wie auf Messers Schneide versucht, in ihren Werken die ideologischen Forderungen der Partei, die von ihr oktroyierten Auflagen, aber auch ihre materielle Unterstützung in Einklang zu bringen mit ihrer lettischen Überzeugung und dem Drang nach künstlerischer Freiheit. Dies war ein schlechter Kompromiß mit der persönlichen Integrität, der von einem großen Teil der Bevölkerung, aber längst nicht von allen, verstanden und akzeptiert wurde. Auf dem erweiterten Plenum des Lettischen Schriftstellerverbandes im Juni 1988 zerrissen die künstlerischen Eliten das Band mit der ideologischen Führerschaft der Partei und leiteten breite öffentliche Debatten über existenzielle Fragen des lettischen Volkes und die historische Wahrheit ein.

Dem Vorstandsvorsitzenden des Lettischen Schriftstellerverbandes und Politbüromitglied der LKP, dem populären Dichter Jānis Peters (geb. 1939), kam 1988 eine wichtige und einflußreiche Rolle zu. Auf seine Anregung hin wurde 1988 das Plenum des Schriftstellerverbandes durchgeführt. Einen unbestreitbar entscheidenden Anteil hatte Peters auch bei der Gründung der Lettischen Volksfront (LTF), und so

## ANERKENNUNG DER OKKUPATION ALS FAKTUM

Die Rede des Journalisten Mavriks Vulfsons (1918–2004) auf dem erweiterten Plenum des Lettischen Schriftstellerverbandes vom 1. und 2. Juni 1988, in der er äußerte, daß faktisch eine Okkupation stattgefunden habe, sorgte für besondere Aufmerksamkeit, denn diese Feststellung definierte die Zielsetzung der Volksbewegung – die Wiederherstellung der historischen Wahrheit. Bezeichnend ist sowohl Mavriks Vulfsons als Persönlichkeit als auch die seiner Rede entspringende politische und historische Interpretation.

- Vulfsons war ein betagter, überzeugter und treuer Kommunist, ein Augenzeuge der Ereignisse von 1940, Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges, Dozent für Marxismus-Leninismus an der Staatlichen Kunstakademie Lettlands und ein beliebter politischer Kommentator. Sein Bekenntnis, daß 1940 eine Besetzung Lettlands stattgefunden habe, bedeutete die Entlarvung und Negation einer kommunistischen Propagandalüge. Viele Kommunisten waren zu solchen Eingeständnissen noch nicht bereit, doch Vulfsons' Vorbild ermutigte sie allmählich, die Lügen der kommunistischen Propaganda zu erkennen und ihre Zugehörigkeit zur Partei in Frage zu stellen. Obwohl Vulfsons zu

## DIE RUSSISCHE FÖDERATION UND BORIS JELZIN

Außerordentlich wichtig für den Umgestaltungsprozeß war das Eingreifen der Russischen Föderation und Boris Jelzins. Innerhalb der Verwaltungsstruktur der Sowjetunion hatte die Russische Föderation, obwohl Kernland der UdSSR, gegenüber anderen Sowjetrepubliken eine untergeordnete Bedeutung. Michail Gorbatschow hatte Jelzin 1987 als Parteichef von Moskau ablösen lassen, doch im Mai 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation gewählt. Nach dem Vorbild Estlands, Litauens und Lettlands verkündete die Russische Föderation, die sich ebenfalls von der

wurde er rasch zu einem populären Politiker in Lettland. Deshalb waren viele überrascht und enttäuscht, als er es ablehnte, für den Vorsitz in der LTF zu kandidieren. Peters und anderen Vertretern der Intelligenz, die versucht hatten, mit dem bestehenden System auszukommen, wurde später gelegentlich vorgeworfen, sowohl unter den Kommunisten als auch in der Zeit der großen Umgestaltung ihr Fähnchen nach der jeweiligen politischen Konjunktur gerichtet zu haben. Dennoch blieb Peters beim Volk hochangesehen, und man betrachtete ihn als vertrauenswürdig. 1989 wurde er in den Volksdeputiertenkongreß der UdSSR gewählt, später war er Botschafter der wiederhergestellten Republik Lettland in Moskau. Im 1990 gewählten Obersten Sowjet der Lettischen SSR, der die Unabhängigkeit proklamierte, waren zahlreiche bekannte Vertreter der künstlerischen Elite vertreten, darunter der Schriftsteller Alberts Bels, der Dichter Imants Ziedonis und die Komponisten Imants Kalniņš und Raimonds Pauls.

Eine wichtige Rolle in den Zeiten von Glasnost und Perestroika spielten auch die künstlerischen Eliten in Rußland und anderen Sowjetrepubliken, mit deren Vertretern die lettische Intelligenz seit langem freundschaftliche Kontakte unterhielt, die von gegenseitigem Verständnis geprägt waren. Auch andernorts in der Sowjetunion hatten Schriftsteller, Künstler, Komponisten und andere Kulturschaffende versucht, sich mehr oder minder mit der herrschenden Ideologie und Staatsmacht zu arrangieren. Als der größte Teil der Intelligenz im gesamten Sowjetstaat sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für die künstlerische Freiheit und die nationale Kultur entschied, verlor die Kommunistische Partei eine ihrer wichtigsten ideologischen Stützen.

einem weithin bekannten Volkshelden wurde, warfen Kritiker ihm vor, vor dem Hintergrund des politischen Umgestaltungsprozesses sein Fähnchen nach dem Wind auszurichten.

- Die Anerkennung der Okkupation als Faktum brachte die offizielle sowjetische Geschichtsinterpretation mit ihrer Behauptung, daß 1940 in Lettland eine sozialistische Revolution stattgefunden habe und ein freiwilliger, vom Volk gewünschter Beitritt zur Sowjetunion erfolgt sei, zum Zusammenbruch. Sie bedeutete auch, daß die kommunistische Machtübernahme 1940 illegal gewesen war und die Forderungen nach einer Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands vollauf begründet waren.
- Als politisch und historisch bedeutsam erwies sich die öffentlich zur Sprache gebrachte Verbindung der Okkupation mit den geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939, deren Inhalt zwar bekannt war, deren Existenz die UdSSR jedoch offiziell bis zum August 1989 verneinte. Die Geheimprotokolle wurden auf dem Volksdeputiertenkongreß der UdSSR im Dezember 1989 für rechtswidrig und ungültig vom Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung an erklärt. Die Verbindung der Okkupation mit den Geheimen Zusatzprotokollen untermauert das Argument des Kontinuitätsprinzips der lettischen Staatlichkeit und Geschichte.

Vormundschaft der UdSSR freimachen wollte, im Juni 1990 ihre Souveränität. Am 12. Juni 1991 wurde Jelzin durch demokratische Wahlen zum ersten Präsidenten der Russischen Föderation.

Bereits als Vertreter souveräner Staaten trafen sich Delegationen aus Rußland und den baltischen Staaten im Juli 1990 in Jürmala, um über den Abschluß wichtiger gegenseitiger Verträge zu beraten. Außerordentlich bedeutsam war die Unterstützung Boris Jelzins für die baltischen Staaten im Januar 1991, als sowjetische Militärs in Litauen und Lettland gewaltsam versuchten, einen Umsturz herbeizuführen. Am Ausgang der bald darauf folgenden Ereignisse, die im Zusammenbruch der UdSSR und der vollständigen Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken mündeten, hatten Jelzin und die von ihm geführte Russische Föderation entscheidenden Anteil.

## AUF DEM BALTISCHEN WEG: DIE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER HALTEN ZUSAMMEN

**Die Volksbewegungen des Baltikums wurden zum Vorbild für ähnliche Bewegungen in anderen Sowjetrepubliken, was schließlich zur Abschaffung der kommunistischen Alleinherrschaft, der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und letztendlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion führte. Diese Volksbewegungen manifestierten sich durch die Gründung einer breiten Palette an Organisationen und Großkundgebungen, deren wichtigste Ziele die Befreiung vom totalitären Regime, eine Demokratisierung und die Abschaffung des Moskauer Diktats darstellten. Die Bemühungen der Kommunistischen Partei, die Bewegung in eine ihr genehme Richtung zu lenken, waren zum Scheitern verurteilt, denn zahlreiche Kommunisten schlossen sich ihr aus Überzeugung an.**

Die erste breite Bürgerbewegung, die unaufhaltsam ihre Tätigkeit ausweitete, war die im April 1988 gegründete Estnische Volksfront *Rahvarinne*; es folgten im Juni die Litauische Volksfront *Sąjūdis* und im Oktober 1988 die

## VOLKES STIMME: DIE LETTISCHE VOLKSFRONT

**Die Diskussion im Schriftstellerverband im Jahr 1988 läutete eine neue Welle gesellschaftspolitischer Aktivitäten ein, die auch von offiziellen Organisationen und liberalen Kräften in der KPL unterstützt wurden. Die Lettische Volksfront (Latvijas tautas fronte – LTF) wurde rasch zur größten und einflußreichsten gesellschaftspolitischen Organisation in Lettland, der es gelang, das Volk für eine Wiedererlangung der Unabhängigkeit zu einen. Mit der großen Mehrheit, über die die LTF im 1990 neu gewählten Obersten Rat der LSSR verfügte, entschied das Parlament am 4. Mai 1990, die am 18. November gegründete Republik Lettland wiederherzustellen.**

Der Gründungskongreß der Lettischen Volksfront fand am 8. und 9. Oktober 1988 in Riga statt. Sie inspirierte und organisierte die Volksmassen. Die LTF-Zeitung *Atmoda* und das TV-Magazin *Labvakar* (Guten Abend) stellten Ende der achtziger Jahre die wirksamsten Medien in Lettland dar.

Versuche, die LTF der Kontrolle durch die KP zu unterwerfen, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, wengleich sich die LTF seitens nationaler Kreise noch lange des Vorwurfs ausgesetzt sah, eine von der Partei sanktionierte Organisation zu sein. Tatsächlich jedoch wurde die LTF mit bald schon 250.000 Mitgliedern zu einer breiten Massenbewegung, die mit den gewohnten Mitteln der Einflußnahme und Kontrolle nicht zu lenken und in die Schranken zu weisen war. Unter ihren Mitgliedern waren auch zahlreiche national denkende Kommunisten und viele Zuwanderer nichtlettischer Nationalität. Viele von ihnen waren enttäuscht, als später nur ehemaligen Staatsbürgern und deren Nachkommen automatisch die Staatsbürgerschaft der Republik Lettland zuerkannt wurde.

Lettische Volksfront. Im November desselben Jahres traf sich die Führung der drei Volksfronten und vereinbarte eine enge Zusammenarbeit, die im Mai 1989 in der Gründung der Baltischen Versammlung mündete und deren Resolutionen den Weg zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit ebneten.

Am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, bildete eine halbe Millionen Menschen aus Estland, Lettland und Litauen einen gemeinsamen „Baltischen Weg,“ eine etwa 600 km lange Menschenkette durch die baltischen Staaten, um die Solidarität unter den baltischen Völkern und ihr Streben nach Unabhängigkeit zu demonstrieren. Die enge Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten setzte sich auch nach der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit fort.

Eine wichtige Rolle kam 1989 auch den Vertretern aus den baltischen Staaten im Volksdeputiertenkongreß der UdSSR in Moskau zu. Mit Hilfe von Alexander Jakowlew, Sekretär des ZK der KPdSU, gelang es ihnen, den Kongreß am 24. Dezember 1989 zu einer Resolution zu bewegen, in der die geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes für ungültig vom Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung an erklärt wurden. Mit der Bestätigung der Existenz der geheimen Zusatzprotokolle gestand die UdSSR faktisch die widerrechtliche Annexion der baltischen Staaten ein.



Mitgliedskarte der Lettischen Volksfront.

Auf der Suche nach einem gemeinsamen politischen Nenner war die LTF im Gegensatz zu radikaleren nationalen Organisationen zunächst bemüht, die bestehenden Gesetze und Verwaltungsstrukturen der UdSSR zum Erreichen ihre Ziele auszuschöpfen. Deshalb trat die LTF anfangs nur sehr vorsichtig für eine Souveränität Lettlands im Rahmen der Sowjetunion und erst 1989 für die vollständige Souveränität ein. Für die Anerkennung der Rechte Lettlands kämpften auch die 1989 gewählten Vertreter der LTF im Volksdeputiertenkongreß der UdSSR in Moskau.

Bei den Wahlen zum Obersten Rat der Lettischen SSR im März 1990 gewann die Lettische Volksfront eine Zweidrittel-Mehrheit. Dieser Erfolg ist besonders bedeutsam, angesichts der Tatsache, daß nicht bloß Letten, die inzwischen nur noch 52 % der Einwohner in Lettland ausmachten, an diesen Wahlen teilnahmen, sondern alle Einwohner, einschließlich des riesigen Kontingents an sowjetischen Armeeeingehöri-

Am 4. Mai 1990, als das Volk tiefbewegt vor dem Gebäude des Obersten Rats in Riga ausharrte bzw. angespannt an den Radiogeräten saß, fand die entscheidende Abstimmung über die Unabhängigkeitserklärung statt. Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten (138 von 201) sprachen sich dafür aus. Nach der Abstimmung fand auf den breiten Straßen am Daugava-Kai eine Massenkundgebung statt.

In der Unabhängigkeitserklärung wurden der Hitler-Stalin-Pakt und die darauffolgende Okkupation Lettlands am 17. Juni 1940 sowie die Deklaration der Saeima vom 21. Juli 1940, in der um die Aufnahme Lettlands in die Sowjetunion

ersucht wurde, für widerrechtlich erklärt. Ferner wurde die Verfassung der Republik Lettland wieder in Kraft gesetzt und eine Übergangszeit für die tatsächliche praktische Trennung von der Sowjetunion festgelegt. Die Beziehungen zur UdSSR sollten auf der Grundlage des Friedensvertrages zwischen Sowjetrußland und der Republik Lettland vom 11. August 1920 geregelt werden, in dem Sowjetrußland die Souveränität Lettlands für alle Zeiten anerkannt hatte.

So schickte Lettland sich an, die Sowjetunion zu verlassen, doch diese war nicht bereit, die Tür zu öffnen.

## DIE UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG VOM 4. MAI 1990

[...] Der Oberste Rat der Lettischen SSR beschließt:

1. Unter Anerkennung der Priorität der Grundprinzipien des Völkerrechts gegenüber innerstaatlichen Rechtsnormen, das Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom August 1939 und die sich daraus ergebende Liquidierung der souveränen Staatsgewalt der Republik Lettland am 17. Juni 1940 als Ergebnis einer militärischen Aggression als widerrechtlich zu betrachten.

2. Die am 21. Juli 1940 von der Saeima der Republik Lettland verabschiedete Deklaration „Über den Beitritt Lettlands zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ für ungültig zu erklären vom Zeitpunkt ihrer Verabschiedung an.

3. Die von der Verfassungsgebenden Versammlung am 15. Februar 1922 verabschiedete Verfassung der Republik Lettland auf dem gesamten Territorium Lettlands wieder in Kraft zu setzen. Der offizielle Name des lettischen Staates ist REPUBLIK LETTLAND bzw. in Kurzform LETTLAND.

4. Bis zur Annahme einer Neuredaktion die Verfassung der Republik Lettland außer Kraft zu setzen, mit Ausnahme der Artikel, die die verfassungsrechtliche Grundlage des lettischen Staates bilden und die gemäß Artikel 77 der Verfassung zur Änderung einer Volksabstimmung bedürfen, nämlich:

Artikel 1 – Lettland ist eine unabhängige demokratische Republik.

Artikel 2 – Lettlands souveräne Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 3 – Lettlands Staatsgebiet bilden Vidzeme, Latgale, Kurzeme und Zemgale in den durch internationale Verträge festgesetzten Grenzen.

Artikel 6 – Die Saeima wird gewählt durch allgemeine, gleiche, direkte, geheime und proportionale Wahlen.

Artikel 6 ist bei Erneuerung derjenigen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen der unabhängigen Republik Lettland, die einen freien Wahlablauf garantieren, anzupassen.

5. Eine Übergangsperiode für die De-facto-Erneuerung der Staatsmacht der Republik Lettland festzulegen, die mit dem Zusammentritt der Saeima der Republik Lettland enden soll. Während der Übergangsperiode nimmt der Oberste Rat der Republik Lettland die höchste Staatsgewalt in Lettland wahr.

8. Allen Bürgern der Republik Lettland und den Bürgern anderer Staaten, die ständig auf dem Territorium Lettlands leben, soziale, ökonomische und kulturelle Rechte sowie alle politischen Freiheiten zu garantieren, die den allgemeingültigen internationalen Menschenrechtsnormen entsprechen. Dies betrifft in vollem Umfang auch diejenigen Bürger der UdSSR, die auch ohne die Annahme der lettischen Staatsbürgerschaft den Wunsch äußern, in Lettland zu wohnen.

9. Die Beziehungen zwischen der Republik Lettland und der UdSSR im Einklang mit dem nach wie vor rechtsgültigen Friedensvertrag zwischen Lettland und Rußland vom 11. August 1920, der für alle Zeiten die Unabhängigkeit des lettischen Staates anerkennt, zu entwickeln. Für die Verhandlungen mit der UdSSR soll eine Regierungskommission gebildet werden.

## RECHTE FÜR LETTISCHE STAATSBÜRGER: RADIKALE NATIONALE BEWEGUNGEN

**Radikaler eingestellten Kreisen waren der kommunistische Einfluß bei der Gründung der Volksfront sowie ihr vorsichtiger Kurs und ihre Tätigkeit innerhalb der bestehenden Machtstrukturen des Sowjetstaates nicht annehmbar. Sie suchten nach direkteren Wegen zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Nach ihrer Ansicht hatten nur Bürger und deren Nachfahren, die bereits 1940 die Staatsbürgerschaft besessen hatten, das Recht, den wiederhergestellten lettischen Staat zu bilden.**

Zur ersten und einflußreichsten politischen Bewegung mit nationaler Zielsetzung wurde bereits im Sommer 1988 die Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands (LNNK). Als wichtigste Aufgabe betrachtete sie die Wiederherstellung der Souveränität des 1918 gegründeten Staates Lettland, die allein eine nationale Selbstbestimmung der Letten garantierte. Die LNNK stieß auf hartnäckigen Widerstand seitens der Regierungsbehörden. Die Führer der KPL bezeichneten die

LNNK als aggressive, verfassungswidrige Gruppierung. Die Staatsanwaltschaft der LSSR unternahm Anstrengungen, sie als kriminelle Vereinigung einzustufen.

Da sie den von der Volksfront eingeschlagenen Weg zur Wiederherstellung der Souveränität ablehnten, begannen die LNNK, die Gruppe Helsinki-86, der Umweltschutzklub VAK und andere Gruppen mit einer beispiellosen Massenregistrierung von Bürgern der Republik Lettland nebst deren Nachfahren und mit der Gründung von sogenannten Bürgerkomitees. In kürzester Zeit wurde so fast eine Millionen Menschen registriert, allerdings ohne Dokumentation. Die Behörden erklärten die Bürgerkomitees für gesetzwidrig, dennoch fuhren sie mit ihrer Tätigkeit fort, die im April 1990 in Wahlen zu einem Bürgerkongreß mündete. Mit dessen Hilfe hofften die Organisatoren, die politische Initiative von der Volksfront übernehmen zu können. Noch lange nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit gab es zahlreiche Kritiker, die meinten, daß allein ein Bürgerkongreß berechtigt gewesen wäre, die Unabhängigkeit Lettlands wiederherzustellen.

Ungeachtet ihrer radikal-nationalen Programmatik beteiligte sich die LNNK auch an den Veranstaltungen der Volksfront. Ihre Mitglieder waren in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Strukturen aktiv, u. a. im Obersten Sowjet der Lettischen SSR, weshalb es der LNNK nicht gelang, die radikalen Kräfte zu konsolidieren. Doch ihre Präsenz bei allen wichtigen Ereignissen war stets spürbar. So forderte die LNNK bereits Ende 1990 den Obersten Sowjet auf, von Lettland als einem besetzten Land zu sprechen. Die LNNK beeinflusste die lettische Gesetzgebung in der Staatsbürgerschaftsfrage maßgeblich. Später wurde die



Ein vom Bürgerkomitee ausgestellter Ausweis für Bürger der Republik Lettland.



Wochenzeitung *Neatkarība* (Unabhängigkeit) der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung (LNNK).

Programmatik der Bürgerkomitees und des Bürgerkongresses in der Staatsbürgerschaftsfrage zum Bestandteil der Politik des wiederhergestellten Staates. Danach erhielten nur Personen automatisch die lettische Staatsbürgerschaft, die zum Stichtag 17. Juni 1940, dem Tag der Besetzung durch die Truppen der Roten Armee, Bürger der Republik Lettland gewesen waren, sowie deren Nachfahren.

Im Unterschied zur LTF, die ihren Einfluß in der Republik Lettland einbüßte, setzte die LNNK ihre Arbeit als politische Partei auch in der Saeima fort.

## MOSKAUTREU BIS ZULETZT: DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI LETTLANDS UND DIE „INTERFRONT“

**Noch bis 1988 gaben die konservativen Kräfte in der KP Lettlands den Ton an. Im Sommer traten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei in nationalen Fragen offen zutage und führten schließlich zu massenhaften Parteiaustritten und zu einer Spaltung der Partei. Die moskau-treuen Anhänger der Parteidoktrin versuchten mit allen Mitteln, ihren Einfluß in der Gesellschaft und den Machterhalt zu sichern.**

Nach dem erweiterten Plenum des Schriftstellerverbandes im Juni 1988 beriet das ZK in einem außerordentlichen Plenum „Über die politische Lage in der Republik“, auf dem krasse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führung der KPL aufbrachen. Es wurde unvermeidlich, sich zu positionieren, was durch einen Ausspruch des Sekretärs des ZK der KPL Anatolijs Gorbunovs verdeutlicht wird: „Wir leben in einer Zeit, in der man nicht heute dieses und morgen jenes sagen kann.“ Auf dem 25. Parteitag der KPL im April 1990 wurde eine Spaltung der Partei unausweichlich. Nach dem Kongreß bildete sich die Unabhängige Kommunistische Partei Lettlands unter Führung von Ivars Ķezbers; die Führung der moskauorientierten KPL übernahm Alfrēds Rubiks.

Um eine Gegenbewegung zur Lettischen Volksfront zu schaffen, wurde im Januar 1989 die von der moskauorientierten KPL-Führung inspirierte „Internationale Front der Werktätigen der LSSR“, kurz: „Interfront“, gegründet, die gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz und die Unabhängigkeitserklärung

und andere von der LTF anvisierten Ziele kämpfte. Obwohl sie als der LTF ebenbürtige Massenorganisation gedacht war, gelang es ihr nie, ähnliche Teilnehmerzahlen auf Kundgebungen zu erreichen wie die LTF. Sie vertrat praktisch die Interessen des aus Rußland zugezogenen Militärpersonals, von Beamten und moskauabhängigen Betrieben sowie des moskau-treuen Flügels der KPL. Trotz der von ihr deklarierten Unterstützung für die Reformpolitik Gorbatschows stand sie für den dogmatischen Flügel der Partei, dem es darum ging, seine Macht und seine Privilegien zu sichern.

Die hauptsächlich aus Nichtletten bestehende Interfront verschlechterte die Beziehungen zwischen lettischen und russischen Einwohnern, sorgte für Angst und Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung und war darum bemüht, die wichtigsten Regierungsbehörden und Massenmedien zu kontrollieren und die Diktatur der Kommunistischen Partei wiederherzustellen. Welche Rolle der KGB innerhalb der Interfront spielte, ist bis heute nicht vollständig geklärt und erforscht.

**Russisch-sprachiges Flugblatt mit dem Aufruf, beim Referendum am 3. März 1991 gegen eine unabhängige Republik Lettland zu stimmen.**





## AUF DIE BARRIKADEN: DIE SOWJETISCHE TAKTIK DES POLITISCHEN DRUCKS

**Moskau und die Führung der moskautreuen KPL sahen die Integrität der UdSSR und ihre Machtposition im Staat bedroht und versuchten deshalb, mit Einschüchterung und Machtdemonstration die Unabhängigkeitsbewegung im Baltikum zu stören und aufzuhalten.**

Als am 11. März 1990 der Oberste Rat der Litauischen SSR die Unabhängigkeit Litauens verkündete, verhängte der Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow Wirtschaftssanktionen gegen Litauen, die auch Estland und Lettland trafen. Im Mai 1990 unterzeichnete er ein Dekret, das die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken für ungültig erklärte, da sie im Widerspruch zur Verfassung der UdSSR stünden, obwohl diese die Möglichkeit eines Austritts von Republiken aus der UdSSR ausdrücklich vorsah. Während Gorbatschow mit der Einführung seiner direkten Präsidialherrschaft drohte, patrouillierten in Riga Sondereinheiten des sowjetischen Innenministeriums (OMON).

Mit Unterstützung der KPdSU wurde unter Führung des Ersten Sekretärs des ZK der KPL, Alfrēds Rubiks, am 25. November 1990 ein Komitee zur Verteidigung der Bürgerrechte sowie der Verfassungen der UdSSR und der LSSR gegründet, das später unter dem Namen „Rettungskomitee der gesamtlettischen Gesellschaft“ bekannt wurde und alle interfrontnahen Organisationen vereinte. Das Rettungskomitee forderte, Lettland unter direkte Präsidialverwaltung des Präsidenten der UdSSR zu stellen.

Auf einer gemeinsamen außerordentlichen Sitzung der Obersten Räte Litauens, Lettlands und Estlands antworteten die baltischen Staaten am 1. Dezember 1990 mit einem Aufruf an die Parlamente der Welt, bei der Regulierung der Beziehungen zwischen den baltischen Republiken und der UdSSR zu vermitteln.

In Lettland kam es zu direkten Provokationen, als Anfang Dezember 1990 auf Befehl des Verteidigungsministers der UdSSR mehrere Denkmäler für gefallene lettische Legionäre gesprengt wurden. In Riga explodierten an mehreren militärisch und politisch wichtigen Gebäuden sowie am Lenindenkmal Sprengsätze. Letztere Explosion versuchte man lettischen Nationalisten anzulasten. Lettische und litauische Grenzstationen wurden überfallen. Die Truppen des Baltischen Militärbezirks mischten sich zunächst nicht direkt in den Konflikt zwischen Lettland und der UdSSR ein, gaben aber zu verstehen, daß sie bereit wären, für Ordnung im Staate zu sorgen. Kräfte des Staatssicherheitskomitees (KGB) wurden mobilisiert, zudem trafen Anfang Januar 1991 zusätzliche Einheiten der Roten Armee im Baltikum ein. Die Lage war angespannt.

Um die Informationsverbreitung lahmzulegen bzw. zu stören, besetzten OMON-Kräfte am 2. Januar 1991 das Pressegebäude in Riga, in dem sich die Redaktionen von Printmedien und die praktisch einzige Druckerei in Lettland befanden.

Versuche seitens der Führung der moskautreuen Kommunisten, die Macht zu übernehmen, gab es zunächst in Litauen. Am 10. Januar forderte Gorbatschow den Obersten Sowjet Litauens zur Rücknahme seiner konstitutionellen Akte auf, was dieser einen Tag später zurückwies. Noch am selben Tag begannen sowjetische Truppeneinheiten mit der Besetzung strategisch wichtiger Objekte in Litauen, was das Volk auf die Straßen brachte, um die Regierungsgebäude zu schützen. In den frühen Morgenstunden des 13. Januar



**Barrikaden am Gebäude des Ministerrats im Januar 1991.**

besetzten Kräfte der Roten Armee gewaltsam den Fernsehturm in Vilnius. Dabei wurden 14 Menschen getötet und etwa 200 verletzt.

Am Nachmittag des 13. Januar fand in Riga eine Massendemonstration statt, an der etwa eine halbe Million Menschen teilnahmen. Rund 80.000 Freiwillige aus ganz Lettland begannen mit der Errichtung von Barrikaden, um strategisch wichtige staatliche Institutionen zu schützen. Zwei Wochen lang harrten die Menschen rund um die Uhr bei Lagerfeuern an den Barrikaden in Riga aus. Ihre einzigen Waffen waren ihre bloßen Hände und ihre Lieder.

Am selben Tag, dem 13. Januar, trafen die Vorsitzenden der Präsidien der Obersten Räte Estlands und Lettlands in Tallinn mit ihrem Amtskollegen der Russischen Föderation Boris Jelzin zusammen. Dabei war allen klar, daß auch Rußlands Unabhängigkeit bedroht sein würde, wenn die KPdSU durch das Eingreifen des Militärs die Macht im Baltikum wieder an sich reißen würde. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten sie die Aggression der UdSSR und unterzeichneten mehrere gegenseitige Verträge, mit denen die Russische Föderation faktisch die Unabhängigkeit der baltischen Staaten anerkannte. Jelzin forderte die russischen Soldaten und Offiziere auf, sich nicht an der Aggression gegen die baltischen Staaten zu beteiligen, während die Vertreter der baltischen Staaten an die Vereinten Nationen appellierten.

Die Lage spitzte sich weiter zu, als das „Komitee zur Rettung der gesamtlettischen Gesellschaft“ am 15. Januar 1991 verkündete, die Macht zu übernehmen und den Obersten Rat der Republik Lettland sowie die Regierung für abgesetzt erklärte. Die OMON-Einheiten, die sich der Befehlsgewalt durch das Innenministerium der Republik Lettland entzogen hatten und Anweisungen aus Moskau befolgten, begannen terroristische Übergriffe bei denen mehrere Menschen getötet wurden. Doch weiter wagte die Regierung der UdSSR nicht zu gehen, die Armee blieb in den Kasernen und die Macht bei den gewählten lettischen Institutionen. Später verbot die Gesetzgebung der Republik Lettland Personen, die nach dem 13. Januar 1991 Mitglied des Rettungskomitees, der Kommunistischen Partei oder anderer Organisationen der Interfront gewesen waren, bei Wahlen zu kandidieren.

In Lettland werden die sogenannten Barrikadentage als Höhepunkt der *Atmoda* und als ein beispielloses Ereignis der Selbstlosigkeit angesehen, welches den Willen des Volkes demonstrierte, mit allen gewaltlosen Mitteln ihre Freiheit zu verteidigen.

# ENDLICH FREI: BESTÄTIGUNG UND ANERKENNUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

**Interne Prozesse innerhalb der Sowjetunion selbst führten im Lauf des Jahres 1991 zu ihrem Zusammenbruch. Am 19. August scheiterte der Versuch der alten Garden der Kommunistischen Partei, die Macht an sich zu reißen. Am 21. August erlangte Lettland seine Souveränität zurück, was nun international anerkannt wurde.**

Um die Regierung der UdSSR und die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Unabhängigkeit unterstützte, rief der Oberste Rat Lettlands für den 3. März 1991 zu einer breiten Volksabstimmung auf. Auf die Frage: „Sind Sie für eine demokratische und staatlich unabhängige Republik Lettland?“ antworteten 73,68 % der Teilnehmenden mit Ja.

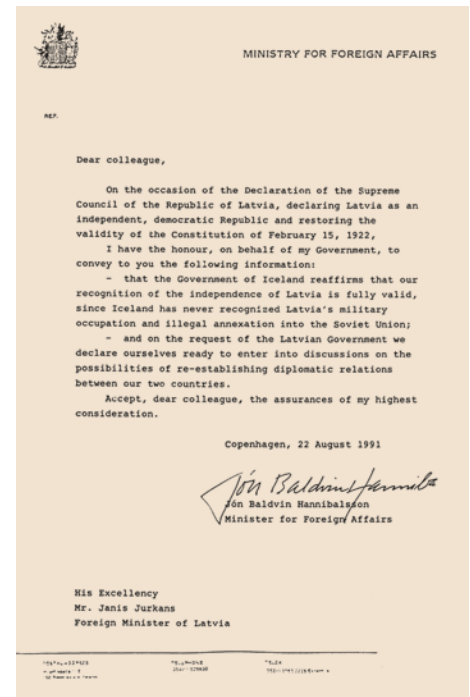
Am 17. März ließ die Regierung der UdSSR ihrerseits eine Volksbefragung über die Zukunft der UdSSR und den neuen Unionsvertrag durchführen, der den Umbau der UdSSR zu einer Föderation unabhängiger Staaten mit einem gemeinsamen Präsidenten und einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik vorsah. Die baltischen Staaten, Armenien, Georgien und Moldawien boykottierten die Abstimmung, die Ukraine lehnte es später ab, dem Unionsvertrag, der am 20. August 1991 in Moskau unterzeichnet werden sollte, beizutreten.

Um die Unterzeichnung des Unionsvertrages zu verhindern und die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei zu sichern, nutzte der konservative Flügel der Partei den Urlaub des Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow auf der Krim und gründete am 19. August 1991 in Moskau ein sogenanntes „Staatliches Komitee für den Ausnahmezustand“. Dieses verkündete, die Macht im Land übernommen zu haben, und setzte aufgrund einer angeblich plötzlichen Erkrankung von Michail Gorbatschow den Vizepräsidenten der UdSSR Gennadi Janajew als Interimspräsidenten ein.

Dies war das Signal zur Machtübernahme auch in Lettland, wo die Putschisten angeführt wurden vom Ersten Sekretär des ZK der KPL Alfrēds Rubiks und dem Oberbefehlshaber des Baltischen Militärbezirks Fjodor Kusmin, der erklärte, zum Handlungsbevollmächtigten während des Ausnahmezustandes im Baltikum eingesetzt worden zu sein. Einheiten der Armee und der OMON besetzten die Telefonzentralen, Rundfunk- und Fernsehgebäude, das Innenministerium und andere Behörden. Der lettische Rundfunk sendete weiter von einem geheimen Sender außerhalb Rigas.

Der Oberste Rat der Republik Lettland hatte bereits am 19. August die Verfügungen des sogenannten „Staatlichen Komitees für den Ausnahmezustand“ auf dem Territorium Lettlands für gesetzwidrig erklärt und die Kommunen aufgefordert, sich nur an Weisungen des Obersten Rats und des Ministerrats der Republik Lettland zu halten. Gleichzeitig rief das lettische Parlament die Vereinten Nationen, die Parlamente, Regierungen und Völker der Welt dazu auf, „alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine Ausschaltung der demokratisch gewählten Institutionen und eine Gewaltanwendung in der Republik Lettland nicht zuzulassen“.

**Island erkennt am 22. August 1991 als erster Staat die erneute Unabhängigkeit Lettlands an und erklärt sich bereit, wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen.**



Der Putschversuch scheiterte hauptsächlich Dank des entschlossenen Handelns des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin, der als einziger vom Volk direkt gewählter Amtsträger über eine große Autorität verfügte, die in den Putschtagen nur noch wuchs. So gelang es ihm, die Armee auf seine Seite zu bringen. Innerhalb von zwei Tagen brach der Putschversuch zusammen. Nach seiner Rückkehr nach Moskau legte Gorbatschow, der während der Putschtage auf der Krim festgehalten worden war, sein Amt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei nieder und blieb nun lediglich in der bereits wackligen Position des Präsidenten der UdSSR.

Unter dramatischen Umständen verkündete der Oberste Rat der Republik Lettland die volle Souveränität. Während am 21. August gegen Mittag im Parlament über das Verfassungsgesetz debattiert wurde, fuhr gepanzerte OMON-Fahrzeuge über den Rigaer Domplatz in Richtung des Parlamentsgebäudes. Doch plötzlich geschah das Unerwartete – sie kehrten um und verließen die Altstadt. Die Nachricht vom Zusammenbruch des Putsches in Moskau hatte Riga erreicht. Lettland war nun frei.

Zwei Tage später, am 52. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, brannten entlang des „Baltischen Weges“ von Tallinn über Riga bis nach Vilnius unzählige Lagerfeuer und erinnerten daran, daß das ganze Baltikum nun wieder frei war.

Island war der erste Staat, der die Erneuerung der Unabhängigkeit der Republik Lettland am 22. August anerkannte, am 24. August unterzeichnete der Präsident der Russischen Föderation Boris Jelzin ein entsprechendes Dekret, am 2. September folgten die USA und am 6. September die UdSSR. Bereits am 18. September wurde Lettland zum vollberechtigten Mitglied der Vereinten Nationen.

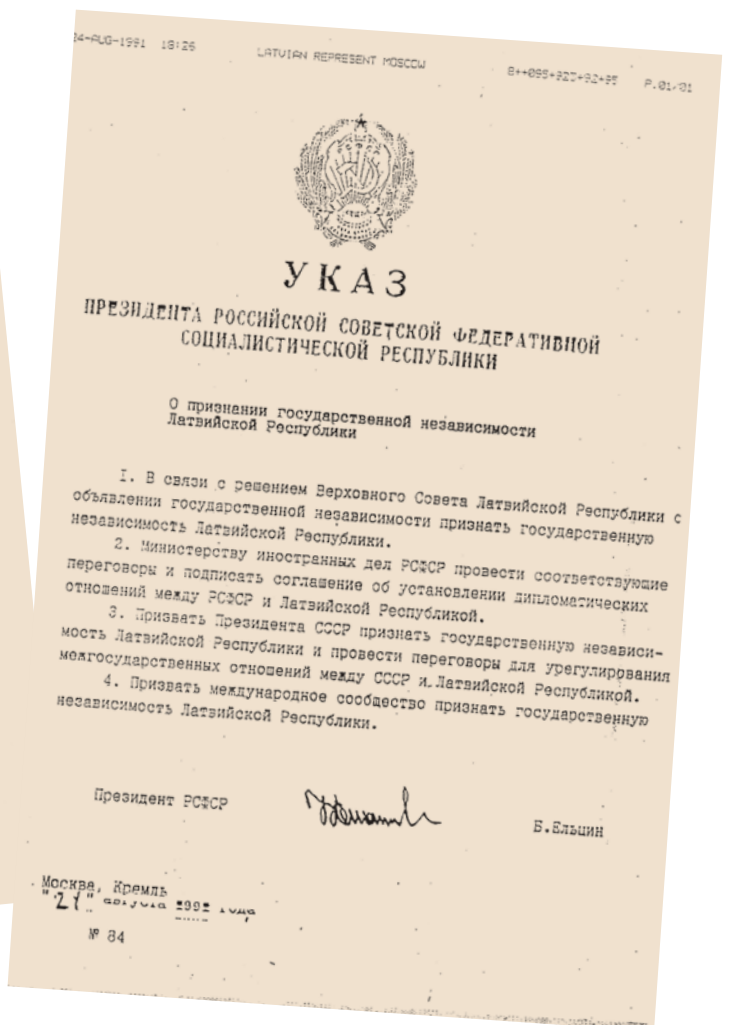
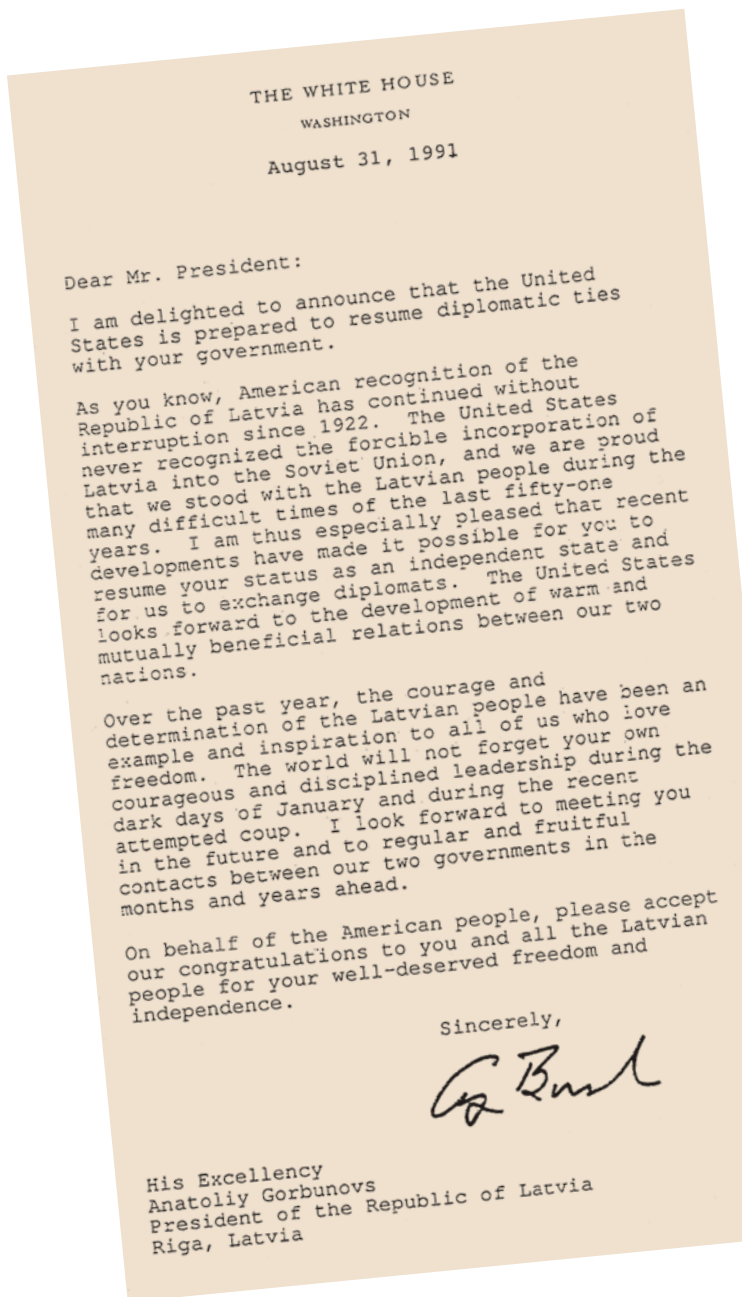
Damit war das Selbstbestimmungsrecht des lettischen Volkes wiederhergestellt und die am 18. November 1918 gegründete Republik Lettland als vollberechtigtes Mitglied in den Bund der Staaten der Welt zurückgekehrt. Doch die schwierige Beseitigung der Folgen von drei aufeinanderfolgenden Okkupationen und die Formung des wiederhergestellten Nationalstaates hatten damit erst begonnen.

# DAS VERFASSUNGSGESETZ VOM 21. AUGUST 1991

Der Oberste Rat der Republik Lettland beschließt:

1. Zu bestimmen, daß Lettland eine unabhängige demokratische Republik ist, in der die souveräne Staatsgewalt vom lettischen Volke ausgeht und deren staatlicher Status durch die Verfassung der Republik Lettland vom 15. Februar 1922 festgelegt ist.
2. Punkt 5 der Deklaration vom 4. Mai 1990 „Über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland“,

- der die Übergangsperiode bis zur Erneuerung der Staatsmacht *de facto* festlegt, zu streichen.
3. Bis zum endgültigen Ende der Okkupation und der Annexion und bis zum Zusammentreten der Saeima nimmt allein der Oberste Rat die höchste Staatsgewalt in der Republik Lettland wahr. Auf dem Territorium der Republik Lettland sind allein die Gesetze und Entscheidungen der höchsten Staatsgewalt und der Verwaltungsinstitutionen der Republik Lettland gültig.
4. Das Verfassungsgesetz tritt mit dem Zeitpunkt seiner Verabschiedung in Kraft.



Glückwunschbrief von US-Präsident George Bush zur Unabhängigkeit Lettlands, in dem er die Bereitschaft erklärt, diplomatische Beziehungen wiederaufzunehmen. Offiziell erkannten die USA Lettland am 2. September 1991 als unabhängigen Staat an.

“Ukas“ von Boris Jelzin, dem Präsidenten Rußlands, zur Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands am 24. August 1991.



Die New York Times berichtet am 7. September 1991: „Die Sowjetunion erkennt die Unabhängigkeit des Baltikums an und beendet damit die 51 Jahre währende Okkupation der drei Staaten“.

## LETZTE SOWJETISCHE GESCHICHTSSTUNDE

Im Lauf der Geschichtsstunden sollte klargeworden sein, daß die sowjetische Geschichte der Ideologie entsprang und wenig zu tun hat mit historischen Tatsachen und Wahrheiten. Historische Dokumente, die die Wahrheit ans Licht hätten bringen können, waren nur wenigen ausgesuchten sowjetischen Historikern zugänglich. Um einen auf den „wissenschaftlichen Kommunismus“ gestützten determinierten historischen Entwicklungsprozeß hin zum Kommunismus beschreiben zu können, mußte die sowjetische Geschichtsschreibung viel verschweigen, manipulieren und viel lügen, was nicht alle Historiker aus Überzeugung taten.

Als Geschichtslehrer durften in der Sowjetunion nur Vertrauenspersonen mit einer makellosen Vergangenheit arbeiten, die vom örtlichen Parteikomitee bestätigt werden mußten. Verglichen mit den „Seelenklempnern“ der kommunistischen Ideologie, den Schriftstellern, war das von Historikern geschriebene oder gesagte leichter zu überprüfen und zu kontrollieren, denn ihnen blieb es versagt, in ihren Schriften die „Sprache des Äsop“ oder andere in der Literatur übliche Umschweife und Umschreibungen zu benutzen, um sich nicht direkt ausdrücken zu müssen. Deshalb beschäftigten sich viele gute Historiker mit der Archäologie oder der Alten Geschichte, wo die Berührungspunkte mit der Ideologie minimal blieben. Doch auch viele Neuzeithistoriker befreiten sich von der niederdrückenden Abhängigkeit, sobald die Möglichkeit zur historischen Forschung ohne ideologisches Diktat bestand. Mehrere Autoren der *Geschichte der Lettischen SSR* haben in späteren Jahren unter Heranziehung früher unbekannter Quellen und Fakten bedeutsame Arbeiten vorgelegt, die dazu beigetragen haben, die Geschichte der Besatzungszeit ins Licht der historischen Wahrheit zu holen.

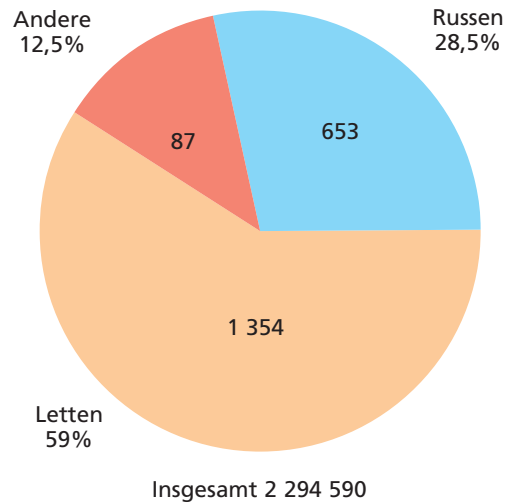
Bereits drei Jahre nach der Veröffentlichung der *Geschichte der Lettischen SSR* 1986 wurde der Lehrstuhl für Geschichte Lettlands an der Universität Lettland wieder ins Leben gerufen. Das Historische Institut der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR wurde im Umgestaltungsjahr 1990 zum Institut für Geschichte Lettlands an der Akademie der Wissenschaften Lettlands, jetzt der Universität Lettland. Damit wurde der Name des 1936 im unabhängigen Lettland gegründeten Instituts wiederhergestellt. Seit 1991 erscheint regelmäßig das *Latvijas Vēstures institūta žurnāls* (Journal des Instituts für Geschichte Lettlands). Bereits 1992 erschien eine umfangreiche Materialsammlung über Lettland unmittelbar vor und während der Besatzung in den Jahren 1939/40. Der Aufbau der ständigen Ausstellung des Lettischen Okkupationsmuseums von 1993 bis 1998 machte die Besatzungsgeschichte für Besucher

Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991.



aus Lettland und aus dem Ausland zugänglich und anschaulich. Zur Vorstellung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen wird seit 1999 das Jahrbuch des Lettischen Okkupationsmuseums herausgegeben. Die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Republik Lettland 1998 gegründete Historikerkommission Lettlands gab bis 2010 fünfundzwanzig Sammelbände zur Geschichte der Okkupationszeit heraus.

Wie weit das ideologische Wunschdenken der Kommunistischen Partei von der Wirklichkeit entfernt war, wird am deutlichsten im letzten Absatz der *Geschichte der Lettischen SSR*, die 1986 in einer Zeit erschien, als die in diesem Kapitel beschriebenen Ereignisse ihren Ausgang nahmen: „Die gesamte bisherige historische Erfahrung hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe aller Völker der Sowjetunion die Grundlage für die Erfolge des lettischen Volkes bilden. Lettland und dem lettischen Volke steht innerhalb des mächtigen multinationalen Sowjetstaates, inmitten der brüderlichen Gemeinschaft der Sowjetvölker eine glänzende Zukunft bevor: Die Wirtschaft und die Nationalkultur werden sich noch rascher entwickeln, der materielle Wohlstand wird wachsen und die Republik wird erfolgreich den Weg zum Aufbau des Kommunismus beschreiten.“ (Band 2, S. 532)



Die ethnische Bevölkerungsstruktur Lettlands 2010 (in Prozent bzw. Tausend).

## Essay

Die Geschichte der Okkupation Lettlands endete nicht mit dem Jahr 1991. Die „Singende Revolution“ hatte zwar die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit gebracht, doch der wiedergeborene Staat hatte alle bewußten und unbewußten Folgen der Abhängigkeit aus der Besatzungszeit geerbt. Völkerrechtlich hatte die Republik Lettland 1991 die 51 Jahre zuvor gewaltsam beendete und am 18. November 1918 begründete Souveränität der Republik Lettland auf ihrem Territorium zurückerhalten. Doch fremde Mächte und Regime hatten inzwischen das Land regiert und mit Gewalt und Niedertracht versucht, die Bevölkerung Lettlands zu unterwerfen und sie für ihre Ziele nutzbar zu machen. Obwohl die Erinnerung des Volkes an die verlorene Unabhängigkeit noch so lebendig war und stark das Verlangen, diese nicht nur wiederherzustellen, sondern auch das unterbrochene Leben wiederaufzunehmen, war es doch 1991 nicht mehr möglich, an das gesellschaftliche Leben der Zeit vor der Okkupation von 1940 anzuknüpfen als ob in der Zwischenzeit nichts geschehen wäre. Die schwersten Aufgaben standen noch bevor.

## Die Folgen der Besatzungszeit

Im Ersten Weltkrieg und in den folgenden Freiheitskämpfen war vieles zerstört worden und mußte beim Aufbau des jungen Staates von neuem geschaffen werden. Bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit siebenundzwanzig Jahre später war es genau umgekehrt: Direkte Zerstörungen gab es kaum, aber die Folgen der langjährigen Besatzungszeit mußten überwunden werden. Dies war ein schwerer und ist auch nach nunmehr zwanzig Jahren ein noch immer nicht abgeschlossener Prozeß. Hier sollen nur einige der Folgen der Besatzungszeit angeführt werden.

- **Die Bevölkerungsstruktur wurde in der Besatzungszeit dramatisch verändert.** Bei Wiederherstellung des lettischen Staates lebten nicht nur alteingesessene Bevölkerungsteile im Land, sondern auch viele Menschen, die in der Besatzungszeit zugewandert waren. Sie fanden sich plötzlich wieder in einem kleinen Staat mit anderen Gesellschaftsnormen und

Kulturtraditionen als denen, an die sie gewohnt waren. Der Anteil der Letten in Lettland war von 75% bei der letzten Volkszählung der Vorkriegszeit auf 52% bei der sowjetischen Volkszählung von 1989 zusammenschmolzen. Die deutsche Minderheit mit ihrer jahrhundertealten Geschichte in Lettland war ganz verschwunden. Die Zahl der lettischen Juden, die den Holocaust überlebt hatten, war äußerst gering; den größten Teil der nun in Lettland lebenden Juden bildeten Zuwanderer aus Rußland. Die russische Minderheit, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung vor dem Krieg etwas mehr als 10% betragen hatte, war 1989 auf 34% angewachsen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Zuwanderer, die sich vor allem in den Städten niedergelassen hatten. Bei der Bevölkerungsstruktur unterscheidet sich Lettland wesentlich von den anderen baltischen Staaten. Sowohl in Estland als auch in Litauen war die angestammte Bevölkerung viel homogener als in Lettland. Hinzu kam, daß die Zuwanderer in Lettland zum Teil aus privilegierten sowjetischen Militärangehörigen, Mitarbeitern des Verwaltungs- und Repressionsapparates sowie führenden Mitarbeitern von Industriebetrieben bestanden, die auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den kommunistischen Idealen treu blieben. In den größeren Städten Lettlands wurden die Letten zu einer Minderheit (und sind es zum Teil noch heute). Auch der Anteil der Weißrussen und Ukrainer stieg stark an. Russisch wurde zur allgemeinen Verständigungssprache unter den Zuwanderern. Nach wie vor gibt es in Lettland eine große Zahl von Angehörigen nichtlettischer Nationalität, die die lettische Staatsbürgerschaft nicht angenommen haben. Der Naturalisierungs- und Integrationsprozeß verläuft widerwillig und schleppend. Anwärter auf die lettische Staatsbürgerschaft müssen Kenntnisse der lettischen Umgangssprache sowie der wichtigsten Fakten des lettischen Staates und seiner Geschichte nachweisen.

- **Die Sowjetmacht hatte der lettischen Sprache und Kultur eine untergeordnete Rolle zugewiesen**, was durch die hohen Zuwandererzahlen und die Gründung russischer Schulen neben den bestehenden lettischen Schulen noch verschärft wurde. Russisch hatte Priorität, die lettische Sprache war zur Zweitsprache geworden. Ihr blieben die Möglichkeiten versagt, sich gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen zu entwickeln. Sie wurde rücksichtslos von der aufdringlichen Dominanz des Russischen beeinflusst. Nahezu alle Letten sprachen russisch, doch bei weitem nicht alle in Lettland lebenden Vertreter anderer Nationalitäten sprachen lettisch oder waren überhaupt nur gewillt, lettisch

zu sprechen. Bei vielen ist dies nach wie vor der Fall, und sie treten dafür ein, dem Russischen den Status einer zweiten offiziellen Staatssprache beizumessen und die in der Sowjetzeit eingeführten Schulen mit russischer Unterrichtssprache zu erhalten. Derzeit ist eine Tendenz zu beobachten, daß sich das Russische in zahlreichen nichtstaatlichen Geschäfts- und Alltagsbereichen immer mehr als inoffizielle zweite Sprache etabliert. Dies geschieht der geltenden Gesetzgebung zum Trotz, die der lettischen Sprache Priorität einräumt. Damit verbunden konnte sich während der sowjetischen Okkupation die moderne lettische Kultur, getrennt von der westlichen Welt, mit der sie seit dem 19. Jahrhundert in regem Austausch gestanden hatte, nicht frei und allseitig entwickeln. Die Kenntnisse westlicher Fremdsprachen blieben weit hinter den Russischkenntnissen zurück.

- **Die mentalen und moralischen Folgen der Okkupation waren und sind ein ernstzunehmendes Hindernis für die Herausbildung einer gesunden Gesellschaft.** Menschen, die sowjetische Gewalttaten erlitten haben, fanden nie wieder ihren Platz in der Gesellschaft, sie wurden von offizieller Seite wie auch im Alltag diskriminiert. Aber auch bei einem großen Teil der übrigen Bevölkerung blieben psychologische Narben zurück, die die totalitäre Kontrolle der Gesellschaft, die allumfassende Propaganda, das einseitig ideologisierte Bildungssystem, das demoralisierende sowjetische System der Privilegierung und der penetranten Akzentuierung russischer Interessen auf Kosten der angestammten Bevölkerung hinterlassen hatten. Noch immer ist die Gesellschaft geprägt von Verslossenheit und Schubladendenken sowie der Unfähigkeit, einander zu vertrauen und gegenseitig annehmbare Kompromisse einzugehen. Abgesehen von gelegentlichen Protestbekundungen fehlt es an öffentlichen Initiativen. Die mangelhaft ausgeprägte Fähigkeit der Gesellschaft zum effektiven Funktionieren in einem freien demokratischen Gemeinwesen und das Sichverlassen auf den Staat als tonangebende und fürsorgende Kraft, die öffentliche Unmündigkeit schlechthin, sind nur einige der Folgen, die die Okkupation in der Mentalität der Bevölkerung zurückgelassen hat. In den tieferen Sphären der Mentalität blieben völlig unbewußte Hinterlassenschaften der Okkupation sowohl im Denken, als auch im Handeln zurück oder, wie man in Deutschland nach dem Fall der Berliner Mauer zu sagen pflegte, „die Mauer im Kopf.“ Dazu gehört zum Beispiel die aus der Sowjetzeit überkommene Tendenz, zuallererst an sich selbst zu denken, ohne auf die Interessen der Gesellschaft und des Staates Rücksicht zu nehmen. Die demokratisch gewählten Volksvertreter handelten in vielen Fällen im Geiste der einstigen sowjetischen Nomenklatura und bereiteten so den Boden für Korruption und ernste Interessenkonflikte. Das Mißtrauen gegenüber den staatlichen Institutionen ist ständig gewachsen, doch die junge, in demokratischen Verhältnissen aufgewachsene Generation vermochte es im Jahr 2010 noch immer nicht, das Machtmonopol der herrschenden politischen Elite aufzubrechen.
- **Die Kolonisierungspolitik des Besatzungsregimes hatte Lettland zu einem ökonomischen Anhängsel der Sowjetunion besonders im militärischen Bereich gemacht.** Zahlreiche wissenschaftliche Institute und ihre Mitarbeiter hatten die Bedürfnisse der Roten Armee bedient und waren mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion überflüssig geworden oder nicht in der Lage, sich auf andere Forschungsbereiche umzuorientieren. Aufgrund des achtlosen Umgangs mit der Natur waren viele Orte, insbesondere Militärstützpunkte, schwer verseucht. Ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg blieben in Lettland unzählige überflüssig gewordene und technologisch veraltete Fabrikationsanlagen und Reste militärischer Einrichtungen zurück. Die unproduktive sowjetische Produktionsweise und der Führungsstil waren für

eine moderne Wirtschaft unbrauchbar. Es fehlte an Kapital, und nur langsam etablierte sich eine neue Industrieproduktion. Rasch dagegen blühte der Handel. Die Verbraucher kauften bald mehr westliche Importwaren, als Lettland selbst international konkurrenzfähige hochwertige Produkte herstellen konnte.

- **Die lettische Landwirtschaft lag mit wenigen Ausnahmen kurz vor dem Zusammenbruch.** Die proletarisierte Produktion auf dem Lande war arbeitsaufwendig und ineffektiv. Die traditionelle gesellschaftliche Struktur auf dem lettischen Land und das System der kleineren Einzelwirtschaften war zerstört, blieb jedoch als bedeutendste Errungenschaft der ersten Unabhängigkeit im Bewußtsein der Bevölkerung. Die Rückgabe von Landbesitz an die früheren Eigentümer behob zwar das begangene Unrecht, vermochte aber eine an modernen Bedürfnissen und Gegebenheiten angepaßte Landwirtschaft nicht wiederherzustellen. Das Land, auf dem die meisten Letten zu Hause sind, wurde anders als in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nicht zu einem Faktor der wirtschaftlichen Blüte und des Aufschwungs. Der Erholungsprozeß auf dem Land gestaltet sich im wiedererstandenen Lettland schwierig und nur langsam.

Nach der Erringung der Unabhängigkeit, die auf den Ersten Weltkrieg folgte, wuchs trotz anfänglicher Zweifel allmählich das Vertrauen des Volkes in seinen Staat. Die Freiheitskämpfe und die Wiederaufbauarbeit schweißten das Volk zusammen. Vieles spricht dafür, daß das Vertrauen in den eigenen Staat trotz der verheerenden Kriege und der langjährigen Besatzung niemals schwand. Nur so ist die große Welle der Begeisterung, die zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 beitrug, zu erklären. Doch anders als in den zwanziger und dreißiger Jahren ebte sie schnell ab. Während die ersten zwanzig Jahre der Unabhängigkeit trotz der Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre im Bewußtsein des Volkes als Zeit des Aufschwungs in Erinnerung blieben, so erschienen die Anfangsjahre nach der Wiederherstellung Lettlands, auch wenn es einige unbestreitbare Erfolge gab, als Jahre des Niedergangs. Sie offenbarten nämlich, wie schwerwiegend und anhaltend die Folgen der Besatzung waren und wie groß die Enttäuschung über unerfüllte Versprechen und Hoffnungen. Besonders getroffen waren jene, die all die Jahre hindurch von dem Lettland geträumt hatten, das ihnen durch die Okkupation genommen worden war. Enttäuscht wurden auch jene, die während der Besatzungszeit am meisten gelitten hatten und nun nicht etwa privilegiert werden wollten, doch bemüht waren, ihre demokratischen und nationalen Ideale reinzuhalten.

Der Aufbau des wiedererstandenen unabhängigen Staates erfolgte gesellschaftlich und wirtschaftlich völlig unausgewogen. Von der neuen Freiheit profitierten zunächst vor allem jene, die bisher Machtpositionen innegehabt hatten, darunter zahlreiche Nichtletten. Der Idealismus der Anfangsphase der staatlichen Erneuerung wurde bald abgelöst von einem gnadenlosen Kampf um wirtschaftliche und politische Vorteile. Die Korruption gelangte zur Blüte. Die Letten übernahmen die politische Macht, die aber oft genug keinesfalls selbstlos für die Entwicklung des Staates eingesetzt wurde. Viele ehemalige Funktionäre sicherten sich wirtschaftliche Vorteile, um damit politische Prozesse beeinflussen zu können. Bei der Gesetzgebung fehlte es zum einen an Erfahrung, zum anderen wurden auch oft genug bewußt Vorteile für bestimmte Interessengruppen geschaffen. Die aus der Sowjetzeit überkommene

Staatsanwaltschaft und die Gerichte konnten unter den neuen Verhältnissen nicht plötzlich zu unabhängigen Verteidigern der Bürgerrechte werden. Infolgedessen blieben auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Werteskala in Lettland große Gegensätze bestehen – ein Erbe des Zusammenbruchs des Sowjetsystems. So gibt es Menschen, die (selten auf legale Weise) steinreich geworden sind und auch weiterhin ihre Taschen füllen, während sehr viele um ihr tägliches Auskommen zu kämpfen haben. Mit dem Beitritt Lettlands zur Europäischen Union und den sich damit eröffnenden Möglichkeiten, legal im Ausland zu arbeiten, verließen und verlassen viele Letten ihre Heimat in der Hoffnung auf ein besseres Leben. In Lettland gibt es praktisch keine materiell gesicherte und gutausgebildete Mittelschicht, die die kulturellen und moralischen Standards in der Gesellschaft bestimmen könnte.

Die langen Jahre der Abhängigkeit haben die Fähigkeiten der Menschen, neue, ehrliche und offene Beziehungen in einem freien demokratischen Umfeld aufzubauen, negativ beeinflusst. Mißtrauen, Gleichgültigkeit gegenüber Neuem, persönliche Verslossenheit, ein Sich-bedroht-Fühlen durch alles Neue – auch durch die westliche Welt – sind einige der Nachwirkungen der langen Unterdrückung. Viele Letten fühlen sich gesellschaftlich machtlos. Wegen mangelnder Erfahrung fehlt es an gesellschaftlichem Führungs- und Organisationstalent.

Gesellschaftliche Organisationen bildeten sich zunächst eher nicht aus einer gesellschaftlichen Notwendigkeit heraus, sondern vielmehr durch Anregung und Finanzierung von außen. Statt Probleme im gemeinschaftlichen Konsens anzugehen, wird die öffentliche Meinung von einem allumfassenden „Schubladendenken“ und Intoleranz beherrscht. Es gibt zu wenig konstruktiven Dialog und Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft und Politik. Die politischen Parteien vertreten eher engstirnige wirtschaftliche und politische Interessen, als dass sie für die Belange der Gesellschaft Sorge trügen. Mit denselben althergebrachten politischen Köpfen entstehen und mutieren die Parteien zu immer neuen politischen Gebilden. Ein Vertrauen zu staatlichen Institutionen fehlt. Viele erwarten noch immer

aus den Reihen der Politik eine „Führerfigur“ – einen Retter. Darüber hinaus kann man sagen, daß die gesellschaftliche Aktivität ähnlich wie Ende der achtziger Jahre viel eher von Protesten gegen Unannehmbares und Unpopuläres bestimmt wird, als vom Vermögen, Zukunftsperspektiven klar zu formulieren und dem konstruktiven Willen, diese aus eigener Kraft zu realisieren. Zwanzig Jahre nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit sind viele enttäuscht von ihrem Staat und der Unfähigkeit, eine Besserung herbeizuführen.

Nach wie vor wird die Entwicklung der Gesellschaft belastet von der großen Zahl derjenigen Zuwanderer aus der Sowjetzeit, die die lettische Sprache nicht beherrschen und denen lettische Kulturtraditionen fremd bleiben. Programme zur Förderung der gesellschaftlichen Integration haben nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Auch wenn die Zahl der Einbürgerungen inzwischen stetig steigt und die Lettischkenntnisse der einstigen Zuwanderer sich verbessern, war dies doch ein langwieriger und zäher Prozeß. In Lettland gibt es nach wie vor viele sogenannte „Nichtstaatsbürger.“ Zu einem effektiven interkulturellen Dialog, besonders in den größeren Städten, in denen Letten in der Minderheit sind, kam es nicht. Die politischen Parteien unterscheiden sich noch immer durch das Nationalitätenprinzip: lettische Parteien sind eher rechtsorientiert, russische, die von vielen Letten als Erfüllungsgehilfen der Politik Rußlands angesehen werden, eher linksorientiert. Das Verhältnis wird zusätzlich belastet durch den propagandistischen Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen in Lettland, den sowohl Rußland als auch Vertreter der in Lettland lebenden russischen Minderheit immer wieder erheben. Sie betrachten die nicht automatische Zuerkennung der lettischen Staatsbürgerschaft an Zuwanderer der Sowjetzeit und die Nichteinführung des Russischen als zweite Amtssprache in Lettland als Menschenrechtsverletzungen. Dieser Anspruch wurde international zurückgewiesen, doch seine Aufrechterhaltung sorgt für Spannungen und behindert den Naturalisierungsprozeß. Zudem wird die Lage aufgeheizt durch marginale lautstarke Gruppierungen auf beiden Seiten, die obwohl klein, dennoch häufig die

**Sprengung der strategischen sowjetischen Radarstation im westlettischen Skrunda am 4. Mai 1995. Foto: Jānis Blūms.**



öffentliche Diskussion und Demonstrationen bestimmen. Aber auch bei der Mehrheit der Letten hat sich kein festes Bewußtsein dafür herausgebildet, die maßgebliche Kraft im eigenen Land und Staat zu sein. Die lettische Sprache wird als Staatssprache eher geschützt, als daß sie mit Stolz gesprochen, gepflegt und Ausländern gelehrt würde. Bei vielen Letten dominiert nach wie vor die Verletzung über das in der Sowjetzeit Erlittene. Sie glauben nicht an die Loyalität der russischen Bürger und Nichtbürger zum lettischen Staat.

### Auf dem Weg in die Zukunft

Das wiedergeborene Lettland hat sich auf den von der Okkupation vorgegebenen holprigen Weg in die Zukunft gemacht, der in aller Eile zu erneuern war und gleichzeitig beschritten werden mußte. Deshalb kam die Aufbauarbeit nur allmählich und mit großen Schwierigkeiten voran. Die Zeit des nationalen Wiederaufbaus war geprägt von dem Anspruch, das während der Besatzungszeit Versäumte nachzuholen und das Versprechen einzulösen, ein freies menschenwürdiges und gesichertes Leben im eigenen Staat leben zu können. Inwiefern ist dieses Versprechen eingelöst worden?

Die vielleicht wichtigste Errungenschaft der Unabhängigkeit war die Befreiung der Menschen in Lettland von der sowjetischen Vormundschaft und Kontrolle – die Freiheit des Einzelnen. Mit dem Fall der Grenzen und der Reisebeschränkungen begannen die Einwohner Lettlands, eilig die Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland zu nutzen. Ebenso eifrig begann man nun, ausländische Literatur zu übersetzen, darunter die neuesten Bestseller, und neue ausländische Filme und Fernsehprogramm kennenzulernen. Oftmals wurde vorurteilsfrei fast alles ausprobiert, was neu und bisher unbekannt war. Stark nachgefragte westliche Exklusiv- aber auch Massenware, auch im kulturellen Bereich, strömte nach Lettland, obwohl nicht unbedingt die nötige Kaufkraft vorhanden war.

Befreit von der sowjetischen Bevormundung im Sport und der Notwendigkeit, bei internationalen Wettkämpfen für die UdSSR anzutreten, vertraten die Sportler aus Lettland nun ihren eigenen Staat. Lettland verfügt inzwischen wieder über ein Nationales Olympisches Komitee; die Olympiateilnehmer



**Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga, Ministerpräsident Indulis Emsis und Außenminister Artis Pabriks bei der Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrages am 18. November 2004 in Rom.**

aus Lettland vertreten ihren Staat auf Olympischen Spielen und anderen Meisterschaften mit für den kleinen Staat beachtlichen Ergebnissen. Eishockey, Basketball und Fußball sind in Lettland die populärsten Sportarten. Eishockey- und Basketballspieler aus Lettland sind in Vereinen in der ganzen Welt aktiv. Die lettische Eishockey-Nationalmannschaft hält sich stabil im Mittelfeld der Weltspitze. Auch die Eishockeyfans aus Lettland haben sich mit ihrer Begeisterungsfähigkeit international einen Namen gemacht. Auf vorzeigbare Erfolge kann ebenfalls die lettische Basketball-Nationalmannschaft der Damen verweisen. Auch im Wintersport ist Lettland erfolgreich, so im Bobfahren, Rennrodeln und Skeleton. In der Leichtathletik sind die Speerwerfer herausragend. Besonders stolz ist Lettland auf den ersten olympischen Goldmedaillengewinner im BMX-Radfahren.

Von allen Bereichen der Kunst hat die Musik mit ihrer international verständlichen Sprache die weltweit größten Erfolge zu verzeichnen. Chöre und Musiker aus Lettland erringen regelmäßig Spitzenpositionen auf internationalen Musikwettbewerben. Der Akademische Staatschor „Latvija“ und der Jugendchor „Kamēr“ können unter der Leitung des hervorragenden Dirigenten Māris Sirmāis auf große Erfolge verweisen. Lettische Opernsänger und Musiker sind in Konzerthäusern der ganzen Welt zu finden. Besonderen Ruhm als Opernstar hat Elīna Garanča erlangt, aber auch Baiba Skirde als Violinistin. Die Reihe ließe sich fast unendlich fortsetzen. Das von dem berühmten in Riga geborenen und aufgewachsenen Violinisten Gidon Kremer gegründete und geleitete Kammerorchester *Kremerata Baltica* gehört zur Weltklasse. Lettische Dirigenten, wie der schon berühmte Mariss Jansons oder auch der noch junge Andris Nelsons, sind weltweit gefragte Gastdirigenten. Das Musikleben in Lettland selbst wird nahezu täglich bereichert durch ausländische Musiker und Sänger. Das traditionelle lettische Sänger- und Tanzfest, welches alle fünf Jahre Zehntausende Sänger und Tänzer zusammenbringt, ist in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen worden. Das Theaterleben mit lettischem und internationalem Repertoire blüht. Zu einem lettischen Phänomen wurde das Neue Rigaer Theater unter Leitung des innovativen Regisseurs Alvis Hermanis, dessen Gastspiele in zahlreichen Ländern zu sehen sind. Lettische Schriftsteller



**Angehörige lettischer Friedenstruppen auf dem Balkan im Jahr 2000.**



## ELĪNA GARANČA (1976)

Von den vielen aus Lettland stammenden international anerkannten Opernstars wie den Sopranistinnen Inese Galante, Maija Kovaļevska, Kristīna Opolais und Marīna Rebeka, dem Tenor Aleksandrs Antonenko, dem Baßbariton Egīls Siliņš kann die Mezzosopranistin Elīna Garanča auf besondere Erfolge verweisen, die im Januar 2010 in einer brillanten Carmen-Aufführung in der New Yorker Metropolitan-Opera ihren Höhepunkt erreichten: „Nach 24 Jahren haben wir endlich wieder eine großartige

Carmen.“ Ausgestattet mit einer begnadeten und geschulten Stimme, künstlerischem Temperament und einem ausgezeichneten schauspielerischen Talent entwickelte sich Garanča zu einer an vielen Konzert- und Opernhäusern der Welt gefragten Sängerin. Unter ihren Erfolgen ist besonders der Europäische Kulturpreis für Musik 2006 zu erwähnen; mehrfach wurde sie zur Sängerin des Jahres gekürt. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten besucht Garanča häufig ihre Heimat und tritt in Lettland auf. Ihr Mann, der hervorragende Dirigent Karel Mark Chichon, ist Chefdirigent und künstlerischer Leiter des Symphonischen Orchesters der Lettischen Nationaloper.



US-Präsident George Bush, UNO-Generalsekretär Kofi Annan, die Staatspräsidentin Lettlands Vaira Vīķe-Freiberga und der Russische Präsident Vladimir Putin auf der UNO-Vollversammlung im September 2005.

## VAIRA VĪĶE-FREIBERGA (1937)

Im Juni 1999 wählte die Saeima der Republik Lettland erstmals eine Frau in das höchste Staatsamt. Vaira Vīķe-Freiberga ist im Exil aufgewachsen und hat in Deutschland, Marokko und Kanada gelebt. An der Universität von Montreal promovierte sie im Fach Psychologie und war als Professorin tätig. Ein großer Teil ihrer Forschungsarbeit war den traditionellen lettischen Dainas (Volkslieder bzw. Gedichte) gewidmet. Mit ihrer akademischen internationalen Erfahrung, ihren ausgezeichneten Fremdsprachenkenntnissen und ihrem Redetalent hat Vaira Vīķe-Freiberga maßgeblich das Lettlandbild in der Welt geprägt. Sie hat zahlreiche Staaten besucht und ist auf vielen öffentlichen

Foren aufgetreten. Viele Staaten sowie akademische Lehr- und Forschungseinrichtungen haben sie mit Auszeichnungen geehrt. Während ihrer Amtszeit besuchten viele einflußreiche Staatsoberhäupter Lettland. In dieser Zeit fanden einige internationale Spitzentreffen in Lettland statt. Zu den Erfolgen von Vaira Vīķe-Freiberga zählt auch, daß es ihr 2005 gelang, der Weltöffentlichkeit zu vermitteln, daß Lettland und Osteuropa faktisch okkupiert waren. Sie betonte, daß 1945, als in Europa der Frieden Einzug hielt, die baltischen Staaten erneut von der Sowjetunion besetzt wurden und diese Besetzung 46 Jahre lang Bestand hatte. Nach dem Ende ihrer Amtszeit ist Vaira Vīķe-Freiberga gesellschaftlich weiterhin aktiv, indem sie Lettland inoffiziell auf vielen internationalen Veranstaltungen vertritt.

und Dichter nehmen an internationalen Buchmessen und Literaturveranstaltungen teil, wengleich sie mit Hilfe von Übersetzungen die Sprachbarrieren überwinden müssen. Lettische Maler ihrerseits stellen ihre Werke in den zahlreichen Rigaer Galerien sowie im Ausland aus.

Im Gegensatz zum Kulturbereich, wo individuelle künstlerische Fähigkeiten und Fertigkeiten eine große Rolle spielen, kann man im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, der in viel größerem Maße von der staatlichen Verwaltung und staatlicher Finanzierung abhängig ist, nicht auf ähnliche Erfolge verweisen. Ungeachtet der wiederholten Bekundungen, der Bildung und Wissenschaft Priorität einräumen zu wollen, hat es der Staat an politischer und finanzieller Unterstützung für eine notwendige Reform und Erneuerung in diesen Bereichen fehlen lassen. Die zur Verfügung gestellten Mittel waren verschwindend gering. Wegen häufig wechselnder Fachminister hat es das Ministerium für Bildung und Wissenschaft versäumt, langfristige Reformpläne zu erstellen, und so hat eine allumfassende, grundlegende Reform des Bildungswesens nach wie vor nicht stattgefunden. Bewegung gab es lediglich oberflächlich mit wiederholten Gesetzesänderungen, der Erstellung neuer Standards, Genehmigungen und Dekreten, wie auch mit der Einführung von EU-Regelungen, doch vieles wurde nicht bis zu Ende gedacht und einfach sich selbst überlassen. Die Problematik des in der Sowjetzeit eingeführten Systems der russischen Schulen ist noch immer nicht endgültig gelöst und führt gelegentlich zu Konflikten, insbesondere was die Einführung des Lettischen als Unterrichtssprache betrifft. Als positiv ist die Wiedereröffnung der während der Sowjetzeit geschlossenen Minderheitenschulen anzusehen, von denen die jüdische Schule 1989 die erste war.

Im akademischen Bildungsbereich zeichnen sich immer wieder neugegründete Hochschulen aus, die im Ausland ausgebildete innovative junge Lehrkräfte heranziehen. Die große Reform der universitären Studienprogramme war nur teilweise erfolgreich, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie den Gesellschaftswissenschaften, wenn Lehrkräfte und Fakultäten einbezogen und internationale Austausch- und Forschungsprogramme effektiv genutzt wurden. Die Geisteswissenschaften hingegen hielten in vielen Fällen an traditionellen Arbeitsweisen fest, weshalb es ihnen kaum gelang, mit ihren Beiträgen international in Erscheinung zu treten. In der Gewißheit, daß einer guten Bildung eine außerordentliche Bedeutung im Leben und für die Karriere zukommt, stieg die Zahl der Studierenden stetig an, obwohl sich wegen fehlender staatlich finanzierter Studienplätze die Studiengebühren ebenfalls erhöhten. Rührige Studenten nutzen die Möglichkeiten, die die Europäische Union und Universitäten anderer westlicher Länder bieten. Viele von ihnen bleiben später im Ausland wegen der besseren Arbeitsmöglichkeiten, aber auch wegen des gelegentlich in Lettland anzutreffenden Widerstandes, im Ausland erworbene Fertigkeiten und Erfahrungen in Lettland anwenden zu können. Einige der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR sind inzwischen aufgelöst, andere sind der Universität Lettland angeschlossen worden. Von einer abgeschlossenen nachhaltigen Integration von wissenschaftlicher Forschung und universitärer Lehre kann man nicht sprechen. Einige Institute der Natur- und Ingenieurwissenschaften haben sich



Die Familie Krieviņi aus Lettland.

im internationalen wissenschaftlichen Umfeld behaupten können, doch dies hauptsächlich unter den Verhältnissen des freien Wissenschaftsmarktes. Der Staat stellt lediglich eine Minimalfinanzierung für grundlegende Forschungen zur Verfügung. Auch für die Finanzierung von Forschungen und Studien auf geisteswissenschaftlichem Gebiet, die mit der lettischen Sprache, Literatur, Folklore, Geschichte, Geographie sowie Demographie Lettlands zu tun haben, kommt der Staat wenn überhaupt, dann nur in bescheidenem Maße auf.

Als wichtigster positiver Meilenstein auf politischem Gebiet ist die außenpolitische Entwicklung Lettlands zu nennen. Der mit Hilfe der USA 1994 erreichte Abzug der russischen Truppen stellt eines der wichtigsten frühen außenpolitischen Erfolge nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit dar. Damit endete eine seit 1939 anhaltende fünfundfünfzigjährige ausländische Militärpräsenz in Lettland, und man gab dem Land die souveräne Kontrolle über sein Territorium zurück. Der Grenzschutz und die Armee Lettlands wurden aufgebaut. Der Grenzschutz ist jetzt für einen Teil der gemeinsamen europäischen Grenze und zugleich des Schengen-Raumes verantwortlich. Im Rahmen internationaler Einsätze haben lettische Soldaten in Bosnien-Herzegowina, in Kosovo, im Irak und in Afghanistan gedient.

Zehn Jahre nach dem Abzug russischer Truppen erreichten die außenpolitischen Erfolge ihren Höhepunkt, als Lettland am 29. März 2004 Mitglied der NATO und am 4. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union wurde. Für den Beitritt zur EU hatten sich bei einer Volksabstimmung zwei Drittel der Bevölkerung ausgesprochen. Zusammen mit der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen (UNO) sowie

bilateralen Abkommen mit zahlreichen Staaten der Welt stellen die Mitgliedschaft in EU und NATO die wichtigsten Eckpfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik des lettischen Staates dar. Damit ist die formelle Integration Lettlands in die Gemeinschaft der Staaten der Welt abgeschlossen. Lettische Diplomaten stehen heute gleichberechtigt neben den Vertretern anderer Staaten auf internationalem Parkett. Lettland muß nun nicht mehr befürchten, daß geheime Pakte zwischen Großmächten seine Unabhängigkeit bedrohen. Der Beitritt Lettlands zum Schengen-Raum im Jahr 2008 hat zu einem Wegfall der Grenzkontrollen geführt und ermöglicht es, visafrei in die meisten Staaten Europas zu reisen. Der ebenfalls zunächst für 2008 erhoffte Beitritt zur Euro-Zone mußte vor allem wegen einer zu hohen Inflation verschoben werden und wird nun nicht vor 2014 erwartet.

Auf der anderen Seite haben sich die Beziehungen Lettlands zum großen Nachbarn Rußland nicht so erfolgreich und konstruktiv entwickelt, vor allem, da Rußland sich nach wie vor weigert, die Okkupation Lettlands als Tatsache anzuerkennen und damit die in dieser Zeit von der Sowjetunion begangenen Verbrechen gegenüber Lettland als Staat, seinem Volk und dem Land. Ebenso wenig hilfreich ist die Politik der Vormundschaft, die Rußland gegenüber den in Lettland lebenden russischstämmigen Einwohnern betreibt, und die damit in Zusammenhang stehenden auf internationaler Ebene vorgebrachten Vorwürfe, in Lettland lebende Russen würden in der Einbürgerungs- und Sprachenfrage diskriminiert. Für Lettland sind der Ratschlag von Seiten Rußlands, „die Geschichte den Historikern zu überlassen,“ und der Vorwurf, lettische Historiker würden an einer „Revision der Geschichte“ arbeiten, unannehmbar. Wenig förderlich für die Beziehungen waren auch die kategorische Haltung vieler national eingestellter Politiker Lettlands in diesen Fragen sowie das durchaus begründete Mißtrauen gegenüber den wahren politischen und wirtschaftlichen Zielen Rußlands in Hinblick auf Lettland. Den vorgeblich im Zeichen der Verbesserung der bilateralen Beziehungen im Jahre 2007 abgeschlossenen Grenzvertrag mit Rußland, der einige 1944 von Rußland annektierte lettische Grenzgemeinden widerspruchsfrei bei Rußland beließ, sehen viele immer noch als Verrat an.

Während die außenpolitischen Ziele Lettlands klar formuliert worden sind und darüber ein grundsätzlicher Konsens herrscht, kann man wegen des häufigen Wechsels der Regierungen gleiches nicht von den innenpolitischen Zielen und Leistungen behaupten. Die politische Zersplitterung, die Unfähigkeit zu einem langfristigen politischen Konsens zu kommen und konstruktive Kontakte zu den Oppositionsparteien zu unterhalten sowie die häufigen politischen Koalitions- und Regierungswechsel stehen einer langfristig angelegten innenpolitischen Planung im Wege. Entsprechende Mängel werden besonders auf wirtschaftlichem Gebiet offensichtlich.

Lettland hat in den vergangenen 20 Jahren durchaus wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, die aber im Vergleich mit den anderen beiden baltischen Staaten recht bescheiden ausfallen. Als positiv ist die allmähliche Überwindung der ökonomischen Hinterlassenschaften der Sowjetzeit zu bewerten, darunter der schwierige, umstrittene und mäßig erfolgreiche Privatisierungsprozeß des in der Sowjetzeit verstaatlichten Eigentums. Die lettische Wirtschaft wuchs insgesamt schneller als in vielen anderen Staaten, nachdem sie sich aus der ökonomischen Abhängigkeit des riesigen

russischen Nachbarn gelöst und auf den freien Markt der Europäischen Union ausgerichtet hatte. Der Übergang zur Marktwirtschaft war mit allen seinen positiven und negativen Auswirkungen insgesamt erfolgreich. Mit der Zeit haben sich die lettischen Unternehmer die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet. Neue Technologien halten Einzug, und nach und nach erschließen sich Produkte „Made in Latvia“ die internationalen Märkte. Allmählich verändert sich auch die Einstellung zur Arbeit und den damit im Zusammenhang stehenden Pflichten, doch die Arbeitsproduktivität ist noch immer relativ gering. Der Wohlstand der Bevölkerung ist insgesamt gewachsen, obwohl es große, um nicht zu sagen riesige Unterschiede zwischen Arm und Reich gibt. Das Gehaltssystem der Sowjetzeit hat sich in gewisser Weise in den unverhältnismäßig geringen Gehältern von Vertretern der Intelligenzberufe konserviert, dazu gehören Lehrer und Hochschullehrer, im Kulturbereich Tätige sowie Angestellte im medizinischen Bereich.

Die ökonomische Entwicklung hat aber auch andere Schattenseiten, denn sie war nicht von einem gesunden allmählichen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit geprägt. Eine weitsichtige strategische Wirtschaftsentwicklungsplanung fehlte. Mittel aus den Strukturfonds der Europäischen Union und andere Mitfinanzierungsmöglichkeiten wurden häufig unbedacht und unzweckmäßig eingesetzt. Die im Parlament dominierenden Parteien der wechselnden Regierungskoalitionen ließen sich eher von kurzfristigen politischen Zielsetzungen als von staatspolitisch weitsichtigen wirtschaftlichen Erwägungen leiten. Die Gehälter der stetig zunehmenden im Staatsdienst Angestellten, besonders in den Aufsichtsräten von Staatsunternehmen, die mit verdienten Mitgliedern der Regierungsparteien besetzt wurden, stiegen mehrfach. Die Korruption wurde zu einem ernststen Problem in der Wirtschaft. Das 2003 ins Leben gerufene Büro zur Korruptionsbekämpfung, dessen Hauptaugenmerk sich auf die Bekämpfung der Korruption in der Politik richtete, arbeitete trotz gelegentlichen Drucks von politischer Seite effektiv. Ausländische Investitionen waren weniger an den Bedürfnissen Lettlands orientiert, als vielmehr an den eigenen Unternehmensinteressen. Investiert wurde vor allem im Handel und in Immobilienspekulationsgeschäften, viel zu wenig dagegen in der Industrieproduktion. Es wurde vermutet, daß fragwürdig erworbenes russisches Kapital zur Geldwäsche in Lettland geparkt und illegal erworbenes lettisches Kapital dagegen in sogenannten „Offshores“ gewaschen wurde, ohne in den lettischen Wirtschaftskreislauf zu gelangen. Die Schattenwirtschaft spielte und spielt nach wie vor eine zu große Rolle und bremst und entstellt eine freie und gleiche Entwicklung des freien Marktes.

Hier sind die Ursachen zu suchen, warum die weltweite Finanzkrise am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zu einem Wirtschafts- und Finanzschock in Lettland führte, der das ohnehin schwache Vertrauen zu Parlament und Regierung noch weiter erschütterte. Der Schock saß tief, denn nach dem Beitritt zur Europäischen Union 2004 war das Wirtschaftswachstum, trotz einer ebenso deutlich steigenden Inflation, steil nach oben gegangen, ohne daß die damaligen Regierungen trotz mehrfacher Warnungen etwas dagegen zu unternehmen gewillt waren. Löhne und Gehälter stiegen stetig, Banken vergaben freigebig und leichtfertig Kredite zum Erwerb von Immobilien, Autos, Reisen und anderen Gütern. Die Immobilienpreise zogen scharf an

und übertrafen in Riga schon die Preise in vielen anderen europäischen Großstädten. Spekulationsgeschäfte wurden nicht nur gefördert durch eine geringe Immobiliensteuer, sondern weil Kapitalgewinne überhaupt nicht besteuert wurden.

Anstelle des atemberaubenden Wachstums kam es ab 2009 zu einem weiteren Schlag für die Wirtschaft – einem Absinken des Bruttoinlandsprodukts und Deflation. Viele Menschen verloren ihre Arbeit und mußten feststellen, daß sie über ihre Verhältnisse gelebt hatten und nun nicht imstande waren, die teuren Kredite zurückzuzahlen. Vor dem drohenden Zusammenbruch der größten privaten Geschäftsbank in Lettland übernahm der Staat die Bank, damit ein Zusammenbruch des gesamten Bankensystems verhindert werden konnte. Um seinen Verpflichtungen weiter nachzukommen, war der Staat gezwungen, sich um Kredite bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond und der Europäischen Union zu bemühen. Diese waren wiederum an harte Forderungen nach einer drastischen Senkung der Staatsausgaben und den Abbau der aufgeblasenen Bürokratie durch eine Reform der Staatsverwaltung gebunden. Heftige und wegen der näherrückenden Parlamentswahl im Oktober 2010 polarisierte politische Debatten entbrannten darüber, daß Lettland in eine unannehmbare Abhängigkeit von den ökonomischen Interessen des Westens geraten könnte, über die Notwendigkeit der Abwertung des lettischen Lat sowie über unterschiedliche Programme zur Überwindung der Krise. Die Regierung hielt sich dennoch an die Haushaltsdisziplin und an den damit verbundenen Kurs der quantitativen Verkleinerung des staatlichen Arbeitskräftesektors. Trotz des Drucks wurde der Wechselkurs des lettischen Lat gegenüber dem Euro stabil gehalten. Die Wirtschaftskrise führte zu einer ganzen Reihe von negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft – Arbeitslosigkeit, eine wachsende Zahl von Auswanderern, die zu Erwerbszwecken das Land verließen, sinkende Geburtenraten. Obwohl 2010 Anzeichen einer langsamen Erholung erkennbar sind, glaubt niemand, abgesehen von einigen populistischen Politikern, daß diese deutlich genug ausfallen wird, um den tiefen Fall von 2009 wettzumachen.

Bei Wiedererlangung der Unabhängigkeit konnte Lettland zunächst nicht auf viele beachtenswerte politische Persönlichkeiten zurückgreifen. Das in den Anfangsjahren von einigen bekannten Politikern Erreichte, mag es noch so glaubwürdig bewerkstelligt worden sein, wurde bald überschattet von ihrer Vergangenheit in der Kommunistischen Partei und im sowjetischen Staatsdienst. Manch andere büßten ihre Positionen durch Wechsel in der politischen Konjunktur und in den Labyrinthen der Korruption ein, obgleich wiederum andere, deren Ehrenhaftigkeit unter Zweifel steht, ihre politische Tätigkeit fortsetzten, als wäre nichts geschehen. Wahrscheinlich ist es nur in Lettland möglich, daß der Verdacht auf politischen Amtsmissbrauch zur Förderung der eigenen ökonomischen Interessen oder gar eine Anklage wegen schwerer Wirtschaftsverbrechen der Popularität eines Politikers nicht schadet.

Der erste Staatspräsident des wiedererrichteten Lettland, Guntis Ulmanis (geb. 1939) – Enkel des Bruders von Kārlis Ulmanis –, erfüllte sein Amt ehrenhaft und mit Würde. Er war in der Verbannung aufgewachsen und später zum Ökonomen geworden, der Kommunistischen Partei beigetreten (Austritt 1989) und hatte führende Posten in mehreren Unternehmen bekleidet. 1999, nach dem Ende der zweiten und damit letzten Amtszeit von Ulmanis,

wählte die Saeima die 1937 in Lettland geborene und im Exil aufgewachsene Vaira Vīķe-Freiberga, die sich eine breite gesellschaftliche und akademische Erfahrung erworben hatte, zur Staatspräsidentin. Sie wurde in zwei Amtszeiten zum herausragendsten und bei der Bevölkerung höchstangesehenen Staatsoberhaupt Lettlands. 2007 folgte ihr der 1955 geborene Valdis Zatlers im Amt, ein bekannter Orthopäde und Krankenhausdirektor, dessen erste Amtsjahre jedoch überschatten waren von der fragwürdigen Art und Weise seiner Wahl durch politische Absprachen kleiner politischer Kreise sowie den gegen ihn gerichteten Vorwurf des unmoralischen Verhaltens, da er inoffiziell Geld für ärztliche Dienstleistungen angenommen habe. Zatlers gelang es dennoch allmählich, sich vom Verdacht der politischen Abhängigkeit zu befreien und das Ansehen des Volkes zu erwerben.

### Und weiter ...

Dieses Kapitel wurde im Sommer 2010 im Vorfeld der Wahlen zum lettischen Parlament, der Saeima, verfaßt. Diese stehen im Zeichen der Wirtschaftskrise, und es mangelt nicht an gegenseitigen Schuldzuweisungen und Lösungsvorschlägen. Scheinbar hat eine politische Konsolidierung stattgefunden – viele Parteien bilden Wahlbündnisse, obwohl auch diese dominiert werden von altbekannten Gesichtern und denselben alten Programmen. Gleichzeitig belegen Umfragen, daß das Vertrauen in die Politik und ihre Macher seinen absoluten Tiefstpunkt seit der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität erreicht hat. Obwohl in dieser Zeit eine junge, vom schweren Erbe der Vergangenheit unbelastete Generation herangewachsen ist, ist sie in der Politik noch nicht in größerer Anzahl zu bemerken.

Dennoch geben gerade der Unternehmungsgeist und die Energie der jungen Generation des unabhängigen Lettland Anlaß zur Hoffnung. Dieser Generation eröffnen sich Möglichkeiten, die ihren Eltern und Großeltern vom Besatzungsregime verwehrt worden waren. Die Kenntnisse und die praktische Anwendung westlicher Sprachen nehmen stetig zu. Immer mehr gebildete, kompetente und selbstbewußte junge Leute stehen an der Spitze von Unternehmen und Behörden. Die Lettischkenntnisse der bereits in Lettland geborenen jungen Generation der einstigen Zuwandererfamilien werden immer besser. Während die älteren Generationen von Letten und Russen Mißtrauen und das Erbe der Okkupation trennen, vereint die junge Generation bereits die gemeinsame Zukunft. Obwohl auch bei der jungen Generation der Letten wie der Russen nationalistische Tendenzen erkennbar sind, so ist sie doch erst die erste auf die Okkupation folgende weltoffene Generation, die mit dem schweren Erbe der Vergangenheit nicht direkt belastet ist. Andere Generationen werden folgen.

Das Okkupationsmuseum und auch dieses Buch sind diesem schweren Erbe der Vergangenheit gewidmet, aber mehr noch dem, was die Zukunft verspricht. Denn nur mit der Kenntnis und dem Verstehen der Vergangenheit läßt sich die Zukunft mit mehr Bedacht, Verständnis und Menschlichkeit gestalten.

Valters Nollendorfs  
4. August 2010

## QUELLEN DER ILLUSTRATIONEN

(Seite/Spalte)

- Andersons E. *Latvijas vēsture, 1920–1940: Ārpolitika*. B.v., 1982, 2. sēj. – 30/1
- Atpūta* – 21 (unten), 26, 33, 34 (unten), 37/2 (oben)
- Außenpolitisches Archiv der Russischen Föderation – 24
- Außenministerium der Republik Lettland: Politisches Archiv – 32/1, 32/2 (unten), 130, 131
- Außwärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: Politisches Archiv – 19, 22
- Baigais gads*. Red. P. Kovaļevskis, O. Norītis, M. Goppers. Rīga, 1942 – 36/1, 40/1
- Dokumenti par Latvijas valsts starptautisko atzīšanu, neatkarības atjaunošanu un diplomātiskajiem sakariem*. Rīga, 1999 – 11/1
- Dunsdorfs E. *Latvijas vēstures atlants*. Melburna, 1978 – 78/1, 114
- Jānis Čakste*. Red. A. Kurmis. Rīga, 1928 – 13
- Kanzlei des Staatspräsidenten der Republik Lettland – 136/2, 137
- Ķiploks E. Taisnības dēļ vajātie. [ASV], 1993 – 36/2
- Latviešu karavīrs otrā pasaules kara laikā*. 1. sēj. Red. O. Freivalds, Västerås, 1970 – 30/2
- Latviešu karavīrs otrā pasaules kara laikā*. 5. sēj. Red. R. Kociņš, Västerås, 1977 – 73
- Latviešu saraksti (1929–1938): Dokumenti, fakti, liecības*. Sast. A. Auns-Urālietis. bez gada, bez vietas – 87/1 (oben)
- Latvija šodien* – 111/1 (unten), 111/2, 113/2
- Latvijas valsts pasludināšana 1918. gada 18. novembrī*. Rīga, 1998 – 10
- Latvju enciklopēdija*. Red. A. Švābe. Stokholma, 1950–1955 – 69/1 (oben)
- Lettische Nationalbibliothek – 28 (oben)
- Library of Congress – 69/2
- Nationalsozialistische Presse – 51, 53, 57, 59, 63/1, 65 (oben), 67/1, 71/2 (oben)
- Orcier P. *La Lettonie en Europe*. Rīga, 2005 – 7, 8, 11 (oben)
- Padomju Latvijas 10 gadi*. Red. V. Kalpiņš, C. Palkavniece. Rīga, 1950 – 88/1 (oben)
- Padomju Latvijas 15 gadi*. Red. I. Plotke. Rīga, 1955 – 66
- Rusiāde*. Kopenhāgena, 1957 – 89/2 (oben)
- Salaspils nāves noņemne*. Red. K. Sausnītis. Rīga, 1975 – 54
- Schwedische Presse – 77/1
- Sowjetische Presse – 95
- Time* – 109/2 (oben)
- US National Archives and Records Administration* – 20, 32/2 (Mitte)
- Verteidigungsministerium der Republik Lettland – 136/1
- We Accuse the East – We Warn the West*. Germany, 1948 – 39/1 (oben), 42/2, 43 (unten), 44/2 (oben), 45/2 (unten)
- Антонов-Овсеенко А. *Берия*. Москва, 1999 – 41/2
- Privatsammlungen**
- Andrejs Edvīns Feldmanis – 34 (oben), 100/1
- Valters Nollendorfs – 80/2 (unten), 115/2 (oben)
- Anda Līce – 110 (oben)
- Archiv des Lettischen Okkupationsmuseums**
- Alle hier nicht aufgezählten Illustrationen.